Heft 11 November 2002 € 4,80

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A € 5,75 · L € 5,75 · CH sfr. 9,50

DEFICIT BOMBING
ZUR ÖKONOMIE DES KRIEGES

WTC ETC
THEORIEN EINER VERSCHWÖRUNG

GENERATION BANKROTT
NACHRUF AUF DEN NEUEN MARKT

GOLDHAGEN
PERSPEKTIVE KIRCHENTAG

VOR DEM KRIEG:
EINE WELTMACHT ZEIGT FLAGGE

in konkret November 2002

hier konkret von Winfried Wolf
Hat die PDS auf dem Parteitag in Gera einen Linkskurs eingeschlagen? Oder war das nur eine suizidale Zerreißprobe? KONKRET sprach darüber mit Winfried Wolf, bis Oktober Bundestagsabgeordneter der PDS und deren verkehrspolitischer Sprecher. Früher Mitglied der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) trat Wolf 1997 der PDS bei und gilt seither als einer der profiliertesten Vertreter des linken Flügels

von Konkret

an Konkret

Pflaster unter dem Strand von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Deficit bombing von Jürgen Elsässer
Wie Hitler braucht auch George W. Bush Krieg, um von innenpolitischen Problemen abzulenken, sagt Herta Däubler-Gmelin. Spinnt die?

Löwe und Schakal von Georg Fülberth
Über die neue sicherheitspolitische Enzyklika des George W. Bush

Vom Irrtum zur Farce von Thomas Uwer
Kommunistische Parteien aus aller Welt erklären Saddam Hussein die totale Solidarität

Krieg um Eurasien? von Stefan Frank
Welche Ziele die USA im Zweistromland verfolgen und warum das deutsch-amerikanische Verhältnis manchmal ein wenig gestört ist

O muerte? von Hermann L. Gremliza
Der folgende Text ist das Vorwort zu »Kuba libre«, konkret-texte Band 31, herausgegeben von Wolfgang Schneider. Im Buch ist ein Absatz versehentlich kursiv gedruckt, was einen Kommentar von Gremliza und ein Zitat von Castro als Teile eines Zitats aus der »FAZ« erscheinen läßt. Hier – für Leser des Buchs und andere – die berichtigte Fassung

Vorstoß nach Kirkuk von Peter Nowak
Ankara und Washington verhandeln nur noch über den Anteil der Beute, den die Türkei im besiegten Irak beanspruchen könnte. Die Ölfelder im Norden des Nachbarlandes wecken großosmanische Ambitionen

Welcome to Gangland von Matin Baraki
Attentate, Aufstände, Clankämpfe: Die afghanische »Übergangsregierung« wackelt, nicht einmal die Landeshauptstadt ist sicher

Monströse Welt von Thomas Uwer
Matthias Küntzel hat eine Geschichte der islamistischen Bewegungen geschrieben

Komplotte en gros von Gert Ockert
Die Welt ist verschwörerisch eingerichtet. Dennoch haben Verschwörungstheorien mit Geschichtsschreibung soviel gemein wie ein Horoskop mit Astronomie

Links & Rights von Jenna L. Brinning

»Tausend Ohren und Augen« von Thomas Immanuel Steinberg
Die CIA im Roman, im Sachbuch und als roter Hering

Liebe deinen Muslim! von Horst Pankow
Über einige Formen politischer Paranoia, die am 11. September 2001 sichtbar geworden oder in seinem Gefolge ausgebrochen sind. Erster Teil

Wahlen, eine Volksbelustigung von Michael Scharang
Am 24. November finden in Österreich vorgezogene Parlamentswahlen statt

Totale Unterordnung von Antun Duhacek, Jürgen Elsässer
»Sie haben Jugoslawien zerstört!« sagte der kroatische Präsident Stipe Mesic Anfang Oktober vor dem Haager UN-Tribunal zu Slobodan Milosevic. Mesic wolle damit nur von seiner eigenen Schuld und den deutschen Drahtziehern ablenken, meint dagegen dessen Landsmann Antun Duhacek, der unter Tito Chef des jugoslawischen Geheimdienstes war

Perspektive Kirchentag von Erich Später
Daniel Goldhagens Untersuchung über die Rolle der katholischen Kirche während des Holocaust ähnelt bisweilen einem christlichen Traktat

Karsli legt nach von Volker Weiß

Kunst & Gewerbe von Dieter Bott
Sport gegen Drogen

Kunst & Gewerbe von Marit Hofmann

Kunst & Gewerbe von Magnus Klaue
Ein Volk, ein Reich, ein Fichte

Generation Bankrott von Robert Kurz
Kultur-Kolumne

Terror und Event von Martin Büsser
Ist der 11.9. ein surrealistisches Datum? Über eine merkwürdige Debatte und die große Surrealismus-Schau in Düsseldorf

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Reichlich Leckerbissen von Gerhard Henschel
Bei näherer Betrachtung ihres Lebenswegs hat die Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld erstaunliche Entdeckungen gemacht

Buch & Deckel von Marit Hofmann
B. S. Johnson: Christie Malrys doppelte Buchführung. Argon, Berlin 2002, 224 Seiten, 18 Euro

Buch & Deckel von Alexander Kasbohm
Paul Auster: Das Buch der Illusionen. Rowohlt, Reinbek 2002, 382 Seiten, 19,90 Euro

Buch & Deckel von Magnus Klaue
Haruki Murakami: Untergrundkrieg. Der Anschlag von Tokyo. DuMont, Köln 2002, 400 Seiten, 18 Euro

Buch & Deckel von Matthias Seeberg
Gerhard Waldherr: Elvis ist tot. Auf der Schattenseite des amerikanischen Traums. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2002, 256 Seiten, 8,90 Euro

Buch & Deckel von Gerd Fittkau

Holger H. Mey: Deutsche Sicherheitspolitik 2030. Report Verlag, Frankfurt 2001, 184 Seiten, 20 Euro

Buch & Deckel von Olaf Kistenmacher

Thomas Haury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburger Edition, Hamburg 2002, 527 Seiten, 35 Euro

Buch & Deckel von Martin Büsser

Andreas Speit (Hg.): Ästhetische Mobilmachung. Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien. Unrast Verlag, Hamburg/Münster 2002, 282 Seiten, 16 Euro

Buch & Deckel von Margret Gsella

Vincent von Wroblewsky: Eine unheimliche Liebe. Juden in der DDR. Philo Verlag, Berlin 2001, 220 Seiten, 17,50 Euro

Buch & Deckel von Michael Klarmann

Henry Rollins: Eye Scream. Miranda, Bremen 2002, 230 Seiten, 15,80 Euro

Buch des Monats von Erich Später

Beppo Beyerl: Die Benes-Dekrete – Zwischen tschechischer Identität und deutscher Begehrlichkeit. Promedia, Wien 2002, 128 Seiten, 9,90 Euro

»Man hat ja nichts gewußt« von Magnus Klaue

Im Familiengedächtnis erscheinen die Deutschen als Volk von Opfern – und der Holocaust als Randepisode der Geschichte

Die Tücke des Objekts von Kurt Pätzold

Feldpostbriefe deutscher Soldaten bilden das Hauptmaterial für eine Sendereihe, die der Deutschlandfunk aus Anlaß des 60. Geburtstags der Kapitulation von Stalingrad im November ausstrahlt

To whom it may concern von Jens Hoffmann

Zur Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes »Bund«

»Marx was right« von Aki Kaurismäki, Marit Hofmann

Aki Kaurismäkis neuer Film »Der Mann ohne Vergangenheit« (Besprechung siehe Film des Monats) wurde bei den diesjährigen Festspielen in Cannes mit dem Grand Prix der Jury und beim Filmfest Hamburg mit dem Douglas-Sirk-Preis ausgezeichnet – was den Geehrten allerdings »einen Dreck« kümmert: »Der Film bleibt schließlich der gleiche.« Die Teilnahme am New Yorker Filmfest hat der finnische Filmemacher vor kurzem abgesagt, weil dem ebenfalls eingeladenen iranischen Regisseur Abbas Kiarostami die Einreise verboten wurde: »Wenn die jetzige Regierung der USA keinen Iraner haben will, dann hat sie wohl auch kaum Verwendung für einen Finnen. Bei uns gibt es ja nicht mal Öl.« KONKRET sprach mit dem Regisseur, der neuerdings auch sein eigener Produzent ist, über die Boulevardpresse, den Oscar und andere Flaschen

FilmTheater von Andreas Busche

Bowling for Columbine

FilmTheater von Ulrike Capdepón

Führer Ex: von Neonazis und DDR-Knästen

FilmTheater von Jan Pehrke

B-52

Film des Monats von Dietrich Kuhlbrodt

Der Mann ohne Vergangenheit

Picasso als Turnschuh von Martin Büsser
Die Frankfurter Ausstellung »Shopping« synthetisiert Kunst und Leben der Konsumgesellschaft

Melodie & Rhythmus von Martin Büsser
Bright Eyes: Lifted Of The Story Is In The Soil, Keep Your Ear To The Ground. Wichita/Clearspot/Efa

Melodie & Rhythmus von Rasmus Engler
Fehlfarben: Knietief im Dispo. Wonder/Zomba

Melodie & Rhythmus von Michael Saager
Sigur Rós: ( ). Fat Cat/Pias

Platte des Monats von Alexander Kasbohm
The Devils: Dark Circles. Artful rec./Zomba

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 11/02, S. 3

Winfried Wolf

hier konkret

Hat die PDS auf dem Parteitag in Gera einen Linkskurs eingeschlagen? Oder war das nur eine suizidale Zerreißprobe? KONKRET sprach darüber mit Winfried Wolf, bis Oktober Bundestagsabgeordneter der PDS und deren verkehrspolitischer Sprecher. Früher Mitglied der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) trat Wolf 1997 der PDS bei und gilt seither als einer der profiliertesten Vertreter des linken Flügels

konkret: In Gera wurde die bisherige Vorsitzende Gabi Zimmer mit knapp 70 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt. War das ein Linksruck?

Wolf: Das wäre übertrieben. Man kann zwei Dinge feststellen: Zum einen hat die Apparat-Fraktion und die Mobbing-Gruppe um Bartsch, Claus, Pau und Holten ergänzt um karriereorientierte Berufsjugendliche um Angela Marquardt und Sandra Brunnen eine katastrophale Niederlage erlitten. Sie sind personell extrem geschwächt und auch inhaltlich angeschlagen. Zum zweiten gibt es eine gewisse Öffnung für linke Politik.

konkret: Der politische Antrag Zimmers, der ebenfalls ungefähr eine Zwei-Drittel-Mehrheit bekam, kreist um den Begriff der »gestaltenden Opposition«. Das schließt alles ein, auch weitere Regierungsbeteiligungen.

Wolf: Die inhaltliche Analyse des Antrages von Zimmer gibt wenig her. Ihr Text ist platt, nach Ansicht vieler waren die Unterschiede zum Gegenantrag von Wolfgang Gehrcke kaum zu erkennen. Aber hinter der personellen Kontroverse steht den noch eine inhaltliche: Waren für die katastrophale Wahlniederlage die Anpassung, die Anbiederung und das Mitregieren ohne eigenes Profil entscheidend, oder muß sich die PDS noch stärker anpassen und anbiedern, um zukünftig solche Niederlagen zu vermeiden? In dieser Kontroverse wurde der Antrag von Zimmer als ein Plädoyer für mehr Opposition und als Kritik an dem »Wir-wählen-Schröder-Wahlkampf« empfunden.

konkret: Der Antrag der Realissimos vom Landesverband Berlin, der im Parteivorstand wenige Tage vor Gera noch eine Mehrheit erhalten hatte, wurde schließlich auf dem Parteitag nicht einmal mehr zur Abstimmung gestellt. Er sah ja fast schon eine Auflösung der PDS in die SPD vor, vor allem mit der Formulierung, die PDS sei »wie die SPD eine Partei der sozialen und demokratischen Reform«.

Wolf: Das ist eine Fortsetzung dessen, was die Vor- und Nachdenker André Brie und Gregor Gysi in ihrem Brief an den »lieben Oskar« geschrieben haben, wo sie das »Ziel einer gemeinsamen strategischen Arbeit von SPD und PDS« formulierten, was faktisch die Selbstaufgabe der PDS beinhaltet. Konsequenterweise antwortete André Brie nach dem Parteitag auf die Frage der »Tagesschau«: »Droht der PDS die Spaltung?« mit: »Das ist nicht auszuschließen.« Zumindest ein Teil dieser rechten Strömung formiert seine Truppen als Nordallianz um Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

konkret: Als Gabi Zimmer vor zwei Jahren zum ersten Mal gewählt worden ist, galt sie als Kandidatin der Reformer.

Wolf: Sie hat einen doppelten Zickzack gemacht. Auf dem Cottbusser Parteitag 2000 ist sie angetreten als Integrationskandidatin und wurde damals von der Linken unterstützt. Danach betrieb sie die Zuspitzung in der Programmfrage und verhinderte, daß ein linker Programmentwurf, an dessen Erarbeitung ich maßgeblich beteiligt war, gleichberechtigt in der Partei diskutiert werden konnte. Die Auseinandersetzung kulminierte dann auf dem Parteitag in Dresden im Oktober 2001 in einer heftigen Attacke ihrerseits auf die Vertreter dieses Antrages, vor allem auf mich persönlich.

konkret: Die Parteibasis hat in Gera zum zweiten Mal dem Reform-Flügel eine Niederlage bereitet. Zuvor waren Gysi und Co. im April 2000 in Münster mit dem Vorstoß gescheitert, künftig UN-Kampfeinsätze möglich zu machen. Trotzdem ging nach Münster der Rechtskurs weiter, als ob nichts gewesen wäre.

Wolf: Es gibt einen Unterschied: In Münster hatte die Apparat-Fraktion zwar eine inhaltliche Niederlage erlitten, personell blieb sie jedoch intakt. In Münster erklärte die Parteiführung, daß der Beschluß der Delegierten falsch gewesen und zu

revidieren sei. In Gera aber katapultierte sich, zum ersten Mal in der zwölfjährigen Geschichte der Partei, der personelle Kader der Apparat-Fraktion ins Abseits. Gleichzeitig wurde die Beschlußlage von Münster erstmals wieder bekräftigt: Der gemeinsame Antrag zur Ablehnung des Irakkrieges wurde auf Initiative von Uwe-Jens Heuer vom Marxistischen Forum um eine Passage ergänzt, in der auch Kriege mit UN-Mandat abgelehnt werden. Rund 70 Prozent haben dafür gestimmt.

konkret: Hat die Parteilinke nun also ein »Zimmer mit Aussicht«?

Wolf: Es gibt im neuen Vorstand gute Vertreter der Parteilinken, neben Sarah Wagenknecht etwa Dorothée Menzner aus Niedersachsen. Auch vom neuen Bundesgeschäftsführer Uwe Hiksch darf man einiges erwarten. Ein Ergänzungsantrag zum Zimmer-Antrag, eingebracht von linken Einzelpersonen, unter anderen von mir, hat rund ein Viertel der Delegiertenstimmen erhalten. Rainer Rupp und ich haben bei der Vorstandswahl ein Drittel der Stimmen bekommen und wären fast reingekommen. Auf dem Parteitag in Dresden war die Linke um den alternativen Programmentwurf mit rund zehn Prozent noch ziemlich isoliert. Eine Parteilinke in organisierter oder wenigstens koordinierter Form gibt es jedoch bis heute leider nicht. Sie zu schaffen und die Öffnung nach links zu nutzen, wäre eine verantwortungsvolle Aufgabe.

Konkret 11/02, S. 4

von Konkret

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz schreibt an den Beschwerdeausschuß des Deutschen Presserats, Bonn:

Der Bereich Kirche und Gesellschaft im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz erhebt hiermit Beschwerde gegen eine Äußerung von Herrn Hermann Gremliza in der Zeitschrift KONKRET (Ausgabe Mai 2002, Seite 74, Rubrik „Gremlizas Express", Kopie in der Anlage). Die kommentarähnliche Seite geht auf den Pädophilenskandal in der katholischen Kirche der USA ein. Der eigentliche Kommentar bezieht sich auf die Verbindung (?) eines Films von Billy Wilder aus dem Jahr 1959, „Some like it hot". Wörtlich heißt es in der Zeitschrift: »In Billy Wilders ‚Some like it hot' versammelt sich die Bande von Gamaschen-Charly zu einem Bankett als Freunde der italienischen Oper. Die amerikanischen Freunde des Kinderfickens haben Wilders Spieß herumgedreht. Sie nennen ihre Bande ‚Katholische Kirche'."

Unsere Beschwerde richtet sich nach Ziffer 1 und 12 des Pressekodex. Einseitig und verallgemeinernd werden hier ungenannt pädophile Priester als »amerikanische Freunde des Kinderfickens" bezeichnet und mit der „Katholischen Kirche" gleichgesetzt. Die Pädophilenskandale in den USA betreffen einen kleinen Teil des Klerus. Weder wird mit einer von Herrn Gremliza vorgenommenen Formulierung die Menschenwürde jener Katholiken gewahrt, die mit den Pädophilieskandalen nichts zu tun haben, noch eine Diskriminierung der katholischen Kirche im allgemeinen verhindert. Trotz möglicherweise satirischer Absichten der Rubrik in der Zeitschrift KONKRET liegt nach unserer Auffassung eine Verletzung des Pressekodex vor. Wir bitten Sie, sich dieser Angelegenheit anzunehmen.

Aus dem Begleitbrief des Deutschen Presserats an KONKRET:

Der Beschwerdeausschuß wird am 26. November 2002 in mündlicher Beratung über die Beschwerde entscheiden. Wir bitten Sie, zu den mit der Beschwerde erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Alle Unterlagen, die Sie im Laufe des Beschwerdeverfahrens erhalten, sind vertraulich zu behandeln.

Was hiermit geschehen ist. In atemloser Spannung erwartet die Redaktion den 26. November: Wie wird der Beschwerdeausschuß in mündlicher Verhandlung entscheiden? Widerspricht die Erwähnung der Liebe des Kindervikars zu der Epheben Podex dem Kodex? Oder fällt in China ein Sack Reis um?

Übrigens: In derselben Sache ermittelt die Staatsanwaltschaft Hamburg gegen Gremliza (Aktenzeichen LKA82/9K/0522057/2002). Ob sie das auch täte, wenn ein Mitglied einer anderen Glaubensgemeinschaft, sagen wir mal: der KPDSU, Anzeige erstattet hätte, weil die auf seine Mitgliedschaft gemünzte Formulierung »Stalinisten« die Menschenwürde jener Parteimitglieder verletzt, die mit den Moskauer Prozessen nichts zu tun hatten?

Der ehemalige Vize-Premier Serbiens, Momcilo Perisic, hat nicht nur die serbische Tageszeitung „Nacional« auf zehn Millionen Dinar Schadensersatz verklagt (vgl. KONKRET 9/02), sondern seinen Anwalt nun auch gegen Jürgen Elsässer tätig werden lassen. In beiden Fällen fühlt sich der Stellvertreter Zoran Djindjics durch die Feststellung beleidigt, er habe für die CIA gearbeitet und auch der deutschen Außenpolitik wertvolle Dienste geleistet (Elsässers einschlägiger Artikel aus KONKRET 5/02 war in »Nacional« nachgedruckt worden). Doch die Causa kommt nicht recht vom Fleck, da Perisic mittlerweile selbst angeklagt worden ist - und zwar vom jugoslawischen Generalstaatsanwalt wegen Agententätigkeit für die CIA.

Termine: Jürgen Elsässer gibt ein Up-Date seines Buches *Kriegsverbrechen - Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt* **(konkret texte** 27) und nimmt zur Lage in Serbien nach den geplatzten Präsidentschaftswahlen Stellung: am 3. November in Hamburg (19.30 Uhr, Serbisches Kulturzentrum, Schützenstr. 107, Nähe S-Bahnhof Diebsteich) und am 22. November in Mannheim (19.30 Uhr, Bürgerhaus Neckarstadt, Lutherstraße 15-17). Um das Buch *Deutschland führt Krieg - Seit dem I1. September wird zurückgeschossen* **(konkret texte** 32) geht es, mit Schwerpunkt auf der Irakkrise, am 28. November in Meldorf/Kreis Dithmarschen (20 Uhr Im Bornholt).

Am 15.11. findet um 19 Uhr im Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12, Hamburg, eine Lesung aus der konkret-texte-Neuerscheinung *Saddam Hasseins letztes Gefecht? Der lange Weg in den III. Golfkrieg* mit den Autoren Thomas von der Osten-Sacken, Thomas Uwer und Andrea Woeldike statt (anschließend Diskussion). Am 19.11. hält Andrea Woeldike einen Vortrag zum Thema »Saddam Hassein, ein Held des Antiimperialismus«: Freiburg, Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15, 20 Uhr.

Am 26.11. hält Hermann L. Gremliza

einen Vortrag zum Thema »Hat Israel noch eine Chance?«: Stade, Rosa Luxemburg Club (CofFee Hus, Am Sande), 19.30 Uhr.

Korrekturen: Durch einen Übersetzungsfehler sind in Stefan Schmalz' Artikel »Diktatur auf Raten« (KONKRET 10/02) zwei Zahlen durcheinandergeraten: Der finanzielle Gesamtumfang des »Plan Colombia« umfaßt tatsächlich 7,558 Milliarden Dollar, und die ausländische Hilfe beträgt insgesamt 3,525 Milliarden Dollar.

Im Artikel »Der deutsche Weg nach Bagdad« von Gerrit Brüning (KONKRET 10/02) wurden durch falsche Kommata der Jemen zum »Golfstaat« und Jordanien, Ägypten, Syrien, Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde zu südlichen Mittelmeeranrainern. Auch sind diese längst nicht mehr die einzigen, die dem sogenannten Barcelona-Prozeß - der auf die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und den Mittelmeerstaaten abzielt - beitraten. Zuletzt schloß sich im April 2002 Algerien der »euro-mediterranen Partnerschaft« an. Tunesien und Marokko gehören bereits seit Mitte der neunziger Jahre dazu.

Konkret 11/02, S. 6

an Konkret

Handeln

KONKRET 10/02: »Der deutsche Weg nach Bagdad« von Gerrit Brüning

Der Text enthält einen zentralen logischen Widerspruch. Brüning schreibt: »Deutschland hat anders als die USA kein besonderes Interesse an niedrigen Ölpreisen, weil geringe Ölerlöse den deutschen Exportinteressen am Golf schadeten.« Keine drei Absätze weiter jedoch liest man: »Nicht relevant für die Frage von Krieg oder Frieden sind die aktuellen deutschen Handelsbeziehungen. In den neunziger Jahren nahm der Außenhandel Deutschlands mit dem Mittleren Osten und Nordafrika von 3,1 auf 2,4 Prozent des gesamten deutschen Außenhandels ab, der größte Teil davon wurde mit Israel abgewickelt ... rangieren diese Länder für Deutschland aber unter >ferner liefen<.« Also was nun?

Bernhard Schmid

Paris

Herrschen

KONKRET 10/02: »Böse Pannen« von Jürgen Elsässer

Jürgen Elsässer meint, daß es für einen Präventivkrieg gegen den Irak keine Argumente gäbe. »Saddam als Widergänger Hitlers« zu bezeichnen, sei heute »vollends verrückt«. Aber als dessen Schüler kann man ihn sehr wohl charakterisieren: Die Ba'th-Partei ist bekanntlich 1943 in Paris von Michel Aflaq gegründet worden. Für Ba'th-Anhänger war und ist die von Herder und Fichte inspirierte germanophile und völkische, panarabische Ideologie von Sati' Husri verbindlich, wobei diese durch Aflaq um Alfred Rosenbergs *Der Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts* und Hitlers *Mein Kampf* erweitert wurde.

Als die Ba'th-Partei von Februar bis November 1963 erstmals im Irak an die Macht gelangte, gab es eine kleine Kommunistenverfolgung: Zehntausende Tote und über hunderttausend Verhaftete waren das Ergebnis dieser neunmonatigen »Revolution«. Bei dem zweiten Versuch 1968 waren sie »klüger«: Saddam Hussein, der seit 1966 stellvertretender Generalsekretär und kurz darauf Chef des Sicherheitsdienstes der Partei geworden war, hatte nämlich aufmerksam Hitlers *Mein Kampf* gelesen und konnte das Buch passagenweise sogar auswendig zitieren. Daher begann er nach der »Machtergreifung« zum einen mit einer unterschiedslosen Verfolgung von »rechts« und »links«, zum anderen mit Schauprozessen gegen Menschen, die der »Spionage für Israel« bezichtigt und öffentlich gehängt wurden.

Elsässer meint, von solchen Herrschern wie Hussein gäbe »es drei Dutzend auf der Welt«. Also kennt er 35 von solchen Herrschern, die sowohl Giftgas gegen die eigene als auch gegnerische Bevölkerung einsetzten? Die sowohl zwei territoriale Expansionskriege vom Zaun brachen als auch unbeteiligte Tanker angriffen und unbeteiligte Staaten mit Scud-Raketen beschossen? Die in Parlamentsdebatten unliebsame Abstimmer erschossen etc. etc.? Mit dem 36. Herrscher ist wohl der »schießwütige Junior« mit seinem »Amoklauf« gemeint, da Elsässer »ein paar antiamerikanischen Reflexe verspürt«, die er für einen Ausdruck des Lebens in seinem Hirn zu halten scheint.

Der Irak sei im Gegensatz zu NaziDeutschland »ein verarmtes Schwellenland«, wird als vermeintlich weiteres Argument gegen einen Präventivkrieg angeführt. Das »verarmt« mag bezüglich der Bevölkerung stimmen. Hussein interessiert sich für das Schicksal jener Menschen aber genausowenig, wie sich die »guten Seelen« der deutschen Friedensbewegung dafür interessieren und wie es jemals das Thema Elsässers sein könnte. Für die Unterstützung der Hamas und ähnlicher antisemitischer Massenmordorganisationen hat der Irak immer noch genügend Dollar übrig.

Jens Hülsen

per E-Mail

Kochen

KONKRET 10/02: Rezension zu »Minority Report« von Gert Ockert

In der Instant-Filmrezension, die Herr Ockert zusammengerührt hat, rühmt er das »genuine Genie Steven Spielberg« und nennt ihn den » Regisseur mit dem besten Timing der Welt«. Der Autor wagt einen Blick in die Seele des Filmemachers: Der sei »nun wirklich erwachsen und endlich wieder er selbst«. Wie soll ich das nennen: Dr. Oetkers Küchenpsychologie?

Die Rezension von Ockert kommt mir so vor wie ein schlaffer Aufguß dessen, was Kay Sokolowsky und Georg Seeßlen schon vor Jahren in KONKRET über Spielberg schrieben.

Ralf Havertz

Berlin

Siegen

KONKRET 10/02: »Drang nach Osten« von Joanna Wiórkiewicz

Entwarnung! Die von Frau Wiórkiewicz gezogene Linie zwischen einem deutschen Revanchismus in Polen und im Raum Kaliningrad halte ich für gewagt und nicht haltbar, da die beiden Fälle nicht vergleichbar sind. Einen wirklichen Einfluß von deutscher Seite auf das Kaliningrader Gebiet gibt es nicht, weder wirtschaftlich noch kulturell.

1948 haben die letzten Deutschen das Gebiet verlassen, und seitdem sind alle deutschen Spuren mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden. Auch die Ansiedlung von ca. 8.000 Rußlanddeutschen hat nicht zu einer Regermanisierung geführt. Seit der Öffnung der Exklave 1990 wird von russischer Seite alles versucht, den deutschen Einfluß so gering wie möglich zu halten. Mit einem baldigen Aufkauf des russischen Bodens durch deutsche Revanchisten ist nicht zu rechnen. Alle bisherigen Versuche, das Bernsteinland durch deutsche Klein- und Mittelständler zurückzuerobern, sind bisher am massiven Widerstand aus russischer Bürokratie und lokaler Mafia gescheitert. Die finanziell schwer geschlagenen Deutschen treten in der Regel nach zwei bis drei Jahren ihren Rückzug an, und während die polnische Seite in ihrem Land dem deutschen Treiben tatenlos zusah und noch zusieht, hat die russische bereits eine Gegenoffensive gestartet. Die wirtschaftlich interessantesten Gebiete befinden sich längst in den Händen einflußreicher russischer Unternehmer oder Personen, die sich um den Moskauer Bürgermeister Luschkow und dessen Gattin scharen. Luschkow selbst hat im Juli dieses Jahres mit einem symbolischen Spatenstich für den Bau von aus Moskau finanzierten Wohnungen, Kaufhäusern und anderer Infrastruktur gezeigt, wer Herr im Kaliningrader Haus ist.

Von Rußland lernen, heißt eben immer noch: siegen lernen. Die polnische Seite könnte sich ein Beispiel daran nehmen, wie man sich lästige ausländische, vor allem auch deutsche, Investoren vom Hals und zwei Drittel der Bevölkerung an der Armutsgrenze hält. Da eine Veränderung des Investitionsklimas nicht zu erwarten ist, wird auch in Zukunft die Mehrzahl der deutschen Vorstöße an den polnisch/russischen Grenzstationen zum Stehen kommen.

Eine Seite jedenfalls hat ihr Geschäft bereits gemacht: Der Kaliningrader Oblast ist so sehr von polnischen Lebensmittelimporten abhängig, daß ein längeres Engagement unser östlichen Nachbarn dort gesichert ist. »Immer wieder gibt es Stimmen, den Deutschen ihr Königsberg kostenlos zurückzugeben.« Mag sein. Aber es gibt eigentlich keine Stimme, die es zu der Zukunft dieses Gebietes nicht gibt. Mit den Vorschlägen zu den Perspektiven der Exklave ließe sich ein KONKRET Sonderheft füllen. Im Angebot sind u.a. die Selbständigkeit des Gebietes, die der Vorsitzende der regionalen Baltisch-Republikanischen Partei Pasko befürwortet. Er kann sich aber auch einen Anschluß an Litauen vorstellen. Aus Dänemark kam im August der Vorschlag einer gemeinsamen Verwaltung durch Polen und Litauen, und ein Kaliningrader Gebiet unter Kontrolle der EU wäre doch für alle die beste Lösung, oder? Man muß doch nicht jedes Stimmchen aus den entferntesten Ecken auf die Goldwaage legen.

Mark Wiemann

Dortmund

Trickbetrügen

KONKRET 10/02: »Köchin und Menschenrechtler« von Joachim Bruhn

Grundsätzlich stimme ich dem Artikel von Joachim Bruhn zu, wobei mich besonders der Trickbetrugsvergleich der PDS-Politik hinsichtlich des Trommelns gegen den Jugoslawienkrieg und den gleichzeitigen Regierungsbeteiligungen auf Länderebene »wegen der Menschen« erfreut. - Nichts als Heuchelei. Was mir aber mißfällt, sind zwei Bemerkungen: Die Leninisten sind nicht »von der Geschichte« ausgemustert worden, sondern sie wurden verraten und verkauft von Gorbatschow, Jakowlew und Schewardnadse - mit den bekannten heutigen Folgen. Außerdem bin ich nicht einverstanden mit der Behauptung, daß »Polemik gegen das Finanzkapital - objektiv betrachtet - den Antisemitismus schürt«. Dies ist eine Unterstellung von Herrn Bruhn, der vermutet, daß nur bestimmte Finanzkreise gemeint sind.

Lutz Seeger

Berlin

Konkret 11/02, S. 9

Hermann L. Gremliza

Pflaster unter dem Strand

»Die Welt wird schöner mit jedem Tag,
Man weiß nicht, was noch werden mag,
Nun wird sich alles wenden.«
Ludwig Uhland

»Sind wir denn nirgends mehr sicher?«
»Bild«

Nichts geht über die sorgfältig elaborierte Analyse der materiellen Hintergründe, versteht sich. Zur Not hilft aber auch ein geübter Blick auf die Phänomene. Wie zum Beispiel auf dieses: Im Bayerischen Fernsehen zitiert einer der vier Terrorismus-Forscher bzw. -Experten, die eine Antje-Katrin Kühnemann am Tag nach dem Anschlag auf Bali um sich versammelt hat, eine Umfrage, nach der 79 Prozent der Kuwaitis und 80 Prozent der Ägypter Osama Bin Ladens Al-Qaida nicht für eine terroristische Organisation halten.

Die Erscheinung lehrt: Erstens ist der Terrorismus zu einer Einrichtung geworden, die bereits einen ordentlichen Berufsstand hervorgetrieben hat und bis ins Pensionsalter durchzufüttern verspricht. Zweitens gilt der Terrorismus als Krankheit, weshalb die Sondersendung über den jüngsten Vorfall von jener Doktorin der Medizin geleitet wird, deren Spezialgebiet die öffentliche Behandlung des Blasenkatarrhs ist und die an diesem Abend eigentlich »Alarm im Krankenhaus: Ärzte dringend gesucht« auf dem Programm hatte. Drittens aber scheinen sogar die Bewohner jenes Staates, den amerikanische Truppen vor zehn Jahren von Saddam Husseins Soldateska befreit haben, mit den bösartigsten Feinden der USA zu sympathisieren.

Es muß nicht immer ein World Trade Center sein: In Moskau begräbt ein Wohnhaus die Bewohner unter sich, in Helsinki explodiert ein Kaufhaus, in Djerba detoniert ein Auto vor einer Synagoge, in Washington stirbt täglich ein Zivilist im Zielfeuer eines Unbekannten, in Tel Aviv verbluten Gäste einer Hochzeitsfeier, in Tschetscheniens Hauptstadt fliegt ein Polizeirevier in die Luft, in Kabul ein Minister, vor der Küste des Jemen trifft's einen französischen Öltanker, im Norden Kuwaits diesen und jenen GI, auf Bali australische und deutsche Touristen.

Die meisten Täter, aber nicht alle, sind Muslime, und ob die Religion ihr Handeln bestimmt, ist nicht so ausgemacht, wie mancher Aufklärer meint. Der Islam ist gewiß, wie das Christentum, eine besonders widerwärtige Religion, aus beider heiligen Schriften ließen und lassen sich Rechtfertigungen der übelsten Greueltaten herauslesen. (Aber auch aus Goethes *Faust* wäre mit ein wenig Geschick die Anleitung zu einem Massenmord zu exzerpieren.) Der Sache näher kommt die Parole, der Terror richte sich »gegen unsere Zivilisation« bzw. »die westliche Lebensweise«.

Des Rätsels richtige, wenngleich sehr pauschale Lösung ist, daß jede der Taten, die unter die Rubrik Terror fallen, sich gegen die herrschende Weltordnung richtet - aus guten wie aus schlechten, ökonomischen wie politischen, religiösen wie psychotischen Motiven, apart oder wild gemischt.

Die Ordnung der Welt zeichnet sich dadurch aus, daß in ihr die Zuteilung der Güter ein für allemal festgelegt erscheint. Eine Minderheit, Weiße des Nordens die meisten, besitzt alles: Geld, Nahrung, Gesundheit, Wasser, Kleidung - die Massen des Südens nichts. Die wenigen natürlichen Güter, auf denen manche sitzen (Bananen, Kaffee, Öl), werden ihnen vom sogenannten Weltmarkt zu Preisen abgenommen, gegen welche die Bezahlung mit Glasperlen, die frühere Kolonialisten übten, fair erscheint. Und der Graben zwischen den Reichen und den Armen wird, wie übrigens auch im weißen Norden selbst, jedes Jahr ein Stück tiefer.

Die Lage ist zum Verrücktwerden, dort wie hier, und dort wie hier werden es immer mehr. Eine Meldung am Tag nach dem Attentat auf Bali ging so: »Die Mordrate in Großbritannien ist auf dem höchsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen vor

hundert Jahren. Im ersten Quartal 2002 hat die britische Polizei 885 Morde aufgenommen, 20 Prozent mehr als 1997.« Scotland Yard hat gut zu tun. Immer mehr Staaten des Südens aber verlieren die Kraft, das Gemeinwesen zu organisieren, werden - das Fach hat schon den Begriff - zu *fading states.* Entgegen dem Glaubensbekenntnis der Leitartikler ist es nämlich auch bei Staaten so, daß die Mittel die Verhältnisse bestimmen: Je reicher die Gesellschaft, desto ziviler der Staat (wer im Geld schwimmt, kann sich sogar eine bürgerliche Demokratie leisten), je kärglicher die Mittel, desto brutaler, autokratisch bis diktatorisch, der Staat, und wo gar nichts ist, löst die staatliche Ordnung sich in Banden auf. (Der Leitartikler übrigens hält, umgekehrt, den Reichtum für die Folge der Demokratie, aber dafür wird er ja bezahlt.)

Daß der Sieg des Kapitalismus auf überschaubare Zeit irreversibel erscheint, läßt sogar einige verzweifelte Kommunisten in ihm den letzten Hort jener Rechte und Freiheiten sehen, die er dem Rest der Welt bestreitet. In der Tat unterscheidet sich der neuere Terrorismus von dem der Vorwendezeit durch vollendete Hoffnungslosigkeit. Er verhält sich zu Emanzipation wie der Sozialneid zur Revolution: Was die einen nicht haben, soll den anderen wenigstens vergällt werden. Der Anschlag auf Bali, der »Insel der Götter«, sollte, sagten die Terrorexperten, erstens »unsere westliche Lebensweise« und zweitens den Tourismus, den weltweit größten Wirtschaftszweig treffen. Vor allem aber sei er ein Symbol. Wofür? Für nichts. Ein Symbol seiner selbst.

Gibt es, zwischen den Autoren einer verrückten Ordnung und den in ihr, an ihr verrückt Gewordenen, eine vernünftige Wahl? Zwischen dem Aktionär des Kaufhauses in Helsinki und dem Irren, der sich (und andere) darin umgebracht hat, gibt es sie nicht. Gibt es sie zwischen den beiden Kuwaitis, die beim Anschlag auf einen GI starben, und dem getöteten US-Soldaten, der bereit stand, zusammen mit seinen Kameraden einen Krieg zum Zwecke der Eroberung und langjährigen Besetzung des Irak sowie zur Enteignung seiner Ölvorräte zu beginnen? Die Wahl, die an dieser Stelle zwischen der israelischen Armee und der Hamas getroffen wurde, gibt jene nicht vor. Saddam Hussein zu hindern, jedes palästinensische Selbstmordattentat mit 25.000 Dollar zu belohnen, muß Bagdad nicht niedergebrannt werden. Saddam und Osama sind Antisemiten, wie übrigens die Saudis, die Teheraner und die Deutschen auch, aber wenn Henry Kissinger sagt, es gehe »um unser Öl« (und nicht etwa um Israel), durfte man ihm das schon im zweiten Golfkrieg glauben.

Bin Ladens Judenhaß ist, anders als der deutscher Möllemänner, Teil eines Hasses auf die westliche Welt und deren Herrschaft über den Rest. Er ist weit weniger religiösfundamentalistisch als verrückt-antiimperialistisch. Daß das reichste Land des Nahen Ostens Juden gehört und der Zentralbankchef der USA Greenspan heißt, muß so einen auf dumme Gedanken bringen. Gesetzt, es gäbe Juden weder da noch dort - Bin Ladens Haß auf den Westen würde darunter nicht leiden. Das Wort Zirkulationssphäre ist ihm, ich wette, ganz fremd. Wie andererseits der »Krieg gegen den Terror« und um das irakische Öl nicht zum Schutz Israels geführt wird, sondern zur Verteidigung des Reichtums, den die herrschende Ordnung der Welt den Freiheitskriegern abwirft.

Also lautet der Beschluß: »Anders als im Kalten Krieg ist der Feind nicht Sicherheitspartner. Abschreckung und Verteidigung reichen nicht. Prävention und Präemption sind unausweichlich. Die großen Kriege des 21. Jahrhunderts kommen aus Asien. Machen wir uns zu Herren unserer Angst, gewinnen wir. Wenn nicht, nicht.« So sagt's Michael Stürmer, Historiker, vormals Berater von Kanzler Kohl. Und so wird's gemacht.

Konkret 11/02, S. 10

Herrschaftszeiten

Kauft nicht bei Juden

6. September, »Vorwärts« (Schweiz):

Seit diesem Sommer arbeitet eine nationale Arbeitsgruppe an der nationalen Kampagne zum Boykott israelischer Waren. Innerhalb dieser Kampagne soll auch der völkerrechtswidrige Export von Lebensmitteln und Kosmetika aus illegalen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die als »israelische Produkte« deklariert sind, thematisiert werden. Zusammen mit der Centrale Sanitaire Romande soll nochmals eine Anstrengung zum Sammeln von Unterschriften für die Petition gegen das Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Israel und gegen die Rüstungszusammenarbeit zwischen der Schweiz und Israel gemacht werden. Die Unterschriftensammlung wird mit Boykottaktionen vor den Einkaufszentren in der ganzen Schweiz und der Mobilisierung für die internationale Demonstration in Marseille am 28. September verbunden. Im Hafen von Marseille wollen die Docker zusammen mit verschiedenen Friedensorganisationen den Umschlag von israelischen Produkten behindern.

Familienbande 1

6. September, »Frankfurter Rundschau«:

Ein Elternpaar ist beim Kölner Standesamt mit dem Versuch gescheitert, seinem Sohn den Namen des mutmaßlichen Terroristenführers Osama Bin Laden zu geben.

Ein Unglück kommt selten allein

15. September, »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung«:

Ausgerechnet in der Woche, in der Unionskandidat Stoiber – laut Umfragen – bundesweit die Wählersympathie entzogen wurde, ergötzt sich die Münchner »TZ« an einer regionalen Wahlkampfpanne. In einer CSU-Broschüre, die millionenfach in die bayerischen Haushalte flatterte, wirbt eine fesche Biergartenkellnerin, ein paar Maßkrüge vor dem Busen, für die Landespolitik. »In Bayern fühle ich mich sicher«, steht unter dem Foto. Nach Recherchen des Blattes ist dieses Bekenntnis durchaus doppeldeutig zu verstehen. Denn Sonja S., die Werbeträgerin, ist laut »TZ«-Recherchen vorbestraft: Diebstahl, Unterschlagung, Betrug und Leistungserschleichung stünden in ihrer Polizeiakte. Vor einiger Zeit hätte man sie noch im Frauengefängnis Aichach fotografieren können.

Pisa-Schock, neue Folge

19. September, Pressemitteilung des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren:

Studium vom Geldbeutel abhängig //... In der Studie schneidet Deutschland, vorsichtig gesagt, nicht besonders gut ab, während Finnland – ähnlich wie in der Pisa-Studie – Spitzenplätze erlangt. So beginnen in Finnland mehr als zwei Drittel der Jugendlichen eine Hochschulausbildung, in Deutschland nur 31 Prozent. Auch sind Arbeiterkinder in Finnland und Irland wie in allen acht untersuchten EU-Staaten zwar unterrepräsentiert, machen aber im Vergleich zum Bevölkerungsanteil einen wesentlich höheren Anteil aus als in Deutschland.

Erfolgsmeldung

16. September, Pressemitteilung der deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e. V.:

20 Jahre lebten Andrea N. und ihr Mann Hans an der Armutsgrenze. Mit Hilfe eines Projektes wurde Andrea in eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) integriert und erhielt die Kraft, ihren Mann zu motivieren, endlich auch Sozialhilfe zu beantragen. Auf diese Weise trägt Hans N. nun ebenfalls zum Familieneinkommen bei. Dieses ist ein Beispiel für ein Modellprojekt im Rahmen der Armutspräventionskampagne.

Die Juden sind unser Unglück

19. September, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«:

Manche hegen die Befürchtung, ein amerikanischer Krieg gegen den Irak könne die ganze Region in Flammen setzen, eine vermutlich übertriebene, aber nicht ganz unfundierte Annahme. Treibende Kraft einer solchen Entwicklung wäre die in

Jahrzehnten aufgestaute arabische Erbitterung über einen elementare Menschen- und Volksrechte mißachtenden Umgang Israels mit den Palästinensern und insbesondere die einer Mittäterschaft recht nahe kommende amerikanische Duldsamkeit gegenüber dieser Politik und ihrer gewohnheitsmäßigen Mißachtung von UN-Resolutionen.

Rudolf Karsli

27. September, »Handelsblatt«:

Rudolf Scharping, auch nach seiner Demission als Bundesverteidigungsminister immer noch Spitzenkandidat der SPD in Rheinland-Pfalz, hat ... noch als Verteidigungsminister am Kabinettstisch ... die Ablehnung der US-Bagdad-Politik damit begründet, daß »die jüdische Lobby« in den USA zu großen Einfluß besäße.

Ende der Aufklärung

27. September, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«:

Joschka Fischer vergibt Börne-Preis 2003 / ... der Außenminister ist als erster Politiker von der in Frankfurt am Main beheimateten Ludwig-Börne-Stiftung dazu ausersehen worden, ihre nach dem Namenspatron benannte Auszeichnung zu verleihen.

Mit Musik geht alles besser

1. Oktober, »Süddeutsche Zeitung«:

Als in der Nacht des 22. August 1999 sieben Rechtsradikale zwei Vietnamesen durch die Mecklenburgische Stadt Eggesin jagten, da sangen sie ein Lied. Und während sie den beiden Männern mit ihren Springerstiefeln den Schädel eintraten, da sangen sie noch immer, vor allem die Liedzeile »Fidschi, Fidschi - gute Reise«. Und im Takt traten sie auf die Köpfe der Vietnamesen ein. Das Lied, das sie da sangen, stammt von der rechtsradikalen Band Landser, gegen die nun Generalbundesanwalt Kay Nehm Anklage erhoben hat.

»Ran an den Feind« heißt auch eine der CDs, die Landser in den vergangen Jahren herausgebracht hat. Da gibt es Texte, die den Schlägern ins Gehirn hämmern, »die Mädels« warten zu lassen, mit »ihren Stuka-Bomben« aufzusteigen und dann auf die Anordnung zu hören: »Kamerad, Kamerad, es lautet der Befehl, ran an den Feind, Bomben auf Israel.«

Die Bundesanwaltschaft stellt in ihrer Anklageschrift fest, daß Landser-Lieder häufig zu hören waren, wenn Menschen überfallen oder getötet wurden. Nicht nur die beiden Schläger von Eggesin hörten Landser, auch die beiden Rechtsradikalen, die im Jahr 2000 in Dessau den Familienvater Alberto Adriano umbrachten.

Familienbande 2

4. Oktober, »Tageszeitung«:

D. berichtete, es habe Kontakte zur NPD gegeben. SSS-Aktivisten (Skinheads Sächsische Schweiz) seien als Ordner bei NPD-Veranstaltungen aufgetreten; Anwälte der NPD hätten Rechtsschulungen durchgeführt. Auch habe die SSS aus den Kommunen der Sächsischen Schweiz Informationen bezogen. So habe sich einer der Mitangeklagten mehrfach damit gebrüstet, daß seine Kusine – eine Polizeibeamtin – ihn vor Razzien warnen würde. »Die Informationen stimmten immer«, so D.

Beschäftigungstherapie

5. Oktober, »Süddeutsche Zeitung«:

Die Zahl der Sexualmorde an Kindern und Jugendlichen sinkt – doch die Aufmerksamkeit, die sich auf Taten, Täter und Opfer richtet, nimmt zu; die Schere zwischen Kriminalitätsfurcht und realer Bedrohung geht also immer weiter auseinander. Für KFN-Chef (Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen) Greve ist dies ein Ausdruck der »glücklicherweise gestiegenen Sensibilität gegenüber Sexualstraftaten«, vor allem aber ein Beleg »für eine Entwicklung in der Berichterstattung«: Was vor dreißig Jahren vielleicht ein, zwei Tage eine traurige oder empörte Schlagzeile bedeutete, »das beschäftigt heute eine Zeitung eine ganze Woche lang«.

Möllemänner

4. Oktober, »UZ«:

Dies mußte schiefgehen, weil wirkliche Antisemiten wissen, daß Möllemann keiner der ihren ist, sondern nur ein etwas zu machtgeiler und skrupelloser Wiedergänger seines Mentors Genscher ... Der kratzt vor allem deswegen so erfolgreich am »Antisemitismus-Tabu«, weil die Gleichsetzung des Antisemitismus mit Kritik an der israelischen Führung zu den konstituierenden Elementen der Bundesrepublik gehört. Die Juden so oder so zugewiesene Sonderrolle läßt sich nach historischer Opportunität für oder wider sie wenden.

Möllefrauen

7. Oktober, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«:

Trotz seines »überspitzten« Flugblattes wählte die Angestellte Möllemann. Schließlich sei es auch nicht okay, wie Michel Friedman die Deutschen immer wieder »knechte«. Allerdings will ihr Sohn von Möllemanns Gattin Carola Möllemann-Appelhoff wissen, daß selbst die Ehefrau nichts von dem Flugblatt wußte: »Wenn das stimmt, dann ist allerdings in dem Kopf was nicht richtig.«

Ich bin stolz und froh über die gewachsene Zivilität der Deutschen, ihre zeitweise Kriegsuntertänigkeit, ihre zunehmende Mitleidsfähigkeit – und nicht zuletzt über ihre gelegentliche Ironie

---

Antje Vollmer, Bündnis 90/Die Grünen

Konkret 11/02, S. 12

Jürgen Elsässer

Deficit bombing

Wie Hitler braucht auch George W. Bush Krieg, um von innenpolitischen Problemen abzulenken, sagt Herta Däubler-Gmelin. Spinnt die?

Auf einer Betriebsversammlung nach dem 11. September 2001 hatten die 450 Beschäftigten der Walter AG in Tübingen eine Resolution an »ihre« Bundestagsabgeordnete Herta Däubler-Gmelin verabschiedet, in der von »Entsetzen« über die Anschläge ebenso die Rede war wie von einer »Mahnung« an die Bundesregierung zur »Besonnenheit« im Kampf gegen den Terrorismus. Als die Justizministerin daraufhin im Januar 2002 dem Betriebsrat einen Besuch abstattete, bekam sie was zu hören: »Die hochgelobte Nordallianz besteht doch genauso aus Banditen wie die Taliban«, schimpfte der BR-Vorsitzende Bernd Melchert. Sein Kollege Heiko Lindemann wollte wissen, warum die Bundesregierung Konfliktlösung »mit Kriegsverbänden« betreibe. Ein dritter fand es »merkwürdig«, daß der Kanzler »schon deutsche Soldaten angeboten hat, bevor die USA überhaupt etwas angefordert haben«. Melchert: »Viele von uns haben 1998 zur Wahl von Rotgrün aufgerufen, unter dem Motto ›Wir brauchen eine andere Politik.‹ Aber so wie jetzt mit Afghanistan haben wir uns das nicht vorgestellt.«

Wähler wie diese mußte Gerhard Schröder im Endspurt des Bundestagswahlkampfes zurückgewinnen, wenn er noch eine Chance gegen den bis Mitte August in Umfragen führenden Edmund Stoiber haben wollte. Schröder reiste fortan auf dem Peace-Ticket von Kundgebung zu Kundgebung, seine Gefolgsleute imitierten das Konzept in den Wahlkreisen. Herta Däubler-Gmelin mußte also am 18. September noch einmal zu den widerspenstigen Proleten. Eingeladen hatten Vertrauenskörperleitung und Betriebsrat der Firmen Walter AG und Flender. Ein Korrespondent der »Roten Fahne« berichtet vom Ablauf:

In einem Beitrag wurde von einem Vertrauensmann die Politik der Bundesregierung ... angegriffen und gesagt, daß sich die SPD nicht zu einer Friedenspartei gewandelt hat. Die SPD/Grünen-Regierung vertritt die Interessen des deutschen Imperialismus, es geht hier um Widersprüche zwischen imperialistischen Mächten. Er wies darauf hin, daß davon auszugehen ist, daß sich auch der BRD-Imperialismus an einer Militäraktion beteiligen wird, um seine Interessen zu wahren. Däubler-Gmelin geriet in Rechtfertigungszwang, antwortete direkt darauf und versuchte, von der Politik der Bundesregierung abzulenken, indem sie sich mit dem Angriff auf Bush zu profilieren versuchte. Im Verlauf der Diskussion führte sie aus: Auch bei einem Angriff des Irak auf die Türkei würde es keinen Bündnisfall geben, das hätte sie schon 1991 geprüft. Den USA gehe es nicht um Öl, sie bräuchten kein Öl. Das Ganze sei nur ein Ablenkungsmanöver, das sei eine beliebte Methode, um von inneren Problemen abzulenken. Das habe Frau Thatcher Anfang der achtziger Jahre auch schon mit dem Falkland-Krieg betrieben. Hier murmelte ein Betriebsrats-Kollege »auch ein Österreicher«. Däubler-Gmelin fuhr dann fort: »Ja, auch Hitler hat diese Methode angewandt.«

Der alte Sozi-Trick – links blinken, rechts abbiegen – hätte vielleicht geklappt, wäre nicht auch ein Reporter des bürgerlichen Lokalblatts dagewesen und hätte darüber geschrieben. Die Wellen der Empörung schlugen hoch. Die »FAZ« entschied noch vor dem Wahlsonntag: »Frau Däubler-Gmelin wird dem nächsten Bundeskabinett nicht mehr angehören.« Der bewährte Antifaschist Silvio Berlusconi urteilte: »Gewisse Vergleiche mit Adolf Hitler passen gut zu den internationalen Diktaturen und Gesetzlosen, sicherlich aber nicht zur großen amerikanischen Demokratie und ihrem Präsidenten.« Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice sprach von einer »Vergiftung« des deutsch-amerikanischen Verhältnisses: »Wie kann man den Namen von Hitler und den Namen des US-Präsidenten im selben Satz verwenden? Und besonders ein Deutscher, wo sich doch die USA der Befreiung Deutschlands von Hitler verschrieben hatten?«

Nun hat zwar George W. Bush persönlich mit der Befreiung vom Nazifaschismus gar nichts zu tun, und seine Familie steht eher für das Gegenteil, die Unterstützung der NS-Diktatur. So schreiben Webster G. Tarpley und Anton Chaitkin in ihrem Buch *George Bush: The Unauthorized Biography* über Großvater Prescott Bush*:* »On Oct. 20, 1942, the U.S. government ordered the seizure of Nazi German banking operations in New York City which were being conducted by Prescott Bush. Under the *Trading with the Enemy Act*, the government took over the *Union Banking Corporation,* in which Bush was a director. The U.S. Alien Property Custodian seized Union Banking Corp.'s stock shares, all of which were owned by Prescott Bush, E. Roland ›Bunny‹ Harriman, three Nazi executives, and two other associates of Bush ... On Oct. 28, the government issued orders seizing two Nazi front organizations run by the Bush-Harriman bank: the *Holland-American Trading Corporation* and the *Seamless Steel Equipment Corporation ...* Nazi interests in the *Silesian-American Corporation,* long managed by Prescott Bush and his father-in-law George Herbert Walker, were seized under the Trading with the Enemy Act on Nov. 17, 1942.«

Bereits auf der Versammlung hatte Däubler-Gmelin betont, daß sie nicht Personen, sondern Methoden vergleichen wolle. Auch Michael Hahn, der mit seinem Bericht im »Schwäbischen Tagblatt« die ganze Affäre ins Rollen gebracht hatte, bestätigt das, fügt aber an: »Als ob das irgendwas besser machen würde.« Hier scheint die Political Correctness mit dem

auch in KONKRET schreibenden Hahn durchgegangen zu sein. Denn es ist zwar richtig, auf der Singularität des Holocaust zu beharren und Verharmlosungen durch Vergleiche mit Allerweltsgreueln zurückzuweisen – und besonders Projektionen des Holocaust auf die Opfer oder deren Nachkommen (Methode Möllemann). Wollte man aber alles, was im Nationalsozialismus geschah, unter ein Vergleichsverbot stellen, machte man sich unfähig, historische Vorbilder bestimmter politischer Tendenzen zu erkennen und zu bekämpfen. Man kann die Gegenwart durch Vergleichsverbot so gut verharmlosen wie die Vergangenheit durch Vergleichsinflation.

Die Entscheidung, ob ein Vergleich gefährlich oder produktiv ist, darf dabei nicht nach den Regeln der Diskurstheorie gefällt werden, also danach, welche Wirkungen der Vergleich im gesellschaftlichen Überbau hat, sondern einzig und allein danach, ob er der Realität entspricht oder sie verfälscht. Wenn Möllemann und Karsli der israelischen Armee Nazimethoden vorwerfen, so ist das nicht deswegen falsch, weil es den Antisemitismus fördert, sondern weil die Israelis in Djenin nicht so gewütet haben wie die Nazis in Warschau. Däubler-Gmelin aber mußte gehen, weil sie der Realität zu nahe gekommen ist: Bei Bush wie bei Hitler ist der Krieg nicht nur ein Ablenkungsmanöver von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten (gewesen), sondern die einzige Lösungsmöglichkeit einer säkularen Krise.

Die USA – bankrott und mächtig

Schon vor dem 11. September 2001 war die Weltwirtschaft in einer Situation, die an den Schwarzen Freitag 1929 erinnerte. Die Analysten der Deutschen Bank äußerten sich besorgt: »Die USA und Japan befinden sich in einer Rezession. Europa darf noch hoffen, mit einem blauen Auge davonzukommen. Die Aktienmärkte haben weltweit eine schrittweise, insgesamt jedoch deutliche Korrektur erfahren. In dieser Situation liegt es nahe, die Risiken einer schweren Rezession zu bewerten und einen Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise 1929/33 anzustellen. Parallelen sind in der Tat unübersehbar. Sowohl im Jahre 1929 als auch 2000/01 erfolgten die Abkühlung der Weltwirtschaft und die Aktienverluste am Ende einer langjährigen kräftigen Wachstumsperiode. Die reale Zunahme des US-Bruttoinlandsprodukts (Bip) in den zwanziger Jahren übertraf mit im Schnitt 4,2 Prozent sogar noch den Zuwachs von 3,8 Prozent in den Jahren 1991 bis 2000.«

In den USA war die Krise in den neunziger Jahren durch die fantastische Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Unternehmensgewinne überdeckt worden – heute weiß man, daß diese Erfolgsstory großteils auf Buchungstricks beruhte. Die schöngerechnete Konjunkturentwicklung war die Fassade für eine marode Nationalökonomie, ablesbar etwa am exponentiellen Wachstum des Handels- bzw. Leistungsbilanzdefizits: 1992 betrug es 50 Milliarden US-Dollar, 2000 schon 435 Milliarden Dollar. Paul Volcker, einer von Alan Greenspans Vorgängern als Chef der Federal Reserve, ging im Juli 2001 von einem baldigen Handelsloch in Höhe von 500 Milliarden Dollar aus.

Gleichzeitig ist auch die Verschuldung der USA explodiert: Ende der siebziger Jahre waren die USA Nettogläubiger mit Forderungen an das Ausland in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar, im Jahre 1982 erreichten diese Forderungen mit 231 Milliarden US-Dollar ihren Höchststand. Doch kurz darauf kam die Wende in die roten Zahlen: Seit 1985 sind die USA – Staat, Wirtschaft, Privathaushalte – an das Ausland verschuldet: Im September 2001 betrug die Bruttoschuld 7.815 Milliarden US-Dollar, verrechnet mit eigenen Forderungen an das Ausland bleibt immer noch eine Nettoverschuldung in Höhe von 3.493 Milliarden Dollar übrig. Da die gesamte jährliche Wirtschaftsleistung der USA (Bip) bei etwa 10.000 Milliarden Dollar liegt, liegt die Auslandsverschuldung damit bei knapp 35 Prozent des Bip. Mit anderen Worten: Um ihre Schulden zu tilgen, müßte die gesamte US-Wirtschaft dreieinhalb Monate lang alle produzierten Güter und Dienstleistungen an ihre ausländischen Gläubiger abtreten. Zum Vergleich: Die DDR wurde im Oktober 1989 von einer Arbeitsgruppe des Politbüros für bankrott erklärt, weil sie eine Westverschuldung von 49 Milliarden Valutamark hatte – das waren 16 Prozent des Bip der DDR.

Ein Land, das so über seine Verhältnisse lebt, würden internationale Kapitalanleger normalerweise scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Wer würde etwa im Privatleben jemandem Geld leihen, der seit Jahren dafür bekannt ist, mehr auszugeben als er verdient, und das auch noch mit wachsender Tendenz? Warum strömt trotzdem immer weiter Auslandskapital in die USA – bis vor kurzem etwa 40 Milliarden Dollar pro Monat? Warum kaufen die ausländischen Anleger auf Dollar notierte Aktien und Anleihen, obwohl sie doch bei einem solchen Handelsdefizit mit einem ähnlichen Wertverfall des Dollars und damit ihrer schönen Aktien und Anleihen rechnen müssen, als hätten sie Besitztitel vom vergleichbar defizitären Argentinien im Tresor? Weil die USA (und nur die USA) die militärische Macht haben, die materielle Deckung für die papierenen Wertversprechen jederzeit beizubringen. Und je offensichtlicher der Dollarschwindel in der Realökonomie ist, um so notwendiger ist der Einsatz der Militärgewalt.

Mit Keynes in den Krieg

Rosa Luxemburg begründete die Tendenz zum Krieg in ihrem Hauptwerk *Die Akkumulation des Kapitals* damit, daß der Kapitalismus, je mehr er die ganze Welt durchdringe, an eine Systemgrenze stoße. In einer globalen Gesellschaft, die nur noch aus Kapitalisten und Proletariern bestünde, müßte der Teil der produzierten Wertmasse, der die Lohnsumme der

Arbeiterschaft übertreffe, immer unverkäuflich bleiben – je größer also der produzierte Mehrwert werde, um so schlechter lasse er sich realisieren. Dieses »Realisierungsproblem« könne nur gelöst werden, wenn Kaufkraft von außen zugeführt werde. Bei Luxemburg besteht dieses Außen aus den vorkapitalistischen Landstrichen und Milieus der einfachen Warenproduktion oder des Feudalismus – diese müssen erobert werden.

Auch John Maynard Keynes analysierte dieses »Realisierungsproblem«, obwohl er, da kein Marxist, ganz andere Kategorien und Termini verwendete. Auf drei Sätze gebracht lautet die tragende Idee des Vorzeigeökonomen der Sozialdemokratie: In marktwirtschaftlichen Systemen gibt es aus strukturellen Gründen eine Nachfragelücke, die für die Arbeitslosigkeit verantwortlich ist. Diese Nachfragelücke muß geschlossen werden, indem die Regierung über Fiskal- und Zinspolitik Industrie und Privathaushalten billiges Geld zur Verfügung stellt, notfalls mittels Staatskonsum die Konjunktur stimuliert. Erhöhung der Geldzirkulation und Staatsverschuldung (»deficit spending«) sind hierfür obligatorisch. Keynes und seine Jünger zeigen scheinbar einen Weg, wie der Kapitalismus friedensfähig werden kann: Die innere Kolonisierung (die Entdeckung neuer gesellschaftlicher Aufgaben und ihre Verwandlung in zahlungskräftige Nachfrage durch staatliche Geldschöpfung) könne die äußere (die kriegerische Expansion) überflüssig machen.

Sowohl der New Deal in den USA der dreißiger Jahre als auch die NS-Wirtschaftspolitik fußten auf Staatsverschuldung und darüber finanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, also auf den Prinzipien, denen Keynes 1936 in seiner *General Theory* eine allgemeingültige Fassung gab. In den USA wurde dazu die Notenpresse in Gang gesetzt, in Deutschland wurden fiktive Firmen wie die »Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten« (Öffa) und die »Metallurgische Forschungsgemeinschaft« (Mefo) gegründet, auf deren Namen Wechsel ausgegeben wurden. Bereits 1936 erreichte das US-Haushaltsdefizit 4,6 Milliarden Dollar oder 50 Prozent der Bundesausgaben, in Deutschland war die Gesamtsumme der Mefowechsel bereits 1936 auf über 40 Milliarden Reichsmark gestiegen.

Als bekannt darf man den Konnex zwischen Arbeitsplatzbeschaffung und Kriegsvorbereitung in Nazideutschland voraussetzen. Der kriegerische Raub von konstantem und variablem Kapital (d. h. Rohstoffen und Arbeitssklaven) sorgte für die Wertdeckung der aufgeblähten Geldmenge in Nazideutschland. Als am 8. Mai 1945 der grausige Spuk zu Ende war, explodierte die vorher politisch-militärisch zurückgestaute Inflation. Daß dieser Zusammenhang auch für die demokratischen USA galt, ist weniger bekannt: Zwar sank dort die Arbeitslosigkeit von 23 Prozent (1933) auf 11,2 Prozent (1937) – ein selbsttragender Wirtschaftsaufschwung kam jedoch nicht zustande. Als die Staatsausgaben, in Keynes Theorie eigentlich nur als Initialzündung für eine Belebung der privaten Wirtschaftstätigkeit gedacht, 1937 gekürzt wurden, war ein rezessiver Absturz die Folge, der sogar das Ausmaß von 1929 überstieg. Erst mit Kriegseintritt 1941 konnte die Roosevelt-Regierung das Ziel der Vollbeschäftigung erreichen. Auch die USA konnten angesichts der gewaltigen Aufblähung der Dollaremissionen ihre Währung nur deswegen materiell sichern, weil sie praktisch sämtliche Goldvorräte der Welt im Gegenzug für Kriegslieferungen in ihren Besitz brachten.

Die Parallelisierung des *deficit spending* in einem faschistischen und einem bürgerlich-demokratischen Staat will nicht deren Kriegsziele auf eine Stufe stellen. Selbstverständlich war Hitlers Aggression verbrecherisch, und der Kriegseintritt der USA und der Sieg der Alliierten ein Glück für die Menschheit. Doch die moralische Dignität, die den US-Kriegsanstrengungen in einer spezifischen historischen Konstellation zukam, verdeckt den ökonomischen Imperativ hinter diesem Spezifikum: Keynesianismus funktioniert nur als Kriegskeynesianismus.

Reichsmark, Dollar, Euro

Trotz einbrechender Börsenkurse sieht die Deutsche Bank keine Gefahr für einen Kollaps der Globalökonomie: »Der wesentliche Grund hierfür liegt darin, daß die Geld- und Finanzpolitik aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise von 1929 gelernt hat. Wurde damals mit verringerten Ausgaben und Steuererhöhungen und damit krisenverschärfend reagiert, so setzen sich vor allem die USA heute aktiv für die Stimulierung der Wirtschaft ein. Nach dem Crash 1929 hatte die US-Notenbank nur zögernd Liquidität bereitgestellt, die Zinsen waren hoch geblieben. Die Geldmenge fiel bis Ende 1931 um ein Viertel ... Im Januar 2001 hingegen hat die US-Notenbank sofort eine aggressive Zinssenkungspolitik eingeleitet ... Die USA sind bereit und in der Lage, durch eine expansive Geld- und Finanzpolitik die Weltwirtschaft zu stützen.«

Nach dem 11. September wurde diese expansive Politik noch deutlicher: Obwohl sich die Wirtschaftsleistung weiter abschwächte, wurde noch mehr Geld in Umlauf gebracht, die Geldmenge (M3) stieg um 13 Prozent. Zu Jahresanfang 2002 traten große Steuererleichterungen in Kraft, gleichzeitig verkündete Bush die größte Steigerung des Rüstungsetats seit den Zeiten Reagans – das kann nur mit neuer Staatsverschuldung finanziert werden. Man will einen Einbruch wie 1929 ff. also verhindern, indem man die Geldschöpfungspolitik im Stile Keynes und des NS-Bankers Hjalmar Schacht praktiziert – also genau die Politik, die letzten Endes direkt zum Zweiten Weltkrieg geführt hat.

Bush und Greenspan müssen dasselbe fürchten wie Hitler und Schacht: daß die inflationäre Geldblase nur so lange nicht platzt, wie ihre Armeen von Sieg zu Sieg eilen. Für den Dollar (und dollarnominierte Wertpapiere) gilt heute, was für die Reichsmark im Zweiten Weltkrieg galt: Die Anleger glauben den aufgedruckten Wert, solange jedermann jederzeit und an

jedem Ort mit militärischer Gewalt gezwungen werden kann, die Papierschnipsel in Waren einzutauschen. Bringen die USA die Ölreserven des Irak, die zweitgrößten der Welt, unter ihre Kontrolle, wird das die Bonität ihrer Nationalökonomie (nicht nur die der unmittelbar profitierenden Ölkonzerne) bedeutend erhöhen. Werden ihre Armeen aber geschlagen, bricht eine gigantische Geldentwertung aus. Trotz aller Beteuerungen, daß sich der Crash von 1929 nicht wiederhohlen könne, sieht auch die Deutsche Bank diese Gefahr: »Allerdings bleiben Risiken – vor allem dann, wenn die Militäraktionen sich hinziehen oder weitere Terroranschläge erfolgen.«

Die von den Deutschen geführten Europäer sind in der Zwickmühle. Einerseits müssen sie die Kriege der USA unterstützen, damit der Dollar stabil bleibt. Da die deutsche Austeritätspolitik schon seit Mitte der achtziger Jahre zu einer Schwächung des Binnenmarktes geführt hat und mit den Maastricht-Kriterien dieser Kurs für den gesamten Euroraum obligatorisch wurde, ist der nordamerikanische Exportmarkt für die Europäer unverzichtbar. Wer soll ihnen ihre Waren abkaufen, wenn der Greenback keine Kaufkraft mehr hat, sondern nur noch zum Feueranzünden taugt? Die transatlantische Allianz ist kein Resultat europäischer Unterordnung, sondern, vor allem von deutscher Seite, kühler Berechnung. Dabei wissen die EU-Führer, daß das nicht ewig gutgehen kann: Je größer das US-Handelsdefizit wird, um so eher fliegt der Dollarschwindel auf, selbst wenn die Amerikaner siegreich bleiben. So viele Kriege kann Bush gar nicht gewinnen, um sich etwa über ein jährliches Defizit von einer Billion US-Dollar hinwegzumogeln. So ist die EU einerseits vom Exportstaubsauger USA und der Kaufkraft des Dollar abhängig und sucht doch andererseits nach einer Alternative. Die könnte im Euro liegen, doch solange er nicht über dieselbe militärische Deckung wie der Dollar verfügt, wird er nur die Nummer zwei bleiben. Ein Euro ohne Euro-Armee und Euro-Atomwaffen ist keine Konkurrenz.

In jedem Fall sind weitere Kriege vorgezeichnet: entweder das gemeinsame militärische Vorgehen der EU mit den USA zur Stützung des Dollar oder das militärische Muskelspiel der Europäer gegen die USA zur Ablösung des Dollar durch den Euro. Wie man das Ding auch betrachtet, aus der Sicht der transatlantischen Freundschaft oder aus der Sicht der transatlantischen Rivalität: Immer sind es nicht nur die Yankees, sondern auch die Krauts und ihre Partner, die ein strukturelles Interesse am Krieg haben. Anders funktioniert der Kapitalismus nicht mehr.

Die Linke im Krieg

Wie schlecht die Linke auf das Zeitalter permanenter Kriege vorbereitet ist, zeigt die letzte Ausgabe der »Blätter des Informationszentrums Dritte Welt«, des ältesten Debattenorgans der bundesdeutschen Dritte-Welt-Solidarität. Im Editorial heißt es: »Stärker noch als vor zehn Jahren ... formiert sich heute eine ... Linke, die einen Militärschlag gegen das Hussein-Regime zumindest als kleineres Übel begreift.« Auch in der Redaktion konnte man sich nicht auf eine Antikriegsposition einigen, weil es Fragen gibt, »die nur schwer zu beantworten sind«. Nämlich: »Stellt Saddam Husseins Regime tatsächlich oder nur verbal eine Bedrohung Israels dar? Besitzt es also Massenvernichtungswaffen oder wird es sie besitzen? Und ist es willens, sie einzusetzen? ... Vergrößert Nichtstun die Gefahr?«

Tatsächlich, diese Fragen sind nicht oder nicht mit hundertprozentiger Sicherheit zu beantworten. In einer Situation der Unklarheit hätte die Linke früher niemals gesagt, was diese Linke postuliert: »In dubio pro bello«. Zwar behielt man sich vor, in begründeten Einzelfällen eine Ausnahme von der Kriegsgegnerschaft zu machen, etwa bei der Unterstützung der Armeen der Anti-Hitler-Koalition. Doch für diese Ausnahmefälle lag die Beweislast bei den Kriegsbefürwortern – der Grundsatz »In dubio contra bellum« galt fort.

Macht sich die Linke Fragen, »die schwer zu beantworten sind«, zu eigen, wird sie auch den weiteren Kriegen bestenfalls nichts entgegenzusetzen haben, sie schlimmstenfalls sogar befürworten. Wer weiß schon, ob Nordkorea mit seinen Trägerraketen nicht auch ABC-Sprengköpfe nach Israel transportieren kann? Ob Kuba mit seiner weitentwickelten Gentechnologie nicht Waffen für Al-Qaida herstellt? Ob in Rußland nicht die Machtübernahme durch eine rotbraune Militärjunta und die Internierung aller Spekulanten und Oligarchen droht? Am besten ein paar Atombomben abwerfen – dann gibt es keine Fragen mehr.

Jürgen Elsässer verfaßte zu diesem Thema einen ausführlichen Beitrag (»Wert, Geld und Imperialismus«) in dem von ihm herausgegebenen Buch »Deutschland führt Krieg« (konkret-texte 32)

Konkret 11/02, S. 16

Georg Fülberth

Löwe und Schakal

Über die neue sicherheitspolitische Enzyklika des George W. Bush

Das Dokument »The National Security Strategy of the United States«, das George W. Bush am 20. September 2002 veröffentlichen ließ, nennt gleich am Anfang drei Werte: »freedom, democracy, free enterprise«. Die One World wird als eine vollendete, wenngleich gefährdete Tatsache dargestellt. Der äußere und innere Feind ist der Terrorismus.

Die Kritik kam schnell: Selbstgerechtigkeit, missionarischer und unterwerfender Eifer, der sich schon bei den frühen nordamerikanischen Siedlern beobachten lasse. Der Unilateralismus erscheint teils als Kraftmeierei, mehr noch als Heuchelei: verfolgende Unschuld. Die innere und äußere Feinderklärung dient gewiß auch wieder einmal dem inneren Zusammenhalt einer Nation, von der behauptet wird, sie komme ohne derlei nicht aus.

Mag alles sein. Nur: Diese Kritik einer fremden Obrigkeit ist nur dann konsequent, wenn sie sich zugleich gegen die eigene richtet. Die herrschenden Klassen der USA können sich etwas leisten, worauf ihre neidische Verwandtschaft in anderen Staaten halt verzichten muß – vielleicht noch nicht einmal zu ihrem Nachteil.

Philologisch-liturgisch ist das, was der Präsident sich aufschreiben ließ, interessant. Den einzelnen Abschnitten wird häufig ein Zitat vorangestellt. Es ist immer von George W. Bush, häufig so datiert: »West Point, New York June 1, 2002«.

Diese selbstreferentielle Redeweise findet sich auch in päpstlichen Enzykliken. In seiner Botschaft »Centesimus Annus« von 1991 zitiert der Heilige Vater vor allem seine Vorgänger. Ein anderes Beispiel waren die stundenlangen Berichte des Generalsekretärs der KPdSU an den Parteitag. Breschnew ließ da außer sich gerade mal Lenin gelten. Universalistische Bewegungen neigen, wenn sie institutionalisiert sind, zum Autismus.

Merkwürdig mag anmuten, daß nunmehr auch ein Nationalstaat, die USA, sich so verhält. Er begnügt sich nicht mit der traditionellen Begrenzung auf Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt, sondern erhebt gleichfalls einen universalen Anspruch. Einige sprechen von »Weltherrschaft« und wollen wissen, daß die USA, als ein ursprünglich revolutionäres Regime, schon seit der Menschenrechtserklärung von 1776 für die Ausbreitung der von ihnen vertretenen Prinzipien eingetreten seien, was die militärische Niederwerfung von Widerständen, die Einebnung von Besonderheiten sowie die Sicherung eigener materieller Vorteile eben einschließe.

Auch hier ist es nützlich, in der aufdringlichen Besonderheit eine allgemeinere Tatsache aufzusuchen, und das ist der Klassenstaat. Selbst wer nur als Tourist ländliche Schlösser deutscher Barockfürsten besichtigt, spürt einen gottesunmittelbaren Absolutheitsanspruch, der allerdings zunächst nur im Inneren, gegenüber den Untertanen durchgesetzt werden konnte. Nach außen hemmte die Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Mittel, woraus die wechselseitige Anerkennung der jeweiligen Souveränität resultierte.

Der Zivilgesellschaftler und bewaffnete Feminist Bush allerdings nennt in seinem Dokument Grenzen, die dem Staat im Laufe der Zeit auch nach innen gesetzt wurden: »the rule of law; limits on the absolute power of the state; free speech; freedom of worship; equal justice; respect for women; religious and ethnic tolerance; and respect for private property«.

Im Lande selbst mag sich im Lauf der Jahrhunderte tatsächlich der Einfluß der öffentlichen Gewalt verlagert haben. Zugleich bekam der Staat effiziente Mittel zur Durchsetzung derjenigen Ziele in die Hand, die sich aus dem Drang zur ständigen Kapital-Akkumulation ergaben. Eines davon waren immer bessere Angriffswaffen. Die Konkurrenz außenpolitischer Interessen und deren Balance brachte das Staatensystem des 19. Jahrhunderts hervor. Aus der Dynamik, die diese Konstellation zu durchbrechen drohte, entstand der Imperialismus.

Auch vor 1914 gab es eine Macht, die für sich geltend machte, etwas gleicher zu sein als die anderen: Großbritannien. Seine militärpolitische Doktrin sah vor, daß seine Kriegsflotte – das war damals die ausschlaggebende Truppengattung – stärker sein müsse als die addierten Bestände der zweit- und der drittstärksten Macht. Das Gleichgewicht auf dem europäischen Kontinent war für die britische Diplomatie ein System, das im Interesse der eigenen Sicherheit und kolonialen Herrschaft unbedingt einzuhalten war, dem das Vereinigte Königreich aber selbst nicht angehörte, sondern gegenüberstand. Aus dem Versuch Deutschlands, aus dieser Ordnung auszubrechen, entstand bekanntlich der Erste Weltkrieg und das darauf folgende Zeitalter der Katastrophen.

Vielleicht erklärt uns diese historische Herleitung auch ein bißchen die gegenwärtige Entente cordiale zwischen Bush und Blair. Außenpolitik ist altmodisch.

Die Anomalie 1945-1989, in der eine sozialistische Weltmacht die Dynamik kapitalistischer Staatsräson stillzustellen schien, übergehen wir besser. Wir sind heute noch durch sie verwöhnt und sollten sie rasch vergessen, um die richtigen Maßstäbe für die gegenwärtige und die künftige Situation zu haben.

Bush will die Institutionen, die seit dem Zweiten Weltkrieg entstanden, keineswegs abschaffen, sondern in seine Strategie einfunktionieren. Auch die Interessen anderer Staaten – genauer: ihrer Eliten – werden berücksichtigt. Wenn Putin in Tschetschenien bombt, tut er dies neuerdings als Mitglied der »Allianz gegen den Terror«.

Überall hört man gegenwärtig die Forderung, »Europa« und auch Deutschland sollten sich als Antwort auf die US-amerikanische Anmaßung besser bewaffnen. Aufgrund des letztlich nicht veränderbaren militärischen Kräfteverhältnisses kann das nicht auf Konfrontation hinauslaufen, sondern nur auf ein bißchen Konkurrenz und viel Nachsorge im eigenen Interesse. In seiner letzten Rede des Bundestagswahlkampfs hat Schröder stolz aufgezählt, in wie vielen Erdteilen die Bundeswehr gegenwärtig schon stehe. Er nannte diese Einsätze »nachhaltig« und verglich sie implizit mit dem Verhalten der USA: Deutschland halte nichts von dem Prinzip »Rein und Raus«.

Schröders Kritik an der Irakpolitik der USA war nicht nur Wahlkampf-Absahne. Andererseits handelt es sich natürlich auch nicht um eine grundsätzliche Weigerung, sondern um die Voranmeldung für die Zeit nach dem nächsten Krieg. Bushs Auftrumpfen und Schröders Bedenken – verbunden mit einer Neuorientierung der Bundeswehr – passen zusammen wie Löwe und Schakal (oder Fischer und Ströbele). Auch die Hyäne braucht Zähne.

Quelle: www.nytimes.com/2002/09/20/inter national/20STEXT_FULL.html

---

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 10/02 über den Schadensfall PDS

Konkret 11/02, S. 17

Thomas Uwer

Vom Irrtum zur Farce

Kommunistische Parteien aus aller Welt erklären Saddam Hussein die totale Solidarität

Gerne wäre man dabeigewesen, als Nikita Chruschtschow im Frühjahr 1964 die ersten fertiggestellten Bauabschnitte des Assuan-Staudamms anläßlich seines Ägyptenbesuchs einweihte. Nicht weil Chruschtschows Nahostpolitik Applaus verdient hätte. Die paar hundert Kommunisten, die dem Staatsgast zuliebe seinerzeit amnestiert wurden, waren nur ein kleiner Teil jener, die trotz sowjetisch-ägyptischer Kooperation hinter Gefängnismauern schmorten. Sondern weil er keinen Zweifel an der Grundlage der sowjetischen Unterstützung des arabischen Nationalismus ließ. Nach flammenden Reden über die steingewordenen Erfolge der arabischen Nation beschränkte sich Chruschtschow der Überlieferung nach lediglich auf eine knappe Richtigstellung: Nicht der arabische Nationalismus, sondern die Sowjetunion habe Technik, Ingenieure und Material für den Staudamm geliefert. Der sowjetische Orientexperte Zhukow erläuterte etwa zeitgleich in der »Prawda«, die sowjetische Unterstützung des arabischen Nationalismus bestehe »nicht im Kampf gegen das Kapital, sondern gegen die Überbleibsel des Mittelalters. Daraus ergibt sich die Möglichkeit einer langfristigen Zusammenarbeit von Arbeitern, Bauern und der Intelligenz mit jenem Teil der nationalen Bourgeoisie, der bereit ist, seine Unabhängigkeit gegen jegliche Übergriffe durch die imperialistischen Mächte zu verteidigen.«

Der historische Hintergrund des derart formulierten Modells einer nachholenden oder nichtsozialistischen Entwicklung war der Blockkonflikt. Nicht aus Solidarität oder im Glauben an das Wortgetöse vom arabischen Sozialismus unterstützte die Sowjetunion die »nationale Revolution« im Nahen Osten, die sich fast überall als antikommunistische entpuppte. Unter dem Druck der Notwendigkeit verkündete die KP Ägyptens 1957: »Lang lebe unsere nationale Regierung unter der Führung Gamal Abdel Nassers!« und wurde gleichzeitig von dieser Regierung verfolgt. Ihrer Schwesterpartei im Irak erging es kaum anders. Jahrelang stand die Irakische KP (ICP) hinter der Regierung Karim Qasems, die jede Möglichkeit zu scharfen Repressionen gegen die verbotene Partei nutzte. Als Qasem 1963 von seinen ba'thistischen Gegnern gestürzt wurde, ermordeten diese in nur wenigen Monaten fast zehntausend Kommunisten. Auf dem Weg der nationalen Befreiung haben so viele Linke, Liberale und Intellektuelle ihr Leben gelassen, daß es schon Ende der sechziger Jahre knapp wurde an Personal für eine progressive »Zusammenarbeit mit der nationalen Bourgeoisie«.

Wenn nun ausgerechnet Fidel Castro ohne Not der irakischen Ba'th-Partei zum Jahrestag ihrer Machtübernahme im Juli 1968 gratuliert und ein Konsortium aus 43 kommunistischen Parteien der Regierung Saddam Husseins die »totale Solidarität« erklärt, so wird der Irrtum von einst zur Farce. Lange bevor der nominale Grund für die Verteidigung nationalistischer Regimes aufgehört hat zu existieren, hatten die Ba'thisten im Irak unter Beweis gestellt, daß unter ihrer Herrschaft keine Alternative zu den »Übergriffen durch die imperialistischen Mächte« entstehen kann. Wirkungsvoller als diese es je hätten tun können wurden im Irak Gewerkschaften, linke Jugendbewegungen und Zeitungen, unabhängige Frauenorganisationen, Bauernkomitees und zuletzt die Kommunistische Partei beseitigt. Wie sonst lediglich in den Klerikaldiktaturen der Golf-Oligarchien wurde alles soziale Leben und die gesamte Wirtschaft der unmittelbaren Inwertsetzung durch die Staatselite unterworfen und das Land vollständig an den Ölmarkt ausgeliefert. Wer dem im Wege stand, wurde vernichtet.

So richtet sich auch heute wieder der fatale Wunsch, gegen den gemeinsamen amerikanischen Feind Bündnisse zu schmieden, vor allem gegen jene, die vor Ort um Befreiung von der Diktatur der Ba'th-Partei kämpfen. Für die deutschen Freunde Saddam Husseins ist die Grußadresse an die Kommunistenfresser in Bagdad ein willkommener Anlaß, endlich auch persönlich mit den irakischen Kommunisten abzurechnen. Klaus von Raussendorf, Herausgeber der »Antiimperialistischen Korrespondenz« und Mitglied der PDS, forderte schon vor Jahren »Solidarität mit Saddam Hussein«, weil der ein »objektiver« Antiimperialist sei. Heute klagt Raussendorf in der »Jungen Welt« über die subjektiven Störenfriede, die irakische Opposition und namentlich die ICP, die sich ohnehin nur »kommunistisch nennen« würde. Denn sie habe die Bereitschaft geäußert, »mit den USA zu kooperieren, wenn diese eine demokratische Lösung unter Beteiligung aller wesentlichen Oppositionsgruppen in Irak anstrebten«, statt wie er zur bedingungslosen Unterstützung der Ba'th-Partei in ihrem Kampf gegen die USA und Israel aufzurufen. Damit weiß er sich dank des Glückwunschschreibens an Saddam auf der Seite einer soliden Mehrheit innerhalb der kommunistischen Parteien, aus deren Reihen lediglich eine Minderheit die Fraternisierung mit dem Ba'th-Regime offen kritisiert. Die sechs Parteien, die im Gegenzug der ICP ihren Beistand erklärten und den Sturz Saddams forderten, kommen bezeichnenderweise alle aus dem Nahen Osten.

Dabei ist Raussendorfs Problem mit den irakischen Kommunisten in etwa dasjenige, das die objektiven Antiimperialisten in der Bundesregierung davon abhält, auf die Gesprächsangebote der irakischen Opposition einzugehen. Nicht müde wird die ICP zu erklären, sie wolle keinen Krieg, sondern einen Sturz des Regimes und damit das exakte Gegenteil dessen, was Raussendorf und die Bundesregierung sich erhoffen. Raussendorfs Mitstreiter Joachim Guilliard, gemeinsam mit Jamal Karsli ein Sprecher der deutschen Initiative gegen das Irakembargo, nahm schon vor einem Jahr die aktuelle Irakpolitik der rotgrünen Regierung vorweg, als er ausführte, wer sich ernsthaft für die Menschen im Irak einsetzen wolle, müsse auf

Diplomatie vertrauen. »Dabei führt kurzfristig kein Weg an einer Zusammenarbeit mit der Ba'th-Regierung vorbei.« Den Ausbau der irakischen Luftabwehr an der Grenze zum kurdischen Nordirak bezeichnete er im gleichen Atemzug als notwendigen Schritt zur Wiederherstellung der »nationalen Souveränität«.

So wird auch eine für den 2. November in Berlin geplante Irakkonferenz »Gegen Embargo und Krieg« ohne Beteiligung der irakischen Opposition abgehalten werden. An ihrer Stelle werden die Kronzeugen der Kampagne gegen das Irakembargo, Graf von Sponeck und George Galloway, mit Prof. Dr. Mazin al-Ramadhanim von der Universität Bagdad über »irakische Lösungsansätze für den Konflikt« diskutieren.

Was diese aus Überzeugung betreiben, damit verdienen andere ihr Geld. Bereits Ende September sollten zwei weitere Emissäre aus Bagdad – der außenpolitische Sprecher der Ba'th-Partei, Dr. Hashimi, und Dr. Muslih von der Arab Federation for Chemical/Petrochemical Industries – auf Einladung eines Stuttgarter Consulting-Unternehmens an einer Veranstaltung im Heidelberger Crown Plaza Hotel teilnehmen. Das Seminar mit den Vertretern der irakischen Giftgasindustrie war allerdings nicht für die Friedensbewegung, sondern für Manager deutscher Unternehmen mit Ambitionen in Nahost gedacht. Gruppen der irakischen Opposition haben jedoch dafür gesorgt, daß die Einladung ein unerwünschtes Maß an Öffentlichkeit erfuhr und die Veranstaltung abgesagt werden mußte. So blieb unklar, welche Vertreter des deutschen Establishments sich bereits für die Irak-Fortbildung eingebucht hatten. Das allerdings ist man bereits gewohnt. Im Unterschied zu ihren sowjetischen Kollegen haben die objektiven Antiimperialisten aus Deutschland sich immer nur unter justiziellem Zwang zu ihrem Anteil an den Erfolgen der arabischen Nation geäußert.

Thomas Uwer schrieb in KONKRET 10/02 über deutschen Nachhilfeunterricht in Antisemitismus im Irak

Konkret 11/02, S. 18

Stefan Frank

Krieg um Eurasien?

Welche Ziele die USA im Zweistromland verfolgen und warum das deutsch-amerikanische Verhältnis manchmal ein wenig gestört ist

»Drauf geht es mit verhängtem Zügel
Auf Bagdad los. Stets denkt er, ›kommt es bald?‹
Allein da lag noch mancher steile Hügel
Und manche Wüstenei und mancher dicke Wald
Dazwischen.«
Christoph Martin Wieland: »Oberon«

Sind jetzt alle wieder lieb? Außenminister Fischer hat mit seinem US-Kollegen ein Entspannungstelefonat geführt, Bush hat Johannes Rau viel Glück gewünscht (aus Anlaß des 3. Oktobers) und den 6. Oktober, aus Gründen einer nichtsnutzigen Tradition, als »deutsch-amerikanischen Tag« gefeiert. Ludwig Stiegler, der als SPD-Fraktionsvorsitzender George W. Bush mit Kaiser Augustus verglichen hatte, konnte daraufhin aufhören, als Arminius verkleidet durch den Teutoburger Wald zu stapfen, zumal die Amerikaner, die er für Römer hält, sowieso schon im Land sind. Bush will auch nicht als Kaiser Augustus den Rhein überqueren, höchstens als Kaiser Trajan den Euphrat.

Dort stoßen die imperialistischen Interessen Deutschlands und der USA aufeinander, was kürzlich einen lauten Bums erzeugte. Die Medien hörten das und glaubten, Bush sei wohl mit Herta Däubler-Gmelin kollidiert.

Die Opposition schimpft über diesen Unfall, weil sie fürchtet, Deutschland könne dadurch seine durch 57 Jahre leidlich unfallfreies Fahren erreichte Schadensfreiheitsklasse verlieren und müsse womöglich in Zukunft wieder höhere Prämien zahlen. Wenn man schon fahre wie eine gesengte Sau, müsse das Fahrzeug auch gut gepanzert sein, weshalb Stoiber den Wehretat drastisch erhöhen will, wenn er einmal Kanzler wird.

Was war in Schröder gefahren? Hatte es ihn geärgert, daß die USA ohne ihn Krieg führen wollen, noch dazu ohne ihn vorher zu fragen? Wenn man nicht gefragt wird, aber trotzdem eine Antwort geben will, muß man sich die Frage, auf die man antworten möchte, eben selbst stellen. Deshalb tat er so, als hätten die Amerikaner um seinen Beistand gebeten, den er aber leider versagen müsse, und schritt dann seinen deutschen Weg fürbaß.

Einen ähnlichen Fall gab es schon einmal, bloß umgekehrt: Als 1995 die bosnischen Serben »in die Knie gezwungen« (Kinkel) werden sollten, bot Volker Rühe der Nato verzweifelt deutsche Tornados an, doch niemand wollte sie haben. Trotzdem erklärte er beständig, die Nato habe in dieser Angelegenheit bereits angefragt, zumindest sei damit in jeder Sekunde zu rechnen (vgl. Jürgen Elsässer: Bundeswehr unerwünscht, KONKRET 8/1995).

Diesmal ist es für Deutschland besser, den Krieg ohne Waffen zu führen. Der Unterschied zwischen Stoiber und Schröder: »Auf keinen Fall kann man von Falken und Tauben sprechen. Jede dieser beiden Argumentationen trägt dazu bei, die Barrieren, die der deutschen Außenpolitik bisher gesetzt waren, abzubauen. Vor allem ist das neue große Deutschland auf Effektivität bedacht. Glaubwürdig versichern der Kanzler und der Verteidigungsminister, es sei nicht ihr Interesse, möglichst viele Soldaten der Bundeswehr an möglichst zahlreichen Krisenherden der Welt einzusetzen. Man will sich nicht verzetteln, sondern sich auf das Wesentliche konzentrieren, das nationale Interesse.« Der in dieser Zeitschrift die Situation schon im März 1995 so klar beschrieb, ist seit 1998 in einem Amt, in dem ihm sein geostrategisches Denken zugute kommt, und heißt Jürgen Trittin.

Daß die Kriegspläne der USA etwas mit dem irakischen Öl zu tun haben, wird nur von wenigen bestritten. Offensichtlich ist auch, daß die Interessen der USA und Deutschlands in der Golfregion nicht völlig identisch sind. Kopfzerbrechen bereitet aber die Frage, welches Interesse die beiden denn im Hinblick auf das irakische Öl nun verfolgen? Haben die USA ein Interesse an billigem Öl? Oder ist ein hoher Ölpreis gut für die deutsche Wirtschaft, wie kürzlich jemand behauptete?

Es ist richtig, daß die deutsche Wirtschaft steigende Ölpreise weniger spürt als die der USA, da der Rohölpreis hierzulande nur einen kleinen Teil der Preise von Heizöl und Benzin ausmacht (weswegen der Benzinpreis in den USA stärker die Schwankungen des Rohölpreises nachvollzieht); aber kann die US-Regierung, von der alle sagen, sie sei der Arm der Ölindustrie, ein Interesse an einem niedrigen Ölpreis haben? Wohl kaum, zumal bei den amerikanischen Ölkonzernen wegen ihrer im Vergleich zur arabischen Konkurrenz hohen Förderkosten sich ein niedriger Ölpreis weitaus unerfreulicher im Geschäftsergebnis niederschlägt.

Abgesehen von den unmittelbaren Folgen für die Ölindustrie könnte ein dauerhaft niedriger Ölpreis langfristig für die USA auch dadurch Nachteile mit sich bringen, daß der Verbrauch stiege, die Ölproduktion der USA aber wegen der hohen Förderkosten und der niedrigen Ergiebigkeit vieler nordamerikanischer Ölquellen drastisch gekürzt werden müßte. Ist eine Ölquelle aber einmal verschlossen, bedarf es eines deutlich höheren Ölpreises, damit sich das aufwendige Nachbohren lohnt und die Förderung wiederaufgenommen werden kann – wenn es überhaupt funktioniert: Ölquellen lassen sich nämlich nicht beliebig ein- und ausschalten.

Im anstehenden Krieg gegen den Irak geht es nicht darum, ob der Ölpreis hoch oder niedrig sein soll (ohne den drohenden Krieg wäre er ja auch viel niedriger), es geht vielmehr darum, wer über das irakische Öl verfügen darf. Zu ihrem Ärger haben westliche Ölkonzerne seit 1972 keinen direkten Zugriff mehr auf das irakische Öl. Damals wurde die Iraq Petroleum Company (IPC) verstaatlicht. Die IPC und ihre Tochtergesellschaften gehörten zu je 23,5 Prozent der British Petroleum, der Shell, der Compagnie Française des Petroles (später Elf-Aquitaine, heute Total-Fina-Elf) und einem US-amerikanischen Joint-venture aus Standard Oil of New Jersey und Socony Mobil Oil (die beiden bilden heute gemeinsam Exxon-Mobil).

Die IPC war in Streit mit der irakischen Regierung geraten und hatte die Investitionen stark gekürzt, so daß die Förderung immer geringer wurde und damit auch die Öleinnahmen des Irak. »Die Gesellschaft ließ in Erwartung des entscheidenden Zusammenstoßes mit Bagdad nicht einmal mehr die Masten ihrer Telegraphenleitung, die neben der Ölleitung durch die Wüste zum Mittelmeer läuft, mit Rostfarbe streichen« (»Süddeutsche Zeitung«, 3.6.1972).

Der britische Außenminister Douglas-Home äußerte damals seinen Unmut über die »pretty abrupt action« und kündigte Gespräche über eine gemeinsame Haltung der betroffenen Länder Großbritannien, Frankreich, USA und Holland an. Daraus wurde nichts; wenige Tage nachdem der irakische Präsident Hassan al-Bakr die Verstaatlichung der IPC bekanntgegeben hatte, traf sich sein Stellvertreter Saddam Hussein mit einer französischen Delegation in Bagdad. Hussein brachte gegenüber den 57 französischen Gesandten seine Wertschätzung für Frankreichs Haltung gegenüber den Arabern zum Ausdruck, und man einigte sich auf eine bilaterale Lösung. Schließlich fügten sich auch die anderen Gesellschafter in eine Enteignung gegen Entschädigung. Im Oktober 1973 wurde auch die Basrah Oil Company verstaatlicht, seitdem sind Exxon, Royal Dutch/Shell und BP von der Förderung des irakischen Öls ausgeschlossen.

Indem sie dies rückgängig machen, streben die USA an, vom unberechenbaren Saudi-Arabien weniger abhängig zu sein, in Kriegszeiten den Gegner (wer auch immer das in Zukunft sein mag) vom Öl auszuschließen, und natürlich geht es auch darum, welche Konzerne mit neuen Öl- auch neue Geldquellen erschließen.

Hier hat Deutschland seit jeher einen Standortnachteil, es ist der einzige große imperialistische Staat, in dem es keinen wichtigen Ölkonzern gibt. Die französische Total-Fina-Elf und die russischen Konzerne Lukoil und Slavneft sind bereits seit einigen Jahren im Irak tätig. Ob ihre Verträge auch nach einem Regierungswechsel in Bagdad anerkannt werden, bezeichnete ein Sprecher der Exilopposition INC als unsicher. Frankreich und Rußland sind deshalb auch nicht so froh über einen möglichen Sturz Husseins wie etwa Großbritannien, dessen Konzerne BP (ehemals: Anglo-Persian Oil Company) und Royal Dutch/Shell mit nachlassender Produktion wegen schwindender Reserven zu kämpfen haben.

Stark expandieren will die italienische ENI, die bereits die Führung über das größte Bohrprojekt der Welt im Kaspischen Meer besitzt und in den kommenden vier Jahren 24 Milliarden Euro in den Ausbau des Gas- und Ölgeschäfts investieren möchte. Klar, daß Berlusconi an der Seite Bushs steht. Die US-Konzerne hätten hingegen, wie die britische Tageszeitung »The Independent« (26.9.) schreibt, keine Eile, jetzt schon Ansprüche anzumelden: »There'll be plenty of time in the future.«

Doch es geht bei dem Krieg nicht nur um die Ölproduktion, es geht auch um die Transportwege – es reicht schließlich nicht, das Öl zu fördern, es muß auch den Weg zum Konsumenten finden, und das könnte für die USA schnell zu einem großen Problem werden. Am 6. Oktober explodierte der französiche Tanker »Limburg« vor der jemenitischen Küste, man nimmt an, daß es ein Terroranschlag war. Sollte sich das bestätigen, so war es vielleicht eine Übung für einen größeren Coup: Gelänge es Terroristen, in der Straße von Hormus (der Meerenge zwischen dem Persischen Golf und dem Golf von Oman) ein oder zwei Tanker zu versenken, dann wäre sie für längere Zeit unpassierbar und große Mengen Öl aus Saudi-Arabien, dem Iran und Kuwait könnten den Persischen Golf nicht mehr verlassen – im Unterschied zum irakischen Öl. Der Anteil des irakischen Öls, das über den Golfhafen Basrah verschifft wird, ist nämlich seit Jahren rückläufig, das meiste wird inzwischen über Pipelines exportiert, wie etwa über die 1977 errichtete und seitdem erheblich ausgebaute Kirkuk-Ceyhan-Pipeline, die das Öl in eben den türkischen Mittelmeerhafen bringt, in dem auf Betreiben der USA ab 2005 auch das Öl aus dem Kaspischen Meer ankommen soll.

Brächten die USA den Irak unter ihre Kontrolle, könnten sie nicht nur die Produktion des von ihnen verbrauchten Öls diversifizieren, sondern auch die Transportrouten – und wären dann weniger anfällig für Betriebsstörungen. Warten sie länger, müssen sie mit ansehen, wie die Konkurrenz mit dem Irak Geschäfte macht (anläßlich des 5. »Deutsch-Arabischen Wirtschaftsforums« am 27. Juni 2002 versprach Wirtschaftsminister Müller: »Wie im vergangenen Jahr wird auch die

Teilnahme deutscher Unternehmen an der diesjährigen Internationalen Handelsmesse in Bagdad mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt gefördert«), und US-Unternehmen draußen bleiben (mit Ausnahme von Dick Cheneys Ölserviceunternehmen Halliburton, das trotz der Sanktionen gute Geschäfte mit dem Irak macht, wie die »Washington Post« im Sommer berichtete).

An dem großen Geschäft, das auf die Ölkonzerne wartet, kann sich Deutschland nicht beteiligen, und seine Importe bezieht es zum allergrößten Teil aus Rußland, Großbritannien, Norwegen und Libyen. Im Unterschied zu den USA und Großbritannien hat es also durch einen Krieg nichts zu gewinnen.

Hat es etwas zu verlieren? Ja, denn die These, daß die USA noch gar keinen Plan für eine Nachkriegsordnung im Irak hätten, ist möglicherweise falsch. Wie der Internet-Nachrichtendienst »Stratfor« am 26. September unter Berufung auf die größte israelische Tageszeitung »Yedioth Ahronoth« berichtete, befürworten die USA eine Wiedervereinigung des Irak mit Jordanien zu einem von Amman aus regierten und von den USA gesteuerten »Hashemitischen Königreich«. Ein solcher Plan soll zwischen dem jordanischen Kronprinzen Hassan und irakischen Oppositionellen im Juli in London erörtert worden sein. Sollte er verwirklicht werden, verfügten die USA über einen starken und zuverlässigen Vasallen an diesem geostrategisch wichtigen Ort. Dort könnten sie Militärbasen einrichten, um dann auch mit Bodentruppen in den Nachbarländern intervenieren zu können.

Zbigniew Brzezinski, der ehemalige außenpolitische Berater des Weißen Hauses, bezeichnet Eurasien als »das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird« (in: *Die einzige Weltmacht,* Ffm 1999). Nun geht es darum, wer die zentralen Felder unter seine Kontrolle bringt.

Stefan Frank schrieb in KONKRET 9/02 über die Krise der Weltwirtschaft

Konkret 11/02, S. 20

Hermann L. Gremliza

O muerte?

Der folgende Text ist das Vorwort zu »Kuba libre«, konkret-texte Band 31, herausgegeben von Wolfgang Schneider. Im Buch ist ein Absatz versehentlich kursiv gedruckt, was einen Kommentar von Gremliza und ein Zitat von Castro als Teile eines Zitats aus der »FAZ« erscheinen läßt. Hier – für Leser des Buchs und andere – die berichtigte Fassung

Es war Wendezeit. Gorbatschow, ahnungslos auch seinen künftigen Beruf als Feierabendclown bei Bertelsmann betreffend, hieß noch Generalsekretär der KPdSU. Da machte ein Frankfurter, der seine Studentenrevolution spontan gekontert hatte, einen Vorschlag: Man möge dem Erich Honecker »eine Insel irgendwo im Pazifik« kaufen, packe »all diese unerträglichen alten Männer einschließlich Castro, Deng und anderen dazu, und der Sozialismus wird sie selig haben«.

Honecker und Deng sind tot. Was ist aus dem andern geworden? Als Fidel Castro, acht Jahre nach der Entdeckung seiner Unerträglichkeit, an einer Sitzung zum 50. Gründungstag der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen (WHO) teilnahm, wurde er beim Betreten des Saales von den Delegierten mit stehenden Ovationen begrüßt. Die Rede des kubanischen Staatschefs fand, wie die eine Frankfurter Zeitung widerwillig einräumte, »brausenden Beifall«, also etwas, wozu besagter Weltenrichter der Wendezeit mitunter einige Mitglieder des Ortsvereins Bockenheim seiner grünen Partei hinzureißen vermag. Die andere Frankfurter Zeitung hatte kurz zuvor schon melden müssen:

Alte Revolutionäre stehlen, so sich ihnen Gelegenheit bietet, noch immer neuen Demokraten die Show. So erlebte zum Auftakt der fünfzigsten Geburtstagsfeier der Vereinten Nationen ausgerechnet Fidel Castro einen balsamischen Tag und eine triumphale Nacht. Kubas Maximo Líder, an dem die modernen Zeiten der Freiheit, Menschenrechte und Marktwirtschaft ziemlich spurlos vobeigegangen sind, wurde in einer Kirche der Schwarzen in Harlem wie ein guter Geist aus den sechziger Jahren empfangen. Präsident Clinton hatte zuvor für eine doppelt so lange Rede vor den versammelten Staatsmännern der Welt nur halb soviel Beifall wie der Graubart aus der Karibik erhalten.

Wo immer er auftritt, vor Delegierten lateinamerikanischer Staaten oder vor den Vereinten Nationen, wird Castro gefeiert wie kein anderer. Er spricht aus, was die Politiker der drei südlichen Kontinente aus Furcht vor der strafenden Weltbank nicht zu sagen wagen. Ließe man die Weltbevölkerung sich einen Präsidenten wählen, sie wählte den unerträglichen alten Mann von der kleinen Insel irgendwo in der Karibik. Auch bei den Schwarzen und den Latinos in den USA wäre ihm die Mehrheit gewiß.

Die Ausbeutung der Völker dreier Kontinente, einschließlich Asiens, bestimmte für immer das Schicksal und das Leben von über 4,5 Milliarden Menschen, die heute in der Dritten Welt leben, deren Armut, Arbeitslosigkeit, Analphabetentum und Gesundheitszustand genauso wie ihre Kindersterblichkeit, Lebenserwartung und andere Übel – zu viele, um sie alle aufzuzählen. Nach der lediglich formellen Emanzipation der Sklaven waren die Afroamerikaner ein weiteres Jahrhundert der harschesten rassistischen Diskriminierung ausgesetzt, und viele ihrer Auswüchse und Folgen existieren immer noch.

Castros Erzählungen von der Jahrhunderte währenden und bis heute fortdauernden Ausplünderung und Versklavung der Menschen des Südens sind alt. Und wahr. Und unerträglich nicht nur den vielen, die ihr Wohlleben darauf gegründet sehen, sondern auch den wenigen, die sich von solchen Erzählungen noch erpreßt fühlen, für eine Sache Partei zu ergreifen, die längst keine großen Gefühle mehr abwirft. Nirgends mehr ein Allende, ein Ho Tschi Minh, ein Samora Machel, und an der Seite Saddam Husseins, Osama Bin Ladens oder Kim Il Sungs junior marschiert auch der nicht gern, der nicht vergessen will, wer dafür gesorgt hat, daß es die andern nicht mehr gibt.

Castro beharrt auf dem Verursacherprinzip. Der primäre Schurke, der das Verbrechen der weißen Kolonialherren in die nachkoloniale Zeit verlängert hat, sind die USA. Gegen sie verbindet er sich mit jedem sekundären und tertiären, mit Heidemarie Wieczorek-Zeul so gut wie mit Saddam Hussein. Als wäre er ein Sozialdemokrat, der gerade mal nicht regiert, appelliert er an die Ausbeuter, sie möchten bitte 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts für Entwicklungshilfe ausgeben, und verspricht sich, als wäre er ein Grüner, von der Tobinsteuer, daß »dann die Vereinten Nationen jährlich eine Billion Dollar zur Verfügung hätten, um die Welt zu schützen und zu entwickeln«. Über das aber, was in und um Israel geschieht, redet er wie ein heiliger Krieger: An »unseren palästinensischen Brüdern« werde »von extrem rechten Führungspersonen in Allianz mit der hegemonistischen Supermacht« ein »schrecklicher Völkermord« begangen.

Socialismo o muerte hieß die pathetische Wahl, vor die Castro und Che sich und ihre Revolutionäre einst gestellt hatten. Als der Sozialismus nicht mehr zu haben war (keiner jedenfalls, der mehr bedeutete als autoritäre Sozialdemokratie nach Art der späten Honecker-DDR), wurde nicht gestorben, sondern eine neue Wahl ausgeschrieben: Patria o muerte. Irgendwie muß man den Laden ja zusammenhalten. Vom Sozialismus zum Vaterland aber heißt: von der Menschheit zum Volk, von der Vision einer »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Marx/Engels), zur nationalen Selbstbestimmung. Und das hat Folgen, überall, in Teheran wie in Havanna. Unter diesen, notwendigerweise, die Entdeckung eigener kultureller Identität und religiöser Bindungen, in anderen Worten: der Volksmusik, des Aberglaubens und schlechter Tischmanieren, denn aus nichts anderem als aus solchen Zeichen von

Zurückgebliebenheit besteht die kulturelle Identität von Kollektiven, die gewaltsam hinter die Moderne zurückgestoßen wurden. Und so geschieht es, daß Fidel Castro, der kluge und integre Revolutionär, vor den in Durban zur Konferenz gegen den Rassismus versammelten Leidensgenossen sich in einen Tonfall hineinredet, den man von Deutschlands Rettern vor Überfremdung kennt:

Laßt einen erheblichen Teil der einen Billion US-Dollar, die jährlich für Reklame ausgegeben wird, die nur Illusionen und unerfüllbare Konsumwünsche erzeugt und dabei das Gift versprüht, das nationale Kulturen und Identitäten zerstört, für Entwicklungsprojekte einsetzen.

Castro aber ist auch dann nicht Schönhuber oder Lafontaine, wenn es einmal aus ihm herausredet wie aus denen. Er hat nicht Teil an der Herrschaft über die Welt, er ist deren letzter, einsamer Antipode. Sein Kuba hält nach vierzigjähriger Belagerung und zehn Jahre nach Gorbatschows Kapitulation noch eine Ahnung davon wach, was in einer von Kapitalherrschaft befreiten Welt möglich wäre. Mögen die drei Promille der Menschheit, die in New Yorks Park Avenue oder an Hamburgs Alster leben und ihre freie Presse mit ihren freien Meinungen füllen, Kuba zur Hölle erklären und wünschen – die neunzig Prozent der Menschheit, die das Schicksal in Kenia, Indien, China, Nicaragua und so weiter disloziert hat, würden die Insel noch heute, da die kubanische Revolution viele ihrer Errungenschaften einer Mangelwirtschaft hat opfern müssen, für ein Paradies halten, erhielten sie zutreffende Auskünfte darüber, wie dort gelebt wird. Ihre Führer, die das wissen, wissen auch, daß ihnen, die als noch so beflissene Kanaken doch Kanaken bleiben, Experimente in jene Richtung bei Strafe humanitärer Interventionen verboten sind. Kein einzelner von ihnen wagt ein Wort für Kuba. Bis sie wieder einmal in der Anonymität einer Vollversammlung der Vereinten Nationen von Sentiments übermannt werden. n

Konkret 11/02, S. 21

Peter Nowak

Vorstoß nach Kirkuk

Ankara und Washington verhandeln nur noch über den Anteil der Beute, den die Türkei im besiegten Irak beanspruchen könnte. Die Ölfelder im Norden des Nachbarlandes wecken großosmanische Ambitionen

Der US-Angriff auf den Irak könnte schneller als vermutet beginnen. Bis zum Ende des Fastenmonats Ramadan am 5. Dezember wollen die USA alle Vorbereitungen für einen Einmarsch in den Irak abgeschlossen haben, meldete die türkische Zeitung »Sabah« Anfang Oktober. Dazu gehört nach Angaben des Blattes neben der Stationierung von Bodentruppen in der Türkei die Nutzungserlaubnis für drei Luftwaffenstützpunkte.

Die Kriegsplanung hatte bereits kurz nach den Anschlägen vom 11. September letzten Jahres begonnen. Schon am 22. September schrieb der Journalist Mehmet Ali Birand in den »Turkish Daily News«: »Geht es um den Irak, dann kommt einem zuerst die Türkei in den Sinn. Zu jeder Operation gegen den Irak brauchen die USA die aktive oder zumindest die verbale Unterstützung der Türkei.«

In den letzten Monaten haben die USA daher alle diplomatischen Register gezogen, um Ankara für einen Krieg gegen den Irak zu gewinnen. Schon Mitte März war US-Vizepräsident Cheney im Rahmen einer Nahosttour in die Türkei gereist und hatte sich mit Ministerpräsident Bülent Ecevit und dem Generalstabschef Hüseyin Kivrikoglu getroffen. Seit Mitte Juni vermeldeten die internationalen Medien eine hektische Pendeldiplomatie zwischen dem US-Botschafter in Ankara, dem türkischen Außenminister und hohen Militärs. Ecevit, der längst schon ein Regierungschef auf Abruf ist, wurde dabei einfach ignoriert. Die USA hatten den als »kranken Mann vom Bosporus« verhöhnten Ministerpräsidenten, dem sie freundschaftliche Kontakte zu Saddam Hussein und einen mit antiwestlichen Ressentiments gespickten türkischen Nationalismus nachsagen, nie besonders ernst genommen. Daher beeindruckte die Kriegskritik, die Ecevit Anfang September anläßlich des Besuchs einer hohen irakischen Regierungsdelegation zur Schau getragen hatte, die USA nicht im mindesten – längst waren Fakten geschaffen worden. Im August meldete das türkische Massenblatt »Hürriyet«, daß amerikanische Spezialisten die Stationierung von Patriot-Abwehrraketen vorbereiten. Und nach »Özgur Politika«, dem Sprachrohr der türkischen Kurden, hat Ende Juli eine US-Delegation Krankenhäuser in der Region inspiziert, die im Notfall für die medizinische Versorgung verwundeter US-Soldaten bereitgestellt werden sollen.

Wenn es noch Unstimmigkeiten zwischen der Türkei und den USA gibt, dann nicht in der Frage, ob die Türkei den Angriff gegen den Irak mitträgt, sondern wie hoch der Preis ist, den Ankara dafür bekommt. Unter Berufung auf den Nahostexperten Cengiz Candar meldete schon Ende Januar die »Neue Zürcher Zeitung«, daß die Türkei eine Unterstützung für eine Militäroperation gegen den Irak an zwei Bedingungen knüpfte: an die Garantie, »daß nach einem Sturz Saddam Husseins im Norden des Iraks kein unabhängiger kurdischer Staat entstehe«, und an eine »Entschädigung für finanzielle Einbußen, die ein neuer Irakkrieg für die Türkei zur Folge hätte«. Schätzungen zufolge hat das Land bereits infolge des letzten Golfkriegs und der nachfolgenden Sanktionen gegen den Irak seit 1991 zwischen 40 und 60 Milliarden Dollar Einbußen erlitten.

Führende türkische Militärkreise streben im Windschatten eines US-Angriffs offen die Annexion großer Teile des Nordiraks um die Ölfelder von Kirkuk und Mossul an. Damit finden sie durchaus Verständnis in den USA. So regte der frühere FBI-Direktor James Woolsey in der »Washington Post« an, die Türkei könne durch den Zugang zu den nordirakischen Ölquellen eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung der Region spielen. Das ist gleichzeitig eine offene Kampfansage an alle kurdischen Autonomiebestrebungen. Vertreter der irakischen Kurden berichten bereits, daß sich seit Mitte Juli die Stationierung des türkischen Militärs im Nordirak verstärkt habe. Anfang August hat es einen strategisch wichtigen Flughafen in diesem Gebiet übernommen. Dabei wird nach Angaben von »Özgür Politika« auch auf Personal zurückgegriffen, das so gar nicht zum vielgerühmten demokratischen Aufbruch passen will. Hohe Militärs, die in den neunziger Jahren Erfahrungen im schmutzigen Kampf gegen die Kurden gesammelt haben, sind beim turnusmäßigen Wechsel in den Kommandostäben wieder in die alten Machtpositionen gelangt. Da ist es nur konsequent, daß sich auch die ehemalige Ministerpräsidentin Tansu Ciller wieder für einen Regierungsposten mit dem Argument ins Gespräch brachte, sie sei im Kriegsfall genau die Richtige, da sie diesbezüglich jahrelange Erfahrung habe. Während ihrer Regierungszeit lief die Kooperation zwischen staatlichen Stellen und der faschistischen Konterguerilla am offensten, und die Zahl der verschwundenen oder auf offener Straße ermordeten Oppositionellen war am höchsten.

Doch es ist unwahrscheinlich, daß Cillers konservative Partei bei den Wahlen zum türkischen Parlament am 3. November die geltende Zehn-Prozent-Hürde überspringt. Auch sämtliche Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition müssen um den Wiedereinzug ins Parlament bangen. Offen bleibt, wie die vom ehemaligen Außenminister Ismail Cem und vom Ex-Wirtschaftsminister und IWF-Vertrauensmann Kemal Dervis aus dem Boden gestampfte Partei Neue Türkei abschneidet. Ihr Programm läßt sich auf zwei Schlagworte reduzieren: Wirtschaftsliberalismus und bedingungslose Anlehnung an den Westen. Sollte der Favorit des Westens nicht das Vertrauen der türkischen Wähler finden und sollten statt dessen die

(angeblich) moderaten Islamisten siegen, wie es Umfragen prognostizieren, können sich die USA immer noch auf die wahren Herrscher am Bosporus verlassen: Führende Militärs haben die während des Kalten Kriegs geknüpften guten Kontakte zu den USA bis heute beibehalten und in der letzten Zeit immer wieder klargemacht, daß ihnen exklusive Kontakte zu den USA wichtiger als ein möglicher EU-Beitritt sind. Denn anders als die Europäer nerven die Vereinigten Staaten nicht mit Menschenrechtsrhetorik oder mit der Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe. Kommt es zum Krieg, sind alle Demokratiepläne für die Türkei sowieso Makulatur. Selbst die kürzlich beschlossene Abschaffung der Todesstrafe gilt ausdrücklich nur in Friedenszeiten.

Linke Gegenkräfte gegen den Kriegskurs sind in der Türkei kaum präsent. Auch die kurdische Nationalbewegung gibt nur windelweiche Erklärungen ab. Zwar spielt PKK-Chef Öcalan in einem über seine Anwälte aus seiner Gefängniszelle in Imrali lancierten Artikel mit dem türkischen Nationalismus: »Wir dürfen nicht auf das Spiel äußerer Mächte reinfallen, wir dürfen nicht unter ihre Kontrolle geraten.« Gleichzeitig betont er aber, wie stark auch die Kurden an einer Demokratisierung des Irak interessiert seien. Ob sich das als Einstieg in einen konstruktiven Dialog mit den USA interpretieren läßt?

Der Autor ist Mitherausgeber des Buches »Von Stammheim zu dem F-Typ-Zellen-Gefängnissystem und Gefangenenwiderstand in der Türkei« (Unrast Verlag)

Konkret 11/02, S. 22

Matin Baraki

Welcome to Gangland

Attentate, Aufstände, Clankämpfe: Die afghanische »Übergangsregierung« wackelt, nicht einmal die Landeshauptstadt ist sicher

Unsere politische Klasse ist noch nicht mal in der Lage, die europäischen Verhältnisse zu verstehen – wenn es um die orientalischen geht, fällt sie glatt auf die Nase. So charakterisierte Henry Kissinger einmal das Führungspersonal seines Landes. Kissingers Feststellung läßt sich anhand der Afghanistanpolitik der Vereinigten Staaten verifizieren. Sie glaubten die Lage ein für allemal im Griff zu haben, nachdem sie den Mudjahed und Großgrundbesitzer Hamed Karsai zum Präsidenten gekürt hatten. Die Geschichte Afghanistans kündet vom Schicksal ähnlicher Marionettenfiguren: Als die britische Kolonialmacht 1839 Schaft Schoja in Kabul zum König gemacht hatte, wurde er bald darauf samt seiner Schutzherren und ihrer Besatzungsarmee verjagt.

Was der indische Historiker R. C. Majumdar über Schoja feststellte – ihn auf den Thron von Kabul zu setzen sei wesentlich einfacher gewesen, als ihn dort zu halten – , gilt jetzt auch für Karsai. Die USA haben ihn Anfang Dezember letzten Jahres auf der Petersberg-Konferenz in Bonn gegen den Willen der afghanischen und europäischen Delegationen als Interims-Regierungschef durchgeboxt und dann mit Hilfe von Millionen Dollar Bakschisch von der traditionellen Stammesführerversammlung Loya Djirga im Juni dieses Jahres bestätigen lassen. Da die Karsai-Administration weder eine Legitimation noch Rückhalt in der Bevölkerung hat, muß sie durch eine dafür gebildete internationale »Schutztruppe« (Isaf) gesichert werden.

Das gelingt immer weniger: Vor den Augen der Isaf-Legionäre wurde im Februar 2002 der Luftfahrt- und Tourismusminister Abdul Rahman auf dem Kabuler Flughafen gelyncht. Karsai kündigte vollmundig eine harte Bestrafung der Täter an, aber bis heute ist nichts passiert. Das ist kein Zufall, denn man spricht von einer Mittäterschaft des mächtigen Verteidigungsministers Abdul Qasem Fahim. Mitte April folgte dann ein Attentat auf Fahim selbst, als er sich in Djalallabad aufhielt. Als der Arbeitsminister und Stellvertreter von Karsai, der als Heroinbaron bekannte Hadji Abdul Qadir, Anfang Juli vor seinem Büro in Kabul von vierzig Schüssen durchsiebt wurde, entließ Karsai umgehend seine afghanischen Leibwächter und ließ sich ab sofort nur noch von US-Spezialeinheiten begleiten. Bereits einige Wochen davor war in Kabul das erste Attentat auf ihn mittels einer Autobombe fehlgeschlagen. Anfang September entging er knapp einem weiteren Bombenanschlag, bei dem zahlreiche Menschen getötet oder schwer verletzt wurden. Wenig später wurden in Kandahar Schüsse auf ihn abgegeben. In beiden Fällen war zuvor die höchste Sicherheitsstufe angeordnet worden, dennoch hatte nicht einmal in der Hauptstadt die dafür zuständige 5.000 Mann starke Isaf-Truppe die Gewalttaten verhindern können.

Über eine eigene funktionsfähige Armee verfügt Karsai nicht. Anfangs versprachen die USA und Frankreich, ihm eine schlagkräftige Truppe von 60.000 bis 80.000 Mann aufzubauen, daraus wurde jedoch nichts. Optimisten gehen davon aus, daß bis Ende nächsten Jahres gerade mal 20.000 Mann in Dienst gestellt sein könnten. Außer Karsai ist nämlich niemand an solch einer Armee interessiert. Die Provinzfürsten haben ihre eigenen Kämpfer, und die USA wollen, wie der Oberkommandierende der USA-Besatzungsmacht, Tommy Franks, verlautbaren ließ, »noch für viele Jahre« in Afghanistan bleiben.

Wie wenig Karsai zu sagen hat, zeigt sich zum Beispiel in Paktia. Der dort im Januar von ihm zum Gouverneur ernannte Patscha Khan Zadran war beim örtlichen Clanführer Saifullah auf Widerstand gestoßen. Als Karsai daraufhin kurzerhand Zadran durch seinen aus den USA importierten Vertrauten Tadj Mohammad Wardak ersetzte, weigerte sich Zadran, den neuen Gouverneur zu akzeptieren, erklärte ihm den Krieg und griff die 100 Kilometer südlich von Kabul gelegene Provinzhauptstadt Gardes mit Raketen an, wobei mindestens 40 Menschen getötet wurden. Wardak wurde dann im neuen Kabinett nach der Loya Djirga zum Innenminister befördert, aber der Krieg in Paktia dauert immer noch an. Ähnlich machtlos ist Karsai in Herat: Dort bestimmte er einen Finanzverwalter, damit auch die Zentralregierung an den monatlich 10 Millionen Dollar Einnahmen partizipieren könne. Aber der Warlord von Herat, Esmael Chan, ließ den Geldabholer abblitzen, unverrichteter Dinge mußte er umkehren.

Neben Taliban und Al-Qaida ist auch der berüchtigte Islamistenführer Gulbudin Hekmatyar am Machtkampf weiter beteiligt. Er hatte Anfang März sein Teheraner Exil Richtung Afghanistan bzw. Pakistan verlassen. Beobachter gehen davon aus, daß inzwischen ein Bündnis zwischen Taliban, Al-Qaida und Hesbe Eslami von Hekmatyar geschmiedet wurde. Hekmatyar bezeichnet die Regierung Karsai als kommunistisch, illegal und als »Marionette der USA«, die es zu beseitigen gelte. Schon im April tauchten in zahlreichen afghanischen Moscheen Flugblätter auf, die Hekmatyars Handschrift tragen und »Tod den USA und ihren Helfershelfern!« fordern. Anfang September erneuerte Hekmatyar in einer Tonband-Botschaft diese Kampfansage: »Es geht gegen Amerika.« Der angeblich verschollene Bin Laden meldete sich ebenfalls

zurück, im arabischen Fernsehsender Al Djazira kündigte er Anfang Oktober, ebenfalls mittels einer Botschaft vom Band, weitere Anschläge an.

Nach Angaben des indischen und des russischen Geheimdienstes haben die USA seit Kriegsbeginn im Oktober 2001 schon mehr als 300 Soldaten verloren. Das Pentagon hält diesbezügliche Angaben unter Verschluß und gibt nur den Tod von etwa 100 Soldaten zu. Da Karsai nicht Herr der Lage ist, sucht er sein Heil bei den Mullahs, denen er trotz ihrer Zusammenarbeit mit dem Talibanregime Straffreiheit versprochen hat. Dies entspannt aber die Lage nicht, im Gegenteil. Die Frauen, die als Hilfsargument zur Begründung des Kriegs gegen Afghanistan hatten herhalten müssen, trauen sich noch immer kaum ohne die Stoffhülle der Burka auf die Straße. Nur ein paar Mutige zeigen sich, wie im Iran, mit dem langen schwarzen Tschador, der wenigstens das Gesicht frei läßt – allerdings nur in Kabul, in der Provinz geht selbst das nicht. Ein BBC-Reporter aus Masar i-Scharif gab Ende Juli eine junge Frau mit der Aussage wieder: »Es gibt Krieg, Terror und Entführungen.« Inzwischen beschimpfen die aus pakistanischen Flüchtlingslagern kommenden Studenten der Kabuler Universität ihre Kommilitoninnen, die sich erlauben, ohne Schleier zur Universität zu kommen. Viele Frauen sagen es offen: Das einzige Recht, das sie hätten, sei das Recht zu betteln. Die Frauenministerin Sima Samar wurde längst aus dem Amt gejagt.

Wer sich im Reich des Karsai-Verbündeten und Ultraislamisten Abdul Rasul Sayaf in Paghman, einem Vorort von Kabul, rasiert zeigt, muß mit Prügeln rechnen. Auch in Kabul tragen viele Männer immer noch Bärte, nur ein bißchen kürzer als zu Zeiten des Talibanregimes. Das von ihnen eingeführte islamische Recht, die Scharia, ist seit der Loya Djirga auf Druck der Fundamentalisten reaktiviert worden, ebenso die gefürchtete Religionspolizei (Motaseb), die schon wieder die Menschen zu den Gebetszeiten in die Moscheen treibt. Selbst in Kabul, wo eigentlich die Isaf-Truppe aufpassen soll, sterben Nacht für Nacht 40 bis 50 Personen in Folge politischer Abrechnungen, ordinärer Kriminalität und privater Händel. Von mehreren hundert aus dem Ausland zurückgekehrten afghanischen Fachkräften sind mittlerweile 150 spurlos verschwunden.

Trotz eines eigens dafür geschaffenen Ministeriums kommt der Wiederaufbau des Landes nicht voran. Während Karsai auf der Loya Djirga demagogisch jedem Afghanen ein Auto versprach, ist nicht einmal die elementare Infrastruktur wiederhergestellt. In Kabul liegt immer noch bergeweise der Schutt zerstörter Häuser. Sowohl die Straßen in der Hauptstadt wie auch die Hauptverbindungsstrecken zwischen den Provinzen bestehen mehr oder weniger aus Schlaglöchern. Selbst in Kabul gibt es nur stundenweise Strom. An der Medizinischen Fakultät können eingeschriebene Studentinnen ihr Studium nicht fortsetzen, weil keine separaten Toiletten vorhanden sind. Die Schulen sind zwar wieder offen, aber es mangelt an qualifiziertem Lehrpersonal und -material. Schüler müssen oft auf dem Boden sitzen, die Schulen selbst haben zum Teil weder Fenster noch Heizungen.

Die auf der sogenannten Geberkonferenz im Januar 2002 in Tokio zugesagten fünf Milliarden US-Dollar liegen auf Eis. Nur die Versorgung der hohen Funktionäre ist gewährleistet. Fast täglich besichtigen Abgesandte internationaler Hilfsorganisationen afghanische Krankenhäuser, aber zu ihrem Wiederaufbau können sie nichts beitragen, sagte ein Vertreter des Gesundheitsministeriums der BBC. Grund dafür ist, neben der allgemein verbreiteten Korruption und dem Mangel an afghanischem Fachpersonal, daß die derzeitige Administration nicht in der Lage ist, einen glaubwürdigen Wiederaufbauplan vorzulegen. Die USA verkünden mittlerweile offen, daß es ihnen nicht um Wirtschaftshilfe geht, sondern um Stützpunkte. Die geostrategische Lage Afghanistans ermöglicht es, von dort aus in ganz Mittel-, Süd- und Zentralasien militärisch zu operieren.

Auch die Deutschen und die übrigen Europäer sind, nach anfänglicher Euphorie ihrer Manager, nicht mehr besonders daran interessiert, sich wirtschaftlich im Land zu engagieren. Vielmehr konzentrieren sie sich auf den Aufbau der Polizei und vielleicht auch des Geheimdienstes, was seit Ende des Ersten Weltkriegs eine deutsche Domäne ist. Mittlerweile hat Berlin die Bereitschaft zur Übernahme des Isaf-Kommandos für ganz Afghanistan signalisiert (bisher sind die Deutschen nur *lead nation* im Großraum Kabul).

Ändert sich in Afghanistan nicht schnell und sichtbar etwas im sozialen und wirtschaftlichen Gefüge, werden die regionalen Kriegsfürsten im fortgesetzten Kampf um Macht, Einfluß und Geld auch das noch ruinieren, was im Land nach über 20 Jahren Bürgerkrieg noch intakt ist. In den ersten Jahren des Blutvergießens, nach 1978, bekämpften die fundamentalistischen Feudalherrn die damalige Linksregierung in Kabul, um ihre Privilegien gegen Landreform, Frauenemanzipation und Alphabetisierung zu verteidigen. Doch im Verlaufe des Krieges hat sich, begünstigt durch die Heroingeschäfte der CIA und ihres pakistanischen Partners ISI, die Klasse der Großgrundbesitzer teilweise in eine Schmuggelmafia transformiert, die vom Drogen- und Waffengeschäft lebt. Da bekanntlich bei Geld die Freundschaft aufhört, ist niemand bereit, mit dem aus den USA importierten Führungspersonal zu teilen. Karsai kann sich zwar Präsident nennen, aber an der Macht wird er nicht beteiligt. Würde er das verlangen, könnte es ihm an den Kragen gehen. Er bleibt daher besser der Dorfschulte von Kabul, der er ist.

Matin Baraki schrieb in KONKRET 8/02 über die Große Ratsversammlung in Afghanistan

Konkret 11/02, S. 24

Thomas Uwer

Monströse Welt

Matthias Küntzel hat eine Geschichte der islamistischen Bewegungen geschrieben

»Es sind die Zustände dieser Welt, die der antisemitischen Rebellion neuen Zulauf garantieren«, erklärt Matthias Küntzel im Vorwort seines Buches *Djihad und Judenhaß*, ganz so, als wolle er sich dafür entschuldigen, daß er ein Schlaglicht wirft in die Niederungen der islamistischen Bewegung und ihrer historischen Quellen. Was er beschreibt ist in der Tat eine monströse Welt. Seit dem 11. September 2001 hat sich der islamische Djihad, so Küntzels Analyse, »an die Spitze der antijüdisch gefärbten Amerikakritik« gesetzt, jener »grob verkürzenden und oft romantisierenden Form der Kapitalismuskritik«, welche unter dem Kampfwort »Globalisierung« die als amerikanisch-jüdisch identifizierte Zirkulationssphäre ins Visier nimmt. Die Anschläge von New York und Washington haben so einerseits strukturell verwandte Bewegungen zusammengeführt, andererseits dem Terror der palästinensischen Hamas einen Sinn verliehen, der weit über den nationalen Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern hinausreicht. Israel ist zur territorialen Chiffre für kapitalistische Gewalt geworden, die »Al-Aksa-Intifada« um die »heiligen Stätten« zum Ausdruck eines globalen Konflikts, bei dem es nicht um den jüdischen Staat als »Ergebnis imperialistischer Politik«, sondern um die Juden als deren vermeintliche Ursache geht.

»Die Islamische Nation«, zitiert Küntzel Abu Ubeid al-Qurashi von Al-Qaida, »kämpft gegenwärtig gegen die Globalisierung, und sie fährt mit ihrer Ablehnung gegenüber der westlichen Rhetorik fort.« Djihadismus nennt der Autor dies, ein weltweiter Kampf gegen die Äußerungen der kapitalistischen Moderne, der das Ideal einer homogenen Gesellschaft entgegengesetzt wird, in der alle gleichermaßen dem religiösen Zwang unterliegen. Dieser Kampf werde nicht in afghanischen Höhlenfestungen entschieden, sondern letztlich in Israel, dem Staat, gegen den seit seiner Gründung sich der politische Widerstand im gesamten arabischen Nahen Osten wendet. So richteten sich auch die Anschläge der islamistischen Hamas zunehmend nicht mehr gegen militärisch relevante oder mit dem israelischen Staat in direkter Weise in Verbindung stehende Institutionen, sondern gegen die jüdische Bevölkerung und sogenannte Kollaborateure und beabsichtigten damit nicht mehr, eine nationalstaatliche Lösung herbeizubomben, sondern die Region stellvertretend für die ganze Welt von Juden »zu befreien«.

Die »Zustände dieser Welt« drumherum sind derart, daß ihre Taten nicht Entsetzen, sondern Verständnis erzeugen. »Während Massaker an der Zivilbevölkerung bis dahin in der Linken stets und mit Recht als faschistisch eingeordnet worden sind«, konstatiert Küntzel, »wurde das Ungeheuerliche nun als selbstverständlich akzeptiert.« Erst nach dem 11. September sei die längst totgesagte »Al-Aksa-Intifada« zur »weltweiten Intifada«, seien in ganz Europa Synagogen und jüdische Einrichtungen angegriffen worden. Die Durchsetzung des antisemitischen Rückschlusses, die Juden für die Politik Israels verantwortlich zu machen und umgekehrt in Israel die Juden zu bekämpfen, sei der erste Sieg des Djihadismus.

Vor diesem Hintergrund zeichnet Küntzels Buch vor allem eine Erfolgsstory nach, die von der Gründung der Muslimbruderschaft 1928 in Kairo direkt bis zu den palästinensischen »Intifada-Komitees« reicht, in denen ehemals marxistische Gruppen, Nationalisten und Islamisten unter der Hegemonie des Djihadismus zu einer kaum mehr auseinanderzuhaltenden Phalanx zusammengewachsen sind. Den Ausgangspunkt der Entwicklung sieht der Autor in der Gründung der »Gesellschaft der Muslimbrüder« durch Hassan al-Banna, die als populistische und städtische Bewegung sowohl ein Produkt als auch eine Gegenreaktion auf die gesellschaftliche Modernisierung Ägyptens darstellte.

Damit hebt sich das Buch angenehm von jenen Analysen ab, die den Islamismus aus koranischen Verboten zu erklären versuchen. Küntzel übersieht nicht, daß der Islam erklärungsmächtig erst dann wird, wenn ihm eine spezifische politische Interpretation zugrunde liegt. Die ideologischen Prämissen der Muslimbruderschaft waren daher nicht nur islamischer Natur, sondern auch Ausdruck kolonialer Widersprüche. »Die Bruderschaft betrachtete sich als Interessenvertretung der Arbeiter gegen □die Tyrannei der fremdländischen und monopolistischen Unternehmen□. Man gründete ein Komitee für die Arbeitslosen, bekämpfte die Beschäftigung britischer Arbeiter und strebte innerhalb der ägyptischen Gesellschaft eine Interessengemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital an.« Als antikoloniale und antikommunistische Bewegung zugleich stellten die Muslimbrüder den reaktionären Widerstand gegen die kapitalistische Moderne und die damit verbundenen Veränderungen der ägyptischen Gesellschaft dar. Ihr Kampf galt der Emanzipation von Frauen genauso wie dem von der ägyptischen Staatselite generierten Nationalismus, dem sie die Umma als frühe arabisch-islamische Panidee entgegensetzten. Die Besonderheit der Bruderschaft liegt dabei nicht in ihrer frühen antisemitischen Ausrichtung, sondern darin, daß sie diesen, mit der Modernisierung fast zwangsläufig einhergehenden, Antisemitismus auf einen quasiterritorialen Konflikt zwischen der nationalen Bourgeoisie und einer islamischen Umma übertrugen. Ins Zentrum ihrer Agitation gegen die ägyptische Kolonialelite rückten daher bereits sehr früh nicht nur allgemein die Juden, sondern ganz konkret auch die jüdische Besiedlung Palästinas und die nationale Spaltung der islamisch-arabischen Einheit.

Damit hat Küntzel die zentrale Konfliktlinie beschrieben, die sich durch alle Staaten des arabischen Nahen Ostens zieht. Die Möglichkeiten aber, die sich aus dieser Perspektive ergeben, über die islamische Bewegung hinauszugehen, nutzt er nicht. Statt dessen zeichnet er von der Muslimbruderschaft aus einen linearen Weg, der über den Mufti von Jerusalem, Al-Husseini, dessen erfolgreichen Kampf gegen die moderate palästinensische Elite der Nashashibis bis zum Terror der Hamas und ihrer ideologischen Hegemonie in der zweiten Intifada reicht. Der Islamismus wird auf diese Weise zum eigentlichen Motor des nahöstlichen Antisemitismus und der suizidale Bombenterror zum späten Erfolg des frühen islamistischen Judenhasses.

Dabei könnte die ideologische Nähe der Bruderschaft zu den säkularen Panbewegungen in anderen arabischen Staaten von einst wichtige Hinweise für die heutige Kriegsallianz gegen Israel liefern. Denn weder der Judenhaß noch die Todessehnsucht der Selbstmordbomber sind islamistische Besonderheiten, sondern konstituierende Ideen auch der säkular-nationalistischen Regime der Region. Deren Tradition, nicht jener der Muslimbruderschaft, entsprang beispielsweise der Terror eines Abu Nidal, der Ende der siebziger Jahre schon vorwegnahm, was die Hamasbomber heute en gros vollziehen. »Es wäre ein Verbrechen zu erlauben, daß die Zionisten unser Land lebend verlassen«, erklärte der vom Christentum faszinierte Nidal, der sich selbst kennzeichnete als »zuerst und vor allem arabischen Kämpfer, für den Palästina eines der Probleme der Welt ist, aber nicht das ganze Problem«. Säkulare Gruppen wie jene Nidals waren bereits besessen von dem Vernichtungswunsch, die Juden nicht davonkommen zu lassen, der jede Lösung, die nicht auf die vollständige Eliminierung hinausläuft, strikt verneint.

An der von Küntzel konstatierten Bedrohung Israels ändert dies freilich nichts, genausowenig daran, daß es bei dem dort geführten Kampf um mehr geht als um Israel alleine. Genau daher aber müßte die politische Zusammensetzung des arabischen Nahen Ostens in den Blick gerückt werden und die Frage, warum die Alternativen zum »antijüdischen Djihad«, die es dort überall gibt, sich nicht haben durchsetzen können. Das Beispiel Nidals zeigt, daß es mit dem Verweis auf den Djihadismus nicht sein Bewenden haben kann, wenn es klarzumachen gilt, daß »die antisemitische Rebellion« mehr ist als nur ein Antiimperialismus der dummen Kerle.

Matthias Küntzel: *Djihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg.* □a ira, Freiburg 2002, 180 Seiten, 13,50 Euro

Konkret 11/02, S. 25

Gert Ockert

Komplotte en gros

Die Welt ist verschwörerisch eingerichtet. Dennoch haben Verschwörungstheorien mit Geschichtsschreibung soviel gemein wie ein Horoskop mit Astronomie

Seit die Menschheit ein Bewußtsein von sich selbst hat, seit 5.000 Jahren also, gibt es Verschwörungen. Die erste Verschwörungstheorie dürfte zirka einen Tag später entstanden sein. Der Zusammenschluß verstreuter Nomaden- und Bauernstämme zu staatlicher Organisation war ein ungeheuerlicher Gewaltakt, das Initialverbrechen der Zivilisation, und abgeschlossen ist die kriminelle Handlung bis heute nicht. Der rote Faden in der Menschheitsgeschichte ähnelt sehr einer Blutspur. Wer nicht erstochen, verbrannt, erdrosselt wurde, als in Vorderasien die ersten Fürstentümer entstanden, der war fortan Untertan einer Macht, die unendlich weit entfernt residierte und zugleich tiefer ins eigene Leben eingriff als jemals ein Häuptling oder Schamane zuvor.

Eine dumpfe Erinnerung an die geschichtslose Zeit, die auch nicht das reine Glück, aber immerhin übersichtlich war, ist in den Schöpfungsmythen der Menschheit aufbewahrt. Die Götter benahmen sich unberechenbar und manchmal etwas kindisch, aber ihr Zorn traf alle ohne Unterschied; sie waren niemandes Eigentum. Mit den ersten Potentaten jedoch wurde auch der himmlische Sauhaufen einer strengen Disziplin unterworfen. Die Elementargeister sprachen nicht länger durch den Wind und den Donner, sondern durch den Hohepriester. Der Fürst brauchte die Götter zu seiner Legitimation, also führte er die gleiche patriarchale Ordnung auf dem Olymp ein, deren Nutznießer auf Erden er sein wollte. Die Zwangsgemeinschaft, die er aufrichtete, erhielt so einen Firnis von Weihe und, wichtiger noch, von höherem Geheimnis.

Daß »die da oben« sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit zusammengetan hatten, war denen da unten sehr wohl klar. Finsteres dräute, jederzeit. Man durchschaute die Pläne des Regenten nicht, weil er auch gar nicht daran dachte, sie zu offenbaren. Auf Regen folgt immerhin Sonnenschein, auf Krieg meistens aber nur eine weitere Zwangsabgabe. »Ein jeder sagt: Wir wissen ja nicht, was im Land geschieht«, notierte zwei Jahrtausende v. Chr. ein ägyptischer Schreiber.

Wozu das alles gut sein sollte, fragte man schon damals besser nicht. Die Ohren des Fürsten hörten alles, der Nachbar, der Freund, die eigenen Kinder konnten Spitzel des Staates sein. Die zweifelhafte Konstruktion staatlicher Autorität hält, seit es sie gibt, nur so lange, wie der Inhaber dieser Autorität wachsam bleibt. Ehe der erste mesopotamische Eroberer daranging, sich ein Fürstentum zu erobern, dürfte er schon einen gutfunktionierenden Geheimdienst installiert gehabt haben. Er verfolgte seine Untertanen, weil er sich Tag und Nacht von ihnen verfolgt fühlte, und das nicht mal zu Unrecht: Die Lüge, die ihm den Thron verschafft hatte, war ja nicht besonders schwer zu durchschauen, und es mußte nur einer seiner Generäle genug Männer um sich sammeln, und es war vorbei mit der Dynastie.

Wo Herrschaft ist, da wirkt auch Paranoia – die institutionalisierte der Mächtigen und die eher diffuse der Massen. Das tiefe Mißtrauen der Potentaten geht in die Gesetzestexte ebenso ein wie in die kultischen Rituale: dort als Verpflichtung zum Untertanengehorsam, hier als Tabernakel, zu dem nur ein kleiner, erlesener Kreis Zutritt hat. Der Beherrschte wiederum, gehalten in Ungewißheit und Furcht, verfällt in wüstes Spekulieren und traut der intriganten Palast-clique bald mehr Verschlagenheit zu, als sie zum Regieren wirklich nötig hat. Verschwörungstheorien entstehen, weil die Abhängigen allesamt wie Verschwörer behandelt werden. Und tatsächlich finden sie aus dem Zwang, dem sie unterliegen, nur einen Ausweg: die Konspiration gegen den Regenten – mit dem Ziel, an seine Stelle zu treten und die eingeführten Instrumente der Macht fortan selbst zu nutzen.

Wo Herrschaft ist, muß Drohung und Furcht sein. Daran hat sich in 5.000 Jahren nichts geändert. Gewandelt haben sich allerdings die Instrumente. Und mit ihnen die paranoiden Hirngespinste, die Komplottmärchen der Unterdrückten. Ihre Bereitschaft, gegen den konspirativen Terror, der sie unmündig hält, eigenen Verschwörerschrecken zu setzen, wächst, je universaler die Macht auftrumpft, die sie in Zwang hält. Sie sind befangen und gefangen in dem Wahnsinn, den der autoritäre Staat mobilisiert, um seine Einwohner gefügig zu halten. So wird jeder Ausbruch aus dem Wahnsystem selbst zu einem wahnhaften Unterfangen, und die Befreiung, die vielleicht intendiert war, ist bloß eine zu noch grauenhafterer Barbarei.

»Auf die paranoide Phantasie«, stellt Theodor W. Adorno in *Minima Moralia* fest, »spricht etwas in der Realität an, die von jener verbogen wird. Der latente Sadismus aller errät untrüglich die latente Schwäche aller. Und die Verfolgungsphantasie steckt an: wann immer sie begegnet, sind Zuschauer unwiderstehlich dazu getrieben, sie nachzuahmen.« Der Philosoph hat hier an die Nationalsozialisten gedacht, die fanatischsten Verschwörer und Verschwörungstheoretiker der Weltgeschichte. Doch er formuliert, ohne Namen zu nennen: Der Irrsinn ist der autoritären Gesellschaft imprägniert, und er wird weiterhin paranoide Phantasten produzieren, sowohl in den Schaltzentren der Macht wie unter der Heerschar der Ohnmächtigen. »So wird Narrheit epidemisch: die irren Sekten wachsen nach dem gleichen Rhythmus wie die großen Organisationen. Es ist der der totalen Zerstörung.«

George W. Bush würde Atombomben werfen, könnte er damit verhindern, daß Saddam Hussein Atomwaffen einsetzt, die in der Tat schon längst zum Einsatz gekommen wären, hätte Hussein denn welche, fühlt er sich doch mit gutem Grund von den Bomben Mr. Bushs bedroht. Alle wittern überall Wahnsinnige, und jeder hat damit recht. Jeder verdächtigt jeden der Verschwörung, und keiner liegt dabei falsch. Aber im Bann der Narrheit schießen die Komplotte und die Vermutungen über sie heillos zusammen, bis zuletzt keiner ohne Schuld scheint bzw. Schuld stets bloß die anderen haben. Auf solchem Boden wachsen Weltkriege.

U

Unablässig verwechselt werden die reale Verschwörung, die Verschwörungstheorie und die Theorie der Verschwörungstheorie. Die große Verwirrung, die hier haust, haben die Konspirationstheoretiker selbst verursacht. In ihren Geschichten geht einfach alles durcheinander – das erwiesene historische Komplott, die Spekulation über unsichtbare Drahtzieher, für welche die sichtbaren nur Marionetten sind, sowie die Psychologie, Ökonomie und womöglich Metaphysik hinter allem. Sie haben eine Pseudowissenschaft erfunden, die mit Historiographie soviel zu tun hat wie ein Horoskop mit Astronomie. Tatsächlich erwärmt ein gläubiger Verschwörungstheoretiker sich gern auch fürs Wünschelrutengehen oder Tarotlegen.

Aber kein Irrglaube kommt ohne empirische Basis aus. Die Sterne, die angeblich das Schicksal bestimmen, stehen immerhin am Himmel. Unterirdische Wasseradern erzeugen zwar keine meßbare Strahlung, doch wenn man nur lange genug gräbt, wird man sogar in der Wüste eine finden. Und ohne Komplotte hätte keine einzige Regierung seit den Stadtfürsten von Uruk sich an die Macht schwindeln und sie auch halten können.

Die Lüge, es könne keine soziale Organisation geben ohne einen, der Macht ausübt über alle anderen, war von Beginn an nur zu halten, indem man sie zum Staatsgeheimnis erklärte. Also mußten und müssen die Profiteure der Macht zusammenhalten, um ihre Geschäfte in Ruhe betreiben zu können. Dieser ebenso geniale wie brutale Betrug, auf dem alle Zivilisation aufgebaut ist, die Überwindung der Naturabhängigkeit des einzelnen durch die Abhängigkeit des Kollektivs vom Regenten, beeinflußt alles, was seither an Instrumenten zur Herrschaftssicherung erfunden worden ist. Staatliche Gewalt kommt ohne ein geheimes Zentrum – den Kronrat, das Kabinett, das ZK – nicht aus. Daß die Usurpatoren sich hinter verschlossenen Türen über die Ohnmacht und Dummheit ihrer Untertanen amüsieren, ahnen diese wohl, aber sie wissen erst recht, daß sie wirklich ohnmächtig sind und dumm. Damit sich daran nichts ändert, muß der Staat pausenlos gegen seine Insassen konspirieren – mittels Denunziantentum, religiöser und ideologischer Manipulationen, Kopfsteuern oder Unterschlagung von Aktenstücken. Diese Verschwörung ist dem autoritären Gemeinwesen derart immanent, daß sie keinen verschont, auch nicht die wenigen, die Autorität innehaben. Ein Herrscher, der an die Unabdingbarkeit von Herrschaft nicht geglaubt, der auch nur einen halben Gedanken daran verschwendet hätte, Zwang und Bevormundung aufzuheben, ist in den letzten fünf Jahrtausenden nirgends gesichtet worden.

Der Staat als anonymer Apparat, als eine Maschine, der es ziemlich gleichgültig ist, wer sich ihrer bedient, und allein dies wichtig: nicht ausgeschaltet zu werden – , dieser Staat selbst ist die Konspiration. Die infinit und irrsinnig ausufernden Verschwörungsphantasien, die mit den Tempelrittern anfangen und frühestens vor Ufo-Aliens haltmachen, beginnen hier, bei der namenlosen Gewalt des Staates. Der Komplottphantast erträgt die Erkenntnis nicht, es könnten die unfreien Gesellschaften – und andere gab es noch nie – am Ende nur um ihrer selbst willen da und die vermeintlich Mächtigen auch bloß austauschbare Angestellte sein. Die Weltverschwörungsmystiker müssen einen allmächtigen Meister identifizieren können, der den Apparat beherrscht: die Illuminaten, den Antichristen, oder, letzter Fluchtpunkt allen paranoiden Wahns, die Juden; immer und immer wieder die Juden.

Diese wütende Suche nach dem Strippenzieher und Mastermind motiviert auch jede andere Verschwörungstheorie. Allerdings interessieren deren Autoren sich nicht für das ganz große Ganze. Sie werden mißtrauisch, sobald einem Potentaten etwas zustößt, was seinesgleichen nicht so oft zu ertragen haben wie ihre Untertanen, eine Erschießung oder ein Autounfall. Die Ermittlungsarbeiten schleppen sich über Monate und Jahre dahin, Beweisstücke verschwinden oder werden mit dem Stempel »Top secret« versehen, die Widersprüche in Zeugenaussagen und polizeilichen Statements häufen sich, und zuletzt kommt halb Stockholm für die Ermordung von Olof Palme in Frage, doch sicherlich nicht irgendein hergelaufener Straßenräuber.

Solche Verschwörungstheorien operieren mit realen Interessengruppen und Indizien, erfinden also keine hohen Mächte, sondern schieben existente Faktoren in einer komplizierten Rechnung solange hin und her, bis hinter dem Gleichheitszeichen das gewünschte Resultat erscheint. Allerdings ist die Formel dieser Kalkulation reine Erfindung. Die Skepsis gegen jede offizielle Erklärung eines Attentats wird genährt von den nicht eben wenigen Komplotten, die ans Licht gekommen sind über die Jahrtausende.

U

Um nur von den Verschwörungen zu sprechen, die Attentate zum Ziel hatten: Es fand eine statt, die Julius Caesar beseitigte. Nachfolgende Imperatoren durften jederzeit mit einer tödlichen Konspiration ihrer prätorianischen Leibgardisten

rechnen. Unter italienischen Renaissancefürsten gehörten heimliche Allianzen mit anschließendem Giftpunsch an der Festtafel einfach zum guten Ton. Gegen Wallenstein konspirierten die eigenen Offiziere, um ihn wegzuräumen. Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses schmiedeten ein Komplott, um Robespierre unters Fallbeil zu bringen, ehe er selbst auf die Idee verfallen konnte, ihren Hälsen eine nachdrückliche Behandlung zukommen zu lassen.

Mit dem bürgerlichen Zeitalter wird die Verschwörung zum politischen Mord den Geheimkabinetten und Offiziersstäben zeitweilig entwunden und zu einer Angelegenheit für mehr oder minder revolutionäre Kaderzellen. Napoleon entkommt mehreren royalistischen Anschlägen. Der Schriftsteller Kotzebue wird Opfer eines deutschvölkischen Studentenkomplotts. Die russischen Dekabristen versagen jämmerlich, als sie 1825 Zar Nikolaus I. aus dem Winterpalais vertreiben wollen. Mehr Erfolg haben die Narodniki, die 1881 Zar Alexander II. umbringen. Die tödlichen Schüsse auf Abraham Lincoln am 14. April 1865: eine Verschwörung unter konföderationstreuen Schauspielern. Die Ermordung des Kronprinzen Franz Ferdinand und seiner Frau in Sarajevo 1914 führt ein Häuflein serbischer Studenten aus. Die Bluttaten an Liebknecht, Luxemburg und Rathenau in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg gehen auf das Konto protofaschistischer Terrorbanden.

Die Aktentaschenbombe deutscher Offiziere gegen Hitler bringt 1944 die Verschwörung zum Attentat zurück in die Instrumentenkammer der Machtverwalter. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist der politische Mord wieder eine Aufgabe für staatliche Behörden. Die Geheimdienste, einst eingerichtet, um den Herrscher über eventuelle Konspirationen auf dem laufenden zu halten, entwickeln sich zu wahren Komplottfabriken. Die CIA wird 1947 zu keinem anderen Zweck gegründet als der konspirativen Liquidierung aller Politiker, die der militant antikommunistischen Strategie der USA im Weg stehen.

Der persische Ministerpräsident Mossadegh stürzte über einen Putsch, den die »Firma« 1953 angezettelt hatte. Arbenz Guzmán widerfuhr 1954 in Guatemala das gleiche. Gegen Patrice Lumumba wird man 1960 massiver. Als ein bakteriologisches Attentat scheitert, erlaubt die CIA es gerne, dass Mobuto, ein weiterer Putschist von Gnaden der CIA, Lumumba erschlagen läßt. Zur echten Manie wird der konspirative Mord bei der Central Intelligence Agency, als Fidel Castro die Staatsgeschäfte in Kuba übernimmt. Man versucht es mit vergifteten Zigarren und Tauchanzügen, gedungenen Killern und Kopfgeldern. Doch nicht einmal mit Hilfe der in solchen Angelegenheiten sehr beschlagenen Mafia gelingt es, den bärtigen Weltfeind zu exekutieren. Diese peinlichen Niederlagen haben die CIA nicht ruhiger werden lassen. Bei der Erschießung Ché Guevaras 1967 und Salvador Allendes 1973 beobachtet die »Firma« wohlwollend, was die Mörder, die sie ausbildete, gelernt haben.

D

Die Welt, in der wir uns aufhalten, ist verschwörerisch eingerichtet, kein Zweifel. Die Herrschenden konspirieren wider ihre Abhängigen und gegeneinander, die Untertanen verschwören sich gelegentlich, um einen der Herrschenden loszuwerden oder wenigstens der Geheimnistuerei ihrer Zwingherren ein eigenes Geheimnis entgegenzusetzen, und keiner traut dem anderen über den Weg. Adorno bemerkt: »Gewalt, auf der Zivilisation basiert, meint Verfolgung aller durch alle, und der Verfolgungswahnsinnige bringt sich in Nachteil bloß, indem er dem Nächsten zuschiebt, was vom Ganzen angerichtet wird, im hilflosen Versuch, die Inkommensurabilität kommensurabel zu machen.«

Und manchmal, in Zeiten der Krise, verschwören sich die feindlichen Parteien um einen angeblich noch größeren Konspirateur zu vernichten: Der Antisemitismus ist die fürchterlichste und wirksamste Verschwörungstheorie der Menschheitsgeschichte. Das böse Märchen vom Juden, der hinter allem Unheil der Welt steckt, ist von solcher Virulenz, daß es in jeder anderen Konspirationstheorie lauert, sei diese faktisch auch noch so fern von einem antisemitischen Affekt.

Das muß wissen, wer sich mit den Anschlägen vom 11. September beschäftigt und die sehr vielen Risse und Lücken in der offiziellen Darstellung mit der Theorie eines Komplotts zuzuspachteln beginnt. Matthias Bröckers, Autor von *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.* (Zweitausendeins, Frankfurt a. M. 2002), hat es vielleicht einmal gewußt, aber in seiner dunklen Begeisterung für die eigene Detektivarbeit vergessen. Ihm passiert, was jedem geschieht, der sich an die Entlarvung einer Konspiration begibt, ohne seiner eigenen Verfallenheit an den »Verblendungszusammenhang« innezusein: Er dreht durch.

Bröckers bezweifelt die amtliche Bin-Laden-Verschwörungstheorie, und er hat recht triftige Argumente dagegen: CIA-Visiten bei dem »Top-Terroristen« bis in den Sommer 2001, die dürftigen Ergebnisse der amerikanischen Ermittlungsbehörden seit dem Twin-Tower-Crash, die zahlreichen seriösen, doch unbeachteten Attentatswarnungen zuvor, das ausgeprägte Interesse der US-Ölindustrie an einer sicheren Pipeline von den kasachischen Petroleumfeldern durch Afghanistan und die engen Beziehungen George W. Bushs zu dieser Industrie. Doch Bröckers macht den Fehler, aus Bushs schneller Kriegsbegeisterung gleich auf einen Präsidialplan zu schließen. In seiner Theorie sind zuletzt so gut wie alle US-Beamten involviert, und das hieße, deren Loyalität und Verschwiegenheit für größer zu halten als es der dümmste Verschwörer täte.

Wenn Bröckers sich mit der reichlich autonomen, komplett konspirativen Binnenstruktur der CIA näher befaßt hätte, könnte ihm schwanen, daß dort keine Abteilung weiß, was die andere treibt. Drei, vier megalomane Agenten hätten ausgereicht, um mit Al-Qaida etwas auszuhecken. Doch schon eine Etage höher wäre niemand in die Verschwörung eingeweiht gewesen. So funktionieren Komplotte, und nur so. Bröckers jedoch versteigt sich von Seite zu Seite in immer ausgedehntere Konspirationsszenarien. Die reale Verbrechensgeschichte der CIA und der USA dient ihm nicht nur als Beleg für seine Thesen, sondern überdies als Beweis für einen »geostrategischen« Meisterplan, der mit dem »provozierten Überfall« auf Pearl Harbor 1941 begann und erst ein Ende haben wird, wenn der ganze Planet unter der Knute der Yankees ächzt. Bröckers hält sich nur kurz damit auf, verdächtige Indizien zu überprüfen – bald wird ihm alles suspekt. Er dichtet dem blutigen Dilettanten im Weißen Haus und seinen blutrünstigen Spießgesellen eine Perfidie an, die sie natürlich nicht besitzen; sonst müßten sie sich vor keiner Präsidentschaftswahl mehr fürchten.

Und zuletzt landet der Autor dort, wo noch jeder Weltverschwörungstheoretiker abgestürzt ist: bei den Juden. Im Kapitel »The Kosher Conspiracy« sagt er Ariel Sharon und seinem Nachrichtendienst Mossad nach, praktisch jeden US-Politiker dank heimlich mitgeschnittener pikanter Telefonate in der Tasche zu haben. Die Antisemiten und Antizionisten haben es doch immer gesagt: Der Jude kontrolliert Kapitol und Weißes Haus. Und wem, bitte schön, haben die Attentate vom 11. September am meisten genützt? »(Es) bleiben nur zwei: die USA und George W. Bush sowie Israel und Ariel Sharon. Nun wäre es wahrlich ein zu kurzer Schluß, diesen beiden schon deswegen eine Mittäterschaft zu unterstellen, weil sie die Hauptprofiteure sind. Aber« nichts anderes legt Bröckers nahe.

Sharon gilt seine gesammelte Empörung, nur bei dem Juden fällt es Bröckers ein, ihn mit jenem Verbrecher zu vergleichen, den Herta Däubler-Gmelin eher in Bush wiedergeboren sah. Um seinen explodierenden Antisemitismus zu bemänteln, nimmt Bröckers kurzerhand eine jüdische Philosophin als Zeugin in Geiselhaft: »Doch eingedenk des Hinweises von Hannah Arendt, daß Hitler letztlich zu einem ›Schüler‹ der von ihm als Propagandainstrument eingesetzten Verschwörungstheorie wurde (Siehe *Die ›Weisen von Zion‹ ...*), können wir Sharon unterstellen, daß seine Konsequenzen aus Auschwitz darin bestehen, Hitlers rassistischen Verfolgungswahn ›mehr oder weniger‹ unbewußt zu kopieren.«

Es ist, nach solchen Sätzen, völlig unmöglich, irgendeinen Satz in Bröckers' spekulativer Schwarte zu diskutieren. Aber deshalb gar nicht über Verschwörungen reden, die konspirative Verfassung der beherrschten Welt nicht wahrhaben wollen, die Möglichkeit von Komplotten rundweg abstreiten? Das wäre so falsch wie die rasende Paranoia all jener, die ausziehen, die »Wahrheit« zu suchen, und am Ende stets nur einen Davidstern finden.

Gert Ockert schrieb in KONKRET 10/02 über 1000 Jahre Riefenstahl

Konkret 11/02, S. 28

Jenna L. Brinning

Links & Rights

UN-Waffeninspekteure in die USA! Das forderte der gemeinnützige, 1999 gegründete Verein Sunshine Project e. V. bei der Chemiewaffen-Konvention vor wenigen Wochen. Die deutsch-amerikanische Organisation, die die Bedrohung durch biologische Waffen öffentlich bewußt machen möchte, bezichtigt das US-Militär der Erforschung und Herstellung von chemischen Waffen (http://www.sunshine-project.de/). Das Joint Non-Legal Weapons Directorate (JNLWD) des US-Verteidigungsministeriums betreibe ein geheimes Programm zur Entwicklung neuer Giftgase. Die nichttödlichen Waffen sollen den Feind – und hierunter auch gegnerische Zivilisten fielen (http://www.jnlwd.usmc.mil) – schläfrig oder spastisch werden lassen. Zudem seien weitreichende Trägersysteme zur Ausbringung jener Biokampfstoffe entwickelt worden. Somit verstießen die USA gegen das internationale Verbot von C-Waffen, wie es das Chemiewaffen-Übereinkommen (CWÜ) von 1989/1997 vorsieht. Das CWÜ wird von der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen in Den Haag (http://www.opcw.org/

index.html) überwacht.

Nach einer 18monatigen Untersuchung offizieller Pentagonunterlagen werfen die Sunshinedirektoren Edward Hammond und Jan van Aken dem US-Militär die illegale Betreibung und Vertuschung eines Programms vor, das sowohl gegen das CWÜ als auch gegen US-Regelungen verstoße. Die Dokumente, viele davon auf der Sunshine-Site im Original einzusehen, belegen, daß das JNLWD wiederholt einen »Bedarf« an »ruhigstellenden«, chemischen Agenzien meldet und eifrig nach C-Waffen strebt. Das Sunshine Project fürchtet auch zwei besondere Arten von Eskalation: Zum einen könne das Programm zur Verschleierung der Entwicklung tödlicher chemikalischer Waffen dienen. Wenn es nicht sofort gestoppt, sondern weiterhin toleriert würde, könnte das Etikett »nichttödlich« ein Schlupfloch zur Umgehung von Gesetzen sein, das die Entwicklung und Erforschung sowie das Testen von C-Waffen in allen Ländern möglich machte und das CWÜ erledigte, bevor alle Chemiewaffen aus dem Arsenal des Kalten Krieges vernichtet wären. Ein neues chemikalisches Wettrüsten könne die Folge sein. Auf der anderen Seite, so der Verein, würde der Einsatz nichttödlicher Waffen die Gefahr vergrößern, daß in militärischen Krisensituationen ein komplett chemikalischer Krieg ausbricht.

Konkret 11/02, S. 29

Thomas Immanuel Steinberg

»Tausend Ohren und Augen«

Die CIA im Roman, im Sachbuch und als roter Hering

Romane lese ich nicht gern. Da weiß ich nie, woran ich bin: Was ist wahr? Was ist ausgedacht? Manches klingt wahr und ist dennoch schlecht gelogen.

Sein Roman über die CIA, so verspricht Robert Littell auf der vierten von siebenhunderteinundneunzig Seiten, beruhe auf Tatsachen. Der Klappentext rühmt ein hochexplosives Gemisch aus brillant recherchierter Zeitgeschichte und Fiktion. Also forsche ich nach den Tatsachen und frage mich beim Lesen: Hat die CIA im April 1951 tatsächlich sieben Exilalbaner mit einer Segeljacht nach Durrës gebracht, damit sie Staatschef Enver Hoxha umbringen? Nie davon gehört. Waren CIA-Leute dem legendären sowjetischen Doppelagenten Kim Philby schon 1951 auf der Spur? Aber der hat sich doch erst 1963 vom MI 6 in London nach Moskau aus dem Staub gemacht ... Hat die CIA die Mafia gegen Mussolini mobilisiert? Ja, das soll wohl so gelaufen sein. Näheres erfahre ich aber nicht.

Vielleicht gilt die Handlung bei Freunden der Romanform als spannend, vielleicht reichen dünne Charakterzeichnungen zum feierabendlichen Kick. Mir aber fällt auf: Da will der Held am Bahnhof Zoo seine Verfolger abgeschüttelt haben, indem er »durch ein Gewirr von Seitenstraßen« streifte – den aufgestelzten Durchgangsbahnhof umgeben aber, das weiß jeder, der dort mal ausgestiegen ist, außer der Jebensstraße breite Hauptstraßen und weite Plätze. Da besucht ein Held 1951 in der Spandauer Altstadt eine Kirche: Der Autor macht aus dem Gebäude am Reformationsplatz eine katholische Einrichtung – an der U-Bahn gelegen. 1951 fuhren nach Spandau die Straßenbahnen 54 und 55, die Spandauer U-Bahn wurde erst lange nach der Mauer gebaut. Da soll etwas bei der CIA in der Frankfurter ehemaligen IG-Farben-Zentrale los gewesen sein. Littell verlegt sie vom noblen Westend ins proletarische Höchst.

Noch ein bißchen Berlin: Einmal endet die Verfolgung »unter den Linden« (mit kleinem u), nach einer Sichtung an der »Ostsektorengrenze«. Die gemeinte Sektorengrenze wird bei Littell 1950 so überwunden: »Sie waren auf die übliche Art und Weise in den sowjetischen Sektor von Berlin gelangt: Torrini und Jack flach ausgestreckt im Hohlraum unter dem Dach eines kleinen Lasters, der regelmäßig über einen wenig benutzten Grenzübergang fuhr, um Dünger aus Knochenmehl zu liefern ...« Den Düngergestank hätte der Autor seinen Agenten ersparen können – 1950 kreiste jeder mit der Ringbahn so oft von West nach Ost und retour, wie er Lust hatte. Kontrollposten gab es nicht.

Unter dem Decknamen »Artischocke« führte die CIA in den fünfziger Jahren Menschenversuche durch. Sowjetische Gegenspione sollten – unter LSD gesetzt – Geheimnisse ausplaudern. Bei einigen Experimenten starben die Opfer nach längerer Folter, und auch der beteiligte CIA-Wissenschaftler Frank Olson wurde sehr wahrscheinlich umgebracht, als er aus dem Projekt aussteigen wollte. Den nie aufgeklärten Hintergründen sind Edmund R. Koch und Michael Wech, zwei sorgfältige deutsche Rechercheure, nachgegangen, zunächst in einer Fernsehdokumentation, nun mit einem Sachbuch. Bei der Lektüre trifft man unvermutet auf gute junge Bekannte aus der US-Hexenküche: Anthrax wurde schon 1950 von der CIA gezüchtet; Donald Rumsfeld und Richard Cheney, heute Verteidigungsminister und Vizepräsident, rührten 1975 die Beweise zu Brei, die Olsons Tod hätten aufklären können. Meskalin verabreichten die CIA-»Forscher« einigen ihrer menschlichen Karnickel, psychochirurgische Eingriffe sollten das Gedächtnis lädieren und Stromstöße den Sexualtrieb eindämmen.

Koch und Wech kennzeichnen, was bewiesen ist, was wahrscheinlich stimmt und was nur vermutet werden kann. Die Autoren machen einerseits die Hemmungslosigkeit deutlich, mit der die USA im Kalten Krieg zunächst gegen ihre Feinde vorzugehen bereit waren und später die begangenen Verbrechen vertuschten. Andererseits verzichten sie auf jede Effekthascherei. Sie stellen indes die mörderischen Geheimdienstexperimente in einen Zusammenhang mit offenen oder schlecht verdeckten Kriegen der USA nach 1945: mit dem Koreakrieg zum Beispiel; mit dem Putsch im Iran 1953, der die nationalen Ölquellen eine Weile unter US-amerikanische Gewalt brachte; und mit dem Sturz von Arbenz Guzmán in Guatemala. Hinter diesem Einsatz für Freiheit und Demokratie stand die United Fruit Company. Einer ihrer Aktionäre war CIA-Direktor – Allen Dulles, ein Mann aus der Großbourgeoisie. Guatemaltekisches Militär und CIA ermordeten nach dem Putsch mehr als 100.000 Zivilisten. Im Buch von Koch und Wech erweist sich die CIA über den Fall »Artischocke« hinaus als das, was sie war und ist: als eine Mörderbande.

Wenn nun aber ein Bandenmitglied beginnt, seine Erlebnisse zu erzählen, dann ist es entweder bald tot, oder es lügt wie gedruckt. Ex-CIA-Agent Robert Baer lebt, und seine Lügen sind von Bertelsmann auf deutsch herausgebracht worden, vom selben Verlag wie Kochs und Wechs Wahrheiten. Angeblich befindet sich die CIA im Niedergang, und Baer enthülle dies. Tatsächlich erzählt der Schwindler Döntjes auf Tresenniveau. Die strotzen vor Selbstgefälligkeit und Zynismus.

»Die CIA wurde durch *political correctness* systematisch zerstört.« – »Anstatt Agenten anzuwerben und einzusetzen, verbrachten die Leute in den CIA-Büros in der Pulverkammer der Welt (gemeint ist der Nahe Osten; T. I. S.) den größten

Teil ihrer Zeit damit, sich um das zu kümmern, was in Washington gerade Mode war: die Menschenrechte, die wirtschaftliche Globalisierung, den arabisch-israelischen Konflikt.« Die CIA sei dem Motto gefolgt: »Nichts Böses sehen, nichts Böses hören, nichts Böses tun.« Und genau das habe den 11. September 2001 ermöglicht. Baer will uns einen Bären aufbinden. Er legt, besser gesagt, einen »red herring«: Solch stinkenden Fischkadaver nahmen Sklaven mit auf die Flucht und deponierten ihn so, daß er die Verfolgermeute auf die falsche Fährte lockte. Baers Leser sollen denken, der CIA hätten Geld, Leute und das richtige Konzept gefehlt. Deshalb hätten die USA die Attentate nicht verhindern können. Baer: »... ehe wir nicht wieder eine solche CIA haben – eine mit vielen tausend Ohren und Augen, die sich genau dort tummeln, wo diejenigen, die Übles im Sinn haben, ihre Pläne schmieden – , kann sich meiner Ansicht nach niemand von uns mehr sicher fühlen.«

Diese doofe These durchzieht das ganze Buch. Baer versucht wenigstens dadurch etwas Spannung zu erzeugen, daß einige Wörter im Text unvermittelt geschwärzt sind, angeblich aus Tarnungsgründen auf Weisung der Vorgesetzten. Das liest sich dann so: »Mit seinen großen Häusern, seinem milden Klima, seinen roten Tennisplätzen und smaragdgrünen Golfplätzen war Rabat ein sehr angenehmer Einsatzort gewesen. Man konnte sogar im Atlasgebirge außerhalb von Marrakesch Ski laufen. Ich hatte auch einen angenehmen Job gehabt – als Stellvertreter von **(sechzehn Buchstaben geschwärzt)**, im Management sozusagen. Drei Jahre in Rabat, und ich würde beim nächsten Mal die Leitung eines mittelgroßen **(fünfzehn Buchstaben geschwärzt)** übernehmen können.« Wer liest so was, wer kauft so was? Bei amazon.de steht Baer auf Platz 1, Littell auf Platz 2. Auf Platz 5 rangiert das beachtliche Sachbuch von Koch und Wech. Immerhin.

Robert Littell: *Die Company. Die weltumspannende, faszinierende Saga über die CIA.* Scherz, Bern/München/Wien 2002, 791 Seiten, 28 Euro

Egmont R. Koch/Michael Wech: *Deckname Artischocke. Die geheimen Menschenversuche der CIA.* C. Bertelsmann, München 2002, 339 Seiten, 23,90 Euro

Robert Baer: *Der Niedergang der CIA. Der Enthüllungsbericht eines CIA-Agenten.* C. Bertelsmann, München 2002, 415 Seiten, 23,90 Euro

---

Thomas Immanuel Steinberg schrieb in KONKRET 8/02 über unmenschliche Menschenrechtsinterventionen

Konkret 11/02, S. 30

Horst Pankow

Liebe deinen Muslim!

Über einige Formen politischer Paranoia, die am 11. September 2001 sichtbar geworden oder in seinem Gefolge ausgebrochen sind. Erster Teil

Der mexikanische Autor Carlos Fuentes berichtete vor einigen Jahren über eine Begegnung mit Luis Buñuel an dessen Exilort Mexico-City im Jahr 1970. Der Meister des surrealistischen Kinos äußerte damals einen bemerkenswerten Gedanken: »Er sagte, es gebe keine schönere Idee, als den Louvre in die Luft zu sprengen und die Menschheit und all ihre Werke zum Teufel zu schicken. Aber nur, wenn es eine Idee bleibe, wenn man es nicht in die Praxis umsetze. ›Warum unterscheiden wir nicht eindeutig zwischen Idee und Praxis? Was zwingt uns, die Idee in die Praxis umzusetzen? Und dann als Gescheiterte und Verzweifelte unterzugehen? Sind Träume nicht sich selbst genug? Wir wären verrückt, wenn wir von jedem Traum, den wir nächtens haben, verlangten, er solle am Tag zur Wirklichkeit werden, sonst würden wir ihn bestrafen.‹«

Obgleich es Buñuel vor allem auf die Differenz von Idee und Praxis ankam – das durch Fuentes überlieferte Gespräch war gerade bei historischen Anarchisten und ihren Problemen angelangt – benannte er damit auch die, besonders vom Surrealismus genutzte, Möglichkeit des kreativen Umgangs mit wahnhaften Phänomenen, z. B. den Weltuntergangsphantasien der Paranoiker. Folgt man der Psychoanalyse, werden diese Phantasien durch zwei Mechanismen bewegt: einerseits durch den Rückzug der Libido von den Objekten der Außenwelt oder von der Außenwelt als Objekt insgesamt und andererseits von der libidinösen Neubesetzung der Außenwelt vermittels des wiederbelebten kindlichen Größenwahns. Unendlicher Haß auf die Welt und unendliche Liebe zu ihr stellen nur für den naiven Blick auf den paranoiden Wahn einen unauflösbaren Widerspruch dar. Die Kenntnisnahme von Leben und Welt beispielsweise Heinrich Himmlers oder Osama Bin Ladens kann da erhellend wirken. Beide praktizierten bzw. praktizieren den Massenmord aus Haß und Ekel gegen eine von ihren wahnhaften Projektionen der »Juden« bzw. »Zionisten« beherrschten Welt und aus Liebe zum »sauberen« Ideal.

Was aber die Surrealisten nicht nur von Nazis, Islamisten und anderen gefährlich Verrückten grundsätzlich trennt und was jedes bewußte künstlerische Aufgreifen individueller und gesellschaftlicher Destruktivität von dem Willen zu ihrer praktischen Umsetzung unterscheidet, ist die Fähigkeit zur Reflexion sowohl über den Wunsch wie die zu seiner Erfüllung notwendigen Mittel (siehe dazu in diesem Heft S. 42 ff.). André Breton, der 1930 im »Zweiten Manifest des Surrealismus« die »einfachste surrealistische Handlung« als das Werk eines »blindlings« um sich schießenden Amokläufers beschrieb, und jedem, der »nicht wenigstens einmal im Leben Lust gehabt hat, auf diese Weise mit dem derzeit bestehenden elenden Prinzip der Erniedrigung und Verdummung aufzuräumen«, einen Platz in der zu beschießenden Menge zuwies, machte keinen Hehl aus dem rein symbolischen Charakter dieser herostratischen Definition. Seinen Kritikern erklärte er in einer Fußnote: »Ich weiß, daß ich mit den beiden letzten Sätzen Öl aufs Feuer einer kleinen Zahl von Schreiberlingen gießen werde, die seit langem versuchen, mich mit mir selbst in Widerspruch zu bringen. ... Diese Handlung, die ich die einfachste nenne – es ist klar, daß ich nicht die Absicht habe, sie vor allen anderen zu empfehlen, weil sie einfach ist, und wer mir hier was am Zeug flicken will, kann mich genauso fragen wie ein Spießbürger jeden Nonkonformisten, warum er sich nicht umbringt und jeden Revolutionär, warum er nicht in der Sowjetunion lebt. Nicht mit mir! Schon die Eile, die manche haben, mich und meinen natürlichen Hang zur Agitation verschwinden zu sehen, würde mich davon abhalten, so vergeblich ›abzukratzen‹.«

So spricht kein paranoider Weltuntergangsphantast; ein solcher würde dergleichen wohl als typisches Produkt einer von teuflischen Mächten verdorbenen Welt verdammen. Mohammed Atta jedenfalls, Kopf jener 19köpfigen Gruppe Paranoider, die am 11. September 2001 aus Haß auf die Welt, wie sie ist, und aus Liebe zu ihr, wie sie sein könnte, sich selbst zusammen mit mehr als 3.000 zufällig – aber was ist für Paranoide schon zufällig? – im World Trade Center Anwesenden ins Jenseits beförderte, pflegte eine andere, wenngleich durchaus quasisurrealistisch anmutende Lektüre. Unter seinen Hinterlassenschaften fand sich ein Dokument, das mit dem Titel »Spirituelle Anleitung für den Selbstmordanschlag auf das World Trade Center« in einem von Hilmar Hoffmann und Wilfried F. Schoeller herausgegebenen Sammelband abgedruckt ist (*Wendepunkt 11. September 2001. Terror, Islam und Demokratie*, Köln 2001). Darin heißt es: »Sei immer auf der Hut und entsinne dich. Am besten ist es, den Koran zu rezitieren und zu wissen, daß du endlich diese Erde verläßt und bald in den Himmel kommst. Die Zeit ist reif, um das Richtige zu tun. Wir haben unser Leben verschwendet, und nun ist die Gelegenheit und die Stunde gekommen, uns Gott hinzugeben und ihm zu gehorchen. Öffne dein Herz, denn du bist nur einen kurzen Moment entfernt von dem guten, ewigen Leben in der Gesellschaft von Märtyrern. Dies ist die beste Gesellschaft, in der man sich befinden kann. ... Trage deine beste Kleidung und folge damit dem Beispiel deiner Vorfahren, die vor dem Kampf gute Kleider trugen. Binde deine Schuhe sehr eng zu und trage Socken, so daß deine Schuhe eng an deinen Füßen ansitzen. ... Verlasse die Wohnung nicht, bevor du gewaschen und sauber bist, denn die Engel werden dir

vergeben, wenn du sauber bist und zu Gott gebetet hast. Wie Gott sagt, ist es eine gute Angewohnheit, gut rasiert zu sein, und das steht so in seinem Buch.«

Einer der Steine, die als Ausweis seines ideellen Weiterlebens im Laufe der Zeit auf das Grab des Surrealismus gelegt worden sind, verkörpert gewiß die Adaption seiner visuellen Mittel durch das kulturindustrielle Spektakel. Gerade die filmische Umsetzung von Weltuntergangsphantasien erfreut sich großer Beliebtheit und zeitigt so etwas wie positive zivilisatorische Effekte. Ja, diese Welt ist alles andere als lebens- und liebenswert, und wenn prähistorische Monster, zynische und im Wortsinne menschenverachtende Außerirdische oder die Helfershelfer größenwahnsinniger Supergangster ganze Stadtviertel zertrampeln, Flugzeuge in der Luft zerquetschen und Atomanlagen zur Explosion bringen – welch ein Genuß. Doch weil diese nicht lebens- und liebenswürdige Welt dennoch die einzig verfügbare ist, genießt das Publikum auch die unvermeidlich eintretende Rettung der Welt durch die Kräfte des Guten und damit den eigenen kathartischen Sieg über die destruktiven Wünsche. Bisher hat es noch niemanden irritiert, daß die Guten meistens ebenso sauber und gutrasiert in Erscheinung traten wie Mohammed Atta und die Seinen, aber vielleicht manche, daß es sich bei den von den Doktoren Mabuse und Fu-Man-Chu oder dem Herrn Blofeld ausgeschickten Selbstmordattentätern um hypnotisierte oder auf andere Weise des eigenen Willens beraubte Wesen handelte, bei den Attas aber um Freiwillige.

Wer diese Irritation ernst nimmt, wird wohl kaum den Gedanken, daß am 11. September 2001 »Amerika in gewisser Weise dem begegnete, worüber es [in Filmen, H. P.] fantasierte« vollständig teilen können. Das kann auch sein Urheber, der slowenische Modephilosoph Slavoj Zizek, seit einigen Jahren als hilfreicher Begleiter orientierungsbedürftiger Menschen mit einer Angebotspalette von Poststrukturalismus bis Spätleninismus tätig, letztlich nicht. Immerhin kann er die Feststellung, »es mit der harten Wirklichkeit einer Katastrophe zu tun [zu] haben«, nicht vermeiden. »Willkommen in der Wüste des Realen« ist sein erstmals knapp eine Woche nach den Anschlägen in der »Zeit« erschienener und später in dem von Hoffmann/Schoeller herausgegebenen Sammelband nachgedruckter Essay überschrieben. Auf welchen Karten diese ominöse Wüste, von der man zunächst annehmen wollte, bei ihr handele es sich um eine ähnliche metaphorische Seltsamkeit wie beim »Meer des Schweigens« auf dem Mond, verzeichnet ist, enthüllt uns der kundige Geograph mit erfrischender Hemdsärmeligkeit: »Hat der Zusammenbruch der WTC-Türme überhaupt etwas Symbolisches, dann doch weniger in der altmodischen Vorstellung vom ›Zentrum des Finanzkapitalismus‹, sondern vielmehr darin, daß die beiden Türme für das Zentrum des virtuellen Kapitalismus standen, der Finanzspekulationen, die von der Sphäre der materiellen Produktion abgekoppelt sind. Die ungeheure Wucht der Anschläge läßt sich nur vor dem Hintergrund jener Grenze erklären, die heute die digitalisierte Erste Welt von der ›Wüste des Realen‹ der Dritten Welt trennt.«

Man kommt ja als die meiste Zeit zum Lesen und Zuhören Verurteilter nicht umhin, bei Autoren und Rednern, denen ein kraftvolles »überhaupt« oder »dann doch« so leicht über die Lippen resp. von der Hand geht, eine gewisse intellektuelle Bescheidenheit zu bemerken, die manchmal gar die Selbstverleugnung aufbringt, sich in die Pose des altklugen Stammtischnavigators zu werfen. Wenn Zizek eine »altmodische Vorstellung« durch eine scheinbare Invention ausgetauscht hat, ist dennoch alles beim alten geblieben: Denn »Finanzspekulationen, die von der Sphäre der materiellen Produktion abgekoppelt sind« ist der Inhalt der negativen Konnotation des Begriffs »Finanzkapitalismus«. Seinen sozialdemokratischen, leninistischen, nationalsozialistischen und globalisierungskritischen Gegnern – um nur die bedeutsamsten Vertreter in chronologischer Reihenfolge zu nennen – war und ist die Fähigkeit des Kapitals, sich von konkreten Anlagesphären zu emanzipieren und so vermittels des Marktes, der stets auch Finanzmarkt war und ist, zur realen Gestaltungskraft einer kapitalistischen Gesellschaft, die heute kapitalistische Weltgesellschaft ist, zu werden, immer unheimlich gewesen. Ihre idealisierende Fixierung auf den unmittelbaren Produktionsprozeß mit seinen Phänomenen von körperlicher Plackerei, Maschinerie und technokratischer Organisation beförderte den Glauben, das Kapital habe an einem bestimmten Punkt seiner Entwicklung die produktive Sphäre verlassen und geistere nunmehr heimatlos in der Zirkulation umher. Der Hinweis auf die für jedes zirkulierende Kapital notwendige Effektivität der »materiellen Produktion« hat Kritiker des Finanzkapitals nie überzeugen können. Heute brauchte man nur darauf hinzuweisen, daß die in den letzten Monaten bekanntgewordenen Bilanzfälschungen international tätiger US-Konzerne durch loyale Manager wohl nicht nötig gewesen wären, hätte irgendwann eine erfolgreiche »Abkoppelung von der materiellen Produktion« stattfinden können. Man brauchte allein darauf hinzuweisen, wenn dies nur eine globalisierungskritische Seele interessieren würde.

Glücklicherweise verschont uns Zizek mit Attributierungen des Finanzkapitals als »vagabundierend«, »herumzigeunernd« oder gar »jüdisch«. Ihm kommt es vor allem auf das »Symbolische« des Anschlags vom 11. September an, und er versteht diesen so symbolisch wie ein Verkehrszeichen: »So grausam und gleichgültig dies auch klingen mag, sollten wir nicht vergessen, daß die tatsächliche Wirkung der Anschläge weniger real als vielmehr symbolisch ist: In Afrika sterben an jedem einzelnen Tag mehr Menschen an Aids, als Menschen in den eingestürzten WTC-Türmen umgekommen sind, und ihr Tod hätte mit relativ bescheidenen finanziellen Mitteln verhindert werden können.« Das hätte er tatsächlich. Doch was macht das vermeidbare und von den westlichen Eliten achselzuckend oder mit wohlfeilem Bedauern hingenommene afrikanische Massensterben durch Aids kommensurabel mit dem vorsätzlichen Massenmord an den am 11.9. sich zur falschen Zeit am falschen Ort Aufhaltenden? Etwa, daß die Opfer in beiden Fällen tot sind? Nein, vor allem der Wille des Autors. Der besteht darin, Unterschiede der Todesarten nicht zuzulassen. Für seine deutschen Leser, denen das Böse noch

kein jüdisches sein soll, aber ein serbisches schon seit ein paar Jahren sein darf, ergänzt er noch das Folgende: »Fügt man dem Terror in New York noch ein gutes Dutzend Heckenschützen hinzu, die wahllos auf Passanten schießen, dann erhält man eine Vorstellung davon, wie es in Sarajevo vor zehn Jahren aussah.«

Zizek legt nahe, die USA hätten am 11.9. bekommen, was sie selbst provoziert haben. Die Rache nämlich der realen, verelendeten Dritten Welt an der virtuellen, einem zweifelhaften Luxus frönenden Ersten: »Ist es nicht vielmehr so, daß das einzige, das sich tatsächlich geändert hat, darin besteht, daß Amerika gezwungen wurde, die Welt zur Kenntnis zu nehmen, deren Teil sie [es? H. P.] ist?« Wie eine solche Zurkenntnisnahme auszusehen hätte, formuliert Zizek am Ende seines Essays in einem Vorschlag, den seine Fangemeinde wohl als gelungenen Ausdruck intellektueller Durchtriebenheit, Spitzbübigkeit o. ä. goutieren wird, vor dessen Realisierung uns hoffentlich die US-Army, die CIA, Gott oder Satan persönlich bewahren: »Im Wahlkampf hatte Präsident Bush als die wichtigste Person in seinem Leben Jesus Christus genannt. Jetzt hat er die einzigartige Chance zu beweisen, daß er das ernst gemeint hat: Für ihn wie für alle Amerikaner bedeutet ›Liebe deinen Nächsten!‹ heute ›Liebe die Muslime!‹, oder es bedeutet gar nichts.«

Mit dem Hinweis auf den tatsächlich sehenswerten Spielfilm »The Truman Show« hatte Slavoj Zizek seine Wortmeldung eingeleitet und wohl auch geglaubt, damit einen ersten Nachweis der Inferiorität der »virtuellen« US-Gesellschaft erbracht zu haben: »Die absolute amerikanische Paranoia bestünde darin, daß einem Menschen, der in einer idyllischen kalifornischen Kleinstadt, einem Konsumparadies, lebt, allmählich schwant, daß die Welt, in der er lebt, nur Schwindel ist, ein Spektakel, das ihn überzeugen soll, er lebe in einer realen Welt, während alle um ihn herum tatsächlich Schauspieler und Statisten in einer gigantischen Show sind.«

Die aktuelle deutsche Paranoia – wie heutzutage ihre »absolute« Form aussehen könnte, wollen wir uns hier lieber nicht vorstellen – besteht in der Gewißheit, daß nichts so ist, wie es »die Medien«, »die Politik« und andere Nutznießer von Oberflächlichkeit und Naivität darstellen, alles vielmehr von verborgener *Intention* dirigiert wird: »Das Nullergebnis der vermutlich größten Polizeiermittlung der Geschichte, die Nichtuntersuchung des Versagens der Geheimdienste und Terrorabwehr, die mit Kriegsgedröhn und Panikmache in Trance versetzte Öffentlichkeit, kurz: die gesamte Inszenierung einer al-quaidisch-ladinistischen Weltverschwörung und des Kampfes gegen den Terrorismus läßt kaum einen anderen Schluß zu, als daß es sich bei der Katastrophe vom 11. September um einen sorgsam geplanten Plot gehandelt hat.« Die »idyllische kalifornische Kleinstadt« des Zizekschen US-Paranoiden ist hierzulande ein globales Dorf, in dem aber gleichwohl niemand auf deutsche Gemütlichkeit und das beruhigende Wir-kennen-uns-doch-alle-und-sind-immer-gut-miteinander-ausgekommen verzichten muß: »Das WorldWideWeb bietet alles. Aufklärer und Spinner. Mainstreamer und Sektierer, Verschwörer und kritische Konspirologen tummeln sich hier gleichermaßen in zumeist friedlicher Koexistenz. Mit Google sind sie allesamt erreichbar.«

Der Autor solcher Zeilen ist selbst ein »kritischer Konspirologe«. Er heißt Mathias Bröckers, war mal Kulturredakteur bei der »Taz«, schrieb für »Zeit« und »Woche« und auch mal in KONKRET, spezialisierte sich auf New Age und leichtverträgliche Drogen und ist seit kurzem der deutsche Shooting-Star in Sachen Weltverschwörung(en). In einem »Taz«-Interview bekannte er freimütig, am 11. September 2001 zum »Kriegsgewinnler« geworden zu sein. Anfang September dieses Jahres erschien bei Zweitausendeins sein Werk *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.*, dem die zitierten Zeilen entnommen sind. Vier Wochen später war die 7. Auflage ausgeliefert und das Buch bereits 42.000mal verkauft.

Ein schöner Erfolg für einen, der sich noch im Juni von einer »neuen Inquisition« unter dem Vorsitz George W. Bushs bedrängt wähnte. (Seit Jonathan Swift wissen wir, daß ein Genie an der gegen es gerichteten »Verschwörung der Idioten« zu erkennen ist, und auch Slavoj Zizek fragt sich im oben besprochenen Aufsatz, ob gegen Leute wie ihn nicht ein »neues ›Berufsverbot‹« vorbereitet werde, »das weit stärker und verbreiteter werden könnte als das im Deutschland der siebziger Jahre«.) Mit »Die neue Inquisition« hatte Bröckers sehr, sehr sorgenvolle Nachbemerkungen zu seinen »Neun Thesen über Verschwörungen« überschrieben, die in dem von Carl Hegemann herausgegebenen Bändchen *Einbruch der Realität* im Alexander Verlag Berlin erschienen sind – übrigens ob der Schrägheit der meisten der versammelten Beiträge eine der originellsten Erscheinungen zum Thema in letzter Zeit; der Herausgeber brachte Mut und Konsequenz auf, seine Sammlung mit einem herrlich grotesken Auszug aus E. T. A. Hoffmanns *Serapionsbrüdern* zu eröffnen. Bröckers schien sich damals in den depressiven Ebenen einer negativen Anthropologie zu verlaufen und eher von Konrad Lorenz denn von Thomas Pynchon inspiriert gewesen zu sein, als er sich fragte, »ob uns als domestizierten Primaten genetisch vielleicht so etwas wie ein Sündenbockreflex eingebaut ist, der im Falle von Katastrophen und Chaos einerseits eine emotionale Abfuhr der Angst ermöglicht und andererseits den Zusammenhalt des Rudels durch Fokussierung auf einen gemeinsamen ›Feind‹ gewährleistet. Nur mit einem solchen eher instinktiven Reflex, einer mehr auf archaischem Herdentrieb als auf individueller Vernunft basierenden Reaktion scheint mir der Erfolg von Bushs Kriegspolitik erklärbar.«

Aus diesem Tief ist er wohl schnell wieder herausgekommen, denn das Vorwort seines Megasellers datiert vom 11. Juli 2002. Dessen Kernstück ist ein »konspirologisches Tagebuch«, in dem Bröckers seine auf eigener Website veröffentlichten Erkenntnisse aneinanderreiht, gelegentlich aufgelockert durch Kästchen mit Zitaten von Politikern sowie Auszügen aus

Zeitungen und Websites. Im Anhang findet sich u. a. der Nachdruck eines in KONKRET 12/01 veröffentlichten Interviews, das Jürgen Elsässer mit dem einstigen Forschungsminister Andreas von Bülow führte. Darin wird vor allem – ohne jede Absicht beider Gesprächspartner – der Beweis geführt, daß eine manifeste Paranoia persecutaria einen deutschen Volljuristen nicht davon abhält, ein Ministeramt anzustreben, ja vielleicht sogar eine nicht ungünstige Voraussetzung für eine solche Karriere darstellt.

Fortsetzung im nächsten Heft: Antisemitismus der guten Laune: The Kosher Conspiracy + Gott gegen Geld + Von Arafat bis Zappa

---

Horst Pankow schrieb in KONKRET 10/02 über Rußlands Beziehungen zur »Achse des Bösen«

Konkret 11/02, S. 33

Michael Scharang

Wahlen, eine Volksbelustigung

Am 24. November finden in Österreich vorgezogene Parlamentswahlen statt

Im 20. Jahrhundert stand in Österreich einiges zur Wahl. Einige wenige Personen hatten 1914 zu wählen, ob sie einen Krieg beginnen sollen oder nicht. Sie stimmten mit Ja. Die Folge waren Millionen Tote.1938 stand man sogar vor der Wahl, Österreich aufzugeben. Man hielt das für eine Chance und ergriff sie. Das Land wurde Teil eines Reiches, in dem wieder einmal einige die Wahl hatten, sich für Krieg zu entscheiden. Die Folge waren Abermillionen Tote.

1945 hatte man keine Wahl. Die Siegermächte gaben den Österreichern das Land zurück, schlugen es dem Westen zu und versahen es mit dort üblichen rechtlichen Standards. Seit 1945 stand und steht in Österreich nichts mehr zur Wahl. Nicht der Staatsvertrag - man mußte dankbar sein, ihn zu bekommen; nicht der Beitritt zur Europäischen Union - man mußte dankbar sein, beitreten zu können. Und seit die zwei traditionellen Parteien dem Land nicht mehr, wie noch in den fünfziger Jahren, die Kehle zudrücken, gedeiht es, und es zählt, wie man fortwährend hört, zu den reichsten Staaten der Welt. Diesen Zustand kann es allerdings nicht genießen. Denn es wuchs ihm eine Partei zu, die deutschnationale, die ihm die Lebenslust verdarb.

Der Deutschnationale will vor allem eines: Österreich an Deutschland anschließen. Ein Anschluß aber ist, seit Österreich der EU angehört, definitiv unmöglich. Deshalb haben die Deutschnationalen keinen politischen Boden mehr unter den Füßen. Dementsprechend ist ihre Politik. Der gefürchtete Irrwitz eines Jörg Haider ist bloß die logische Erscheinungsform einer Politik, der das wichtigste Ziel abhanden gekommen ist. Daß der Deutschnationale sich heute als freiheitlicher Österreichnationaler gerieren muß, empfindet er als Demütigung. Es ist, als müßte der Teufel statt Blut Weihwasser trinken. Den Staatsbürger, von der Einkommensstatistik ermuntert, das Leben zu genießen, schaudert es.

Und er ist paralysiert. Denn vis-à-vis der Freiheitlichen nehmen Antifaschisten Aufstellung, um einen Faschismus zu bekämpfen, der ebensowenig existiert wie für die Freiheitlichen die Möglichkeit zum Anschluß. Dieser politische Mummenschanz entmutigt den couragierten Staatsbürger, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auf die Straße zu gehen, um gegen den unmenschlichen Vorfall von diesem Morgen noch diesen Abend zu protestieren. Denn er muß fürchten, an jeder Ecke über einen Antifaschisten zu stolpern, der, auf der vergeblichen Suche nach dem Faschismus, einem im Weg steht. Der desperate Antifaschist ist die Kehrseite des freiheitlichen Desperados.

Politik ohne konkretes politisches Ziel läuft auf Volksbelustigung hinaus. Die FPÖ konnte damit eine Zeitlang reüssieren, weil nationalstaatliche Politik überall an Bedeutung verlor. Die politische Stille, die dadurch eintrat, nützte die FPÖ lautstark. Sie war das Bierzelt der Nation, in dem man sich, extremste Karikatur der Agora, versammelte, um die Wirklichkeit zu vergessen. Davon unbeeindruckt, schritt der objektive politische Verfall fort. Dem bürgerlichen Staat ergeht es mit der Politik wie der katholischen Kirche mit der Religion: Was als eherne Substanz galt, verflüchtigt sich.

Der Kapitalismus der nachbürgerlichen Epoche modelt den Politiker zuerst zu einem Verwaltungsbeamten, dann zu einem Manager, der den Staat wie einen Betrieb führt. Das mußte kommen. Die Struktur eines Wirtschaftssystems dominiert alles Gesellschaftliche, also auch Verwaltung und Politik. Für viele ist das ein Schock, auch für den politischen Journalismus, der parallel zur Politik an Bedeutung verliert. Doch eine Therapie ist bereits gefunden. Je stärker Politik ökonomisiert, versachlicht und verwissenschaftlicht wird, desto lauter der Ruf nach einem unterhaltsamen Politik-Darsteller. Deshalb wird jener Politiker, der wenig Zeit hat, in der Öffentlichkeit zu stehen, weil er seine Arbeit macht, stets umschwirrt von einem anderen, der für Jux sorgt und sich fortwährend in die Öffentlichkeit drängt. Für diesen Politikertyp wurde ein eigener Zeitungstyp geschaffen, das Nachrichtenmagazin.

Der erste österreichische Politiker, der es als schwadronierender Unterhaltungskünstler zu etwas brachte, war Bruno Kreisky, der zweite Jörg Haider, der sich mit Recht einen Schüler Kreiskys nennt. Die Konstellation Schüssel - Haider war entgegen landläufiger Meinung ideal. Der eine machte die Arbeit - die zu beurteilen eine andere Sache ist -, der andere sorgte für Jux.

Das einzig Interessante an zukünftiger Politik wird nicht sein, wer regiert, sondern welcher Politiker, der seine Arbeit machen will, sich mit welchem politischen Unterhaltungskünstler umgibt, der Volk und Magazine bei Laune hält, damit, abgeschirmt von pöbelhaften Medien und mediengeilem Pöbel, die Tagesarbeit erledigt werden kann. Um Schüssel braucht man sich nicht zu sorgen. Bleibt er Kanzler, bleibt ihm auch sein Spaßmacher erhalten.

Gusenbauer ist auf dem besten Weg, seinen Mann für Volksbelustigung zu installieren: Andrè Heller. Der Vorsitzende der SPÖ teilt mit dem Vorsitzenden der ÖVP den Ruf, kein Charisma zu haben, und das ist beinah das beste, was man über einen Politiker, ja was man über einen Menschen sagen kann. Heller hingegen ist wie Haider geradezu Berufscharismatiker. Da hinter dem Schein, den sie produzieren, keine Wirklichkeit steht, die etwas ausstrahlen würde, müssen sie den Schein unaufhörlich herstellen, anders sie nicht wären.

Heller als Kulturberater, dann als Kulturminister: ein Alptraum, von dem man nur träumen kann. Der Schlagersänger und Feuerwerker, der es zum Unterhaltungsindustriellen gebracht hat, beginnt eine Karriere als linker Intellektueller und Künstler, wodurch mit einem Schlag Worte wie links sein, Intellektueller sein, Künstler sein, nicht einmal mehr das Papier wert sind, in das Heller das Schmalz, das er von sich gibt, einwickelt. Heller, als Künstler von Künstlern belächelt, könnte als Minister zu einem Schlag gegen die Kunst ausholen, von dem sie sich lange nicht erholt. Er könnte das bislang ungestillte sozialdemokratische Bedürfnis, den Kulturbegriff zu dehnen, bis die Kunst als zerrissener Kadaver zurückbleibt, endlich stillen. Er könnte den Kunstbegriff amtlich derart ausweiten lassen, daß sogar seine eigene Tätigkeit unter Kunst fällt. Die Magazine warten darauf wie Aasgeier. Also kann Gusenbauer das Richtige, diese Erwartung zu enttäuschen, nicht tun.

Und Van der Bellen? Noch ist der Chef der Grünen Allrounder, er wirkt arbeitssam *und* unterhaltsam. Wie er ja auch politisch sowohl ein Linker als auch ein Rechter sein muß, um ein Grüner sein zu können. Der österreichische Grüne kommt aus einer linken Sekte oder aus SPÖ oder ÖVP. Weil er sich bei den großen Parteien nicht hinten anstellen will, macht er eine eigene Partei. Diese vereinigt, vielleicht außer der FPÖ, alle anderen Parteien in sich.

Das Geheimnis von Van der Bellens Beliebtheit ist, in einer einzigen Person das politische Ideal des Österreichers, die Große Koalition, zu verkörpern, eine Koalition, die erstmals ohne Streit auskommt. Sollten dennoch widerstreitende Gefühle auftauchen, wird Van der Bellen sie in der eigenen Brust austragen. Ob das, wenn er regiert, zur Volksbelustigung ausreicht, ist ungewiß. Kann sein, daß auch der grüne Spaßmacher Peter Pilz mobilisiert werden muß. Dessen Kompetenz als Sicherheitssprecher der Grünen müßte allerdings erweitert werden um moralische Sicherheit. Pilz ist dank der Skandale, die er täglich aufdeckt, ein Helfershelfer der Nachrichtenmagazine und also als moralische Instanz geeignet. Deshalb wird er von Heiden, Christen und Atheisten als Scheinheiliger verehrt. Das ist eine sehr alte und zugleich sehr neue Art der Volksbelustigung.

Konkret 11/02, S. 34

Antun Duhacek, Jürgen Elsässer

Totale Unterordnung

»Sie haben Jugoslawien zerstört!« sagte der kroatische Präsident Stipe Mesic Anfang Oktober vor dem Haager UN-Tribunal zu Slobodan Milosevic. Mesic wolle damit nur von seiner eigenen Schuld und den deutschen Drahtziehern ablenken, meint dagegen dessen Landsmann Antun Duhacek, der unter Tito Chef des jugoslawischen Geheimdienstes war

KONKRET: Deutschlands Rolle bei der Zerschlagung Jugoslawiens Anfang der neunziger Jahre war von großer Bedeutung, vor allem was die selbst gegen Einwände der Nato-Partner vorgenommene diplomatische Anerkennung der Sezessionsrepubliken Kroatien und Slowenien anging. Welche geheimdienstlichen Erkenntnisse gibt es über die Einzelheiten?

Duhacek: Deutschlands Position wurde von Italien, Österreich und dem Vatikan unterstützt. Der Bundesnachrichtendienst koordinierte die Unterstützung für die Sezessionisten und übernahm Ende der achtziger Jahre die direkte operative Führung des kroatischen Auslandsgeheimdienstes – der war de jure noch Teil des gesamtjugoslawischen Dienstes UDBA, de facto schon seit den frühen siebziger Jahren praktisch ohne Belgrader Kontrolle. Bei einem persönlichen Treffen zwischen Bundesaußenminister Genscher und dem kroatischen Geheimdienstchef Josip Manolic im Februar 1990, im Vorfeld der Wahlen im – damals noch zu Jugoslawien gehörenden – Kroatien, hat Genscher 800 Millionen Mark versprochen. Manolic wollte das Geld gleich in bar mitnehmen, der spätere Präsident Franjo Tudjman und sein damaliger Mitstreiter Stipe Mesic warteten dringend darauf. Schließlich floß das Geld erst kurz nach den Wahlen im März 1990. Leute des BND übergaben die 800 Millionen Mark in Zagreb, cash.

Das muß ein ziemlich schwerer Koffer gewesen sein.

Die Deutschen haben ja auch eine Gegenleistung dafür bekommen. Manolic hatte im Februar 1990 mit dem BND ein sehr weitreichendes Geheimabkommen geschlossen. Es umfaßte im wesentlichen drei Punkte: 1. Zusammenarbeit des von ihm kontrollierten kroatischen Dienstes mit dem BND im Vorgehen gegen Jugoslawien und Serbien. 2. Der BND stellt seinen kroatischen Partnern alle Aufklärungsergebnisse zur Verfügung, die er und befreundete Nato-Dienste in und über Jugoslawien sammeln, zum Beispiel über die Situation in der Jugoslawischen Armee, ihre Truppenbewegungen und so weiter. Das sollte bei den bald beginnenden militärischen Auseinandersetzungen ein großer Vorteil für Zagreb werden. 3. Manolic unterstellt einen Teil seiner Informanten und informellen Mitarbeiter, zum Beispiel in Belgrad, direkt dem BND.

Erich Schmidt-Eenboom nimmt in Der Schattenkrieger*, seinem Buch über die BND-Aktivitäten von Klaus Kinkel, an vielen Stellen auf Sie Bezug. Bei ihm heißt es aber, daß schon »unmittelbar vor dem Tode Titos« in Zagreb »alle Entscheidungen in strategischen Fragen nur noch in Absprache ... mit BND-Instanzen und Ustascha-Repräsentanten getroffen werden«. Das war zu Beginn der achtziger Jahre.*

Das waren enge Kontakte, aber sie mußten noch verdeckt abgewickelt werden. Die heiße Phase beginnt erst Ende der achtziger Jahre, als aus dem Apparat, den Manolic und sein Ziehvater Ivan Krajacic im Verborgenen aufgebaut haben, der offizielle Geheimdienst des neuen kroatischen Staates wird. Ab ungefähr Mai 1990 funktioniert dieser Geheimdienst wie ein Anhängsel des BND. Die deutsche Seite verlangte für ihre Leistungen eine totale Unterordnung des kroatischen Dienstes, und das hat sie bekommen. Zum Beispiel bestimmten die Deutschen, welche kroatischen Emigranten Pässe bekommen sollten. Nach 1945 hatten bekanntlich viele Aktivisten der faschistischen Ustascha-Bewegung das Land verlassen müssen und dann in der ganzen Welt verstreut gelebt. Der BND legte 1990 fest, welche dieser extremistischen Kader mit Pässen ausgestattet wurden, damit sie zurückkommen konnten. Diese Heimkehrer haben sich dann in die Regierung des neuen kroatischen Staates eingekauft, 300.000 Mark kostete etwa der Posten eines Ministerialbeamten. Präsident Tudjman setzte voll auf diese Leute.

Tudjmans enge Verbindungen zum BND einerseits, zu alten Ustascha-Faschisten andererseits verdichten sich in der Person von Ernest Bauer. Der Jugoslawe »volksdeutscher« Herkunft war während des Zweiten Weltkriegs Oberst des Ustascha-Geheimdienstes UNS, wurde danach vom BND-Chef Reinhard Gehlen übernommen, reaktivierte für diesen sein Agentennetz in Zagreb und führte es bis Anfang der neunziger Jahre. Als Tudjman 1990 seine nationalistisch-kroatische Partei HDZ gründet, mit der er den Sezessionsstaat fast die gesamten neunziger Jahre regieren sollte, residiert er während der gesamten vier Tage des Gründungskongresses bei Bauer. Nachdem Tudjman Präsident geworden ist, macht er den hochbetagten Geheimdienstmann zu seinem Sonderbeauftragten im Bundespresseamt in Bonn.

Es gibt noch bessere Beispiele für die Macht des BND über seine kroatischen Partner. Zum Beispiel verlangte der BND 1993/94 eine Säuberung des kroatischen Dienstes. Alle Leute, die aus einer Partisanentradition stammen, mußten gehen. Dazu muß man wissen, daß das gesamte Tudjman-Projekt, der neue kroatische Staat und all seine Institutionen, zunächst einen Kompromißcharakter trug. Der kroatische Nationalismus und die Feindschaft gegen Jugoslawien waren die gemeinsamen Nenner; auf dieser Plattform trafen sich die Kräfte, die sich während des Zweiten Weltkrieges noch bekämpft hatten, nämlich Nationalkommunisten und Ustascha-Faschisten. Nun verlangte der BND, daß erstere hinausgesäubert

werden. Deswegen wurde Josip Manolic in den Geheimdienststrukturen entmachtet, und Stipe Mesic verließ mit ihm und einigen anderen frustriert die Tudjman-Partei HDZ und gründete eine eigene.

Das hat der BND verlangt?

Tudjman hat es sogar zugegeben. 1994 schrieb er über seinen Bruch mit Manolic: »Als es zu einer solchen Situation mit Herrn Manolic kam, das muß ich dazu noch sagen – 1992, als wir formell anerkannt waren, aber noch keine wirklichen Freunde hatten – , kamen die Vertreter einer der Hauptmächte der Welt zu mir und sagten: ›Herr Präsident, Sie sind sich wahrscheinlich bewußt, daß Sie eine neue Verteidigungs- und Sicherheitsstruktur aufbauen müssen. Wir sind bereit, Ihnen dabei zu helfen, aber bitte ohne Joza Manolic.‹«

Aber was sollte der BND gegen Manolic haben? Er war doch der Mann gewesen, der den Deutschen 1990 den kroatischen Dienst ausgeliefert hatte.

Der BND mißtraute den Leuten, die aus der Partisanentradition kamen, die hatten schließlich vier Jahre lang gegen die Deutschen gekämpft. Die erschienen ihm nicht sicher, jedenfalls nicht auf lange Sicht. Nehmen Sie etwa Manolic. Er ist Träger des Partisanenordens »Kämpfer des ersten Tages«. Oder Mesic: Der hat zwar zugegeben, daß er 1991 Kontakte zum BND hatte – er war damals Vorsitzender des jugoslawischen Staatspräsidiums ...

... und der BND half ihm dabei, in diesem Amt möglichst destruktiv zu sein.

Sicher. Aber Mesic hatte im Zweiten Weltkrieg 16 Familienmitglieder verloren, von den Faschisten ermordet. Der war nicht zuverlässig, in den Augen der Deutschen.

Aber aus dem Zitat Tudjmans geht nicht klar hervor, wer die Ablösung von Manolic verlangt hat. Er sagt nur »Vertreter einer der Hauptmächte der Welt«. Könnten das nicht auch die US-Amerikaner gewesen sein, die, nachdem sie zunächst gegen die Anerkennung der Sezessionsstaaten gewesen waren, zu Beginn der Clinton-Präsidentschaft den Kurs wechselten, selber Einfluß in Zagreb bekommen und deswegen den pro-deutschen Manolic entmachten wollten?

Nein, die US-Amerikaner hatten keinerlei Einfluß. Die Deutschen waren absolut dominant. Und als 1995 US-Militärberater die kroatische Offensive zur Eroberung der Krajina (und der Vertreibung der serbischen Bevölkerung) dirigierten, taten sie das auf Wunsch der Deutschen. Kohl und Genscher wollten sich nicht die Finger schmutzig machen, ein deutscher Militäreinsatz wäre damals innenpolitisch nicht populär gewesen. Aber die Deutschen haben die Waffen geliefert, vor allem Restbestände aus den ehemals sozialistischen Ländern Polen, Tschechoslowakei und DDR.

Mittlerweile ist die Tudjman-Partei HDZ in Kroatien abgewählt, im Jahre 2000 wurde Mesic Präsident. Haben die Deutschen also ihren Einfluß verloren? Mesic müßte, nach allem, was Sie geschildert haben, ziemlich sauer auf den BND sein.

Man hat sich arrangiert. Mesic kann nicht ohne die Deutschen, und die Deutschen können nicht ohne ihn, zur Zeit jedenfalls nicht. Tudjman ist tot, seine rechte Hand Gojko Susak, der erste Verteidigungsminister, ebenfalls. Und daß Mesic sich jetzt bemüht, einige der 300.000 vertriebenen Serben nach Kroatien zurückzuholen, ist auch für Deutschland als Hauptwirtschaftspartner sinnvoll: Gebiete wie die Krajina und Slawonien sind seit der ethnischen Säuberung durch die kroatischen Nationalisten wie entvölkert, so liegt ein Drittel des Landes wirtschaftlich brach.

In Kroatien werden Sie steckbrieflich gesucht. Warum?

Weil ich in mehreren Büchern und Zeitungsartikeln ausgepackt habe, wie der neue Staat zustande gekommen ist. Besonders nehmen Sie mir übel, daß ich das als gebürtiger Kroate gesagt habe.

Tudjman und Mesic halten Sie für einen Vaterlandsverräter.

Mein Vaterland ist Jugoslawien. Als die Nazis Jugoslawien besetzt haben, habe ich mich den Partisanen angeschlossen. Kommunist wurde ich erst später. Als die kroatischen Nationalisten um Tudjman mit den ehemaligen Helfershelfern der Nazis, den Ustaschen, sich erneut an die Zerstörung Jugoslawiens machten, verteidigte ich mein Land zum zweiten Mal. Und als das neue Kroatien zur Vertreibung der Serben schritt, stellte ich mich denen 1991 in Slawonien als Militärberater zur Verfügung. Das war schließlich die Gegend, wo ich auch als Partisan gekämpft hatte.

Milosevic will Sie als Zeuge nach Den Haag einladen. Werden Sie gehen?

Als das vor einigen Wochen in der Zeitung stand, habe ich sofort wieder Morddrohungen bekommen. Aber ich lasse mich nicht einschüchtern, ich werde hingehen, wenn ich vorgeladen werde.

In der Phase, über die wir gesprochen haben, waren Sie nicht mehr im aktiven Dienst. Woher haben Sie Ihre Informationen, etwa was Genscher und seine 800 Millionen Mark angeht?

Ein Geheimdienstmann ist nie außer Dienst. Meine Quellen kann ich nicht preisgeben, wie Sie verstehen werden. Aber als Kroate kenne ich natürlich viele Kroaten bis hinein in die Ministerien, auch heute noch. Und Krajacic, den Paten von Tudjman und Manolic beim Aufbau der Sezessionsbewegung, kannte ich besonders gut. Mit ihm habe ich vor seinem Tod

ungefähr 200 mehrstündige Gespräche geführt. Er war als Geheimdienstmann ein Naturtalent, hat im Zweiten Weltkrieg sowohl für die Komintern wie für die Gestapo gearbeitet. Er zog die Fäden für die Sezession schon seit damals.

Und warum hat er Ihnen alles erzählt?

Vielleicht aus Sentimentalität. Er kommt aus dem Nachbardorf, seine Schwester habe ich 1941 in die KP aufgenommen, mit seinem Bruder war ich im Gymnasium und dann bei den Partisanen. »Antun, wenn du über mich schreibst, geize nicht mit Lob«, sagte er mir auf dem Totenbett, »denn ich war ein kleiner Gott, und mein einziger Wunsch war ein reines Kroatien.«

Interview: Jürgen Elsässer

Konkret 11/02, S. 36

Erich Später

Perspektive Kirchentag

Daniel Goldhagens Untersuchung über die Rolle der katholischen Kirche während des Holocaust ähnelt bisweilen einem christlichen Traktat

»Es ist eine Tatsache, daß Juden Krieg gegen die katholische Kirche führen und daß sie eingefleischte Freidenker sind und die Vorhut des Atheismus, der bolschewistischen Bewegung und revolutionärer Umtriebe bilden. Es ist eine Tatsache, daß Juden einen verderblichen Einfluß auf die Moral haben und daß ihre Verlage Pornographie verbreiten. Es ist wahr, daß Juden Betrug begehen, Wucher treiben und mit der Prostitution Geschäfte machen. Es ist wahr, daß die jüdische Jugend in unseren Schulen einen unter religiösen und ethischen Gesichtspunkten negativen Einfluß auf die katholische Jugend hat.«

Im Februar 1936 wurde der Hirtenbrief des Oberhauptes der Katholiken Polens, Kardinal Hlond, in allen Kirchen des Landes verlesen. Der Antisemitismus des polnischen Kardinals, in dessen Land zur gleichen Zeit die jüdische Bevölkerung entrechtet und alltäglicher Gewalt ausgeliefert ist, faßt die unter europäischen Kirchenführern verbreiteten Ansichten über die Juden treffend zusammen. Acht Jahre später, im Juni 1944, auf dem Höhepunkt des deutschen Vernichtungsfeldzuges gegen die jüdische Bevölkerung Ungarns erklärt die ungarische Bischofssynode: »Wir zweifeln nicht daran, daß die Judenfrage auf legale und gerechte Weise geregelt werden muß. Deswegen haben wir gegen die getroffenen Maßnahmen nichts einzuwenden, sofern das Finanzsystem des Staates nicht in Frage steht. Ferner protestieren wir nicht gegen die Beseitigung des schädlichen Einflusses der Juden. Im Gegenteil, wir wünschen, daß er verschwindet.«

Diese und andere Dokumente belegen die zentrale These Daniel Goldhagens, daß die katholische Kirche und ihr Oberhaupt Pius XII. die Ausgrenzung und Entrechtung der jüdischen Bevölkerung Europas unterstützten und die Vernichtung von sechs Millionen Menschen ohne entschiedenen Protest und Widerstand hinnahmen. Die Kirche hat sich deswegen nach moralischen Kriterien schuldig gemacht und ist zu Sühne und Wiedergutmachung verpflichtet.

Am 16. März 1998 veröffentlichte die von Papst Johannes Paul II. eingesetzte Untersuchungskommission nach elfjähriger Arbeit ihren Abschlußbericht. Ihr Auftrag war zu prüfen, in welchem Ausmaß die katholische Kirche für die Ermordung von Millionen Juden während des Zweiten Weltkrieges Verantwortung trug. Der Bericht trägt den Titel: »Wir erinnern: eine Reflexion über die Shoah«. Die Kommission gab Entwarnung: Ihrer Ansicht nach gibt es keine Beziehung zwischen der Vernichtung der europäischen Juden und der Haltung der Christen gegenüber den Juden. Natürlich sei nicht abzustreiten, daß die Juden jahrhundertelang diskriminiert wurden. Die Gefühle des Mißtrauens und der Feindschaft von Seiten der Christen, der sogenannte Antijudaismus, habe jedoch nichts mit dem Haß auf die Juden zu tun, der zum Holocaust führte.

Die Behauptung, die katholische Kirche hätte keine der dem modernen Antisemitismus inhärenten Negativurteile über die Rolle der Juden in Wirtschaft, Kultur und Politik verbreitet, wird von Goldhagen überzeugend widerlegt (daran ändert auch die notwendig gewordene Schwärzung einer Bildzeile nichts). Die Anpassung und Transformation des traditionellen Judenhasses durch die moderne, antisemitische Bewegung seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurde durch die katholische Kirche unterstützt und gefördert. Die traditionellen Wahnvorstellungen von den Juden als »Gottesmördern«, »Volk Satans« und »Ritualmörder christlicher Kinder« wurden, ohne daß sie an Bedeutung verloren, überlagert und »verwissenschaftlicht« durch die neuen Theorien von der angeblich in »Rasse und Blut« wurzelnden absoluten Bösartigkeit des jüdischen Volkes. Eine der einflußreichsten katholischen Zeitschriften, die 1850 gegründete und vom Vatikan kontrollierte »Civilita catholica«, verbreitete jahrzehntelang einen haßerfüllten Antisemitismus, der richtungsweisend für die gesamte katholische Presse war.

Die schrittweise Auflösung des katholischen Gottesstaates zwischen 1859 und 1870 durch die Schaffung des italienischen Nationalstaates deutete die Kirche als Sieg der Juden. Der vatikanische Kirchenstaat hatte die Entrechtung und Diskriminierung der auf seinem Territorium lebenden Juden zur Grundlage seiner Organisation gemacht. Truppen der französischen Republik eroberten 1797 Rom, rissen die Mauern des Ghettos ein und erklärten die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden des Vatikanstaates. Die erbitterte Frontstellung der katholischen Kirche gegen die Ideen der Französischen Revolution wurde durch die Niederlage von 1797 noch verstärkt. Die Restauration der feudalen und theokratischen Machtverhältnisse im Jahr 1815 bedeutete auch den Wiederaufbau des Ghettos und die erneute Entrechtung der jüdischen Bevölkerung. Goldhagen verweist mehrfach auf die Verhältnisse im katholischen Gottesstaat; leider ersetzt seine moralische Empörung nicht die nötige politische und historische Analyse des katholischen antisemitischen Staates.

»

»... in der Mitte all dessen lungerte eine Bande von jungen Frauen von zweifelhaftem Aussehen, Juden, wie sie alle, mit provokativem Benehmen und zweideutigem Grinsen in den Büros herum ... Dieser Levien ist ... ebenfalls Russe und Jude. Blaß, schmutzig, mit von Drogenmißbrauch gezeichneten Augen, rauhe Stimme, vulgär, abstoßend, mit einem Gesicht, das

gleichzeitig intelligent und verschlagen wirkt.« Der Verfasser dieses 1919 geschriebenen Textes, Eugenio Pacelli, wird 1939 als Papst Pius XII. zum Oberhaupt der katholischen Kirche gewählt.

Von 1920 bis 1930 war Pacelli der Chefdiplomat des Papsts in Deutschland. Dann wurde er als Kardinal-Staatssekretär der zweitmächtigste Mann im Vatikan. Bereits 1931 empfahl er der katholischen Zentrumspartei eine Koalition mit der NSDAP. Er war von einer tiefen Kommunistenfurcht besessen und äußerst autoritär eingestellt. Mit dem faschistischen Italien Mussolinis verband ihn mehr als Sympathie. Er war der Initiator des Reichskonkordats zwischen dem Vatikan und NS-Deutschland, das am 20. Juli 1933 unterzeichnet wurde. Der erste völkerrechtliche Vertrag NS-Deutschlands, ausgerechnet mit dem Vatikan, bedeutete eine beispiellose Aufwertung des Regimes. Dem vorausgegangen war die kampflose Kapitulation der deutschen Bischofskonferenz und die Zustimmung der Zentrumspartei zu Hitlers Ermächtigungsgesetz.

Die überwältigende Mehrheit der deutschen Katholiken begeisterte sich für die entstehende Volksgemeinschaft. Die Zerschlagung der Demokratie, die Zerschlagung der deutschen Linken durch Massenterror und Mord, die Entrechtung der jüdischen Bevölkerung fanden die Unterstützung der katholischen Hierarchie. Goldhagen weist zu Recht darauf hin, daß die antisemitischen Nürnberger Gesetze von 1935 ohne die flächendeckende aktive Unterstützung der katholischen (und evangelischen) Pfarrer nicht umzusetzen gewesen wären. »Die Kirchen verwahrten die Taufregister, anhand derer sich feststellen ließ, wer nach den neuen deutschen Rassegesetzen ein Jude war, und diese Information brauchte das Regime, um zu bestimmen, wer verfolgt und schließlich umgebracht werden sollte. In allen Ecken und Enden Deutschlands kamen Bischöfe und Pfarrer den angeforderten genealogischen Erkundungen nach ...« Offizielle Proteste und organisierte praktische Hilfe von Seiten der katholischen Kirche für die entrechtete und zum Tode verurteilte jüdische Bevölkerung Deutschlands blieben, von Aktivitäten einzelner Kirchenmitglieder und Priester abgesehen, aus. Den Expansionskurs Deutschlands gegen seine Nachbarländer und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges unterstützte die Kirche vorbehaltlos. Begeistert wurden die scheinbar mühelos errungenen deutschen Siege in der Anfangsphase des Krieges gefeiert. Mehrere Tage läuteten im Juni 1940 in Deutschland die Kirchenglocken zur Feier der Niederlage Frankreichs, des nationalen und ideologischen Erbfeindes.

Goldhagen verzichtet leider weitgehend darauf, die Politik der katholischen Kirche und ihres vatikanischen Zentrums im Gesamtkontext des Zweiten Weltkrieges näher zu beschreiben und zu analysieren. Er postuliert das Primat von »Moral«, »Schuld« und »Sühne«. Im Mittelpunkt seiner Beschreibung des Verhaltens der katholischen Kirche gegenüber der Vernichtung der europäischen Juden steht Papst Pius XII. Nach folgenden Kriterien beurteilt Goldhagen dessen Verhalten: »Moralisch zu tadeln ist, wer, ohne selbst ein politisches Vergehen zu begehen, eines unterstützt. Zwischen moralischem und politischem Tadel besteht dasselbe Verhältnis wie zwischen moralischer Schuld und strafrechtlicher Schuld. Wer einem politischen Vergehen – der Verbreitung von Vorurteilen oder Unterstützung eines verbrecherischen Regimes – innerlich seinen Segen gibt, ist dafür moralisch zu tadeln.« Erörterungen dieser Art unterbrechen häufig die spannende Schilderung und fundierte Analyse der historischen Abläufe.

Der Vatikan und Pius XII. waren seit 1942 über die Vernichtung des jüdischen Volkes besser informiert als jeder Staatsmann der Alliierten. Der Papst lehnte selbst die Bitte Präsident Roosevelts und des Oberrabbiners Herzog von Palästina ab, öffentlich gegen das deutsche Mordprogramm zu protestieren. Er verzichtete darauf, die katholischen Landeskirchen anzuweisen, alles zu tun, um die jüdische Bevölkerung vor dem sicheren Tod zu retten. Er war begeistert über den deutschen Vormarsch in der Sowjetunion und hoffte bis zuletzt auf einen deutschen Sieg. Gelegentliche Interventionen in verschiedenen Ländern zugunsten der Juden erfolgten erst, wenn der Massenmord weit fortgeschritten war, und ohne sonderlichen Nachdruck. Besonders in der Slowakei und Kroatien, wo katholische Priester an der Spitze des Staates standen (Tiso in der Slowakei) oder eng mit dem Regime kooperierten (Kroatien), faßte man das Schweigen des Papstes zu Recht als Zustimmung auf. Mit dem kroatischen Ustascha-Regime fühlte sich der Vatikan besonders verbunden, auch nach dessen Niederlage. Er ermöglichte vielen kroatischen Massenmördern nach 1945 die Flucht in sichere Drittstaaten.

Die politische Rolle der katholischen Kirche in der Slowakei und Kroatien wird von Goldhagen leider nur in wenigen Abschnitten geschildert. Dabei stellt er selbst fest: »Damit man die katholische Kirche – und die Kirche sich selbst – während des Holocaust umfassend beurteilen kann, bedürfte es einer Erforschung der Einstellungen und Handlungen der einzelnen nationalen katholischen Kirchen gegenüber den Juden vor und während der NS-Zeit unter politik-, sozial- und kulturgeschichtlichen Aspekten.« Warum tut Goldhagen dies dann nicht? Der Verzicht auf eine ausführliche Untersuchung der Politik wenigstens einer katholischen Nationalkirche ist wohl auf die das Buch prägende moralische Absicht zurückzuführen. Allein auf den vierzig Seiten der Einleitung verwendet er das Wort »moralisch« mehr als 160mal, etwa so: »Moralische Vorwürfe lagen in der moralisch aufgeladenen Luft.«

Die Hälfte des zweiten und der gesamte dritte Teil des Buches haben die Entwicklung und Herleitung moralischer Kriterien zum Inhalt, mit denen sich die »schuldhafte Beteiligung der Kirche wie des einzelnen bewerten lassen ... sowie welche Maßnahmen die katholische Kirche ergreifen müßte, um ihre Opfer moralisch zu entschädigen und sich selbst als Hüterin

einer Religion der Liebe und Güte zu rehabilitieren«. Stil und Argumentationsweisen ähneln über weite Strecken einem christlichen Traktat über Fragen individueller und gesellschaftlicher Moral. Lange Zitate aus dem aktuellen Katechismus der katholischen Kirche sollen belegen, daß sie gesündigt habe. Goldhagen macht sich Sorgen um die moralische Reputation und spirituelle Glaubwürdigkeit einer Institution, die der Kirchenkritiker Deschner als größte Massenmordorganisation der Geschichte gekennzeichnet hat. Goldhagen empfiehlt die Auflösung ihres staatlichen Zentrums, des Vatikans, und eine umfassende Säuberung des Neuen Testaments von Textpassagen, die sich gegen die Juden richten. Er gibt der katholischen Kirche den Rat, sich an der vorbildlichen moralischen und politischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Westdeutschland zu orientieren. Prima Programmpunkte für den nächsten katholischen Kirchentag. Die engagierten Katholiken werden ihm zustimmen, gleichzeitig nach der moralischen Verantwortung der Amerikaner für das Bombardement deutscher Städte während des Zweiten Weltkrieges fragen und danach zum nächsten Friedensgebet für das unterdrückte palästinensische Volk eilen.

Daniel Jonah Goldhagen: *Die katholische Kirche und der Holocaust. Eine Untersuchung über Schuld und Sühne*. Siedler Verlag, Berlin 2002, 480 Seiten, 24,90 Euro

---

Erich Später rezensierte in KONKRET 9/02 Helmut G. Haasis Untersuchung über das Attentat auf Heydrich

Konkret 11/02, S. 37

Volker Wei□

Karsli legt nach

Jamal Karsli, Gefährte Jürgen W. Möllemanns im Kampf für die Befreiung der arabischen Völker vom zionistischen Erbfeind, hat eine Klage gegen die Vorsitzenden des Zentralrates der Juden eingereicht. Ihm sei von Paul Spiegel und Michel Friedman »wiederholt Antisemitismus« unterstellt worden. Dies sei »ehrverletzend« und habe ihn »politisch und persönlich erheblich geschädigt«, heißt es in einer Erklärung. Karsli hatte im vergangenen Frühjahr als grüner Parlamentarier die Manie seiner Partei, aus Hitler einen Exportschlager zu machen, mit seinen, Karslis, freundschaftlichen Gefühlen für das palästinensische Volk vereint und das harte Vorgehen der israelischen Armee in den besetzten Gebieten als »Nazi-Methoden« bezeichnet.

Bereits diese Volte, aus Israelis Nazis zu machen, gehört zum Standardrepetoire des Antisemitismus nach Auschwitz. Dafür war er von mehreren Seiten scharf kritisiert, bei den Grünen rausgeflogen und anschließend von der FDP umworben worden. Bis auf die Aufnahme bei der FDP sei ihm alles zu Unrecht geschehen, meint er jetzt und lamentiert: »Die Definitionsmacht, wo berechtigte Kritik aufhört und rassistisch motivierte Verleumdung anfängt, kann in Deutschland nicht mehr nur der Medien- und Machtelite überlassen werden.« Er sei selbstverständlich kein Antisemit, sondern werde von den Agenten des Zionismus dazu gestempelt, raunt Karsli und beeindruckt mit einer gleichsam zwangsläufigen Tautologie: »Aufgrund meiner Erfahrungen habe ich bereits am eigenen Leibe die Wirkung einer mächtigen zionistischen Lobby erleiden müssen. Ich bin durch die Medien regelrecht gemobbt worden. Dies ist der beste Beweis für die wirkliche Existenz einer solchen Lobby.«

Das ist so blöd wie wasserdicht. Das antisemitische Wahnsystem bleibt geschlossen, der paranoid Getriebene steht weiter im Kampf gegen höhere Mächte. Karslis Erklärung gehört in jedes Lehrbuch über das Funktionieren antijüdischer Verschwörungstheorien nach Auschwitz: Aus ist die »Judenpresse« die zionistische Lobby mit Verfügungsgewalt über die Medien geworden. Ob dem Gericht Karslis Klageschrift zur Abweisung der Klage bereits genügt?

Konkret 11/02, S. 38

Dieter Bott

Kunst & Gewerbe

Sport gegen Drogen

»Sport tut Deutschland gut – Kinder stark machen gegen Sucht und Drogen« – diese Werbekampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung soll nicht nur dem deutschen Sportbund neue Mitglieder zuführen, sondern auch die Krankenkassen entlasten. Der Sport- und Deutschlandslogan schmückte als Aufmacher auch das Titelblatt des »Gesundheitsmagazins« der Barmer Ersatzkasse.

Der »Coach aus dem Verein« segelt wie Superman durch die Lüfte; statt eines S trägt er ein C auf der Kappe und allerlei Kinder in den Armen. Unübersehbar wie diese großen Werbetafeln am Straßenrand ist auch ihre Botschaft. Die Schutzbefohlenen sind bestens aufgehoben unter den Fittichen dieser mit übermenschlichen Fähigkeiten ausgestatteten Führungskraft. Mit Superman Grenzen auszutesten und zu überschreiten, das ist eine Abenteuer- und Erlebnispädagogik, die mit fliegenden Fahnen und weltweit operierenden Einsatztruppen auf den Ernstfall vorbereitet ist: »Gewagt ... gewonnen! Das gilt nicht nur auf dem Fußballplatz. Wer als Kind gefördert und gefordert wird, ist für die Feuerproben des Alltags besser gerüstet und stark genug, um nein zu Drogen, Nikotin und Alkohol zu sagen. Als Trainer oder Betreuer im Fußballverein können Sie mithelfen, Kinder stark zu machen. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZGA) unterstützt Sie dabei.«

Eine Sisyphusarbeit. Weil die Tabak- und Alkoholindustrie, gegen deren Versuchungen die »Kinder stark gemacht« werden sollen, mit ihren Steuerleistungen und Sponsoren-Engagements neben den Anregungs- und Trosteffekten ihren systemstabilisierenden Beitrag zum allgemeinen Wohlbefinden leistet.

An solchen, nicht nur an diesen Widersprüchen entzündete sich einst das kritische Bewußtsein. Hausbesetzungen und der Kampf für Jugend- und Stadtteilzentren brachten jede Menge der heute vielgerühmten pädagogischen Grenzerfahrungen und erforderten eine Bewegungslust und Risikofreude, von der die »Abenteuer- und Erlebnispädagogik« nur träumen kann. Wie kümmerlich nimmt sich die auf die Abwehr von Drogen reduzierte Stärke-Pädagogik aus, wenn man sie mit der »Großen Weigerung« von Herbert Marcuse, dem Boykott von Werbung und Konsum, vergleicht.

Daß die Sportvereine und ihre Betreuer selbst mit der Schmalspurpädagogik der Stärke, die vom alten »unsäglichen Härte-Ideal« (Adorno) nicht weit entfernt ist, überfordert sind, kann man in der repräsentativen Studie des sportnahen Sozialwissenschaftlers Brettschneider nachlesen. Der gesuchte Nachweis einer relevanten Sucht- und Drogenresistenz bei den in Sportvereinen organisierten im Vergleich zu nichtorganisierten Jugendlichen konnte peinlicherweise nicht erbracht werden (vgl. KONKRET 4/01). Wer schon mal einen Blick in eine Vereinskneipe geworfen hat, den wird’s nicht wundern.

Konkret 11/02, S. 38

Marit Hofmann

Kunst & Gewerbe

Vietnam gegen Bayern

Das Leistungsvermögen der deutschen Jugend läßt weiterhin zu wünschen übrig. Als eine weitere Schmach post Pisa entpuppt sich eine im »Stern« zitierte Untersuchung, nach der Kinder aus der Region Hanoi Gleichaltrigen aus dem Raum München, die als deutsche Gewinner der Pisa-Studie gelten, im Rechnen haushoch überlegen sind.

Eine bundesweite Studie der Bertelsmann-Stiftung allerdings gibt wieder Grund zur Hoffnung: Rund eine halbe Million Kinder und Jugendliche schwänzt regelmäßig die Schule.

Leser gegen Sparmaßnahmen

Die Jugend kann auch Vorbild sein. Erinnern wir uns an die denkwürdigen Tage und Wochen nach der Einstellung des Jugendmagazins der »Süddeutschen Zeitung« resp. der Umwandlung von »Jetzt« in Gestern bzw. Nie mehr. Wochenlang protestierten entgeisterte Jungleser vor dem Gebäude der »SZ« und sammelten Unterschriften für die Zukunft von »Jetzt« (www.jetztundfuerim

mer.de). Auf jetzt.de wird immer noch, Monate danach, im »Abschiedsforum« getrauert und »Jetzt« (neben »dem neuen Pfirsich Labello«) in der »Lebenswertliste« geführt. Und das, obwohl Leser der unkonventionellen »politischen« Beiträge, derer sich Ex-Chefredakteur Timm Klotzek im mitfühlenden »Jungle World«-Interview rühmte – also von Themenheften wie »Opa, erzähl mir vom Krieg«, der Rubrik »Lernen von den Alten« und Reportagen über Globalisierungskritiker – , genausogut den Jusos, Attac oder einer anderen kirchlichen Jugendgruppe beitreten oder »Playboy« (»Nur für Jungs«) resp. »Young Miss« (»Nur für Mädchen«) lesen könnten. Doch die Jugendlichen sind eben ein Vorbild an Treue.

Gespannt fiebern wir nun den Aktionen erwachsener Sympathisanten einschlägiger Presseorgane entgegen: Wir erwarten – mindestens – Sitzblockaden vor dem Verlagshaus der »Zeit« zur Rettung der Medienseite, Hungerstreiks zur Wiedereinstellung des nunmehr arbeitslosen zweiten Chefredakteurs der »Frankfurter Rundschau« und Schlauchboote, die das Gruner und Jahr-Schiff entern, um die von Kündigung bedrohten Mitarbeiter an ihre Schreibtische zu ketten. Am wenigsten zu befürchten hat einer Studie über die impliziten Wahlempfehlungen deutscher Medien zufolge die ständig um neue Abos bettelnde »Taz«: Sie ist das Blatt gewesen, das während des Bundestagswahlkampfs am »deutlichsten pro-SPD« berichtete.

Make-up gegen Taliban

Der endgültigen Befreiung der afghanischen Frau steht nichts mehr im Wege. Anna Wintour, Chefredakteurin der amerikanischen »Vogue«, initiierte eine aufwendige Spendenaktion amerikanischer Kosmetikkonzerne. Eine Sendung mit Lippenstiften, Nagellack, Rouge und ähnlichen Produkten im Wert von einer halben Million Dollar soll demnächst in Kabul eintreffen. Außerdem wollen die US-Firmen dort eine »Beauty School« einrichten, in der die Frauen, denen unter den Taliban jegliche Bildung versagt war, das ABC der Schminkkunst lernen und Grundkurse in Pediküre, Maniküre und Waxing absolvieren können. »Wir wollen den Frauen den Gang zum Friseur, den sicheren Umgang mit Make-up ermöglichen, um ihnen wieder ein Gefühl der Selbstachtung zu vermitteln«, sagt Modemissionarin Wintour.

Dumm nur, daß die Wirkung der Haarpflegemittel von Matrix und der Lippenstifte von Estée Lauder in der Regel nach wie vor unter der Burka verborgen bleibt.

Walser gegen die Medien

»Geschockt« reagierte Martin Walser, als etwa 15 Besucher seiner Leipziger Lesung aus *Tod eines Kritikers* ihn als Antisemiten beschimpften. Seiner Erfahrung nach hätten solche Störer das Buch selbst nicht gelesen. Vielleicht hatten sie tatsächlich nur Walsers neuesten Coup mitverfolgt: In der Sendung »Literatur im Foyer« am 22. September auf 3Sat triumphierte das »Medienopfer« (Walser über Walser) nicht nur, tatkräftig unterstützt von den Journalisten Arno Widmann, Hajo Steinert und dem Germanisten Dieter Borchmeyer, über seine »blinden« Kritiker, sondern auch über den jüdischen Autor Robert Schindel, der sich in der Runde aus gutem Grund deplaziert fühlte. Wagte er es doch, Walsers Buch ein »Textreptil aus Judenhaß« zu nennen. Auf seinen Vorwurf, Walser habe gezündelt, konterte dieser: »Wo brennt es denn?« Das Publikum applaudierte begeistert.

Auf der Frankfurter Buchmesse wurde das »Medienopfer« mit dem »Preis der Kritik« ausgezeichnet. Die vom Verlag Hoffmann und Campe verliehene Auszeichnung, dotiert mit 99 Flaschen Wein und der Düsseldorfer Heine-Ausgabe, soll

»Persönlichkeiten würdigen, die sich auf dem Gebiet der Literaturvermittlung und -kritik besondere Verdienste erworben haben«.

Konkret 11/02, S. 39

Magnus Klaue

Kunst & Gewerbe

Ein Volk, ein Reich, ein Fichte

Endlich mal eine gute Idee: Die Frankfurter Bürgermeisterin Petra Roth (CDU) hat verkündet, die Stadt wolle den 3. Oktober fortan nutzen, um Politiker und Historiker einzuladen, in der Paulskirche »Reden an die deutsche Nation« zu halten. Der Titel der geplanten Vortragsreihe bezieht sich auf Johann Gottlieb Fichtes *Reden an die deutsche Nation* von 1808, die das Fundament zum »Einheitsverständnis des deutschen Volkes« gelegt hätten.

Als Minister für Volkshygiene hätte sich Fichte tatsächlich geeignet, zeigt er doch, »was der Deutsche an und für sich, unabhängig von dem Schicksale, das ihn dermalen betroffen hat, in seinem Grundzuge sey«. Nämlich Angehöriger eines »Urvolkes«, überlebensfähig nur »ohne Einmischung und Verderbung durch irgend ein Fremdes«. Geeint werde der »Stamm der Germanier« durch seine Sprache, aus der, anders als im fremdländischen Kauderwelsch, die Volksnatur unmittelbar hervorströme: »Mit dem Besitzer einer solchen Sprache spricht unmittelbar der Geist, und offenbart sich ihm, wie ein Mann dem Manne. Dagegen regt das Zeichen einer todten Sprache nichts an; um in den lebendigen Fluß derselben hineinzukommen, muß man erst historisch erlernte Kenntnisse aus einer abgestorbenen Welt sich wiederholen« – wozu der Deutsche weder Lust noch Talent hat. Deshalb spricht er auch nicht selbst, vielmehr spricht es aus ihm: »Nicht eigentlich redet der Mensch, sondern in ihm redet die menschliche Natur und verkündiget sich anderen seines Gleichen.« Wer es nicht glaubt, kann den Walser fragen. Der fühlte sich auch nur von seinesgleichen, und nicht vom Juden, verstanden, als es Deutsch in ihm redete.

Die Walsersche resp. Fichtesche »Ursprache« konstituiert den »Volkskörper«, dessen Bedürfnissen der Staat sich unterzuordnen hat: »Deshalb muß die Vaterlandsliebe den Staat selbst regieren, als dessen oberste Behörde. Für diesen Zweck muß die natürliche Freiheit des Einzelnen beschränkt werden. Man würde wohl thun, dieselbe so eng als möglich zu beschränken, alle ihre Regungen unter eine einförmige Regel zu bringen, und sie unter immerwährender Aufsicht zu erhalten.« Kein Zweifel, auch Fichte hätte Schröder eine zweite Chance gegeben. Zumal er einen Schily-kompatiblen aufgeklärten Rassismus vertritt: »Lasset dem Stammvolke noch so viele Einzelne anderer Sprache einverleibt werden; wenn es diesen nur nicht verstattet wird, den Umkreis ihrer Anschauungen zu dem Standpunkte, von welchem die Sprache sich fortentwickele, zu erheben: so bleiben sie stumm in der Gemeinde, und ohne Einfluß auf die Sprache, und so bilden nicht sie die Sprache, sondern die Sprache bildet sie.« Wobei das fremde Gesocks gern für ein paar folkloristische Farbtupfer sorgen darf: »Der ausländische Genius wird die betretenen Heerbahnen mit Blumen bestreuen«, der »deutsche Geist« aber wird »ein Adler« sein, »der mit Gewalt seinen Leib emporreißt, und mit starkem Flügel viel Luft unter sich bringt«. Das wird heute arbeitsteilig organisiert: Für die Gewalt sind Polizei oder Mob zuständig, für die Luft die Festredner in der Paulskirche.

Konkret 11/02, S. 41

Robert Kurz

Generation Bankrott

Kultur-Kolumne

Hoch auf dem gelb-grünen Spaßmobil kamen sie gefahren, die Wunderkinder der sozialen Ignoranz, um ihr Jahrfünft in die Schranken zu fordern: Was kostet die Disney-Welt? Es war die kürzeste Epoche der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die roaring era des Neuen Marktes. Die Epochen sind auch nicht mehr das, was sie mal waren. Oder, um es im Jargon der Inhaber und Betreiber zu sagen: Es war der kürzeste Kurzfilm der neueren Kurzfilmgeschichte von gesellschaftlicher Kodierung und Dekodierung. Geburtsurkunde: 10. März 1997 (505,28 Punkte). Weltrekord-Erfolgszertifikat: 10. März 2000 (8559,32 Punkte). Sterbeurkunde: 26. September 2002 (413,05 Punkte). Mit drei schon absoluter Siegertyp, mit fünf der Schlaganfall. Die Börsenaufsicht mußte bekanntgeben, daß sie die lebenserhaltenden Geräte abschalten wird. Was alle hätten wissen müssen, aber keiner zu denken wagte: Der Kindergartenkapitalismus litt an Progerie, an der Turbo-Ultra-Schnellvergreisung.

In Monatsfrist wurden mit den großzügigen Taschengeldern und Erbvorschüssen von Mittelstandsvätern Garagenklitschen von fünfeinhalb Jungunternehmern bis zum Wert der Börsenkapitalisierung von General Motors aufgeblasen, nur um ebensoschnell wieder zu Penny-Stocks zusammenzufallen. Was die vorlauten Kreativitätssimulanten den auf Jugendlichkeitswahn abonnierten Investoren an Geschäftsideen präsentierten, entpuppte sich im Handumdrehen als Serie von Flops, gefolgt von schlecht frisierten Bilanzfälschungen. Besonders erfinderisch waren sie nicht einmal bei der Erfindung von Umsätzen und Gewinnen, und sogar die kriminelle Energie ließ zu wünschen übrig. Gigabell, Consors, EM.TV: Das Löwengebrüll vom Band wurde zum Piepsen, kaum daß man hingehört hatte. Adieu, Hoffnungsträger-AG. Vom Bulettenbrater zum Tycoon und gleich wieder zurück: alles im Rhythmus der Nanosekundenkultur. Die meisten Jungmillionäre hatten nicht mal Zeit, einen roten Porsche zu bestellen, da waren sie schon wieder so arm, wie es ihrer real nicht vorhandenen ökonomischen Potenz entsprach.

Wer oder was waren sie, die Bankrotteure der Start-up-Generation? Auf jeden Fall Ausbünde von inhaltsarmer Leistungsbereitschaft. Sie meinten, die abstrakte Arbeit im Zeitalter ihrer technologischen Substituierbarkeit neu entdecken zu können. Ihr Verständnis von intellektueller Kompetenz bezog sich auf intelligente Telefonhörer, intelligente Tennisschläger, intelligente Einkaufswagen oder intelligente Autositze. Daß sie mit aller Kraft nichts zu sagen hatten, wurde zum kulturellen Projekt des 21. Jahrhunderts ausgerufen, das schon kurz nach dem säkularen Silvester wieder beendet war. Sie definierten die Selbstausbeutung qua Selbstinszenierung in Selbstverwirklichung um. Und sie ästhetisierten die Betriebswirtschaft, wie die Nazis die Politik ästhetisiert hatten. Zwar verkauften sie nichts, das aber mit einstudierten professionellen Gesichtsausdrücken. Sie waren die erste Generation, die kein bißchen antiamerikanisch war, sondern als Originalfälschung amerikanischer als die Amerikaner selbst. Sie wollten alles, weil sie nichts wußten. Deshalb galten sie als die Avantgarde der Wissensgesellschaft.

Sogar die kulturindustriellen Mitläufer von links gaben sich marktnah und neoliberal. Die New Economy war irgendwie vermischt mit der Popliteratur und mit der postmodernen Diskurstheorie. Nicht daß sie die ökonomische Basis eines kulturellen Überbaus gewesen wäre, was ja schlecht geht, wenn beides gleichermaßen aus Seifenblasen besteht. Aber diese Blasenbildungen kamen eben aus demselben Zeitgeist der fröhlichen Risikogesellschaft, der den Killer-Kapitalismus für eine Art Mensch-ärgere-dich-nicht hielt. Wer aus einer Auflistung der Markennamen von Gummibärchen und Klamotten einen vielbeachteten Roman häkeln konnte, der war auch imstande, in Aktien von Sachsenring, Phenomedia oder sogar Telekom zu investieren. Wer mit einem virtuellen Flohmarkt den Börsengang hinkriegte, der mußte auch an die Welt als Text glauben. Und wer sich an der Austauschbarkeit von Signifikat und Signifikant zu wärmen vermochte, der ließ sich auch statt mit einem Tariflohn mit dem Identifikationsangebot eines Firmenmythos bezahlen. In der Welt der Zeichen gab es eine Inflation von Wundern. Die gemeinsame Wahrheit bestand darin, keine zu haben, außer das Urvertrauen in den Markt, der schon keiner mehr war.

Die Jungoptimisten des fiktiven Kapitals, die keine Endzeitpropheten mochten, sondern sich für die Zukunftsritter einer »Mutgesellschaft« hielten, haben ihre eigene Endzeit nun hinter sich. Das Vermächtnis, das sie der Zumutungsgesellschaft hinterließen, ist so substanzlos, wie sie selbst es waren: Die Gespensterbegriffe »Ich-AG« und »Selbstverwertung« spuken auch nach dem jämmerlichen Abgang ihrer Urheber weiter durch die Welt der unbegrenzten Unmöglichkeiten.

Das Nachleben der toten Seelen verdankt sich den Ungleichzeitigkeiten des beschleunigten kapitalistischen Krisenbetriebs. Zwar tanzt inzwischen alles und jedes nach der Pfeife der Ökonomie, aber der Ton kommt immer erst an, wenn die Sache eigentlich schon wieder vorbei ist. Pädagogik, Politik und Gesellschaftstheorie kommen mit ihrem euphorischen Ringelpietz deshalb jedesmal genau im Moment des Absterbens ihres Hoffnungsgegenstands erst so richtig in Fahrt. Die Staatsanwälte begannen gerade, sich durch die Aktenberge der Bilanzfälschungsserien hindurchzuwühlen, da legten die Curricula des Schulwesens endlich so richtig mit dem vermeintlich brandneuen Paradigma los, und die Kinder mußten

überall auf Staatskosten Neuer Markt spielen. Kaum war die New Economy rettungslos abgestürzt und mausetot, da wurden »Ich-AG« und »Selbstverwertung« von der Hartz-Kommission als Wundermittel für den Arbeitsmarkt und von dem postoperaistischen Duett Michael Hardt/Antonio Negri als Subjektform für ein »kommunistisches Weltverfassungsprojekt« entdeckt. Die Ideologen und Konzeptpfuscher befinden sich erst auf dem Stand des März 2000; sie feiern noch die Modebegriffe des Neuen Marktmenschen, während die reale Leiche schon weggeschafft wird.

Echtzeitmäßig in Schwarz geht dagegen die Old Economy der Standardwerte von Industrie- und Finanzkapital. Die Enkel sterben vor den Großmüttern und Großvätern, aber denen ist auch schon schlecht. So schön hatte man es sich familienbewußt ausgemalt, wie mitten in den Industriebrachen, Investitionsruinen und Überkapazitäten der erlöschenden fordistischen Akkumulation das blühende junge Leben des Dienstleistungs-, Internet- und Telekom-Kapitalismus grünt. Eine neue grandiose Gründerzeit schien anzubrechen, wieder einmal »schöpferische Zerstörung« (Schumpeter) statt »absolute Schranke« (Marx) des ewig sich verjüngenden Kapitals. Junge und verwegene Gestalten, so hieß es, zögen in die verlassenen Hallen ein. Jetzt liegen da überall mickrige und picklige kleine Erfolgsleichen herum. Und dummerweise hat man auf die Zukunft dieser Enkelgeneration astronomisch hohe Wetten abgeschlossen. Der Kapitalismus schaut wieder so alt aus, wie er wirklich ist.

Konkret 11/02, S. 42

Martin Büsser

Terror und Event

Ist der 11.9. ein surrealistisches Datum? Über eine merkwürdige Debatte und die große Surrealismus-Schau in Düsseldorf

Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift »Die Aktion« (Heft 204) hat einen eigenartigen Titel: »Haben die Surrealisten das World Trade Center zerstört?« Anlaß für diese Frage ist eine Debatte, die Jean Clair, Generalkonservator des nationalen Kulturerbes in Frankreich und Direktor des Pariser Picasso-Museums, mit einem Artikel in »Le Monde« – »Der Surrealismus und die moralische Zersetzung des Abendlands« – losgetreten hatte. Die These seines Pamphlets ist nicht neu, dafür aber besonders scharf formuliert: Die Ismen der Klassischen Moderne – Futurismus, Dadaismus und Surrealismus vor allem – hätten sich mit ihren destruktiven Impulsen und bilderstürmerischen Manifesten gegen die Aufklärung und andere abendländische Werte gerichtet. Der antizivilisatorische Geist surrealistischer Manifeste habe nun, so Clairs tollkühne Schlußfolgerung, in den Anschlägen des 11.9. sein Nachbeben und, in gewisser Weise, seine Erfüllung gefunden.

Besonders seriös klingt das nicht, zumal sich Clair nicht einmal die Mühe macht, die ideologischen Unterschiede zwischen den Avantgardebewegungen, vor allem zwischen Futurismus und Surrealismus, herauszuarbeiten.* Clair, der den Surrealisten eine emotional aufstachelnde Sprache vorwirft, trägt selbst durchweg allzu dick auf, behauptet an einer Stelle, daß sich die surrealistischen Manifeste »wenig von den extremistischen Äußerungen der damaligen linken und rechten Scharfmacher« unterschieden, um an anderer Stelle wiederum die linke Ausrichtung vieler Surrealisten zu beklagen: Daß »das Sicheinlassen der Surrealisten mit dem Kommunismus dauerhafter war als das der rechten Intellektuellen mit dem Faschismus«, wird ausgerechnet von einem Picasso-Spezialisten als Vorwurf formuliert. Dieser Vorwurf unterstellt, daß die Linke für jenen gegenaufklärerischen »Mystizismus« verantwortlich gewesen sei, den Clair in der surrealistischen Kunst am Werk sieht.

Heribert Becker hat diese »haarsträubenden Behauptungen« in der »Aktion« zurechtgerückt und klargemacht, »daß es dem Surrealismus allem voran« nicht um Mystizismus, sondern um eine »vernünftige Vernunft ging ..., die die Abgründe des Menschen – das ›Böse‹ – nicht mehr ausblendet, sondern Licht in sie bringt«. Die Beschäftigung des Surrealismus mit der Psychoanalyse und der Versuch, linke Politik und Libido zusammenzudenken – diesbezüglich waren die Surrealisten von Herbert Marcuse gar nicht so weit entfernt – , wird von Clair mit dem Schlagwort »schwarze Romantik« vom Tisch gefegt. Hat da am Ende jemand Aragon mit Celiné verwechselt? Wer Clairs Aufsatz mit der nötigen Ruhe liest, wird schnell bemerken, daß hier selbst ein Gegenaufklärer am Werk ist, einer, der rechts und links permanent durcheinander- weil zusammenwirft, so daß es am Ende zwischen André Breton und Ernst Jünger, Hitler, Stalin und Bin Laden keinen Unterschied mehr gibt – sie alle werden auf das Schlagwort »Extremismus« gestutzt. Den Attentätern vom 11.9. jedoch würden die Haare zu Berge stehen, hätten sie je davon erfahren, daß man sie mit einer zutiefst abendländischen, ketzerischen und von sexuellen Phantasien durchdrungenen Kultur in Verbindung bringt.

So dämlich der Anlaß für diese Debatte auch sein mag – sie brachte den Surrealismus wieder einmal in Zusammenhang mit Politik und Provokation. Von beidem ist in der großen, von Werner Spies kuratierten Düsseldorfer Surrealismusausstellung nichts zu spüren. Düsseldorf lockt erst gar nicht mit einem Motto, sondern führt im Ausstellungstitel lediglich große Namen auf: »Surrealismus 1919-1944 / Dalí, Max Ernst, Magritte, Miró, Picasso ...« ist auf den Plakaten zu lesen. Das derzeit im Ausstellungsbetrieb gängige, auf kanonisierte Superstars setzende Listenwesen wurde nicht kaschiert, sondern so weit getrieben, daß sich hier selbst noch Picasso trotz der kunsthistorischen Fragwürdigkeit solcher Zuordnung als Surrealist eingemeindet findet. Die Rechnung ist aufgegangen: Publikumsmassen schieben sich durch die Räume, vorbei an vertrauten Exponaten, je oller desto voller. Luft holen läßt sich einzig in den Räumen, die keines der bereits zigfach auf Postern reproduzierten Dalí- und Magritte-Gemälde zeigen, etwa beim schönen, kleinteiligen Collagezyklus »La Femme 100 Têtes« von Max Ernst. Selbst Hans Bellmers »Puppen«-Serie, die mit ihren Lustmord- und Sadomasochismus-Anspielungen auch heute noch polarisierend wirkt, hat zwei wenig frequentierte Nebenräume für sich.

Die in Zusammenarbeit mit dem Centre Pompidou entstandene Ausstellung benötigt also nicht einmal mehr den Sex, um als Spektakel zu wirken. Es reichen die großen Namen, allen voran der der Schaubudenfigur Salvador Dalí, der den Surrealismus auf genau jenen apolitisch-dekorativen Hund brachte, als welcher er in Düsseldorf präsentiert wird. Vom Publikum »zu Tode geliebt« (»Taz«), sind die rund 500 Exponate als Fetische aufgereiht und auf zwei Schlagworte reduziert worden, die den Surrealismus endgültig in die direkte Nachbarschaft von André Heller rücken: Kreativität und Phantasie. In einer der Kunsthalle angeschlossenen Erlebnishalle kann sich der Besucher freimalen und die schöpferische Kraft der »écriture automatiqué« austesten; von den ikonoklastischen Manifesten und Parolen – »Westliche Welt, du bist zum Tode verurteilt« – , die Jean Clair so sehr in Rage versetzten, fehlt dagegen jede Spur.

Sammlung und Präsentation haben aus dem Surrealismus eine Art gefälligen Kreativitätsworkshop gemacht, also genau jene kapitalistische Nutzbarmachung realisiert, die von Guy Debord und der »Situationistischen Internationale« bereits

1957 kritisiert wurde: »Nichts stellt jedoch eine so deutliche Umkehrung der subversiven Entdeckungen des Surrealismus dar, wie die Ausnutzung der automatischen Schrift und der auf sie gegründeten Spiele durch die in den USA brain storming genannte Methode zur Gedankenerforschung. ... Übrigens haben gewisse amerikanische Manager schnell verstanden, wie interessant eine solche Technik auf dem Gebiet der Beziehungen mit der Belegschaft ist.«

Es ist allerdings müßig, anhand des Surrealismus abermals all das durchdeklinieren zu wollen, was für die kulturindustrielle Ausschlachtung jeder Avantgardebewegung gilt. Sich auf die Authentizität und Subversion der Ursprünge zu berufen, würde nur einer Mythenbildung ähnlich jener dienen, die in Düsseldorf einen alten Geniekult aufwärmt und auf den Magnet des großen Namens setzt. Das Versäumnis der Ausstellung besteht daher weniger darin, die einstige Radikalität des Surrealismus ausgeblendet zu haben; es besteht in einer Enthistorisierung, die nicht zuletzt auch jeglichen kritischen Blick auf die Surrealisten – etwa auf ihr Frauenbild, auf autoritäre Strukturen innerhalb der Gruppe – vermeidet.

Die lange Debatte um die Entkontextualisierung im Zeitalter der Event-Ausstellungen ließ sich in Düsseldorf nur wenige Schritte von den Surrealisten entfernt auch noch an einem jüngeren Phänomen nachvollziehen: Direkt gegenüber der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen war im Kunstverein mit »Zurück zum Beton« eine große Retrospektive über Punk in Deutschland zu sehen. Das Paradox der durch Musealisierung vollzogenen »repressiven Toleranz« ist hier noch spürbarer gewesen: Während im Museum großformatige Photos von Punks zu sehen waren, die neben ihrem Erbrochenen auf der Straße liegen, bemüht sich die Stadt Düsseldorf redlich darum, sämtliche Bier trinkenden und Besucher anschnorrenden Punks vom Museumsvorplatz fernzuhalten.

Es gibt noch eine weitere Gemeinsamkeit zwischen der Punk- und der Surrealismusausstellung. Beide warten mit begleitenden Publikationen auf, in denen sich die jeweilige Bewegung sehr wohl historisch und politisch eingeordnet findet – der Surrealismuskatalog bringt es dabei auf üppige 500 Seiten – , in denen also zum Teil redlich nachgeholt wird, was die Präsentation der jeweiligen Ausstellung versäumte. Daß Werner Spies, der langjährige Wegbegleiter Max Ernsts, sein Metier beherrscht, macht sein Vorwort zum Katalog deutlich – ob es allerdings ausreicht, den Kontext der Exponate in einen Katalog auszulagern und darauf zu hoffen, daß dieser nicht nur gekauft, sondern auch gelesen wird, ist doch eher fraglich.

Stefan Koldehoff schlußfolgerte in der »Taz«, daß die bislang »umfangreichste« Ausstellung zugleich auch die »wichtigste« sei, »die sich jemals dem Surrealismus gewidmet hat«, so als ließe sich Masse mit Bedeutung gleichsetzen. Die Masse bringt in der Tat mit sich, daß es hier neben den Standards einige wirklich bemerkenswerte Werke zu sehen gibt. Daß Max Ernst mit außergewöhnlich vielen Exponaten vertreten ist, wurde von der Kritik teilweise als Steckenpferd des Kurators bemängelt und hätte doch fruchtbar gemacht werden können, würde nicht auch Ernsts künstlerische Sonderstellung in der schieren Menge des Gezeigten untergehen. Im Unterschied zu Salvador Dalí und Joan Miró war Max Ernst der verhaltenere, subtilere Künstler, dessen Werk zu keiner Zeit ins bloß Dekorative abglitt, sondern der bis ins hohe Alter hinein es verstand, die eigene Bildsprache zu variieren, ohne sich auf einem Markenzeichen auszuruhen.

Erfreulich auch, daß in Düsseldorf zum ersten und wahrscheinlich letzten Mal André Bretons Atelierwand »Arche Noah« außerhalb des Centre Pompidou zu sehen ist. Die Ansammlung von Fundstücken – ausgestopften exotischen Tieren, indianischen Masken, afrikanischen Waffen und Schmuck – gibt einen Eindruck vom surrealistischen Traum wieder, sich die Welt collagenhaft neu zusammenzusetzen, assoziativ und darum bemüht, sich aus dem westlichen Bildervorrat hinaus in fremde Welten zu flüchten. Genau an dieser Stelle, am Ausgang der großen Ausstellung, ist etwas von jenem Exotismus zu spüren, der Jean Clair zu seinem Pamphlet veranlaßte: Der Surrealismus ist Europa und der als zivilisiert bezeichneten Welt müde geworden. Aber selbst seine aggressivsten Äußerungen wie der 1925 von Aragon geäußerte Satz »Wir werden diese Zivilisation, die euch so lieb und teuer ist, zugrunde richten« lassen sich nicht auf einen irrationalen Zerstörungswillen reduzieren. Das surrealistische Spiel mit dem Unbewußten und die Faszination für außereuropäische Kulturen folgte stets selbst einer aufklärerischen Vorgabe im Sinne der »Dialektik der Aufklärung«: Der Surrealismus arbeitete einer Verdrängung des Irrationalen entgegen, also genau jenem Impuls, der dem Nationalsozialismus den Boden bereitete. »Der Krieg hatte das Zerstören gelehrt«, schreibt Werner Spies über die junge Künstlergeneration nach dem Ersten Weltkrieg, »also zerschlugen auch sie zunächst einmal alles.«

Was Jean Clair in seiner Abrechnung wörtlich nimmt, das Kokettieren mit der Destruktion, die alles zerreißende, gegen überlieferte Sinnstiftungen gerichtete Collage, war vielmehr ein mimetisches Spiel, das auf eine als zerstört empfundene und jeglicher rationaler Legitimation verlustig gegangene Gesellschaft reagierte. Die künstlerische Avantgarde – jedenfalls Surrealismus und Dadaismus – schuf nicht den Trümmerhaufen, sondern nannte ihn und seine Verursacher beim Namen. Dieses Prinzip von Ursache und Wirkung verkennend, dichtet Clair den Avantgardebewegungen einen Vernichtungswillen an und folgt dabei in seiner Argumentation fast wörtlich einem der größten Avantgardehasser des letzten Jahrhunderts: »Denn in diesem Wort ›modern‹ liegt naturgemäß die Vernichtung all jener, die diesen Unsinn nicht mitmachen wollen, begründet«, heißt es 1937 in Hitlers Rede zur Eröffnung der »Großen Deutschen Kunstausstellung« in München.

Eine Polemik, die in der Kunst die Ursache für reale Zerstörung erkennen möchte, hat derzeit wieder Konjunktur. Paralysiert von den Bildern der Zerstörung des World Trade Centers, die allgemein mit der unser Leben bestimmenden

»Macht von Bildern« (Klaus Theweleit) in Zusammenhang gebracht worden sind, ist neuerdings auch die bildende Kunst dem Terrorismusverdacht ausgesetzt. Ausgerechnet das Medium, das die Authentizität der uns umgebenden Bilder in Frage stellt – und dies in der zeitgenössischen Kunst noch stärker als in den Collagen der Surrealisten – , das damit also die Reproduktion von Bildern immer wieder als Inszenierung oder sogar Spektakel in Frage stellt, soll nun für jene Ereignisse verantwortlich sein, vor denen es immer gewarnt hat. Einige Exponate der diesjährigen Documenta haben abermals deutlich gemacht, daß sich zeitgenössische Kunst gerade dort, wo sie mit Film oder Video arbeitet, kritisch auf die Macht der Massenmedien bezieht. Letztere, nicht die bildenden Künstler, waren es, die den 11. September zu einem Spektakel haben werden lassen.

Die momentane Abrechung mit den Avantgarden der Klassischen Moderne geht allerdings noch weiter. Jean Clair sieht im Surrealismus, besonders in dessen Faszination für Länder und Kulturen außerhalb Europas und der USA bereits einen »Sieg des Morgenlands« und den »Untergang eines in den Augen ihrer Hervorbringer materialistischen und sterilen Amerikas« annonciert. Ähnliche, von Oswald Spengler entlehnte Untergangs- und Zerfallsphantasmen wurden auch mit Blick auf das Konzept der Documenta 11 gesponnen. Die »Washington Post« sah in Kassel einen »tiefen Abscheu der globalen Linken für unser Land« am Werk; vergleichbare Töne schlugen die »Welt« und Diedrich Diederichsen in der »Taz« an. »Selten«, schreibt Niklas Maak in der »FAZ«, »ist Kunst so unverfroren kriminalisiert worden wie mit der absurden Behauptung, Documenta-Leiter Okwui Enwezor verfolge im Bereich der Ästhetik dasselbe wie die Massenmörder des 11. Septembers und unterscheide sich von deren Motivation nur graduell.«

André Bretons Materialsammlung »Arche Noah« weist deutliche Parallelen zu einigen Arbeiten der diesjährigen Documenta auf, etwa Georges Adéagbos aus zahlreichen Fundstücken zusammengesetztem »Le théatre du monde«. In beiden Fällen handelt es sich aber um alles andere als um ein antiwestliches Programm, da sowohl Breton als auch Adéagbo afrikanische, orientalische und westliche Objekte miteinander in Dialog treten lassen, sich also auf die Suche nach ikonographischen Parallelen begeben. Nicht Trennendes, sondern Verbindendes steht hier im Mittelpunkt, Aby Warburgs Idee des »Mnemosyne«-Atlas folgend, der von einem epochen- und kulturenübergreifenden kollektiven Bildervorrat ausgeht. Das von Enwezor proklamierte »Ende des kolonialen Blicks auf die Welt« (»FAZ«) führte vor dem Hintergrund des 11. Septembers – also eines Attentats, dessen Verursacher nichts, aber auch gar nichts mit der künstlerischen wie geistigen Moderne gemein haben – zu einer völlig verzerrten Kritik: Bereits die geographische Herkunft vieler auf der Documenta vertretener Künstler – die nebenbei inzwischen fast alle in Städten wie New York, London oder Paris leben – wurde als Affront gegen Amerika gedeutet, als programmatische Ausgrenzung der westlichen Führungsmacht. Aufgefallen war Enwezors geographisch vergleichsweise ausgewogene Auswahl allemal nur deshalb, weil Kritiker und Publikum gewohnt sind, ausschließlich europäische und amerikanische Künstler präsentiert zu bekommen.

Der »Neger und Südseeindianer«, hieß es im Begleittext zur Nazi-Ausstellung »Entartete Kunst«, ist zum »offensichtlichen rassischen Ideal der ›modernen Kunst‹« geworden. »Es ist kaum zu glauben, daß die Macher dieser Bildwerke in Deutschland oder in Europa ihre Heimat haben oder wenigstens damals noch hatten.« Der unverhohlene rassistische Haß, den die Nazis allen außereuropäischen Einflüssen in der Moderne entgegenbrachten, ist in abgemilderter, rhetorisch leicht veränderter Form zurückgekehrt. Er hat sich den 11. September zum Anlaß genommen, um die westliche Vorherrschaft auf dem Kunstmarkt mittels fadenscheiniger Moral zu behaupten.

Die Ausstellung »Surrealismus 1919 bis 1944« läuft in der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen (K20) noch bis zum 24. November

»Die Aktion«, Heft II/2002: »Haben die Surrealisten das World Trade Center zerstört?« Edition Nautilus, 6 Euro

---

* Schon 1997, in seinem Buch *La responsabileté de l□ artist*(dtsch: *Die Verantwortung des Künstlers. Avantgarde zwischen Terror und Vernunft*, Köln 1998), hat Clair sich mit der Frage beschäftigt, ob es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts „eine natürliche Übereinstimmung zwischen Avantgarde und Totalitarismus“ gegeben habe, und Affinitäten zwischen Expressionismus und Nationalsozialismus, Futurismus und italienischem Faschismus sowie dem „universellen Argot“ der abstrakten Malerei und einem verallgemeinerten „Terror der Modernität“ konstatiert. Den Surrealismus hat er damals noch geschont.

Martin Büsser schrieb in Literatur Konkret 2002 über Bemühungen, das Wesen des Terrorismus zu ergünden

Konkret 11/02, S. 45

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Das ist der Abgeordnete Dr. Vogel, der sich an einem Spätsommertag diesen Jahres auf der Storestange in meinem Wildenrother Gartenhaus niedergelassen hatte. Ich stülpte ihm ein leeres Marmeladenglas über, schob, sichernd, einen Bierfilz darunter, und setzte ihn ab auf einem seit 1999 mehr oder weniger sinnlos am Ebereschengeäst hängenden plattgefahrnen Mountainbikepneu. □ Wollen Sie mehr von mir geschossne Tierfotos sehn, dann schreiben Sie bitte, an diese Seite. Danke.

Künstler-Agentur □ Dito□ , 77886 Lauf, Fax 07841/260 30

Sehr geehrter Herr Dieter Thomas Heck! Sie und Ihre Gattin Ragnhild betreuen die Folkloreromantikgruppe □ Die Feldberger□ aus dem schwarzwäldischen Hinterzarten. Deren Tonsetzer, Texter und Frontma Hansy Vogt fordert in seiner Ermunterungsweise □ Trau Dich□ , in der es unter anderem heißt:

Trau dich gib mir deine Hand / Trau dich ins Zauberland / Trau dich den Weg □u gehen / Trau dich jet□t das eine Mal / Wa mit mir den Sprung / Du bist □ ie der Wind, der □ ber Blumen□ iesen streicht / Mit deinem Lächeln machst du mir mein Leben leicht / Kein Donnerknall, kein Wellensturm l□ scht unser Licht / Und kein Klabautermann bringt uns aus dem Gleichge□ icht / Ich □ ersprich dir nichts □ as ich nicht halten kann / Nur das eine glaube mir / Für mich bist du der allersch□ nste Morgensonnenstrahl / Ich genie□ e dich / Es geht auf eine gemeinsame Reise / Ich singt ein Lied f□ r dich gan□ leise

das Publikumssubjekt auf:

Trau dich □ueinander □u stehn

Trau dich, den Hirschen und den Reh□n beim Bambimachen zuzuseh□n, das, lieber Dieter Thomas, gienge. Desgleichen, wahlweise: Trau dich, aus dir herauszugeh□n oder: Trau dich, doch mal in dich zu geh□n. Absolut denkbar auch, daß es in einem von der AOK gesponserten Agit-Prop-Rap an die Adresse magersüchtiger Mädchen heißt: Trau dich, auseinanderzugeh□n. Nur *Trau dich □ueinander □u stehn* das läßt sich ebensowenig machen wie, sagen wir mal: Trau dich, aufeinanderzutreffen. Sorry, so eps züchtigt das hiesige Ohr und bekräftigt das Ausland in seinem Vorurteil, daß deutsche Barden, die in der □ Schlagerparade der Volksmusik□ zur TVFiletzeit, nämlich um 20 Uhr 15, und dann auch noch in der zur Bildungsvermittlung verpflichteten ARD rumoren, with their motherlanguage on warfoot steh□n, ja sie wheelbreaken. Sie, Herr Heck, haben als Patron des deutschen Schlagers enorm Ruf zu verlieren. Ergo: Leisten Sie sich schleunigst einen Lektor zugunsten der von Ihnen betreuten Künstler, wenn Sie das Redigieren von deren Texten selber nicht schaffen. Einen promovierten Germanisten kriegen Sie momentan bei Herrn Gerster in Nürnberg for an apple and an egg. Oder, wenn Ihnen Nürnberg zu weit ist, halten Sie einfach ein Taxi an. Oder □ wissen Sie was? Rufen Sie mich an! Trau Dich. Ich versprich Ihnen nichts, was ich nicht halten kann, in Donnerknalls, Wellensturms und Klabautermanns, also praktisch in der drei Teufel Namen. Hier paar Kostproben, kostenlos natürlich: Trau dich, die Feen (Herrn Jesus, den Bänker, den Kanzler) anzufleh□n. Trau dich, nach Übersee (aufs Dach der Welt, ins Internet, zum Schlußverkauf) zu geh□n. Aber auch: Trau dich, die Sünde (den Porsche, das Rauschgift) zu verschmäh□n. Schließlich: Trau dich, auf Onenightstands zu steh□n ...

Mit der Versicherung / Ihnen aber sowas von zur Hand zu geh□n / Empfehl□ ich mich / A la Aufwiederseh□n!

Bali explodierte grad, und Bag-dad steht bald in Flammen, the Sniper geht um in Washington, eine Fischsemmel kostet vor Ort in Euro soviel wie vor einem Jahr in Mark, meine Hausärztin, die Gräfin von Jericho, ist gestern mit einem andern Patienten durchgebrannt, und auch sonst bin ich nervlich im Off ... Und da kommt ihr, ihr Asusualarschgeiger, ihr Machdochmit!mistviecher, ihr Mörder des Sinnes des Lebens, mit euerm schnickschnackschnieken Schischashit daher. **Sie, Dagmar Berghoff**, scheren sich als □ 23 Jahre lang Miß Tagesschau□ nicht die Bohne der Scham um die damit einhergehende Schande, auf 130Grammpapier mich als □ sehr geehrter Fernsehfreund□ anzugehn, das □ Numisblatt □50 Jahre Deutsches Fernsehen□ mit der offiziellen 10-Euro-Silbermünze und der dazu passenden Sondermarke sofort□ und zwar □ zum günstigsten Preis von nur 19,50 Euro□ zu ordern. Sie empfehlen auch □ zur repräsentativen und geschützten Aufbewahrung□ den Erwerb des □ Original-Albums der Deutschen Post mit Goldprägung in lederähnlicher Qualität□ (für 18 Euro 40). Lederähnliche Originalherbergen für von offiziellen Silbermünzen eskortierte Fernsehnumisblätter: Sind Sie wahnsinnig, Frau Berghoff? **Du, Hans-Peter Dürrkopf,** penetrierst mich per Fax zu wiederholetem Male mit Deinem □ Aplus-Info□ und Deinem Nikotinsuchtentzugsprogramm namens □ Sense!□ . □ Der neue schmerzlose Weg z Nichtraucher: Dazu wählen Sie bitte einfach die Nummer 0190/855 27 14 und drücken anschließend die Abruftaste oder stellen Ihr Gerät auf Faxabruf um. Die Abrufgebühr beträgt 1,86 ?/Min.□ Dürrkopf, Dürrkopf, Du adressenloser, zum Arbeitengehn zu fauler Saukopf: In eine Fledermaus, in einen Hammel möchte ich Dich verwandelt sehn, damit ich Dir a)

die Ohren, b) die Beine lang ziehen könnte, o yeah! Die umgangskulturell gesehn verbrecherischste Drückerbazille aber bist Du, **Du »Staatliche Lotterieeinnahme Walther Günther«** zu Bamberg, die Du dieser Tage durch das illegale Ausdrucken meines heiligen Namens auf einem 2,45 Mio Gewinn garantierenden Los mich meiner Würde als Volksschulabgänger zu berauben Dich erdreistest, Du Lotterieluder, Du: Auf das Kuvert war geklebt Kontroll-Nachweis für Dokumenten-Zusendung, Kontroll-Nr. 7518/01, Auslieferung nur an den im Umschlagfenster genannten Empfänger. Inhalt geprüft. Bestätigt J. Gelbert. Und innen drin: Offizielle Dokumente unübertragbar ausgestellt auf HERRN HORST TOMAYER. Und dieser Dutzendrotz lag im Briefkasten, ärger als Anthrax. O daß ihr drei euch doch verkettetet und von der Göltzschtalbrücke sprängetet.

Konkret 11/02, S. 46

Gerhard Henschel

Reichlich Leckerbissen

Bei n□herer Betrachtung ihres Lebenswegs hat die B□rgerrechtlerin Vera Lengsfeld erstaunliche Entdeckungen gemacht

Überregional bekannt wurde Vera Lengsfeld, die damals noch Vera Wollenberger hieß, als sich erwies, daß ihr Mann sie im Auftrag der Stasi jahrelang bespitzelt hatte. Unter den Widerlingen, die das Schild und das Schwert der Partei führten, war es durchaus üblich, Eheleute als Spione aufeinander anzusetzen. Die historischen Fotodokumente, die Vera Lengsfeld ihrer Autobiographie beigegeben hat, zeigen das ganze Elend des real existierenden Sozialismus. Wie da der superzottelbärtige Knud Wollenberger seiner braven Frau am blumendekorierten Tisch 1989 die Hand auf die Schulter legt und in Gedanken doch vielleicht schon wieder mit dem nächsten schwachsinnigen IM-Bericht über irgendwelche Friedensfrühstücksaktivitäten befaßt ist, furchtbar. Da sieht man sie aneinander kleben, die tapfere kleine Frau und den heuchlerischen DDR-Hippie in ihrer amtlich aufmerksam belauschten und ausgeforschten Schrebergartenwelt. Wenn von dort Gefahren für den Bestand des Staates der DDR ausgingen, dann hatte er den Untergang verdient.

Vera Lengsfeld ist einfachen Geistes. »Ich liebte die Gespräche und die Spaziergänge oder das gemeinsame Schwimmen mit meiner Schwiegermutter«, schreibt sie und schildert auch einen Spaziergang durch Heidelberg: »Am Ostersonntag stieg ich den Philosophenweg hinauf und wünschte mir, ich könnte mit meinen Kindern hier Ostereier suchen.« Einen anderen Sonntag hatten Vera Lengsfeld und ihre Freundin Susi sich besonders schön gemacht: »Susi und ich machten uns den Sonntag besonders schön. Mein Mann hatte mir zu beiden Unterredungen reichlich Leckerbissen mitgebracht. Unsere Tafel war so üppig, daß wir sogar die Oliven ver-gaßen, die wir als Vorgeschmack auf Susis italienisches Leben kosten wollten.« Und sogar im Deutschen Bundestag wurden Leckerbissen vertilgt: »Die CDU-Geschäftsführer hatten damals noch die Angewohnheit, mit Schokoladenbonbons in das Plenum zu kommen, die in einem DIN-A4-Kuvert steckten. Der dicke Umschlag wurde von vorn nach hinten gereicht, damit sich jeder, der wollte, die Debatte versüßen konnte. Manchmal, wenn ein CDU-Abgeordneter, den ich kannte, in der Nähe saß, bekam auch ich ein Bonbon.«

Nach dem Fall der Mauer wurden im Plenum Süßigkeiten serviert, während Vera Lengsfelds Großmutter 1945 irrsinnigerweise gestorben war, und zwar »an den Folgen des Typhus, den Sowjetsoldaten ins Dorf eingeschleppt hatten«, also wahrscheinlich absichtlich, statt Kuverts mit Schokoladenbonbons herumzureichen wie die freundlichen CDU-Abgeordneten, zu deren Fraktion die zunächst bündnisgrüne Vera Lengsfeld dann ja auch bald überlief. In ihren Memoiren kommt die Nazizeit nicht vor. Bösartige Sowjetsoldaten marschieren grundlos auf, verbreiten Krankheiten und pflügen Geschichte weg: »So ist auch die Geschichte der Sudetendeutschen mit ihrer Vertreibung 1946 weggepflügt worden.«

Weggepflügt sind dafür die Jahre 1933-1945 in Vera Lengsfelds Geschichtsdarstellung. Es ärgert sie, daß der 9. November nicht zum neuen deutschen Nationalfeiertag bestimmt wurde: »Die Bürgerrechtler favorisierten natürlich den Tag des Mauerfalls, den 9. November. Der Tag wäre für uns Deutsche beziehungsreich gewesen: als Tag des Gedenkens an die wenigen glücklichen Momente unserer Geschichte ...« Wenn dieser Tag auch die Erinnerung an manche etwas weniger glückliche Momente unserer Geschichte hervorruft, dann bestimmt nicht in Vera Lengsfelds Langzeitgedächtnis. Sie hat sich ihr eigenes Geschichtsbild gezimmert, spätestens bei der Verhüllung des Reichstags durch Christos Angestellte. »Rings um den Reichstag lagerte das Volk, bewunderte, spielte, diskutierte, sang, tanzte. Die Deutschen zeigten, dass sie ganz anders geworden waren, als ihr Bild in der Geschichte es widerspiegelte: spielerisch, tolerant und offen. Vor dem Reichstag begriff ich endgültig, wie verfehlt die linken Ängste vor der Vereinigung gewesen waren. Hier demonstrierte ein Volk freundliche, entspannte Heiterkeit und Gelassenheit statt verbiesterter Großmachtgelüste.«

Es wäre für Vera Lengsfeld sicherlich lehrreich gewesen, wenn sie, wie ich, in Hildesheim im Speisewagen jenes Anschlußzuges gesessen hätte, der von heimkehrwilligen Reichstagsverhüllungstouristen gestürmt wurde. Freundliche, entspannte Heiterkeit und Gelassenheit sahen anders aus, und es ging auch nicht gerade spielerisch, tolerant und offen zu, sondern fast so schweinisch und brutal wie in Rostock, wo seinerzeit das deutsche Volk vor den Häusern mit den Asylanten lagerte, bewunderte, spielte, diskutierte, sang und tanzte. Aber auch von diesen irritierenden Ereignissen findet sich in Vera Lengsfelds Autobiographie keine Spur.

Das schlimmste Erlebnis im Unrechtsstaat DDR widerfuhr der Autorin, als sie einmal mit ihrem Sohn in die Sowjetunion reisen wollte. »Wir bekamen die Reisepapiere, die Visa, die letzte Bestätigung vor Reiseantritt. Als wir aber auf dem Flugplatz Schönefeld als Letzte von unserer Reisegruppe abgefertigt wurden und nachdem mein Sohn schon die Kontrolle passiert hatte, teilte man mir mit, daß ich nicht ausreisen durfte. Philipp wurde aus dem Transitraum zurückgeholt. Die Erinnerung an seinen Anblick, wie er tapfer versuchte, die Tränen zurückzuhalten, um vor den anwesenden Offizieren keine Schwäche zu zeigen, schneidet mir noch heute ins Herz. Für mich ist dies das schlimmste Erlebnis mit diesem Regime geblieben.«

Ein Regime, das seinen Bürgern den Grenzübertritt verwehrt, macht sich lächerlich, das ist wahr, aber ebenso wahr ist auch die Feststellung, daß es in Deutschland schon schlimmere Schikanen gab, in einer Zeit, von der Vera Lengsfeld nichts weiß

und nichts zu berichten hat. Ihr Lebensthema ist der Kleinkrieg mit der Stasi, an der sie kein gutes Haar läßt. »Es gab jede Menge Pleiten, Pech und Pannen bei der Staatssicherheit. Manchmal wurde sie durch schlampige Berichterstattung ihrer IM direkt in die Irre geleitet.« Darüber könnte sich Vera Lengsfeld ja noch nachträglich freuen, denn was käme einer Staatsfeindin besser gelegen als Schlamperei im Staatssicherheitsdienst, aber ehrlich empfundene Schadenfreude kam für Vera Lengsfeld auch nach dem Mauerfall nicht auf, denn das Grauen ging weiter: »So produzierten zwei Autoren, die in der DDR zu der Kategorie der Honecker-Preis-Dichter gehört hatten und die das Verschwinden ihrer DDR-Privilegien nie verkraften konnten, ein Machwerk unter dem Titel *Der Barbier □ on Bebra*, in dem sie ihre posttraumatischen Vernichtungsfantasien auslebten.«

Gemeint sind Wiglaf Droste und ich. Daß wir in der DDR zur Kategorie der Honecker-Preis-Dichter gehörten, hat Vera Lengsfeld mit schlafwandlerischer Sicherheit ermittelt, obwohl unser einziges DDR-Privileg bis 1989 darin bestand, als Westbürger am Grenzübergang das Ohr freimachen zu dürfen. Frei erfunden hat die Autorin auch die sachliche Grundlage für die restlichen Vorwürfe an unsere Adresse: »Sie sparten auch nicht mit widerwärtigen Attributen bei der Beschreibung von Personen. Da wurde nichts ausgelassen, was an Ungeziefer, Lebensunwertes, Gesindel erinnerte. Sie hätten für den □Angriff□ schreiben können, ohne daß es aufgefallen wäre. Sie verspotteten Jürgen Fuchs mit den sichtbaren Merkmalen seiner Krebskrankheit und den Folgen der notwendigen Chemotherapie.« Was natürlich nicht stimmt und sich mit keiner Zeile aus dem Roman belegen läßt. Vera Lengsfeld hat es nur geträumt, aber weil sie nicht fähig ist, zwischen Traum und Wirklichkeit zu unterscheiden, hat sie es so hingeschrieben, und ihr schwarzbrauner Schmuddelverlag hat die Träumerei unkontrolliert in Druck gegeben. Daß Vera Lengsfeld nicht mehr als einen schwachen Wackelkontakt zur Realität unterhält, werden mittlerweile auch ihre neuen Parteifreunde gemerkt haben. Ihnen sei hier viel Vergnügen bei der weiteren politischen Kleinarbeit mit der delirierenden Dame gewünscht.

Hübsch wäre es, wenn sie in ihrem nächsten Buch zwecks Debattenversüßung etwas mehr von ihrem Geheimwissen preisgeben könnte. Denn da gibt es noch viele ungelüftete Geheimnisse. Wie Droste, Henschel, Breschnew und Honecker im Kreml Mikado spielten, diskutierten, sangen und tanzten, oder wie sie anschließend ihre prätraumatischen Vernichtungsfantasien auslebten und Pläne zur Verhinderung der Ostereiersuche auf dem Philosophenweg in Heidelberg schmiedeten. Darauf wartet die Welt.

Vera Lengsfeld: *Von n□ n an ging□s berga□ f … Mein Weg □ □ r Freiheit*, Langen Müller, München 2002, 392 Seiten, 24,90 Euro

---

Gerhard Henschel hat gerade den Roman »Die Liebenden« (Hoffmann & Campe) veröffentlicht

Konkret 11/02, S. 48

Marit Hofmann

Buch & Deckel

B. S. Johnson: Christie Malrys doppelte Buchführung. Argon, Berlin 2002, 224 Seiten, 18 Euro

Jedem Debet muß ein Credet entsprechen. Als der wenig talentierte Banklehrling Christie Malry diese Regel lernt, hat er eine Idee. Weil er nicht an einen Jüngsten Tag glaubt, an dem alle Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden, erfindet er seine ganz persönliche doppelte Buchführung: Jede Demütigung durch Vorgesetzte, jede Einschränkung seiner individuellen Freiheit muß gerächt werden. Auf der Debetseite kann dabei ebenso ein Rüffel vom Hauptbuchhalter stehen wie »generelle Herabsetzung durch Reklame« oder die Chancenlosigkeit des Sozialismus. Die Posten auf der Credetseite reichen von der »Mitnahme diverser kleiner Büroartikel« bis zu – Sie merken, daß er sich in seine »tolle Idee« ganz schön hineinsteigert – »Christies größtem Coup«, der Vergiftung des Londoner Trinkwassers, an der 20.479 Menschen sterben. »Aber was ist mit den Angehörigen, fragen Sie sich bestimmt? ... Sie werden der Regierung die Schuld geben, argumentierte Christie, und nicht mir. Und das ist auch absolut korrekt: Die Regierung ist in jeder Hinsicht dafür verantwortlich, daß solche Dinge möglich sind ... Schuldgefühle angesichts eines überzogenen Betrages in der doppelten Buchführung oder persönlicher Verantwortlichkeit kämen einem liberalen Wischiwaschi gleich.«

Macht kaputt, was euch kaputtmacht – okay, aber so geht es nun auch nicht, oder? An Stellen wie dieser greift schon mal der seltsam distanzierte Erzähler ein und erinnert daran, daß es sich hier nur »um Belletristik« handelt (»Oder?«). Den Leser bittet er, sich seine Figur »nach Ihrem Ebenbild« vorzustellen und zu formen, und läßt gleichzeitig keine Gelegenheit ungenutzt, sich seiner Erfindungsgabe zu rühmen und den Handlungsablauf zu kommentieren: »Man sagte mir, man muß solche Zwischenfälle einbauen, von wegen der Spannung, Sie wissen schon.«

Die Bilanz für den Leser: Sein Debet, der Kaufpreis des Buches, das bereits 1973, im letzten Lebensjahr des britischen Autors B. S. Johnson, erschienen ist, wird durch den Nutzen, den er aus der Lektüre zieht (Credet), mehr als wettgemacht.

Konkret 11/02, S. 48

Alexander Kasbohm

Buch & Deckel

Paul Auster: Das Buch der Illusionen. Rowohlt, Reinbek 2002, 382 Seiten, 19,90 Euro

Paul Auster ist der europäische Regisseur unter den amerikanischen Gegenwartsautoren. Er schreibt seinen Lesern, im Positiven wie im Negativen, Filme in den Kopf. Oft oberflächlich gefällig, wirken sie aber gerade durch ihre Bildhaftigkeit nachhaltig. Sein neuer, passenderweise zuerst in Europa veröffentlichter Roman erzählt die Geschichte des Literaturprofessors David Zimmer, der bei einem Flugzeugabsturz seine Familie verloren hat. Das erste, was ihn nach einer Phase der Gleichgültigkeit wieder zum Lachen bringt, ist ein Stummfilm des vergessenen Künstlers Hector Mann, der 1929 spurlos verschwand. Zimmer vergräbt sich mit fanatischer Energie in dessen Werk, um sich selbst zu therapieren, und spürt den verschollenen, im Sterben liegenden Künstler auf.

Mann wurde durch einen Unfall, bei dem eine seiner Geliebten starb, entwurzelt und verzog sich in die Anonymität einer entlegenen Ranch. Dort drehte er, als Akt der Buße, in den folgenden Jahrzehnten weiter Filme, die nie ein Publikum finden konnten, da es ihn offiziell nicht mehr gab. In dieser Arbeit lag für Mann die Möglichkeit zu künstlerischer Radikalität und Freiheit.

Das *Buch der Illusionen* ist wie eine russische Puppe. Es gibt die Geschichte von David Zimmer, die Geschichte von Hector Mann und die Handlung des einzigen späten Mann-Filmes, den Zimmer zu sehen kriegt. In den inneren Schichten des Romans finden sich immer wieder formale und inhaltliche Echos der äußeren. Die Welt des Buches ist dunkel. Es geht um Verlust, ausgelöschte Vergangenheit, ausgelöschte Zukunft, ausgelöschte Werke. Aber auch um Liebe und die Erkenntnis, daß es immer weitergeht.

Auster macht es seinem Leser in der Regel angenehm leicht. Manchmal macht er es ihm allerdings auch unangenehm leicht und deutet aus, was als Andeutung genügt hätte. Als hätte er kein Vertrauen in seine Sprache. Oder keines in seine Leser. Gleichwohl sind die Ereignisse, die im Roman klischeehaft erscheinen, oft nur deshalb Klischees, weil sie wahr sind.

Konkret 11/02, S. 48

Magnus Klaue

Buch & Deckel

Haruki Murakami: Untergrundkrieg. Der Anschlag von Tok□ o. DuMont, K□ ln 2002, 400 Seiten, 18 Euro

Am Morgen des 20. März 1995 setzten Mitglieder der Aum-Sekte in der Tokioter U-Bahn große Mengen des Nervengases Sarin frei. Sarin war von NS-Wissenschaftlern entwickelt und während des Golfkriegs vom Irak gegen die Kurden eingesetzt worden; es ist um ein vielfaches tödlicher als Zyanid und verursacht unmittelbar nach dem Eindringen in die Atemwege Krämpfe und Sehstörungen. Tausende Fahrgäste und Bahnbeamte wurden verletzt, zwölf starben. Der japanische Schriftsteller Haruki Murakami hat Interviews mit den Opfern sowie mit Anhängern der Aum-Sekte geführt und 1997/98 zu einer Dokumentation zusammengefaßt. Daß diese erst jetzt, im Zuge einer Welle von »Terror-Literatur« nach dem 11. September 2001, in Deutschland veröffentlicht wird, ist bedauerlich. Es verführt dazu, den wesentlichen Anspruch des Buches zu übersehen.

Zur Analyse terroristischer Akte trägt es wenig bei. Wer sich über Geschichte und Ideologie von Aum informieren möchte, erfährt aus den damaligen Zeitungsberichten mehr. Auch der »Human Interest«-Aspekt wird durch Murakamis nüchterne, fast kommentarlose Präsentation ausgeblendet. Eher beschäftigt ihn die Frage, wie sich die »Geschichte« eines solchen Attentats adäquat erzählen läßt. Murakami wählt einen Modus, der an Michael Hanekes *71 Fragmente einer Chronologie des Zufalls* erinnert: Aus den Perspektiven verschiedener Beteiligter wird dasselbe Ereignis in immer neuen Anläufen veranschaulicht. Sein Bild entsteht nicht durch eine lineare Erzählung, sondern durch Montage einander ergänzender, aber auch widersprechender Einzelgeschichten.

Und so, also literarisch, muß man das Buch lesen, will man es nicht als langatmige Reportage mißverstehen. Erst die mehrmalige Lektüre erschließt das Netz von Bezügen zwischen den einander meist unbekannten Beteiligten. Das Faktum des Gewaltakts erscheint gespiegelt in Dutzenden persönlicher Erzählungen, die ihm alle eine eigene Färbung geben. Daß Murakami dabei auch Aum-Anhänger zu Wort kommen läßt, ist nicht apologetisch zu verstehen. Vielmehr möchte er zeigen, daß es sich um »normale (vielleicht sogar allzu normale) Menschen« handelt, »die in unserer Mitte leben«. Und tatsächlich, auch das macht Murakami deutlich, wird der »Untergrundkrieg« täglich geführt in einer Gesellschaft, deren Mitglieder noch kurz vor der eintretenden Ohnmacht nur daran denken, wie sie pünktlich zu ihrer Arbeitsstelle kommen. Daß die Attentäter, die mit dem hybriden Anspruch antraten, die untergehende Welt zu »reinigen«, deren Alltag nicht einmal für eine Woche zu unterbrechen vermochten, gehört auch zu den Einsichten, die Murakami vermittelt.

Konkret 11/02, S. 48

Matthias Seeberg

Buch & Deckel

Gerhard Waldherr: Elvis ist tot. Auf der Schattenseite des amerikanischen Traums. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2002, 256 Seiten, 8,90 Euro

Der Journalist Gerhard Waldherr unternimmt in seiner Sammlung von Reportagen einen »Streifzug durch das Amerika, das übersehen und ignoriert wird«. Seine Reise durch die Hinterhöfe der US-Gesellschaft führt ihn an trostlose Orte. Ob er sich mit illegalen chinesischen Immigranten trifft, L.A.s Pornoindustrie erforscht, einen Jagdausflug mit behinderten Sozialfällen unternimmt oder sich mit unschuldigen Todeskandidaten befaßt – jede Reportage zeigt die klaffende Lücke zwischen der sozialen Wirklichkeit und der Beschwörungsformel »Every man a king«.

Das Buch entlarvt den amerikanischen Traum, ohne jedoch seine Genese und seine politische Funktion zu untersuchen. Leider nennt Waldherr für die vielen Zahlen und Fakten, mit denen er seine Beobachtungen spickt, keine Quellen. Die Anekdote etwa, George W. Bush habe die Taliban zwei Jahre vor seiner Wahl noch für eine Popband gehalten, erklärt so manches, aber man hätte doch gern gewußt, woher sie stammt.

Konkret 11/02, S. 49

Gerd Fittkau

Buch & Deckel

Holger H. Mey: Deutsche Sicherheitspolitik 2030. Report Verlag, Frankfurt 2001, 184 Seiten, 20 Euro

Wer sich in die Gedanken der Herrschenden hineinversetzen will, ist hier richtig. Denn hier gibt einer zu Protokoll, was er als Politikberater und ehemaliger Referent in Think-tanks und im Planungsstab des Bundesministeriums für Verteidigung gelernt hat. Er entwirft Zukunftsszenarien nach neuesten sozial- und politikwissenschaftlichen Erkenntnissen und formuliert »realistische Anforderungen« an die deutsche Sicherheitspolitik. Wir können schnell überspringen, was der Autor unter »vergleichsweise friedliches internationales Umfeld« formuliert. Mey will den Führungsstab deutscher Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auf die großen Krisen und (Migrations-)Bedrohungen in und aus der Kaukasus-Region, China, Nordafrika, der Russischen Förderation und Südosteuropa einstimmen.

Delikat ist Meys Vermutung, daß die westlichen Bündnissysteme tendenziell zerfallen und ersetzt werden durch historisch bekannte oder neue Wunsch-»Achsen« (sinnigerweise etwa Deutschland – Großbritannien – USA). »Mehr Völkerrecht bedeutet nicht weniger, sondern mehr Interventionen«, und dafür muß sich die Bundeswehr laut Mey rüsten. Allerdings sieht er die zentrale Aufgabe der Streitkräfte des Eisernen Kreuzes immer noch in Mittel- und Osteuropa und nicht in ferneren Gefilden. Die »Anstrengungen« müssen seiner Meinung nach »Deutschlands territorialer Größe, seiner Bevölkerungszahl sowie seinem politisch-wirtschaftlichen Gewicht entsprechen«, was eine Verdoppelung des Verteidigungshaushalts bedeutete, nähme man Großbritannien als Grundlage.

Mey hält es für geboten, einen »wirklichen Bundessicherheitsrat (BSR) mit Unterbau und entsprechender Entscheidungskompetenz zu schaffen«. Wie war das noch bei Johannes Agnoli? Nicht die Abschaffung sogenannter demokratischer Spielregeln macht den Staat stark, sondern die Verlegung der Entscheidungsbefugnisse vom Parlament in einen engeren Kreis nichtöffentlich tagender Eliten (Ausschüsse).

»Die Risiken für Deutschland werden ohne die heute üblich gewordene politische Rücksichtnahme vorurteilsfrei beschrieben. Eine in jedem Fall anregende Lektüre«, freut sich die Zeitschrift »Soldat und Technik«.

Konkret 11/02, S. 49

Olaf Kistenmacher

Buch & Deckel

Thomas Haury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburger Edition, Hamburg 2002, 527 Seiten, 35 Euro

Im Zuge der »antizionistischen« Aktionen und Schauprozesse in der UdSSR, Bulgarien, Ungarn und der CSR seit Ende der vierziger Jahre wurden 1952/53 in der DDR Paul Merker, Alexander Abusch, Erich Jungmann und Leo Zuckermann als »zionistische Agenten« verhaftet. Die vier hatten im mexikanischen Exil die Bewegung Freies Deutschland in Mexiko (BFD) gegründet und eine andere Position zur Shoah formuliert als die übrigen Exilkommunistinnen und -kommunisten: Der BFD forderte die finanzielle »Entschädigung« für enteignete Jüdinnen und Juden, eine staatliche Beihilfe zur Remigration und die Unterstützung für einen eigenständigen Staat Israel durch ein sozialistisches Deutschland. Obwohl die DDR nach ihrer Gründung den Staat Israel begrüßte, wurden die übrigen Forderungen der Mexiko-Remigranten vom ZK der SED als »antisozialistisch« zurückgewiesen. Im Anschluß an ihre Verhaftung verfügte die SED die Überprüfung der Kaderakten aller »Genossen jüdischer Abstammung«. Stalins Tod 1953 verhinderte, daß es zu einem ähnlichen Prozeß wie in der CSR gegen Rudolf Slánsky und 13 weitere Angeklagte (von denen elf zum Tode verurteilt worden waren) kam und in seiner Folge wurde die »antizionistische« Propaganda nach und nach eingestellt. Aber wie es überhaupt möglich gewesen ist, daß im »antifaschistischen« Nachfolgestaat Nazideutschlands sieben Jahre nach dem Ende der antijüdischen Vernichtungspolitik eine internationale »jüdische Verschwörung« staatlich verfolgt wurde, untersucht Thomas Haury in seiner gerade erschienenen Arbeit *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*.

Haury zufolge wurde die antisemitische Propaganda in der frühen DDR zum einen möglich durch eine Nationalisierung des Sozialismus und zum anderen durch eine Übernahme alter antisemitischer Klischees unter dem Label »Zionismus«. Der »Antizionismus« der sozialistischen Staaten richtete sich nämlich nicht vornehmlich gegen den neuentstandenen Staat Israel (mit dessen »werktätigem Volk« man sich solidarisch erklärte), sondern: »›Zionismus‹ fungierte jetzt vielmehr als zentrale Metapher innerhalb des marxistisch-leninistischen Weltbildes und war verknüpft mit der Behauptung einer weltweiten Verschwörung anationaler Wallstreet-Kapitalisten, der Entgegensetzung ›schaffende Völker‹ versus ›Finanzhyänen und Parasiten‹ und einer Bedrohung durch die Zersetzungsarbeit getarnter innerer Feinde.«

Parallel zu Klaus Holz' Untersuchung *Nationaler Antisemitismus* (2001) behauptet Haury, daß für moderne Antisemiten »der Jude« das »Antiprinzip« für den modernen Nationalstaat darstellt. Neben die entweder feindlichen oder freundlichen anderen Nationen traten so »die Juden« als die Feinde aller Nationen, die andere Völker »aussaugen« und von innen zersetzen. Dieses bürgerliche antisemitische Weltbild übernahmen die sozialistischen Staaten im Zusammenhang mit der Ausprägung eines nationalen Sozialismus. Die präzise Definition des Antisemitismus als verschwörungstheoretische, identitäre und manichäische Weltanschauung – mit der sich Haurys Untersuchung von vielen anderen abhebt – führt allerdings dazu, daß mögliche zusätzliche Elemente eines linken Antisemitismus ausgeblendet werden: Weil Haury den Antisemitismus auf der Ebene der »Ideologie« untersucht, bleiben mögliche Vorformen auf der der Subjekte unberücksichtigt, die Übernahme zusammenhangloser judenfeindlicher Stereotype etwa im Zusammenhang mit der identitären Formung des »deutschen Arbeiters«. Weil Antisemitismus für Haury vor allem eine Folge der Verbürgerlichung der sozialistischen Bewegung ist, stellt er den Antisemitismus von links in diese bürgerliche Tradition und nicht in die der pogromartigen Ausschreitungen bei der Entwicklung der »antikapitalistischen« Bewegung.

Den Ursprung des linken Antisemitismus verortet Haury dementsprechend in der am Anfang des 20. Jahrhunderts ausformulierten Antiimperialismustheorie Wladimir Iljitisch Lenins und nicht in Karl Marx' *Zur Judenfrage*, auch wenn Marx in seiner Schrift stellenweise mit judenfeindlichen Klischees hantiert. Diese Herleitung wirft insofern ein Problem auf, als Lenin sich in seinen politischen Schriften nicht judenfeindlich geäußert hat, im Gegenteil. Daß Lenin seine Imperialismustheorie von John A. Hobson übernommen hat, dessen Theorie in der Idee einer jüdischen Weltverschwörung kulminiert, zeigt andererseits, daß bei aller strukturellen Analogie der Übergang vom antiimperialistischen Weltbild zu den antisemitischen Verschwörungstheorien nicht zwangsläufig ist.

Der Hinweis auf den marxistisch-leninistischen Antiimperialismus macht gleichwohl deutlich, wie die Nationalisierung des Sozialismus oder Kommunismus möglich war: Die kapitalistische Ausbeutung sei keine Folge der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der eigenen Nation, des eigenen Volkes, sondern Folge einer Bedrohung von »außen«. Wie schon die KPD in der Weimarer Republik, die »innerhalb der kommunistischen Ideologie die Identität von ›nationalem‹ und ›proletarischen‹ Interesse« konstruierte und deren Antikapitalismus sich 1923 gegen den »französischen« und nach 1930 gegen den »US-amerikanischen Imperialismus« richtete, führte die Propaganda in der frühen DDR alle Probleme auf den Einfluß des »westlichen Imperialismus« zurück. Bereits ab »Spätsommer 1948 schürte die SED hierzu eine sich immer mehr überschlagende Agentenhysterie. Pausenlos berichtete die ostdeutsche Presse über die Aufdeckung, Entlarvung und Verurteilung von ›Sabotage-, Spionage- und Agentengruppen‹ der imperialistischen Geheimdienste.« (In dieser nationalen

sozialistischen Rhetorik galt dann die westlich-kapitalistische BRD als »antinational« oder »antideutsch«.) Explizit »antizionistisch«, d. h. antisemitisch wurde dieser Antiimperialismus während des Slánsky-Prozesses, auf dessen Anklagetexte sich die SED 1952 berief.

Haury führt den »Antizionismus« in den »sozialistischen« Staaten vornehmlich auf Stalin zurück, allerdings habe er sich »kongenial« in die SED-Lesart des Marxismus-Leninismus eingefügt. Doch so erschreckend die Übernahme national-antisemitischer Denkweisen durch die Führung des sozialistischen deutschen Staates auch war – es bestand immerhin »auch eine prinzipielle Schranke: Da ›Völker‹ für den Marxismus-Leninismus einen prinzipiell positiven Referenzpunkt darstellten, mußte dies logisch notwendig auch für das ›jüdische Volk‹ gelten. Der ›Einbau‹ des Antisemitismus in den Marxismus-Leninismus konnte daher nur erfolgen, wenn die offen ethnisch-rassische Definition des ›jüdischen Volkes‹ vermieden und durch eine scheinbar ›politisch-ökonomische‹ ersetzt wurde, die aber ansonsten dieselbe Funktion erfüllte.«

Konkret 11/02, S. 50

Martin B□ sser

Buch & Deckel

Andreas Speit (Hg.): □ sthetische Mobilmachung. Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien. Unrast Verlag, Hamburg/M□ nster 2002, 282 Seiten, 16 Euro

Die Industrialbewegung entstand zeitgleich mit Punk Mitte der siebziger Jahre. Die Musik war lärmig, aggressiv, basierte auf sägenden Synthesizerklängen und Industrieschrott. Zugleich handelte es sich um die erste musikalische Subkultur, die den Holocaust thematisierte. Throbbing Gristle aus Manchester, die Namensgeber der Bewegung, sahen in ihrer Arbeit einen aufklärerischen Impuls, der sich gegen die Verdrängung richten sollte: Im Gegensatz zum warenförmigen Pop stellten sie schmerzhafte Analogien zwischen Nationalsozialismus und spätindustrieller Gesellschaft her, collagierten Bilder aus Werbung und Pornographie mit KZ-Photos. Das war stellenweise etwas plump, aber keineswegs der Gefahr einer rechten Lesart ausgesetzt.

Heute, mehr als zwanzig Jahre später, sind solche kritischen Ansätze jedoch einer platten Verherrlichung rechter Ästhetik und Ideologie gewichen □ zumindest gilt dies für den Kern einer Bewegung, die musikalisch zwischen Brachialromantik, weinerlicher neuheidnischer Folklore und Dark Wave pendelt. Zugleich sind die avantgardistischen Ansätze von Throbbing Gristle, eine bei John Heartfield entlehnte Montagetechnik, von einer traditionalistischen Musik abgelöst worden, deren zentraler szeneinterner Begriff der □ Reinheit□ bereits die ideologische Richtung vorgibt: Gruppen wie Death In June, Sol Invictus und Allerseelen propagieren ein antimodernistisches, heidnisches Europa und nutzen hierfür das komplette Geschwurbel nationalsozialistischer Esoterik. Von Ernst Jünger bis Leni Riefenstahl, von Julius Evola bis Arno Breker wird der Vorrat vermeintlich rechtsintellektueller Tradition eklektizistisch verrührt und Pop als plumpe Aneinanderreihung suggestiver Bilder und Phrasen vernutzt. Im Gegensatz zu Mainstream-Bands wie Rammstein, kokettieren Wortführer wie Douglas P. (Death In June) und Josef Klumb alias Jay Kay nicht nur mit rechter Ästhetik, sondern liefern die Ideologie gleich mit.

Mit □ *sthetische Mobilmachung*ist nun ein ungemein materialreiches Buch entstanden, das die Szene, ihren Hintergrund und ihre Entwicklung so akribisch untersucht, daß die Veröffentlichung beinahe um ein ganzes Jahr hat verschoben werden müssen. Die Lektüre lohnt sich, auch wenn der Wildwuchs an Bezügen und Querverbindungen, der von der S/M-Szene bis zur □ Jungen Freiheit□ reicht, nicht gerade hilft, den Überblick zu bewahren. Das Verworrene ist dabei nicht wirklich den Autoren anzulasten, denn es entspricht der Szene selbst, die für das Denken der Neuen Rechten (etwa auch der falsch verstandenen Postmoderne in den Büchern des Matthes & Seitz-Verlags) exemplarisch ist. □ *sthetische Mobilmachung*zeigt allerdings nicht nur, wie ein antibürgerlicher, antimodernistischer Gestus in rechte Gesinnung kippen und sich zugleich als libertäre Boheme stilisieren kann (Stichworte: Homosexualität, S/M, Drogenexperimente); es zeigt auch, daß solch rechte Weltbilder hervorragend mit der Popkultur korrespondieren können: Je einfacher die angebotenen Lösungen, desto pop.

Konkret 11/02, S. 50

Margret Gsella

Buch & Deckel

Vincent von Wroblewsky: Eine unheimliche Liebe. Juden in der DDR. Philo Verlag, Berlin 2001, 220 Seiten, 17,50 Euro

Noch mehr Fragen und eine gewisse Ratlosigkeit – diesen Eindruck hinterläßt das Buch. Der Autor – oder besser: der Fragensteller – Vincent von Wroblewsky, selbst Jude, interviewt darin Männer und Frauen jüdischer Herkunft, die in der DDR lebten, über ihr Verhältnis zu jenem Staat, der sich selbst als das »bessere Deutschland« verstand. Sein besonderes Interesse gilt der Frage, was eigentlich »jüdische Identität« ausmacht – auch und gerade angesichts der Tatsache, daß die meisten der Befragten den atheistischen Grundkonsens »ihres« Staates durchaus teilten. Wurden sie als Juden wahrgenommen, betrachteten sie sich selbst als solche? Eine eindeutige Antwort fällt den Befragten schwer.

Viele kamen als Kinder jüdischer Kommunisten, die es als ihre Aufgabe ansahen, ihren Teil zum Aufbau des Staates beizutragen, zurück in die DDR. Ihr Jüdischsein trat in den Hintergrund – aber ist das negativ zu bewerten? Wroblewskys Beispiel: »In einer Broschüre vom Ende der 60er Jahre, die die antifaschistische Basis in Form von 95 Kurzbiographien belegen sollte, erkenne ich 17mal eine □jüdische Herkunft□, ohne daß auch nur bei einem darauf hingewiesen wird.« Hätter die Herausgeber der Broschüre also hinter die betreffenden Namen ein »Jude« setzen sollen?

Das Problem, mit Millionen faschistisch beeinflußten Deutschen, darunter unzähligen keineswegs bloß »ehemaligen« Nazis, einen sozialistischen Staat zu errichten, führte zur Unterlassung der dringend notwendigen Auseinandersetzung mit der Vernichtung der Juden. Trotzdem ergab eine 1990 vom Jüdischen Weltkongreß in Ost- und Westdeutschland initiierte Untersuchung einen deutlich niedrigeren Anteil antisemitischer und – was angesichts der antiisraelischen Ausfälle der DDR-Führung verwundert – auch antiisraelischer Positionen im Osten. Wroblewsky beschreibt die Reaktionen amerikanischer Kollegen: »Einige wollten darin ein Ergebnis der oppositionellen Haltung der Bevölkerung gegenüber der offiziellen Politik sehen ... Allen fiel es schwer, sich vorzustellen, die intensive, wenn auch oft formale, zu allgemeine, ideologisierte und instrumentalisierte Erziehung zur Völkerfreundschaft, zum Internationalismus, zur Solidarität ... hätte auch eine positive Wirkung haben können.« Vielleicht war es so – vielleicht hatte all das seinen Grund aber auch nur in dem, was Stefan Hermlin in der Endphase der DDR der »Jungen Welt« erzählte: daß nämlich ein Kollege ihm einst vorhielt, die DDR könne gar nicht antisemitisch sein, denn: »Sieh□ mal, mein Sohn weiß nicht einmal was ein Jude ist.«

Die antisemitische Normalität des neuen Deutschland, in dem die Juden von niemandem mehr Schutz erwarten können – weder vom Staat noch von sogenannten Linken, die die Abschaffung Israels zur Sache der internationalen Solidarität erklärt haben – , hat viele der Befragten gezwungen, sich intensiver mit dem jüdischen Staat zu beschäftigen. Welche Bedeutung dieser für Juden hat, wird wohl kein nichtjüdischer Deutscher jemals nachvollziehen können: »Dort darf man Jude sein, ohne sich zu verstecken. Es ist das einzige Land der Welt, wo es so ist. Es ist eben das Land der Juden. Gegründet von Juden. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Das ist etwas, was für mich sehr beruhigend ist.«

Konkret 11/02, S. 50

Michael Klarmann

Buch & Deckel

Henry Rollins: Eye Scream. Miranda, Bremen 2002, 230 Seiten, 15,80 Euro

Henry Rollins ist Rockmusiker, Plattenmillionär – und ein literarischer Amokläufer. In Monologen und Langgedichten referiert die tätowierte Muskelmaschine über sich, den »Müll« und die »Parasiten« der menschlichen Gesellschaft. Eine seiner Thesen: »Familien mit mehr als einem Kind sollten dasjenige aussuchen müssen, das sie am liebsten mögen, die anderen müßte man abführen und verbrennen. Kuck dir die Straße an; voller Idioten, die ohne Sinn und Verstand die Sau rauslassen. Sie verpesten die Atmosphäre ...«

Rollin's Schreibe erinnert an die Brainstormdichtung der Beats. Die assoziativen Reflexionen seines zerrissenen Innenlebens, seine splatterhaften Mordphantasien und die aneinandergereihten Short-Cuts über Katastrophen der Zwischenmenschlichkeit spielen sich oft in einem Underdog-Milieu ab. *Eye Scream* ist Rollins' drittes Buch. Das Original stammt von 1996, und im Vergleich zu den Frühwerken aus den achtziger Jahre erwecken die sieben Elegien fast den Eindruck, die obsessive Kreativbestie sei sensibler geworden. Diesmal beherrschen nicht fast ausschließlich Brutalitäten das Buch, wie etwa noch in *Pissing in the Gene Pool.* Ist der 40jährige ein arroganter Misanthrop oder der Ernst Jünger des Rock 'n' Roll, wenn er zum Beispiel Menschen als Seuche tituliert und sie vernichten will? Wahrscheinlich haut er den Käse im Furor einer Art Selbsttherapie raus. Schonungslos ehrlich fragt sich der Egomane dann auch schon mal: »Warum mache ich diese Scheiß-Musik, warum schreibe ich diese Scheiß-Texte?«

Konkret 11/02, S. 51

Erich Später

Buch des Monats

Beppo Beyerl: Die Benes-Dekrete – Zwischen tschechischer Identität und deutscher Begehrlichkeit. Promedia, Wien 2002, 128 Seiten, 9,90 Euro

Als »Jude Redlich-Masaryk« wurde der Gründer der ersten tschechoslowakischen Republik, Thomas Masaryk, in der Presse der sudetendeutschen Nazis bis 1945 bezeichnet. In deren Augen verkörperte er die abzuschaffenden Ideale von Demokratie, staatsbürgerlicher Gleichheit und jüdischer Emanzipation. Nach Masaryks Tod 1937 wurde sein Nachfolger Benes zum Objekt der deutschen Haß- und Kriegspropaganda.

Die sudetendeutschen Volkstumskämpfer in der BRD und Österreich haben das Nazi-Vokabular übernommen. So heißt es in einer von der sudetendeutschen Landsmannschaft verbreiteten Publikation: »Benes hat absolut vergessen, daß er nur Präsident einer kleinen Nation war, ein trockener, gefühlloser Zwerg der Weltgeschichte.« Sie trägt den bezeichnenden Titel *Edward Benes – der Liquidator von Böhmen. Dämon des Genozids.*

Folgt man der offiziellen Geschichtsschreibung der »Landsmannschaft«, bekämpfte Benes nach der völkerrechtlich legitimierten »Auflösung« des Kunststaates CSR 1938/39 als »Privatperson« die gerechte Ordnung, die das deutsche Reich den Völkern der CSR geschenkt hatte. In dieser Eigenschaft erließ er nach Auffassung der Landsmannschaft völkerrechtlich belanglose Dekrete, die die Vertreibung und Ermordung unschuldiger Deutscher anordneten. So lautet zusammengefaßt der historische und politische Begründungszusammenhang der von der sudetendeutschen Landsmannschaft seit 1990 mit großem Aufwand geführten Kampagne gegen die »Benes- Dekrete«.

Der Wiener Journalist Beppo Beyerl rekonstruiert in seiner Untersuchung *Die Benes-Dekrete* deren zentrale Bedeutung für die Legitimität tschechoslowakischer Staatlichkeit in der Zeit der territorialen Zerstückelung und deutschen Besatzungsherrschaft in den Jahren 1938-45. Der »dekretale Zeitabschnitt« beginnt am 11. Juli 1940 im Londoner Exil mit dem Dekret Nr. 1 über den Aufbau einer provisorischen Staatseinrichtung und endet am 28. Oktober 1945 in Prag mit dem Zusammentreten der »vorläufigen Nationalversammlung«.

Während dieser Zeit erarbeitete die Regierung den Text von insgesamt 143 Dekreten, die letztendlich dem Präsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt wurden. Das juristische Problem bestand im Fehlen eines gewählten Parlaments. So mußten die Exilpolitiker mit Notverordnungen regieren, mit Dekreten, die durch die Unterschrift des Präsidenten ihre formale Gültigkeit erlangten. Die Nationalversammlung erklärte die Gesamtheit der 143 Dekrete am 28.10.1945 für rechtsgültig und wirksam.

Beyerls präzise Argumentation unterstreicht die politische und juristische Bedeutung der Dekrete für die staatliche Kontinuität der CSR. Sie vollzogen die Umwandlung des NS-Systems der Protektoratszeit zum neuen System der demokratischen CSR. Sie beinhalten die Annullierung der Münchener Verträge, die Auflösung der Strukturen der deutschen Besatzung und der faschistischen slowakischen Republik sowie den Aufbau einer neuen, aus zwei Staatsnationen bestehenden Republik.

Drei von 143 Dekreten des Präsidenten regelten die Enteignung, den Verlust der Staatsbürgerschaft und die Internierung der Sudetendeutschen. Beyerl macht noch einmal deutlich, daß der Beschluß zur Aussiedlung der Deutschen auf der Potsdamer Konferenz der Alliierten (17.7. bis 2.8.1945) gefaßt wurde. Daraufhin kündigte die Prager Regierung in einer Note vom 16. August 1945 die Aussiedlung von 2,5 Millionen Deutschen an. Am 20. November genehmigte der in der Potsdamer Konferenz installierte alliierte Kontrollrat den tschechoslowakischen Aussiedlungsplan.

Die Rechtmäßigkeit des Potsdamer Abkommens wird von den »Vertriebenenverbänden« und ihren politischen und publizistischen Hilfstruppen bis heute bestritten. Ihnen geht es dabei um die Nichtanerkennung von Rechtmäßigkeit und Endgültigkeit der Aussiedlung der Deutschen aus Osteuropa. Alle gesetzlichen Leistungen des »Lastenausgleichs« für die ausgesiedelten Deutschen stehen unter dem Vorbehalt, daß die Zahlungen keinen Verzicht auf zurückgelassenen Besitz und Vermögen bedeuten (festgeschrieben in der Präambel des Gesetzes von 1951). Es ist das Verdienst von Beyerls Arbeit, diese historischen Hintergründe aufzuzeigen und deutlich zu machen, daß die Forderung nach Aufhebung der »Benes-Dekrete« nur eine aktuelle Variante der jahrzehntelangen Kampagne der »Vertriebenenverbände« zur völkerrechtlichen Revision des Potsdamer Abkommens darstellt.

Relevante Teile der bundesrepublikanischen und österreichischen Gesellschaft weigern sich bis heute, die Endgültigkeit der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg anzuerkennen – so könnte man Beyerls Untersuchung zusammenfassen. Die sudetendeutsche Landsmannschaft, deren Führungsspitze und Funktionärsapparat auf allen Ebenen über Jahrzehnte von ehemaligen Mitgliedern des Naziterror- und Vernichtungsapparates dominiert wurde, hätte in einem Land, das die

Konsequenzen aus Deutschlands Krieg gegen die Menschheit ziehen wollte, wohl nur noch ein Recht: das der bedingungslosen Selbstauflösung.

Leider ist Beyerls Arbeit in den Abschnitten, die die deutsche Terrorherrschaft der Jahre 1938-45 und den tschechoslowakischen Widerstand behandeln, oberflächlich und fehlerhaft. »Und die jüdischen Mitbürger selbst? – Nun, ihr Schicksal ist reichlich dokumentiert, so daß es in diesem Zusammenhang nur kurz erwähnt werden soll. Viele von ihnen wurden im Lager Theresienstadt interniert, andere in den Lagern in Lodz, Minsk und Auschwitz umgebracht. Zu Kriegsende waren von 350.000 tschechoslowakischen Juden 200.000 bis 217.000 nicht mehr am Leben.«

Ein Blick in einige der wenigen Arbeiten, die das Schicksal der jüdischen Bürger der CSR in den Grenzen von 1937 im Gesamtzusammenhang der deutschen Vernichtungspolitik behandeln, hätte Beyerls Darstellung nutzen können. Die Historikerin Eva-Schmidt Hartmann hat die bisherige Forschung akribisch ausgewertet und durch eigene Recherchen erweitert (in W. Benz (Hrsg.): *Dimensionen des Völkermordes*. München 1991). Die verschiedenen Vernichtungsaktionen erfaßten im Verlauf der Jahre 1941 bis 1944 alle Teile der ehemaligen CSR. Wenig weiß man bis heute über den konkreten Ablauf der Ermordung von 120.000 tschechoslowakischen Bürgern jüdischen Glaubens auf dem von Ungarn annektierten Gebiet der CSR. Am 27./28. August 1941 ermordeten die Deutschen in der ukrainischen Stadt Kamenz-Podolsk 23.600 Menschen. Darunter befanden sich 14.000 bis 18.000 tschechoslowakische Juden. Den seit 1941 durchgeführten Massenmordaktionen fielen 260.000 jüdische Bürger der CSR in den Grenzen von 1937 zum Opfer. Reichlich dokumentiert ist in diesem Zusammenhang wenig; fast alles muß mühsam aus verstreuter Sekundärliteratur zusammengetragen werden, wobei in vielen Arbeiten lediglich das »Protektorat Böhmen und Mähren«, also das tschechische Kerngebiet der 1939 zerschlagenen Republik, behandelt wird.

Wenig fundiert ist auch das Urteil des Autors über den tschechischen Widerstand. Man hätte zumindest eine Würdigung und Gewichtung der relevanten, deutschsprachigen Arbeiten von Brügel, Brandes und Zimmermann erwarten können. Wertungen wie »Tatsache ist freilich, daß im allgemeinen der tschechische Widerstand gegen die Nationalsozialisten nicht gerade überwältigend war« oder, schlimmer noch, »Die Opfer durch Hinrichtung fallen zahlenmäßig nicht ins Gewicht« sind nicht nachvollziehbar. Zudem wird an anderer Stelle das genaue Gegenteil behauptet. Man wünscht dem Autor und dem Verlag, daß eine zweite gründlich überarbeitete Auflage diese ärgerlichen Fehler und Versäumnisse korrigiert.

Konkret 11/02, S. 52

Magnus Klaue

»Man hat ja nichts gewußt«

Im Familiengedächtnis erscheinen die Deutschen als Volk von Opfern – und der Holocaust als Randepisode der Geschichte

»Von den neuen Antennen kommen die alten Dummheiten. Die Wahrheiten aber werden von Mund zu Mund weitergegeben.« Brechts Satz faßt eine Überzeugung zusammen, die noch immer in Teilen der Linken verbreitet ist. Die öffentliche Rede ist demnach vom »falschen Bewußtsein« durchtränkt, während die ungehörten Stimmen der »kleinen Leute« Medium historischer Wahrheit sind. Oral history erscheint so als ein Gegenentwurf zur offiziellen, schriftlich fixierten Geschichtsschreibung. Fast alle dissidenten Ansätze der Geschichtswissenschaft berufen sich in irgendeiner Form auf die angebliche Authentizität mündlicher, »lebendiger« Rede. Im Zuge der »Bewältigung« der NS-Vergangenheit ist das Konzept der Oral history seit den achtziger Jahren auch in Deutschland populär geworden. Seine Prämissen werden indes nur selten diskutiert. Die Gewißheit, daß hier »echte Menschen« als »Zeitzeugen« sprechen, scheint alle unbotmäßigen Nachfragen zu unterbinden.

Der Essener Historiker Harald Welzer hat nun eine Studie über die Präsenz von Nationalsozialismus und Holocaust im deutschen Familiengedächtnis vorgelegt, die das Konzept der Oral history vom Kopf auf die Füße stellt. Gerade die mündlich überlieferte »Geschichte von unten« erweist sich darin als Ort von Halbwahrheit, Heuchelei und Geschichtsfälschung. Welzers Studie beruht auf Interviews mit Deutschen der Großeltern-, Kinder- und Enkelgeneration und untersucht, wie im Familienkreis über die NS-Zeit geredet wird. Dabei geht es nicht, wie im psychoanalytischen Gespräch, um den latenten Gehalt des Gesagten, sondern um die Frage, »welche Wirksamkeit das Gesagte im Weitergabeprozeß entfaltet«. Welzers Ergebnisse verdeutlichen die Schwächen der kognitivistischen Gedächtniskonzepte, die bis heute die Forschungsdiskussion beherrschen. Demgegenüber zeigt seine Studie, daß unterschieden werden muß zwischen dem in Schulen, Universitäten und Geschichtsbüchern tradierten »kognitiven Wissen« über die NS-Geschichte und der im Familienkreis überlieferten »emotionalen Erinnerung«: »Metaphorisch gesprochen, existiert neben einem wissensbasierten ›Lexikon‹ der nationalsozialistischen Vergangenheit ein weiteres, emotional bedeutenderes Referenzsystem für die Interpretation dieser Vergangenheit: eines, zu dem konkrete Personen ebenso gehören wie Briefe, Fotos und persönliche Dokumente. Dieses ›Album‹ vom ›Dritten Reich‹ ist mit Krieg und Heldentum, Leiden und Opferschaft, Faszination und Größenphantasien bebildert, nicht, wie das ›Lexikon‹, mit Verbrechen, Ausgrenzung und Vernichtung.«

Das »Familienalbum«, worin die Großväter als Widerstandskämpfer, die Großmütter als Beschützer von Juden und die Deutschen als Opfer »der Nazis« figurieren, ist gegen Fakten so resistent wie gegen immanente Widersprüche. So gelingt es mehreren Gesprächspartnern, zu versichern, man habe vom Holocaust »nichts gewußt«, und im selben Atemzug zu behaupten, man habe Angst gehabt, »ins KZ zu kommen«. Im Familiengedächtnis können historisches Wissen, biographische Erfahrung, Legendenbildung und Fiktion problemlos verschmelzen. Es bildet keinen kohärenten Diskurs, sondern besteht aus fragmentarischen, ihres Kontextes beraubten Anekdoten, die im privaten Gespräch »rekonfiguriert« werden. Zweck dieser Praxis ist die Konservierung eines über die Generationen hinweg gültigen Konzepts der »guten Familie«.

Welzer beschreibt verschiedene Strategien, mit denen Familienangehörige ihre Verstrickung in die NS-Geschichte umdeuten. Zu den effizientesten zählt die mittlerweile auch im offiziellen Diskurs übliche »Wechselrahmung«. Dabei werden »Merkmale aus Geschichten von Holocaust-Opfern für deutsche Leidensgeschichten in Anspruch genommen«. Deutsche Soldaten werden von Russen »wie Kühe« in »Viehwagen« transportiert oder müssen sich zwecks »Selektion« in einer Reihe aufstellen. Ob diese Erinnerungen im Einzelfall auch eine Entsprechung in der Wirklichkeit haben, ist zweitrangig. Entscheidend ist die Ikonographie, in die die Interviewpartner ihre Erzählung einbetten. Sie verwenden Bilder aus Geschichten von Holocaust-Überlebenden und aus den Filmen der Alliierten nach Öffnung der Konzentrationslager, die dekontextualisiert und zu »Ikonen der Vernichtung« verdinglicht werden.

Der amerikanische Historiker Robert G. Moeller weist in einem Beitrag für einen von Brigitta Huhnke und Björn Krondorfer herausgegebenen Sammelband darauf hin, daß das Prinzip der Wechselrahmung schon unmittelbar nach Kriegsende in Selbstdarstellungen von »Vertriebenen« zur Anwendung kommt: »Die Berichte sind voll mit Geschichten über deutsche Frauen und Männer, die gezwungen worden seien, ihre Schädel zu rasieren oder das Hakenkreuz auf ihrer Kleidung zu tragen.« Während die Judenvernichtung im deutschen Familiengedächtnis kaum präsent ist – wenn überhaupt, ist vom »Verschwinden« oder von der »Auswanderung« jüdischer Bekannter die Rede – , inszenieren sich die Deutschen in ihren biographischen Erzählungen als »Juden« und schreiben die Vernichtungsgeschichte fort, indem sie die Opfer ihrer spezifischen Erfahrung berauben. Gleichzeitig lebt das antisemitische Bild des »reichen Juden« im intergenerationellen Gespräch bruchlos weiter. Daß solche im Familiengedächtnis verankerten »Gewißheiten« dem historischen »Wissen« widersprechen, stellt für die Akteure, die an der Verfertigung ihres »Albums« mitwirken, kein Problem dar. Das Familiengedächtnis existiert gleichsam autark neben dem offiziellen, »politisch korrekten« Geschichtsbild.

Überhaupt hat Welzers Erkenntnissen zufolge die Schulbildung, die auf Vermittlung kognitiven Wissens setzt, geringen Einfluß auf das historische Bewußtsein der Individuen, das sich eher an emotionalen, privat überlieferten »Gewißheiten« orientiert. Deshalb dokumentieren die Ergebnisse der Studie nicht primär ein Versagen der Schule, sondern verweisen auf autoritäre Muster in der Binnenstruktur der Familie. Welzer zeigt, daß das Bedürfnis nach moralischer Reinwaschung bei den Enkeln am größten ist. Ambivalenzen, die in den Erzählungen der Großeltern noch zu Tage treten, werden im Bewußtsein der Enkelgeneration durchweg zum Bild der »guten Vorfahren« homogenisiert: »Opa war kein Nazi«, darin sind sich alle einig – bundesdeutsche übrigens ebenso wie Ex-DDR-Familien. Mit dem Wissen darüber, »wie es wirklich war«, steigt bei den gebildeten Angehörigen der jungen Generation offenbar sogar das Bedürfnis, die eigene Familie aus dem Schuldzusammenhang herauszulösen. Welzer bezeichnet diesen Prozeß als »kumulative Heroisierung«.

Die Thesen der Essener Studie werden nicht nur durch die Interviews bestätigt. Vielmehr scheinen die Mechanismen des Familiengedächtnisses sich zunehmend in die Sphäre »offizieller« Erinnerung auszudehnen. Die Autobiographie des früheren »SZ«-Redakteurs Ulrich Frodien, der als Kriegsfreiwilliger bis 1944 an der Ostfront im Einsatz war, belegt dies. In ihrer Argumentation unterscheiden sich Frodiens Aufzeichnungen kaum von der selbstgefälligen Larmoyanz in den Tagebüchern der Hitler-Sekretärin Traudl Junge (siehe KONKRET 5/02). Gleich zu Beginn greift er den Topos der »Marionettenexistenz« auf, der auch Junges Apologie durchzieht: »Wir waren nur Figuren in einem Spiel, das von anderen, weit von uns entfernt, von unbekannten Spielern gespielt wurde.« Wie bei Junge, kommen die »Verbrechen an den jüdischen Mitbürgern« nur als Episode vor. Überblendet werden sie vom »Krieg«, der als eigentliche Katastrophe der Nazizeit erscheint. So war es nicht das Wissen über den Holocaust, sondern die Erfahrung der alliierten Bombenangriffe, durch die »ich der Pazifist wurde, der ich heute bin«. Seine trotz allem unleugbare Verstrickung in das NS-System begründet Frodien mit »ideologischer Indoktrination«: »Man hat uns unseren kritischen Verstand verkleistert.« Frodien wie Junge beschreiben sich als Opfer, nicht als Akteure des Vernichtungsfeldzugs. Passend dazu findet sich in beiden Büchern ein Bildteil, worin Familienfotos neben Dokumentaraufnahmen aus der Nazizeit stehen – ein »Album«, das historische Ereignisse (SA-Aufmärsche, Pogrome, Hitlerreden) zum Hintergrundmaterial der Familiengeschichte depotenziert, statt die Verwicklung der eigenen Familie in die NS-Zeit zu veranschaulichen.

Die Authentizität solcher »Erlebnisberichte« wird, wie Welzer zeigt, durch »Skripts« hergestellt, die den Eindruck von Wirklichkeitstreue narrativ erzeugen. Reminiszenzen an Romane und Filme wie »Die Brücke« oder »Des Teufels General« durchziehen die Erzählungen der Familienmitglieder leitmotivisch. Sie dienen als »Illustration« und »Beleg« der Erlebnisschilderungen – ein Phänomen, auf das auch die Filmwissenschaftlerin Gertrud Koch in einem Beitrag für einen von Volkhard Knigge und Norbert Frei edierten Sammelband hinweist. Topoi aus Nachkriegsfilmen oder Landsergeschichten werden verwendet, um Ambivalenzen der eigenen Biographie mit Hilfe eines kollektiv verbürgten »Narrativs« einzuebnen. Die »eigene Geschichte« folgt einem vorgestanzten Text, dessen Vertrautheit den Eindruck der Glaubwürdigkeit verstärkt. Oral history erweist sich somit als heteronome, von kulturindustriellen Klischees überformte Erinnerungspraxis.

Auch hierfür stellt die Flut an neuen Veröffentlichungen ein Beispiel bereit: Matthias Kesslers Interview mit Monika Göth, der Tochter des KZ-Kommandanten Amon Göth, der in »Schindlers Liste« vorkommt. Der erste Teil des Buchs wird durch Rückgriffe auf Spielbergs Film bestritten. Kein einziges Mal kommt Kessler, dessen Speichelleckerei (»Steh zu dir selbst! Du bist eine bewundernswerte Frau!«) jede Distanz zum Gegenstand verhindert, auf die Idee, »Monika« zu fragen, welche Legitimität ein solcher Hollywood-Spielfilm ihrer Meinung nach habe. Statt dessen entwickeln Kessler und seine Patientin (»Hat das bei dir ein Trauma ausgelöst?«) im Rückgriff auf den Film ihre Version historischer Wahrhaftigkeit: »Den Richard Burton als Schindler hätte ich besser gefunden.« – »Manches an diesem Hollywood-Ding stimmt auch nicht.« – »Eins hat er nicht gemacht: Er hat nie eine sexuell belästigt«.

Zeigt Kesslers Buch, wie Vertreter verschiedener Generationen gemeinsam »ihre« Geschichte der NS-Zeit verfertigen, läßt sich am Briefwechsel Lilli Jahns, die, von ihrem Mann den Nazis ausgeliefert, zunächst in ein Arbeitslager und später nach Auschwitz deportiert worden ist, die Vereinnahmung einer jüdischen Biographie zum Zweck deutscher Selbstvergewisserung demonstrieren. »Alles, was in diesem Buch geschieht, ist wirklich geschehen. Und doch wird mancher Leser beim Lesen dieses Buches unwillkürlich an etwas Romanhaftes oder Filmhaftes denken«, kauderwelscht Martin Walser in der »Süddeutschen Zeitung«. Und lobt die Briefe, die Lilli mit ihren Töchtern gewechselt hat, als »Sprachdenkmal der Menschlichkeit«, in dem wir »unsere Geschichte« erkennen. Zwischen Fiktion und dokumentarischem Zeugnis changiert das Projekt auch in den Selbstaussagen des Herausgebers, des Jahn-Enkels und »Spiegel«-Redakteurs Martin Doerry: »Je mehr ich mich in die Briefe vertiefte, desto mehr hatte ich den Eindruck: Da steckt eine ebenso spannende wie wichtige, erzählenswerte Geschichte drin.« Zuvor seien ihm die Briefe seiner Großmutter jedoch »ebenso blaß wie unverständlich, ja rätselhaft« erschienen.

Deshalb hat er Briefe, historische Dokumente, Fotos und eigene Kommentare für die Veröffentlichung zu einem Kompendium verschränkt, das in der Tat »etwas Romanhaftes« hat. Alle Inkohärenzen, in denen sich die jüdische Vernichtungsgeschichte in den Briefen selbst sedimentiert hat, werden geglättet, um eine »spannende Geschichte« daraus zu machen, die auch Antisemiten goutieren können. Sie erzählt vom Schicksal einer »guten« Jüdin, deren assimilierte

Familie das »ostjüdische Element« verachtete, die Hölderlin, Hegel und Ernst Jünger schätzte und einen reinrassigen Deutschen geliebt hat. Obwohl der Holocaust im Zentrum steht, werden seine Spuren durch Nivellierung des Materials doch wiederum getilgt. Er erscheint als persönliche Tragödie einer sympathischen Familie. Als solche kann ihn auch das deutsche Familiengedächtnis verdauen.

Literatur:

Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall: *»Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis.* Fischer, Frankfurt/Main 2002, 247 Seiten, 10,90 Euro

Brigitta Huhnke/Björn Krondorfer (Hg.): *Das Vermächtnis annehmen. Kulturelle und biographische Zugänge zum Holocaust.* Psychosozial-Verlag, Gießen 2002, 368 Seiten, 19,90 Euro

Ulrich Frodien: *»Bleib übrig«. Eine Kriegsjugend in Deutschland.* DTV, München 2002, 256 Seiten, 11,50 Euro

Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hg.): *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord.* C. H. Beck, München 2002, 450 Seiten, 24,90 Euro

Matthias Kessler: *»Ich mußte doch meinen Vater lieben, oder?« Die Lebensgeschichte von Monika Göth, Tochter des KZ-Kommandanten aus »Schindlers Liste«.* Eichborn, Frankfurt/Main 2002, 254 Seiten, 19,90 Euro

Martin Doerry: *»Mein verwundetes Herz«. Das Leben der Lilli Jahn 1900-1944.* DVA, Stuttgart/München 2002, 351 Seiten, 24,90 Euro

---

Magnus Klaue rezensierte in LITERATUR KONKRET 2002 »Krieg der Bilder – Bilder des Krieges« von Georg Seeßlen und Markus Metz

Konkret 11/02, S. 54

Kurt Pätzold

Die Tücke des Objekts

Feldpostbriefe deutscher Soldaten bilden das Hauptmaterial für eine Sendereihe, die der Deutschlandfunk aus Anlaß des 60. Geburtstags der Kapitulation von Stalingrad im November ausstrahlt

Dieser Tage beginnt der Deutschlandfunk eine 14teilige Sendereihe, deren Gegenstand die Schlacht bei Stalingrad 1942/43 bildet. Das Ereignis liegt eben 60 Jahre zurück. Die Ankündigung sprach von einem »Stalingrad-Jubiläum«. Als dokumentarisches »Kernstück« des Unternehmens sollen Briefe dienen, geschrieben von Soldaten »an ihre Lieben in der Heimat«. Der ehemalige Außenminister Genscher rief auf, derlei Stücke aus Privatbesitz zur Verfügung zu stellen.

Briefe, vornehmlich privater Natur, machen eine eigene Literaturgruppe aus, die ihre Liebhaber besitzt. Antriebe, derlei Produktion über den Kreis der noch lebenden oder längst verstorbenen Adressaten hinaus bekanntzumachen, gibt es sehr verschiedene. Das gilt insbesondere für Briefe aus Kriegszeiten. Die einen wählten für Sammelbände Stücke aus, in denen sich ein Mordspatriotismus ausspricht, und helfen so, Stimmung für den nächsten Krieg zu machen. Andere suchten das Gegenteil zu bewirken, wofür die jüngst wieder gedruckten Briefe Erich Kubys an seine Frau stehen, Schriftstücke, so bezeichnete er sich selbst, eines Verweigerers, keines Oppositionellen.

Privatbriefe haben längst auch die Aufmerksamkeit der Historiker gefunden. Anfänglich waren das nahezu ausschließlich Briefe der »großen Männer«. Der Griff in diese »Quellengruppe« kam der Öffnung eines besonderen Fensters gleich, von dem aus sich mitunter überraschende Perspektiven auf Geschehnisse gewinnen ließen. Inzwischen haben auch private Postsendungen der »kleinen Leute« die Aufmerksamkeit von Geschichtsforschern, Professionellen und Laien, auf sich gezogen. »Grabe, wo du stehst«, hieß auch: Krame auf Böden, in Kellern und Garagen nach schriftlichen Hinterlassenschaften deiner Vorfahren. Dabei ist Erstaunliches zutage gefördert worden, wie etwa eine einmalige Briefsammlung oberschlesischer Juden, hauptsächlich von Handwerkern, die an ihre Verwandten in Augsburg schrieben, bis sie zu ihren Mördern deportiert wurden.

Sieht man von der Schreibwut von Urlaubern ab, so ist zu keiner Zeit mehr zu Feder oder Bleistift gegriffen worden, um sich Verwandten oder Freunden mitzuteilen, als in Kriegen. Aus Kasernen, Lazaretten, Genesungsheimen und »aus dem Felde« gelangte Post in »die Heimat« (und vice versa). Schon im Ersten Weltkrieg griffen Millionen Frauen und Männer zu Papier und Schreibutensilien, die das zumeist seit ihrer Schulzeit nicht mehr oder nur getan hatten, wenn sie einen Werkstattzettel oder ein amtliches Papier beschriften mußten. Sich über ihr physisches, geistiges und mentales Befinden auf einem Briefbogen zu äußern, wäre ihnen vordem nicht in den Sinn gekommen.

Nicht wenige »Kriegsbriefe« kreisen in kargen und sich wiederholenden Wortwendungen um Gesundheit und Ernährung, heranwachsende Kinder, die Arbeit, namentlich der Frauen auf dem Lande. Gefragt und berichtet wird, wie es um die Aussaat oder die Ernte, die trächtige Kuh oder das altgewordene Pferd steht. Solche Briefpassagen vermitteln den Eindruck, wirklich auf der Spur des Lebens zu sein. Aber ist das auch die Spur der Geschichte, und wenn ja, welchen Teiles davon?

Wie bei jeder anderen Gruppe von schriftlichen Zeugnissen aus der Vergangenheit sieht sich der Historiker auch hierbei vor der Notwendigkeit, sie einer dem Gegenstand angemessenen Quellenkritik zu unterwerfen. Inzwischen ist klar, daß Mitteilungen, die in extremen Kriegssituationen gemacht werden, ohne die Kenntnis dieser Situationen nur fehlinterpretiert werden können. Für Briefe aus dem Kessel von Stalingrad, der infolge des sowjetischen Gegenangriffs vom 19./20. November 1942 entstand, gilt das in besonderem Grade. Aus diesem »Bestand« sind Stücke in relativ großer Zahl bereits bekannt. Gedruckt wurden Briefe des Oberkommandierenden der 6. Armee, Friedrich Paulus, an seine Frau und solche, die »einfache« Soldaten schrieben. Überliefert ist diese Feldpost aus privatem Besitz. Andere Stücke, die ihre Adressaten nie erreichten, befinden sich in sowjetischen Archiven und Museen, wohin sie aus dem Beutebestand der Roten Armee gelangten. Nur bruchstückhaft kennen wir Briefinhalte, die in Berichten der Feldpostkontrolle erwähnt werden. Gleiches gilt für die Informationen des Sicherheitsdienstes über die Wirkungen von »Stalingradbriefen« auf Angehörige, Bekannte und Freunde.

Die Post der Eingeschlossenen liefert vielfarbige und farbarme, übereinstimmende und voneinander abweichende Bilder vom Geschehen. An ein und demselben Tage waren die Lebensverhältnisse der etwa 250.000 Männer in der »Igelstellung« höchst verschieden. Soldaten lebten anders als Generale und Stabsoffiziere. Daß von den etwa 91.000 Soldaten, die sich schließlich in Gefangenschaft begaben, etwa 5.000 bis 6.000 überlebten, während von den 22 deutschen Generalen einer in Gefangenschaft an einem Krebsleiden verstarb, war nicht in erster Linie Verhältnissen in den Lagern geschuldet, sondern Folge des physischen, hygienischen und sonstigen Zustands, in dem die einen und die anderen die »Waffen streckten«. Schon diese Zahlen erledigen die Legende von der Schicksalsgemeinschaft, die deutsche und österreichische »Stalingradkämpfer« auf Traditionstreffen pflegen.

Auch das Dasein von Soldaten und Unterführern, das sich gegen Ende der Schlacht mehr und mehr anglich, konnte lange stark differieren. Wer in der Nähe eines der beiden Flugplätze stationiert war, wurde besser verpflegt als andere, zu denen infolge fehlenden Betriebsstoffs, die Pferde waren meist schon umgekommen, Transporte nur unregelmäßig gelangten. Wer in der Nähe eines Stabes ein Funkgerät bediente, war lange weiter vom Schuß als derjenige, der in Rufweite zu den sowjetischen Verteidigern in einem Kellerloch hockte. Alle diese Situationen lassen sich, ohne daß sie ausdrücklich beschrieben würden, Briefen entnehmen. Während ein Soldat berichtet, er werde noch satt, bittet der andere entkräftet um Lebensmittel. Während der eine schreibt, er benötige keine (weiteren) Wintersachen, friert und erfriert der andere schon jämmerlich.

Soldatenbriefe aus Stalingrad liefern mehr als *ein* Puzzle. Bald nach Weihnachten 1942 ergeben sie ein Elendsbild. Hier liegt die Tücke des Objekts. Die »Stalingradkämpfer«, das meint hierzulande die Wehrmachtsangehörigen, kaum Soldaten der Verbündeten und nie den sowjetischen Gegner, erscheinen als Opfer, die das uneingeschränkte Mitleid der geläuterten Nation verdienen. Es hat die der Volksgemeinschaft einst verordnete »stolze Trauer« abgelöst. Die Hauptdifferenz der Sichtweisen hat Erich Kuby im Februar 1943 in einem »Feldpostbrief« benannt: »Wenn Dein Blick auf Stalingrad von Mitleid getrübt ist, so meiner von Scham – schließlich: ein Volk, ein Reich ...«

Über und hinter dem Opferbild gerät in Vergessenheit, daß diese halbe Million Männer bis zum Zeitpunkt ihres Zugrundegehens oder der Kapitulation Instrumente in einem Eroberungskrieg waren. Dieser Effekt ist mancher Geschichtsbetrachtung nicht unwillkommen. Mit dem Griff zu Feldpostbriefen als dem Kernstück eines Rückblicks kann er unverdächtig erzeugt werden. Was damals in Stollen, Unterständen und Kellerlöchern zu Papier gebracht wurde, namentlich die sogenannten Abschiedsbriefe, rührt in alle Zukunft jeden an, der nicht herz- und seelenlos ist. Nur dürfte die Rührung nicht mit einer Lähmung des Gehirns einhergehen. Die wird auch dadurch bewirkt, daß die Eingeschlossenen umgangssprachlich zu *Verteidigern* erklärt werden, die sich eines übermächtigen Ansturms »aus der Steppe« hätten erwehren müssen. Als verliere sich imperialistisches Eroberer- und Räubertum, sobald es militärisch in die Defensive gerät. Von ihm ist in den bisher bekanntgewordenen Feldpostbriefen aus dem Kessel nicht die Rede. Das mag sie für Veranstalter eines »Jubiläums« geeignet machen.

Mit Vorliebe nehmen »Aufarbeiter« des »dunkelsten Kapitels der deutschen Geschichte« die Pose des Kritikers ein. Mit dem vorhandenen und dem noch erbetenen Material soll, wie vom Deutschlandfunk angekündigt, Stalingrad als »Chiffre für den verbrecherischen Charakter von Hitlers Kriegen«, als »Synonym für die Sinnlosigkeit des Krieges überhaupt« dargestellt werden. Bei dem Satz lohnt es, einen Moment zu verweilen. Nicht wegen der Markierung Hitlers als alleinigen »Eigentümers« des Krieges. Die These ist unausrottbar, ersetzt sie doch ganze Batterien von Nebelwerfern. Aber: von *einem* Hitlerkrieg zu einer ungenannten Zahl von *Hitlerkriegen*? Das meint zwei, zielt auf Aussonderung des »Ostkrieges« als »Kampf gegen den Bolschewismus«, der im dominierenden bundesrepublikanischen Verständnis seit Jahrzehnten seine Rechtfertigung erfährt.

Sodann aber: Warum eigentlich ist erst Stalingrad *die Chiffre,* an der der verbrecherische Charakter des Krieges erkennbar wird? Weil vor und in den Ruinen dieser Stadt eine jedenfalls sechsstellige Zahl deutscher Männer umkam? Verbrecherisch wurde dieser von Deutschland begonnene, in seinen militärischen und zivilen Führungsschichten gewollte und geplante Krieg nicht dort und überhaupt nicht erst irgendwann in seinem Verlauf. Er besaß diese Qualität durch seine Ziele von Anbeginn; sie schlossen das jedes Kriegs-, Völker- und Menschenrecht ignorierende Vorgehen der bewaffneten Kräfte ein.

Schließlich: *Stalingrad als Symbol für die Sinnlosigkeit des Krieges überhaupt.* Das ist ein echt deutscher Männersatz. Kein Gedanke, daß sich mit dieser Stadt für deren Verteidiger und alle, die auf ihrer Seite standen, das Wissen verbindet, daß hier der Plan scheiterte, Osteuropa zum Kolonialreich unter dem Hakenkreuz zu machen. Wieso also sinnlos? Selbst wer die Perspektive des Aggressors einnimmt, wird auf Sinnlosigkeit nicht kommen, wenn er bedenkt, daß sich mit dem Krieg und gerade mit diesem Feldzug die Inbesitznahme und Ausbeutung von Reichtümern verband, die auf den Wunschlisten deutscher Großunternehmen standen. Staat und Banken hatten sich zu »Ostgesellschaften« – so bezeichnet, weil Hitler meinte, Monopolgesellschaften höre sich für den »Landser« verdächtig an – , schon zusammengeschlossen und u. a. Mittel aufgebracht, die zur Ingangsetzung der Erdölproduktion im Kaukasus verwendet werden sollten. Stalingrad lag, militärstrategisch gesehen, auf dem Wege dahin. Sinnlos war das alles nicht. Stalingrads Eroberung, damit die Sicherung des Vorstoßes in Richtung Weizen und Erdöl machte Sinn nicht nur für die Weiterführung des Krieges »im Westen«, sondern weil »uns« doch dort niemand wieder wegbekommen sollte.

Stalingrad auf Pferdefleisch und Läuse, auf Verhungern und Erfrieren, auf das elende Zugrundegehen in Geschoß-, Granaten- und Bombenhagel, auf den Mangel an ärztlicher Versorgung, auf Einsamkeit und Verlorensein zu reduzieren, bedeutet trotz allem präsentierten Grauen nicht mehr als die Verabreichung von historischer Schonkost. Von diesem Krieg und davon, wie er in die deutsche, europäische und Weltgeschichte kam, ist damit nichts verstanden.

Anders steht es mit dem Blick, den diese Post in die geistige und mentale Verfassung der Soldaten der 6. Armee erlaubt. Er zeigt Deutsche, die nicht erst durch die faschistischen Ideologen und Demagogen in Kriegsform gebracht worden waren.

Kuby, der seine Umgebung in Feldgrau nahezu vom ersten Kriegstage an studierte, schrieb: »Glaubst Du, daß in dieser Masse mehr als, ich schätze hoch, zweitausend gewesen sind, die es nicht herrlich gefunden hätten, als Sieger an der Wolga zu sein und dort Hütten zu bauen?« Von diesem Vorgefühl zeugen Soldatenbriefe. Zwei Kostproben, Briefe, geschrieben am 24. und 27. August, als die ersten Soldaten nördlich von Stalingrad den Strom erreicht hatten: »Bald können wir mit Recht das Lied singen: Es steht ein Soldat am Wolgastrand.« Und: »Das Lied vom Soldaten am Wolgastrand, es wird Wahrheit für uns sein.« Das zitierte Franz Lehárs Operette und den darin besungenen Soldaten, der Wache »für sein Vaterland« hält. In einem im Januar 1943 geschriebenen Brief eines Soldaten taucht die Schnulze wieder auf. Er und seine Kameraden hätten das Wolgalied gesungen. Nun wird Bezug auf spätere Verse genommen: »Hast du dort oben vergessen auf mich? ... Du hast dort oben viel' Engel bei dir! Schick' doch einen davon auch zu mir« und auf den Käfig, der nicht golden sei, sondern den die »russische Einkreisung« forme. Und dann sind da noch die anderen Briefe, deren Absender den Heldentod erwarten und in die vaterländische Geschichte eingehen wollen.

Ins Grübeln sind deutsche Soldaten in Stalingrad in unterschiedlichem Grade schon geraten. Wer aber ist bis zu der Frage gelangt: Was haben wir hier eigentlich zu suchen? Wer fand welche Antworten? Und wessen Nachfahren werden in neupatriotischer Zeit Briefe ihrer Vorfahren vorweisen, die womöglich den Anflug eines landesverräterischen Gedankenganges erkennen lassen?

Von Kurt Pätzold ist soeben das Buch »Stalingrad und kein Zurück. Wahn und Wirklichkeit« (Militzke) erschienen

Konkret 11/02, S. 56

Jens Hoffmann

To whom it may concern

Zur Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes »Bund«

»›Toit‹ zum Beispiel ist eben nicht ›tot‹ und ›Blüt‹ ist keinesfalls ›Blut‹.«

Franz Kafka: »Rede über die jiddische Sprache« (1912)

Sowohl für seine wohlwollenden Kritiker als auch seine militanten Feinde stellte der zunächst im zaristischen Rußland, später hauptsächlich in der Zweiten Polnischen Republik aktive Allgemeine Jüdische Arbeiterbund ein politisches Ärgernis dar. Dies war vor allem der Tatsache geschuldet, daß sich die Aktivistinnen und Aktivisten des 1897 in Wilna gegründeten »Bunds« nicht so verhielten, wie es in der bürgerlichen Gesellschaft von einer ordentlichen Minderheit erwartet wird. Sowenig sie als Individuen bereit waren, die sozialen und politischen Werte der Mehrheit zu übernehmen, so beharrlich lehnte es der »Bund« als Organisation ab, sich mit der Rolle einer berechenbar oppositionellen Minderheitenpartei innerhalb des polnischen Nationalstaates zufriedenzugeben.

Denn die Wege, die die jüdische Bevölkerung im Polen der Zwischenkriegszeit vorfand, führten nur scheinbar aus der Unfreiheit heraus. Nicht als politische Subjekte wurden die einzelnen betrachtet, sondern als Empfänger von Vorschriften. Unterwirf dich den Regeln der Mehrheit und hoffe, daß du als Teil der Gesellschaft oder gar der heiligen Nation akzeptiert wirst, gab man den Ausgesonderten zu verstehen. Lerne, dich mit Möglichem zu bescheiden und treibe, wenn du schon unbedingt Politik betreiben mußt, Realpolitik. Streite nicht für das Unmögliche. Das Unmögliche wird nur den Zorn der sich selbst disziplinierenden Mehrheit herausfordern. Sei geduldig und sorge dich mehr um die Zukunft deiner Nachkommen als um deine schlechte Gegenwart. Zeige in Konfrontation mit der Mehrheit und ihren Gewalten weder zuviel Unterwürfigkeit noch Selbstbewußtsein. Lache stets zur rechten Zeit über die Witze, die man dir erzählt, finde dich ab mit der Zerschlagung deines Namens und der Zurückweisung deiner Sprache. Versuche an einem anderen Ort dein Glück, wenn man dich bedroht. Kämpfe nicht an gegen die Drohungen. Und vergiß nie – auch als Teil der Mehrheit wirst du möglicherweise unglücklich sein, doch außerhalb von ihr bist du bloß ein Nichts.

In Frontstellung zu diesen Zumutungen machten sich die Bundistinnen und Bundisten nach Ende des Ersten Weltkriegs in Polen als eine mit weltlich-jüdischem Selbstbewußtsein und politischen Forderungen auftretende Kraft bemerkbar. Hinsichtlich der Mitgliederzahlen des »Bunds« ist die Forschung auf Schätzungen angewiesen. Gertrud Pickhan kommt in ihrer detaillierten Studie *Gegen den Strom* auf die Zahl von etwa 9.000 Parteiangehörigen für die Jahre 1930 bis 1935 und hält nach Auswertung der Quellen eine Zunahme auf 18.000 bis zum Jahr 1939 für wahrscheinlich. Eine ähnliche Entwicklung rekonstruiert sie im Bereich der jüdischen Einzelgewerkschaften. Demnach waren 1921 insgesamt 46.201 Männer und Frauen in der für den »Bund« wichtigsten außerparteilichen Organisation registriert. Anfang 1939 war ihre Zahl bereits auf knapp 100.000 gestiegen. Ferner gehörten nach Angaben des polnischen Innenministeriums aus dem Jahr 1927 landesweit 6.000 Männer und Frauen zwischen 14 und 25 Jahren dem Jugendverband des »Bunds« an.

Die Bundistinnen und Bundisten lehnten assimilatorische Konzepte und die verschiedenen Formen des Zionismus ebenso ab wie die Orientierungen der jüdischen Orthodoxie. Als Angehörige des jüdischen Proletariats wollten sie dort für eine sozialistische Gesellschaft streiten, wo sie lebten, und während dieses Kampfes nicht als Juden verschwinden. Ihre revolutionäre, den uneingelösten Ideen der Aufklärung verbundene Einstellung gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft umfaßte politische Forderungen, die sowohl im Marxismus als auch in der internationalen Arbeiterbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre nur eine untergeordnete Rolle spielten. Früher und entschiedener als andere Parteien der revolutionären Linken eröffnete der »Bund« den Kampf gegen die Antisemiten, statt einfach nur tatenlos davon auszugehen, daß mit der Überwindung des Kapitalismus schließlich auch der Antisemitismus verschwinden werde. Neben Debatten über die Ursachen antisemitischer Einstellungen, die in parteinahen Zeitschriften wie »Naye Folkstsaytung« und »Kegn Shtrom« veröffentlicht wurden, sorgte der »Bund« ab Anfang der dreißiger Jahre durch Bernard Goldstein für die Umstrukturierung seiner Miliz, die nun nicht nur Veranstaltungen und Einrichtungen der Partei vor Übergriffen schützte, sondern auch antisemitischen, meist mit den polnischen Nationaldemokraten verbundenen Gruppen im Alltag militant entgegentrat. Bündnisse im Kampf gegen Antisemitismus waren bis zur Besetzung Polens durch die Deutschen nur mit der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) möglich und überdies von geringer Haltbarkeit.

Der zweite Unterschied zu den gesellschaftlicher Emanzipation verpflichteten politischen Gruppierungen der Zeit bestand in dem von Marek Edelman als »sozialistische Infrastruktur jüdischen Lebens« charakterisierten Aufbau staatlich unabhängiger, weltlich orientierter Einrichtungen durch den »Bund«. Für Kinder, die sonst keine Chance hatten, solche Orte jemals zu betreten, schuf der »Bund« Sanatorien und Schulen. Der Zweck dieser Einrichtungen – am bekanntesten wurde das in der Nähe von Warschau gelegene Medem-Sanatorium für tuberkulosekranke Kinder – beschränkte sich nicht

auf die dort geleistete Hilfe, sondern lag auch in der beispielhaften Etablierung von bis dahin unbekannten Formen jüdischen Lebens. Inmitten der Enge städtischer Arbeiterpferche und des allenfalls mit religiösen Trostworten ausgepolsterten Ghettoelends bildete das Medem-Sanatorium bis zu seiner Zerstörung durch die Deutschen nach Auskunft Edelmans eine »Insel der Freiheit und Demokratie«. Hier erhielten jüdische, aber auch polnische und deutsche Kinder die Möglichkeit, eine andere Welt kennenzulernen und dabei zu erfahren, daß es nicht abwegig war, auch außerhalb eines auf Rätebasis geführten Sanatoriums etwas anderes zu wollen als die auf örtliche Betäubungen spezialisierte nationalstaatliche Siechenstation. Der »Bund« begründete also eine Tradition, in der Juden ohne Religion, ohne Furcht beim Aussprechen ihres Namens und in solidarischer Nähe zu den internationalen Kämpfen um Emanzipation als Juden leben konnten.

So selbstverständlich sich die Bundistinnen und Bundisten als Teil der internationalen Arbeiterbewegung begriffen, so selbstbewußt positionierte sich der »Bund« gegenüber seinen politischen Freunden und befreundeten Feinden. Die Entwicklungen in der Sowjetunion etwa wurden mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Ausdrücklich begrüßte man die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die planwirtschaftlichen Bemühungen. Die assimilatorische Nationalitätenpolitik und die Ansiedlung von Minderheiten in bestimmten Gebieten der Sowjetunion hingegen wurden mit weniger Sympathie betrachtet. Scharfe Kritik übten Angehörige des »Bunds« bereits Anfang der dreißiger Jahre an den autoritären und antihumanen Erscheinungen innerhalb der sowjetischen Gesellschaft. So wurden Führertum, Personenkult und die verschiedenen Säuberungsprozesse als Begleiterscheinungen einer Emanzipation negierenden Diktatur des Politbüros über die Arbeiterklasse bewertet.

Innerhalb der Sozialistischen Arbeiter Internationale, der der »Bund« nach gescheiterten Verhandlungen mit der Komintern und langen parteiinternen Auseinandersetzungen 1930 beigetreten war, gehörte man zur linkssozialistischen, antireformistischen Minderheit. Entschieden wandte sich der »Bund« in dieser Zeit gegen die Praxis der Sozialdemokratie, den Faschismus durch Tolerierung bürgerlich-reaktionärer Regierungen schwächen zu wollen. Wegen des Legalismus der SPD und der Spaltungspolitik der KPD sprach der »Bund«-Delegierte Wiktor Alter vom »Selbstmord der deutschen Arbeiterbewegung« angesichts des Nationalsozialismus.

Die zionistischen Parteien in Polen wurden vom »Bund« als Vertreter einer genuin bürgerlichen Politik kritisiert. Neben der Idee einer jüdischen Nation kritisierte der »Bund« die häufig antiarabisch aufgeladenen, nationalsstaatlichen Ambitionen der linken und rechten Zionisten in Palästina und die daraus resultierende Gleichgültigkeit gegenüber der politischen Situation in Polen.

Diese mit Vehemenz vorgetragene Kritik war allerdings nicht immer relevant für die Praxis des »Bunds«. Trotz zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Angehörigen der polnischen KP beteiligte sich der »Bund« an der Kampagne zur Legalisierung der Partei und unterstützte KP-Mitglieder durch Bundistische Anwälte. Ferner warb der »Bund« innerhalb der Linken für die Gründung einer landesweit engagierten sozialistischen Partei und um Wahlbündnisse mit den Gruppierungen der »Poale Zion«.

D

ie Auslöschung dieser jungen politischen Tradition begann mit der Besetzung Polens durch die Wehrmacht und den unmittelbar darauf einsetzenden Maßnahmen der Deutschen zur systematischen Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Einem Teil der besonders gefährdeten Bundistinnen und Bundisten gelang die Flucht aus Polen. Pickhan erwähnt das Entkommen von vierzehn Angehörigen der Führungsgruppe nach Westen. Sechs wurden von den Deutschen in Polen umgebracht. Artur Zygelbojm, der den »Bund« im Nationalrat der polnischen Exilregierung in London vertrat, nahm sich im Mai 1943 aus Protest gegen die Gleichgültigkeit der Welt angesichts der Massenmorde das Leben. Leon Feiner, Mitglied des Zentralkomitees, überlebte im Untergrund und starb im Februar 1945 in Lublin. Marek Edelman erinnert sich an sein Erstaunen über diesen Tod. Feiner war der erste seiner Freunde, der nicht ermordet wurde, sondern in einem Krankenhausbett starb. Vier Angehörige des »Bunds«, unter ihnen die Leiter der Partei, Wiktor Alter und Henryk Erlich, kamen nach ihrer Flucht in die Sowjetunion als Häftlinge des NKVD ums Leben. Die im August 1942 während der Zerstörung des Medem-Sanatoriums verhafteten Kinder und Erwachsenen wurden von den Deutschen nach Treblinka geschafft und ermordet.

Dort, wo ihre organisatorische Basis nicht sofort zerschlagen worden war, beteiligten sich Angehörige des »Bunds« am Widerstand gegen das von den Deutschen errichtete Mordsystem. Besonders in seinen früheren Zentren Warschau, Lodz, Bialystok und Lublin bemühte sich der »Bund« darum, die aus ihren Lebensverhältnissen gerissene jüdische Bevölkerung durch soziale und kulturelle Hilfe zu unterstützen, »den Zusammenhalt wiederherzustellen, die Furcht zu besänftigen und die Menschen dahin zu bringen, einander beizustehen« (Goldstein). Daneben gehörte es zur Untergrundarbeit des »Bunds«, die Ghettobewohner durch Flugschriften vor den Konsequenzen der von den Deutschen als »Umsiedlungsaktionen« angekündigten Deportationen zu warnen, Informationen über die Vorgänge im Land und in den Konzentrationslagern zu verbreiten und die Kollaboration mit den Deutschen innerhalb des Ghettos zu ächten beziehungsweise zu verhindern.

Nachdem sich die im Ghetto von Warschau verbliebenen Männer und Frauen des »Bunds« für den Aufstand entschieden hatten, wurde die Beschaffung von Waffen zur dringlichsten und – wegen der mehrheitlich ablehnenden Haltung der in Polen operierenden nichtjüdischen Widerstandsorganisationen – schwierigsten Aufgabe. Diese verweigerte Solidarität war das letzte Beispiel für die indifferente bis feindliche Einstellung, mit der die Mehrheit in Polen den jüdischen Sozialistinnen und Sozialisten gegenüberstand. Sowenig man sich für ihr Leben interessiert hatte, so gleichgültig blieb man angesichts der Todesgefahr, in der sich die gesamte jüdische Bevölkerung befand. Konfrontiert mit der Niederschlagung des Aufstandes und der Zerstörung des Warschauer Ghettos durch die Deutschen schrieb der damals versteckt auf der »arischen« Seite lebende Bernard Goldstein: »Dies war das Ende. Dies war die Schlußabrechnung von Hunderten von Generationen des Lebens und des Aufbauens, von Religion, Thora, von Frömmigkeit und Freidenkertum, von Zionismus und Bundismus, von Kämpfen und Ringen, von Hoffnungen eines ganzen Volkes – dieses – dieser große Schutthaufen.«

Da die Rote Armee Anweisung hatte, nicht nur die Deutschen zu besiegen, sondern auch die Etablierung eines wohlgeordneten Systems der Unfreiheit vorzubereiten, wurde ein Neuanfang für die überlebenden Angehörigen des »Bunds« in Polen unmöglich. »Formell existierte der ›Bund‹ weiter«, berichtet Marek Edelman in dem von Rudi Assuntino und Wlodek Goldkorn herausgegebenen Band *Der Hüter*. »Es hieß, er habe rund 600 Mitglieder. Aber eine richtige politische Partei war das nicht mehr. Erstens, weil es keine Judenheit mehr gab. Zweitens, weil die Bundisten, die überlebt hatten, nur eines wollten: möglichst weit weg vom Kommunismus. Ich gehörte zum Zentralkomitee der ›Cukunft‹, der Jugendorganisation. Zweimal trafen wir uns mit der Führung der kommunistischen Jugendorganisation, die damals die sogenannte Vereinigung der Arbeiterbewegung anstrebte, was in der Praxis bedeutete, daß die Kommunisten alle sozialistischen Bewegungen annektierten. Zu einem dritten Treffen sind wir nicht mehr gegangen. Sie drohten uns, sie würden uns ins Gefängnis stecken. Aber passiert ist nichts. Im Grunde lag den Kommunisten kaum noch etwas an der Unterstützung der wenigen Juden, die in Polen überlebt hatten. Sie waren damals schon Nationalisten und propagierten die Idee eines ethnisch homogenen Polen.«

Neben diesen Entwicklungen sahen sich viele der jüdischen Überlebenden auch durch den noch immer weitverbreiteten Antisemitismus veranlaßt, Polen zu verlassen. Über seine Gedanken während des Wartens auf Ausreisepapiere schrieb Bernard Goldstein, der bereits an den antizaristischen Kämpfen in Rußland teilgenommen hatte: »Ich konnte ein Gefühl des Neides auf diese Menschen um mich nicht unterdrücken, die alle mit Vorbereitungen für die Heimreise beschäftigt waren. Ihre Träume gingen nun in Erfüllung. ... Es war schon ein ungewöhnlich großes Glück, daß ich in das Pilsenlager gekommen war, das unter amerikanischem Schutz stand, nur 14 Tage nachdem ich Warschau verlassen hatte. Ich empfand es dankbar, dennoch konnte ich mich des Gefühls nicht erwehren, daß es ein leerer Erfolg war. Ich konnte nicht sehen, was danach kommen sollte. Für die anderen war es der Heimweg. Für mich war es eine Sackgasse.«

Außer den Erinnerungen der Überlebenden und Archivdokumenten ist vom »Bund« kaum etwas geblieben. Nahezu spurlos ist diese Tradition des jüdischen Proletariats ausgelöscht worden. Der Name sagt den Heutigen wenig bis nichts, Hinweise in Publikationen, die sich der Dokumentation von marxistischen Traditionen und Kämpfen um Emanzipation verpflichtet wissen, sind selten.

Eines der wenigen Kunstwerke, die sich auf die Praxis des »Bunds« beziehen und nicht zerstört worden sind, ist Aleksander Fords Film »Mir kumen on« von 1936 über das Medem-Sanatorium. Bekanntgeworden war Ford in Polen durch den Dokumentarfilm »Legion Ulicy« von 1932 über den Alltag von Zeitungsjungen in Warschau. In den letzten Monaten des zweiten Weltkriegs realisierte er ferner den ersten Kompilationsfilm über ein befreites Konzentrationslager, der ab November 1944 unter dem Titel »Majdanek – Cmentarzysko Europy« gezeigt worden ist. Nach seiner politisch motivierten Entlassung als Direktor der Filmschule von Lodz emigrierte Aleksander Ford 1969 nach Israel und starb 1980 in Los Angeles.

In dem ausschließlich mit Laien gedrehten und von der polnischen Zensur verbotenen »Mir kumen on« kontrastiert Ford die Enge und das Elend der Arbeiterviertel von Warschau mit den Verhältnissen im Medem-Sanatorium. Die Zeit des aussichtslosen Wartens ist an diesem Ort vorbei, die Kinder sind auf ihrem Weg. Sie können eine Lokomotive sein, an Mikroskopen herumschrauben oder schaukelnd durch die Luft schwingen. Sie befreien im Spiel die Marionetten von ihren Schnüren und vertreiben den Direktor, der sie zum Einfangen der Puppen zwingen will. Mädchen und Jungen leben zusammen. Es gibt genügend Essen und obendrein auch noch Zahnpulver für alle. Die Generalversammlung der Kinder beurteilt Streitfälle und Auseinandersetzungen. In den täglich verlesenen Nachrichten findet der Nachwuchs der hauseigenen Kaninchen ebenso Erwähnung wie der Streik der Bergarbeiter von Lodz. Wie die Kinder im Sanatorium leben, erfährt das Publikum hauptsächlich durch die Erfahrungen des Neuankömmlings Zalman, der in der Kleidung der Orthodoxen zur Tbc-Kur eintrifft. In einer zentralen Sequenz verliert Zalman zunächst seine Mütze und legt schließlich auch den Mantel ab, um sich beim Ballspiel mit den anderen freier bewegen zu können. Dies wird gezeigt, ohne das mit dem Mantel verbundene Leben in irgendeiner Weise zu verhöhnen. Auch die Entscheidung gegen koschere Mahlzeiten wird ohne die hämische Herabsetzung überlieferter Haushaltsregeln getroffen. Am Ende des Films verlassen einige Kinder das Sanatorium und gehen hinaus in die Welt. Es dauert eine Weile, bis sie nicht mehr bedrückt zu Boden schauen, sondern selbstbewußt in die Kamera blicken. Sie haben Lieder für den Weg. Die Dynamik und der ebenso antiautoritäre wie

kämpferische Grundton von »Mir kumen on« sind nur zum Teil Resultat von Fords Inszenierung. Hauptsächlich kommen sie von Leuten, die etwas von der Welt wollen und wissen, daß ihnen dies nicht geschenkt werden wird.

Im Rückblick betrachtet bilden die Auseinandersetzungen um Dableiben und Weggehen, Klassenkampf und Alija ein tristes Paradox: Während die zionistischen Parteien aus vernunftwidrigen Gründen das Richtige taten, hatte die vernünftige Option des »Bund« tödliche Konsequenzen.

Materialien:

Rudi Assuntino/Wlodek Goldkorn: *Der Hüter – Marek Edelman erzählt*. C. H. Beck, München 2002, 181 Seiten, 19,90 Euro

»Mir kumen on«. Regie: Aleksander Ford; Polen/USA 1938, ca. 60 Minuten. Video der Amerika Gedenkbibliothek, Berlin

Bernard Goldstein: *Die Sterne sind Zeugen*. DTV, München 1965

Gertrud Pickhan: *Gegen den Strom – Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Polen 1918-1939*. DVA, Stuttgart/München 2001, 445 Seiten, 68 Euro

Ausstellungskatalog

Arbeiter und Revolutionäre. Die jüdische Arbeiterbewegung. Hg. von Beth Hatefutsoth, The Nahum Goldmann Museum of the Jewish Diaspora Tel Aviv, Museum der Arbeit Hamburg. Dölling und Galitz, Hamburg 1998, 138 Seiten, zur Zeit vergriffen

---

Jens Hoffmann schrieb in KONKRET 8/02 über Avi Mograbis Israelfilm »August«

Konkret 11/02, S. 59

Aki Kaurismäki, Marit Hofmann

»Marx was right«

Aki Kaurismäkis neuer Film »Der Mann ohne Vergangenheit« (Besprechung siehe Film des Monats) wurde bei den diesjährigen Festspielen in Cannes mit dem Grand Prix der Jury und beim Filmfest Hamburg mit dem Douglas-Sirk-Preis ausgezeichnet – was den Geehrten allerdings »einen Dreck« kümmert: »Der Film bleibt schließlich der gleiche.« Die Teilnahme am New Yorker Filmfest hat der finnische Filmemacher vor kurzem abgesagt, weil dem ebenfalls eingeladenen iranischen Regisseur Abbas Kiarostami die Einreise verboten wurde: »Wenn die jetzige Regierung der USA keinen Iraner haben will, dann hat sie wohl auch kaum Verwendung für einen Finnen. Bei uns gibt es ja nicht mal Öl.« KONKRET sprach mit dem Regisseur, der neuerdings auch sein eigener Produzent ist, über die Boulevardpresse, den Oscar und andere Flaschen

KONKRET: Sie bezeichnen sich als Kommunisten.

Kaurismäki: Ich bin kein Parteimitglied. Ich denke aber, daß Karl Marx recht hatte.

In Ihren Filmen, gerade in Ihrem neuen, wird das realexistierende System zwar deutlich kritisiert, es gibt aber keine Hoffnung auf eine fundamentale Veränderung.

Die Lage ist doch auch hoffnungslos, ich glaube nicht, daß es den Kommunismus noch mal geben wird. So wie die Menschen mit sich und der Natur umgehen, werden sie in spätestens 300 Jahren verschwunden sein. Das ist traurig, denn ich mag Kinder, wissen Sie.

Im »Mann ohne Vergangenheit« schlagen Sie sich auf die Seite der Unterprivilegierten. Glauben Sie noch an die Arbeiterklasse?

Wem zum Teufel können Sie noch trauen? Niemandem. Schon gar nicht der Regierung und der Wirtschaft, die hinter ihr steht. Ich glaube an Bäume. Meinetwegen auch an Büsche.

Meinen Sie, daß man das Glück nur noch im Privaten finden kann, wie Ihre Figuren im Film?

Die Wirklichkeit ist deprimierender als das Kino. In der Wirklichkeit haben Verlierer keine Chance. Die Leute sollten höflicher sein, dann könnten sie vielleicht auch glücklicher sein. Ich gehe lieber in den Wald Pilze sammeln, das ist meine Vorstellung von Glück.

Warum ignorieren Sie sämtliche Fortschritte in der Filmtechnik und bevorzugen altmodische Bilder wie aus den fünfziger Jahren?

Um ganz ehrlich zu sein: weil ich alt werde. Ich bin ein müder Wolf (Kaurismäki benutzt die deutsche Formulierung; M. H.).

Das Bild, das wir hierzulande von Finnland haben, ist maßgeblich von Ihren Filmen geprägt ...

... und ich muß mir die Klagen der finnischen Tourismusbehörde anhören, daß meine Filme ihre Arbeit um Jahre zurückwerfen.

Die finnische Boulevardpresse scheint Sie auch nicht besonders zu mögen.

Das beruht auf Gegenseitigkeit. Generell mögen die Finnen meine Filme aber. Leider können sich diejenigen, für die ich die Filme mache, keine Kinokarte leisten.

Die Heilsarmee kommt im »Mann ohne Vergangenheit« erstaunlich positiv weg.

Sie hat in Finnland auch vielen Menschen geholfen.

Und mit ihrer religiösen Botschaft haben Sie keine Probleme?

Ich glaube an Bäume. Sollen andere doch an Gott glauben.

Warum die Geschichte vom Mann, der sein Gedächtnis verliert?

Weil ich ein Komödiant bin. Ich mag es, wenn die Leute lachen.

Aber formuliert der zweifellos komische Film nicht auch ein Ideal von Solidarität?

Teilweise sicher.

Warum machen Sie überhaupt Filme?

Ich habe länger als Tellerwäscher in Stockholm gearbeitet, ich mochte den Job, aber das konnte man schließlich nicht sein ganzes Leben lang machen, schon gar nicht in Schweden! So drehe ich jetzt eben schlechte Filme. Wenn ich nicht so faul wäre, wären sie besser.

Unzufrieden sind Sie trotzdem?

Kennen Sie einen einzigen ernsthaften Filmemacher, der mit seiner Arbeit zufrieden ist? Die Betonung liegt auf ernsthaft.

Wer ist für Sie ein ernsthafter Filmemacher?

Ich nicht.

Was stört Sie denn zum Beispiel an Ihrem neuen Film?

Nichts. »Der Mann ohne Vergangenheit« ist ein großer Film, den jeder sehen sollte, die ganze Familie. Und dann kaufe ich mir einen Cadillac und fahre nach Texas. Der Haken an der Sache: Ich habe schon einen Cadillac. Der ist noch älter als ich.

Aber in Hollywood wollen Sie nicht vorbeischauen?

Niemals! Mit Hollywood will ich nichts zu tun haben.

Es gibt das Gerücht, daß Hollywood an Ihrem neuen Film interessiert ist, um ihn für einen Oscar zu nominieren.

Who cares? Ich habe hier schon eine Bierflasche (deutet auf die Flasche, die neben einem Cognacglas vor ihm steht). Ist ungefähr genauso groß wie ein Oscar.

Am Set sollen Sie für Ihre Schauspieler folgenden Grundsatz formuliert haben: »I want no acting in my movies.« Können Sie das erklären?

Spielen sollen die Schauspieler schon, aber sie sollen nicht vorgeben zu spielen, also nicht schreien, nicht mit den Armen rumfuchteln und so weiter.

Andernfalls sägen Sie ihnen die Arme ab – haben Sie auch mal gesagt. Stimmt es, daß Sie sich bisweilen am Set wie ein Diktator gebärden?

Sagen wir, eher wie ein demokratischer Diktator. – Sagen so was meine Schauspieler? Erinnern Sie mich bitte daran, daß ich ihnen verbiete, soviel zu reden.

Interview: Marit Hofmann

Konkret 11/02, S. 60

Andreas Busche

FilmTheater

Bowling for Columbine

Regie: Michael Moore; mit Charlton Heston, Marilyn Manson; USA/Kanada/BRD 2002 (Prokino); 122 Minuten; ab 21. November im Kino

Um herauszukriegen, was Amerikas Problem ist, begibt sich Michael Moore sogar auf die Bowlingbahn von Littleton. Hier haben Eric Harris und Dylan Klebold am Morgen des 20. April 1999 noch ein paar Kugeln geschoben, bevor sie an der Columbine High School ein Massaker anrichteten. »Sind wir eine Nation von Waffenverrückten, oder sind wir einfach nur alle verrückt?« ist die tautologische Grundüberlegung seines neuen Films, und Moore hat seinem Amerika ordentlich auf den Zahn gefühlt: dem Hausmeister der »Littleton Lanes«, Charlton Heston, Marilyn Manson, »South Park«-Autor Trey Parker, der Michigan Militia, »American Bandstand«-Begründer Dick Clarke etc. pp. Man kann nicht behaupten, daß er sich keine Mühe gegeben hätte, Antworten zu finden, die er längst hat. Moores Filme sind keine Dokumentationen im herkömmlichen Sinne, sondern verkappte Sozialreportagen. Seine Methoden sind dabei so induktiv wie bei jedem anderen Populisten. Daraus macht er auch keinen Hehl.

Moore ist natürlich nicht mehr, wie noch zu Zeiten von »Roger and Me«, der kleine Mann von der Straße, wenn er mit Fünftagebart, Baseballcap und Windjacke seinen »Corporate Celebrities« vor ihren Prachtvillen und Bürotürmen auflauert. Er ist inzwischen selbst der Posterboy der amerikanischen Sozialkritik, das schlechte Gewissen des »Corporate America«. In Cannes hat »Bowling for Columbine« in diesem Jahr sogar als erster Dokumentarfilm überhaupt einen Spezialpreis gewonnen. Moore weiß um die Macht der Networks, in deren Auftrag er heute unterwegs ist, und manchmal würde man sich auch etwas mehr von dem alten Kamikaze-Spirit wünschen, dort vor allem, wo »Bowling for Columbine« streckenweise auf das Niveau des übelsten Betroffenheitsfernsehens zurückfällt. Der Film hätte aber auch leicht eine launige NRA-Nummernrevue werden können; nur ist ihm dann dummerweise noch 9/11 dazwischengekommen.

Wenn Moore am Ende wieder in Littleton angekommen ist (bzw. am Swimmingpool von Charlton Heston), nach einem Abstecher in die Vorgärten der »Gated Communities«, nach South Central und in die Produktionsstudios der Fernsehshow »Cops«, hat er eine beispiellose Angstkultur ausgemacht, die ganze Wirtschaftszweige finanziert. Die Rechnung sieht folgendermaßen aus: Die von der Angst profitieren, produzieren sie, um sich von ihrem Gewinn Waffen kaufen zu können, mit denen sie dann andere Länder bombardieren, damit in der eigenen Bevölkerung noch mehr Angst geschürt werden kann. Die Toten von Littleton bleiben unterm Strich stehen als die Zinsen dieser ertragreichen Angstproduktion.

Konkret 11/02, S. 60

Ulrike Capdepón

FilmTheater

Führer Ex: von Neonazis und DDR-Knästen

Regie: Winfried Bonengel; mit Christian Blümel, Luci van Org; Deutschland 2002 (Tobis); 109 Minuten; ab 7. November im Kino

Einen »anderthalbstündigen Werbefilm« nannte Ingrid Strobl in KONKRET 1/94 Winfried Bonengels Dokumentation »Beruf Neonazi«, in der Bonengel distanzlos den Jungnazi Ewald Althans porträtierte. Nun verarbeitet der Regisseur in seinem Spielfilmerstling einen vergleichbaren Stoff. Über das erklärte Ziel, die Biographie des am Drehbuch beteiligten Neonazi-Aussteigers Ingo Hasselbach zu verfilmen, schießt er jedoch hinaus. Denn anstatt den in dessen autobiographischem Buch *Die Abrechnung* zentralen Ausstieg aus der rechten Szene zu thematisieren, steht im Film der Gefängnisaufenthalt in der DDR im Mittelpunkt, der die Hauptfigur, so scheint's, erst zum Nazi gemacht hat.

Die Geschichte ist rasch erzählt. Ostberlin, Mitte der achtziger Jahre: Die beiden 18jährigen Freunde Heiko und Tommy sind frustriert und wollen raus aus der DDR. Mit dem Ziel Australien unternehmen sie einen Fluchtversuch, der fehlschlägt. Wegen Republikflucht angeklagt, landen sie im Knast. Während Tommy von der Nazi-Bande, zu der offenbar die meisten Knastinsassen gehören, aufgenommen wird, distanziert sich der sensiblere Heiko zunächst von ihr. Ihm widerfahren extreme Demütigungen und Erniedrigungen, mehrfach ist er sexuellem Mißbrauch durch andere Gefangene ausgesetzt. Als er sich dagegen wehrt, kommt er in Einzelhaft und muß Monate in einem dunklen Kellerloch zubringen, woran er beinahe zugrunde geht. Als gebrochener Mensch versucht Heiko zusammen mit Tommy einen weiteren Fluchtversuch, doch nur Tommy gelingt es, aus dem Knast freizukommen und kurz vor der Wende nach Westdeutschland zu gelangen.

Bonengel spürt ohne Scheu ausufernden Gewaltakten der Naziszene nach. In der Inszenierung dieses Milieus hat der Film seine starken Momente, sehr schwach ist er allerdings in der Beantwortung der zentralen Frage: Warum wird aus einem Jugendlichen ein Sprechblasen absondernder Neonazi? Nach der langatmigen Darstellung der Knastzeit wird Heiko übergangslos zum Nazi-Führer, der in Berlin ein von Skinheads besetztes Haus leitet und mittlerweile davon überzeugt ist, als Wirtschaftsminister des Vierten Reiches in die Geschichte einzugehen.

So suggeriert Bonengel, daß der in der DDR verordnete Antifaschismus letztlich nur sein Gegenteil bewirken konnte. Und auch an der Ausbreitung neonazistischer Aktivitäten nach dem Fall der Mauer ist natürlich einzig und allein die DDR schuld.

Konkret 11/02, S. 60

Jan Pehrke

FilmTheater

B-52

Regie: Hartmut Bitomsky; BRD 2001 (Basis); 109 Minuten; seit Oktober im Kino

Irgendwas irgendwie interessant finden – so kommt der heutige Dokumentarfilmer meist zu seinen Stoffen. Anschließend springt die Assoziationsmaschine an, und irgendwann gilt ihm sein Sujet dann auch als Sinnbild eines komplexeren Zusammenhangs. Hartmut Bitomsky verfiel vermutlich so auf das US-amerikanische Bomber-Flugzeug B-52, das für ihn ein Symbol des Kalten Krieges darstellt. In strukturalistischer Manier macht er das Objekt seiner Begierde zum Subjekt der Geschichte, da der Mensch in den modernen Kriegen unwichtig geworden sei. Nicht einmal als Opfer taucht er noch auf. Laut »Jungle World« hätte Bitomsky es als obszön empfunden, die Opfer der B-52-Bombenangriffe in Vietnam zu zeigen. Obszön erscheint allerdings auch, wie er das Flugzeug in Szene setzt. Er filmt es von vorne und hinten, innen und außen, en gros und en détail und verhehlt seine Faszination dabei nicht. Der Regisseur schwärmt von der altmodischen Perfektion der B-52 und hält sie in ihrer technischen Vollkommenheit für allen anderen industriellen Hervorbringungen der letzten 50 Jahre überlegen.

In seinem moralfernen Objektivismus gerät er manchmal in gefährliche Nähe zum Ästhetizismus eines Ernst Jünger. Der hatte sich dereinst in das Schlachtschiff als besonders bewundernswertes Kriegsgerät verguckt, das ihm »die letzte Höhe der äußeren Mittel unserer Zeit verkörperte«. Und während er feststellte: »Die Schlacht ist ein fürchterliches Messen der gegenseitigen Produktion«, heißt es bei Bitomsky: »Der wahre Schauplatz des Kalten Krieges waren vielleicht die Produktionsstätten.«

Affirmation aber kann man dem Filmemacher dann doch nicht vorwerfen. Er dekonstruiert das Bild vom »ingeniösen« Flugobjekt wieder – und zwar buchstäblich. In langen Sequenzen hält er die in Abrüstungsverhandlungen vereinbarte Verschrottung von B-52s fest. Erst schlachten Techniker sie aus, entleeren die Tanks und versiegeln die Außenhaut; abschließend übernimmt ein Bagger die Zertrümmerung. So ist dann die scheinbar absurde Dialektik von Konstruktion und Destruktion, Schönheit und Vernichtung, menschlichen Fähigkeiten und menschlichen Abgründen das eigentliche Thema des Films. Eine ziemlich luxuriöse Sicht auf die Dinge. Erhellendes zum Kalten Krieg über das irgendwie Interessante hinaus vermag sie nicht zu liefern.

Konkret 11/02, S. 61

Dietrich Kuhlbrodt

Film des Monats

Der Mann ohne Vergangenheit

Regie: Aki Kaurismäki; mit Markku Peltola, Kati Outinen; Finnland 2002 (Pandora); 97 Minuten; ab 14. November im Kino

Sollte sich einer unserer Defätisten, die dem Sozialismus hinterherweinen, diesen finnischen Sozialhilfeempfängerfilm ansehen, bekäme er einen roten Kopf. Aki Kaurismäki, Kommunist und Regisseur (»Das Mädchen aus der Streichholzfabrik«), entzieht ihm die Zuständigkeit, die Arbeiterklasse zu organisieren. Statt dessen organisieren sich bei ihm diejenigen, die Ernst Bloch die Erniedrigten und Entrechteten genannt hätte, die aber in Finnland von Amts wegen als B-Bürger verwaltet werden, ihr bißchen Glück selbst. Wobei es sich um den richtigen Freiraum in der falschen Misere handelt. Das fordert selbstverständlich die übliche Diskussion heraus. Die aber nicht läuft, weil Kaurismäki durchs Wort nichts vermittelt. Es sehen sich zwei an, sie schweigen, sie wissen, daß das Glück naht. Unvermittelt. Und auf märchenhafte Weise weiß das auch der, der sich den Film anguckt. Das entzückt und befremdet den, der sich, eventuell probeweise, auf ein poetisches Sozialabenteuer einläßt, das all das Schlaue, das zum Lumpenproletariat geschrieben worden ist, zu Makulatur werden läßt – wenigstens während der 97 Minuten im Kino. Wir sind auf einem ungefähren Null-Level, den wir auf unbestimmte Weise schon deswegen wiedererkennen, weil wir Filmbilder mit Vergangenheit sehen, die fünfziger Jahre möglicherweise. Kein Sex, keine Gewalt, keine Beziehungskrise. Der Mann ohne Vergangenheit (Markku Peltola) hat keine Erinnerung an die Gegenwart, und Aki Kaurismäki erinnert mitnichten an den Gegenwartsfilm. »Der Mann ohne Vergangenheit« ist ein B-Bürgerfilm.

Null. Ganz unten. Tabula rasa. Nichts wissen, nicht einmal den eigenen Namen. Auf der Intensivstation aufwachen. Weggehen. Die Verbände abwickeln. Was ist? Was kommt? Blank. Wir erfahren im Lauf des Films, aber sehr spät, daß der Held, und ein Held ist er, aus der Provinz in die Metropole gereist war, hier sein Glück zu versuchen. Noch am Hauptbahnhof war er von Jungnazis zusammengeschlagen worden. – Doch der Film macht das nicht zum Thema. Was wir wahrnehmen ist, wie der Namenlose B-Solidarität erfährt – von Jungs der Containersiedlung, vom Nachtwächterpaar, von Mann und Hund der Schrottplatzsicherheit (jawohl, vom Wachhund) und vor allem natürlich von Kati Outinen, der Heilsarmistin. Liebe, ungesagt, herzlich, gemütvoll, bedroht und dauernd. »Der Mann ohne Vergangenheit« ist der B-Liebesfilm.

Kaurismäki liebt die Menschen, die er zeigt. Und weil das so ist, gehören die Ungereimtheiten dazu. Sie sind liebenswert. Deshalb pflanzt unser Null-Level-Held, kaum hat er sich in einem leerstehenden Container einquartiert, Kartoffeln vor der Haustür. Sein erstes Möbelstück ist eine Juke-Box. The Renegades, Blind Lemon Jefferson, Masao Onose. Auftritt die unsägliche Heilsarmeekapelle. Kati und die Essensempfänger starren trostlos vor sich hin. Noch wissen sie nicht, daß sich da was anbahnt. Daß eine Kult-Bluesrock-Combo in der Gruppe (Marko Haavisto & Poutahaukat) steckt. Ein Manager muß her. Unser Namenloser managt sie. Die Kartoffeln wachsen, und der B-Held entdeckt, daß er schweißen kann. Er findet Arbeit. Sofort. So geht es zu im realistischen Sozialmärchen. Wer es sich ansieht, glaubt es sofort. Weil solch ein Mensch nicht unrealistisch ist. Es geht noch einen Schritt weiter. Zur Solidargemeinschaft des Subproletariats gehört ein gewiefter Rechtsanwalt, der uneigennützig ist. Ohne sich der Rechtsanwaltsgebührenordnung zu bedienen, befreit er unseren Helden aus der Mühle der Strafjustiz. Das tut gut. Das ist schwer in Ordnung. Kaurismäki setzt seine B-Ordnung gegen das, was alle anderen als Verwaltungs- und Gerichtsnormalität ansehen.

»Der Mann ohne Vergangenheit«, der Film vom Rand Europas, der Film über den Rand der Gesellschaft, der Film außer Rand und Band im Vergleich zu dem, was sonst auf den Markt kommt – er bekam dieses Jahr in Cannes den Großen Preis der Jury, und Kati Outinen wurde als beste Darstellerin ausgezeichnet. Hollywood ist wach geworden und versucht, Kaurismäkis Genie zu instrumentalisieren. Die Tageszeitung »Welt« preist den Film als »Ermutigung zur Existenzgründung«.

Bei so viel Einvernahme müssen wir tapfer sein und uns den Glauben nicht nehmen lassen, daß die Würde des/der Kausrismäki-Menschen unangetastet bleibt. Im B-System. Wo Tragödie und Farce, Mittellosigkeit und Lebensmut in eins fallen. – Wer so was Pathetisches schreibt, müßte sich schämen. Weil: Das tut man nicht. Wohl an, ich tu es doch. Aber nur, weil es Kaurismäki ist. Und »Der Mann ohne Vergangenheit«. Um es nicht bei der Lobeshymne zu belassen, schiebe ich Gründe nach.

Erstens: die Musik. Was Kaurismäkis ohnmächtige Menschen bewegt, ist die Macht der Musik. Eine Macht, die nicht korrumpiert. Ein Walzer. Annikki Tähti, die immer noch Große der finnischen U-Musik, tritt in der Heilsarmee-Combo auf. Sie singt ihr »Muistatko Monrepos'n«: Erinnerst du dich an Monrepos? Das war die erste goldene Schallplatte Finnlands gewesen. 1955. Die Basis, sich auf eigene Kraft zu besinnen.

Zweitens: 1955. Die Bilder. Ein halbes Jahrhundert Filmgeschichte vergessen. Mit der die B-Bürger nichts zu tun haben. Einfache, klare Szenarien, die nicht überwältigen, sondern Freiraum lassen. Auch dem, der zuschaut. Das Mainstreamkino und die Unterhaltungsindustrie haben abgedankt. Die globale Bildversorgung ist in diesem finnischen Film gekappt. Auf wundersame Weise verblassen Herablassungen wie Nostalgie, Provinzialismus, Regionalismus, lakonische Grenzästhetik. Nein, der neue Kaurismäkifilm ist eine einzige Einladung. Ein Programm. Die Bilder lassen Platz für unterschwellige, auch manifeste Komik. Für autonome Moral, nicht behauptet, aber gelebt. Wir können nicht anders, als die Menschen, die in einer fünfzig Jahre alten Ästhetik leben, für gegenwärtig zu nehmen. Wir zollen ihnen Respekt.

»Wir«. Das ist ein Schutzwort, es will den Leser vereinnahmen. Ich scheue mich sonst davor. Aber ich kann bei diesem ebenso schlichten wie ergreifenden Film nicht anders, als mich mit Leuten im Kino eins zu fühlen. Dreist, wahrscheinlich. Egal. So was kommt davon, wenn man von einem Film berührt wird. Ich versuche es noch einmal mit der Objektivität. Der Film »Der Mann ohne Vergangenheit« beschreibt wie keiner bisher den ausgegrenzten Arbeitslosen, den Sozialhilfeempfänger. Er erspart sich Betroffenenleid. Er entwickelt statt dessen Empathie. Er heißt uns willkommen im Club, der längst die neue Normalität ist. »Ich könnte morgens nicht mehr in den Spiegel schauen, wenn ich jetzt keinen Film über Arbeitslosigkeit machen würde«, hatte Kaurismäki vor einem halben Dutzend Jahren erklärt. Und: »Der Sinn des Lebens besteht darin, einen persönlichen Moralkodex zu entwickeln, der die Natur und den Menschen respektiert, und schließlich – ihn zu leben«, d. h. ihn zu filmen: »Der Mann ohne Vergangenheit«.

Konkret 11/02, S. 62

Martin Büsser

Picasso als Turnschuh

Die Frankfurter Ausstellung »Shopping« synthetisiert Kunst und Leben der Konsumgesellschaft

Die Documenta-Debatte um Anspruch und Wirkung einer politischen Kunst ist noch nicht abgeklungen, da lockt Frankfurt bereits mit einer politischen Ausstellung, die all das aufbietet, was viele Kritiker in Kassel vermißt haben: Sinnliche, farbenfrohe Kunst, manchmal sogar zum Anfassen – ein Erlebnis für die ganze Familie. »Shopping – 100 Jahre Kunst und Konsum« setzt gleich beim Eintritt einen Paukenschlag: Der Museumsraum entpuppt sich als komplett ausgestatteter »Tengelmann«-Markt, die Regale voller Lebensmittel – nichts weicht hier von einem herkömmlichen Supermarkt ab, und doch kommt ein befremdliches Gefühl auf: Es läßt sich nichts kaufen!

Das von Guillaume Bijl arrangierte, ganzräumige Ready-made wirkt zunächst wie eine platte Umsetzung der Beuys-Gleichung »Kunst = Kapital«. Was sich auch immer in diese Installation hineindeuten läßt – das Kunstwerk als Fetisch, Kunst als Verdopplung und Infragestellung der Wirklichkeit, Kritik am zum Warenhaus gewordenen Museum: Es klingt abgeschmackt. Und doch lädt dieser seiner Funktion beraubte Supermarkt zum Verweilen ein. Gerade die Tatsache, daß sich hier nichts konsumieren läßt, verschafft dem Ensemble eine beinahe sakrale Weihe totaler Nutzlosigkeit. Wieder einmal ist es einem Künstler durch einen banalen Trick gelungen, eine unserer elementaren Gewißheiten zu erschüttern: Die für die Konsumgesellschaften natürlichste Sache der Welt, der Konsum, verliert seine Selbstverständlichkeit.

Die von Max Hollein kuratierte »Shopping«-Ausstellung in der Frankfurter Schirn absolviert souverän eine Gratwanderung: Sie übernimmt das Konzept der »Issue«-Ausstellungen, zeitgenössische Kunst unter einem möglichst werbewirksamen Motto zu präsentieren, nutzt also alle Register des Eventbetriebs, um genau diesen Betrieb in Frage zu stellen. »Shopping« bietet Kapitalismuskritik mit den Mitteln der Kulturindustrie, verbirgt also an keiner Stelle, daß auch noch die kritischste Kunst der Warenlogik gehorchen muß, wenn sie wahrgenommen werden will. Bei »Shopping« schimmert allerorten Metakritik durch, nicht nur Kritik am Spektakelcharakter zeitgenössischer Kunst – hier unter anderem vertreten durch die Spektakelkünstler Jeff Koons und Damien Hirst – , sondern das Konzept der Ausstellung selbst legt seine immanenten Widersprüche offen.

Lange schon ist Marcuses Diktum von der »repressiven Toleranz«, die dafür sorgt, daß sich Kunst im Kapitalismus selbst noch als Medium schärfster Kritik zum Wohle des Systems verwerten läßt, nicht mehr so smart und zugleich ironisch veranschaulicht worden. Alleine die Tatsache, daß die Kunsthalle »Schirn« und der Frankfurter »Kaufhof« während der Dauer der Ausstellung dieselben Plastiktüten ausgeben, sorgt für Verwirrung: Überall in der Stadt trifft man Menschen mit »Shopping«-Tüten. Der Akt des Einkaufens selbst wird damit zum Teil einer Ausstellung erklärt, die nichts Geringeres im Sinn hat, als Kunst und Konsum als einander Bedingendes sich durchdringen zu lassen. Mitten im beginnenden Weihnachtsgeschäft macht der Kapitalismus im Museum auf sich aufmerksam. Keine Ruhe in weihevollen Hallen, kein zur Kontemplation einladendes Gutes, Wahres, Schönes. Keine Aura, nirgends.

Oder doch? Ausgerechnet Andy Warhol, der warenförmigste unter den Künstlern des 20. Jahrhunderts, der Mensch gewordene Turnschuh, zeigt abermals, daß es möglich ist, selbst noch dem Profansten einen Abglanz jener Aura zu entlocken, deren Verschwinden der im »Shopping«-Katalog häufig zitierte Walter Benjamin einst konstatierte. In der »Schirn« wurde »The American Supermarket« rekonstruiert, eine von Andy Warhol & Friends 1964 zum Supermarkt umgestaltete Galerie. Hierbei handelt es sich nicht um Ready-mades, denn alle Waren sind bizarr verfremdet, Pfirsiche aus Samt liegen neben Eiern aus Wachs und verchromten Brotlaiben. Das ästhetische Erlebnis, der Mehrwert von Kunst, wird einerseits über die Nutzlosigkeit erzeugt, aber auch über den »Oh, ein Warhol«-Effekt. Die Kühlregale übernehmen die Funktion von Vitrinen. Auch dieser Einfall ist banal, aber wirkungsvoll: Den Rest einer Aura, der die Betrachter verstummen läßt, zieht selbst diese Installation noch aus ihrer Möglichkeit, dem Profanen einen Namen gegeben, also die Massenware individualisiert zu haben. Das Spiel mit der kapitalistischen Wertlogik ist doppelbödig, je nach Sichtweise zynisch oder subversiv: Im Museum geben die Waren ihren Fetischcharakter preis, allerdings nur, weil sie an ein vorkapitalistisches Prinzip der Vergötzung rückgebunden werden. Es bedarf des Künstlers als Superstar – oder des Schamanen, als den Beuys sich sah – , um diesen Effekt zu erzielen.

Die sechziger Jahre, das Jahrzehnt von Pop-art, Fluxus und Happening, sind in der Frankfurter Ausstellung besonders umfangreich vertreten. Die alte avantgardistische Idee, Kunst und Leben einander anzugleichen, ineinander übergehen zu lassen, hatte in jenem Jahrzehnt ihre (vorerst?) letzte Konjunktur – um schließlich in den Warholschen Formfindungen ihre Erfüllung und ihr Ende zu finden. Denn was könnte in einer Gesellschaft, deren Alltag vom Konsum bestimmt wird, konsequenter sein, als die emphatische Gleichung »Kunst = Leben« in einer oberflächlichen, warenförmigen, also »toten« Kunst aufgehen zu lassen? Von diesem Prinzip profitierten auch nach Warhol noch einige Künstler, Jeff Koons etwa, dessen Staubsaugerserie ebenfalls in Frankfurt zu sehen ist.

In den USA ist die Museumspraxis längst weiter, näher dran am nackten Kapitalismus, benötigt nicht mal mehr das Spiel mit dem Künstler als Vermittler. In den großen Museen gibt es bereits »Nike«-Turnschuhe unter Glas zu sehen – ein Markenname kann auf das entsprechend konditionierte Publikum so ehrfurchtheischend wirken wie ein Picasso. Andreas Gursky hat dies in einer Photoserie verdeutlicht, auf der Turnschuhe und Pullover in beleuchteten Vitrinen zu sehen sind. Dem Betrachter bleibt unklar, ob die Aufnahmen in einem Museum oder in einem Kaufhaus gemacht wurden. Es spielt keine Rolle mehr.

Auch der siebenstöckige Kaufhof an der Frankfurter Zeil ist in die Ausstellung einbezogen worden. Hier soll sich eine Installation von Barbara Kruger befinden. Die Suche erweist sich als schwierig, also frage ich eine Dame am Infostand der Parfumabteilung, wo sich denn die »Shopping«-Exponate befinden. »Überall, im ganzen Haus«, bekomme ich zur Antwort. Und tatsächlich: Der Unterschied der hier zu findenden Ausstellungsstücke zu denen im Museum ist minimal, statt der Namensschilder gibt es Preisschilder, statt der Aufpasser Ladendetektive, doch die halten sich dezent im Hintergrund. Sogar ein Warhol ist zu sehen, von ihm designtes »Rosenthal«-Porzellan für schlappe 900 Euro. Hier ist tatsächlich, anders als im Museum, eben nach Art eines Kaufhauses, alles käuflich. Genau das wirkt im »Shopping«-Kontext paradoxerweise nun jedoch plötzlich nicht nur ungewohnt, sondern profan, beinahe anstößig. Bleibt die Erkenntnis: Shopping ist am schönsten, wenn man dabei kein Geld ausgibt.

Die Ausstellung läuft bis zum 1. Dezember. Katalog (Hatje Cantz) 29,99 (!) Euro

Konkret 11/02, S. 64

Martin B□ sser

Melodie & Rh□ thm□ s

Bright E□ es: Lifted Of The Stor□ Is In The Soil, Keep Yo□ r Ear To The Gro□ Wichita/Clearspot/Efa

Trotz seiner gerade mal zwanzig Jahre ist Conor Oberst, Kopf hinter Bright Eyes, alles andere als ein Newcomer. Das vierte unter dem Projektnamen Bright Eyes entstandene Album wirkt in Sachen reflektierten Songwritings und filigranen Arrangements fast schon wie ein Spätwerk. Hier ist ein Talent am Start, dessen früh ausgereifte Kunstfertigkeit mit Tim Buckley verglichen werden kann, das aber hoffentlich nicht ebenso früh von der Bildfläche verschwindet. Die Presse zumindest arbeitet bereits am autodestruktiven Image vom melancholischen, dem Alkohol zugeneigten Einzelgänger, wohl wissend, daß sich im Pop nicht nur Sex, sondern auch Verzweiflung gut verkaufen läßt. Die Lo-Fi-Ästhetik von Akustikgitarre und verrauschten Samples, die bisherige Bright-Eyes-Platten geprägt hat, steht auf »Lifted Of« im Dialog mit opulenten Arrangements zwischen Countryfolk und Progressivrock. Offenkundige Referenzen an die Siebziger – hier die Incredible String Band, dort King Crimson – bleiben jedoch frei von Pathos und Patina, werden immer wieder von Momenten durchbrochen, in denen Conor Obersts ruheloser Gesang ganz im Mittelpunkt steht. Auch diese Passagen lassen eine ganz bestimmte Tradition erkennen, den melancholischen Indiefolk im Stil von Smog und Palace Brothers.

Eines jedoch ist neu: Conor Oberst erschöpft sich nicht in den dort üblichen lyrischen Klischees von Alkohol und Einsamkeit, sondern ergeht sich in ausufernden, komplexen Erzählungen – solche Textmassen hat es außerhalb von HipHop schon lange nicht mehr gegeben. Wie vielschichtig die Texte bei Bright Eyes angelegt sind, zeigt vor allem die letzte, achtminütige Nummer (hier musikalisch Bob Dylan at his best): Conor Obersts Angriff auf die amerikanische Politik, auf »the cowboy presidents«, wird dort von der Frage überschattet, inwieweit solche Protestbekundungen eigentlich nur der künstlerischen Selbststilisierung dienen. Selbst noch die Authentizität der eigenen Wut wird da in Zweifel gezogen. Das wiederum unterscheidet den jungen Songwriter von all den abgestandenen Spätwerken dieser Tage: Seine Texte weiten die Identitätskrise und permanenten Zweifel auf das Betriebssystem Pop aus, stellen den Protestsong als normierte Form und Boheme als dauerhafte Mode in Frage. Diese alles durchdringende Unzufriedenheit spiegelt sich in einer Musik wider, die durchweg gehetzt wirkt, überfrachtet und damit am Ende verwirrend intensiv.

Konkret 11/02, S. 64

Rasmus Engler

Melodie & Rhythmus

Fehlfarben: Knietief im Dispo. Wonder/Zomba

Im Vorfeld der Veröffentlichung dieser Platte haben einige Leute zu Sänger Peter Hein gesagt, das könne er doch nicht machen, er würde sich mit neuen Werken nur vom Thron stürzen. Selbstredend ist dies Humbug, und das weiß auch Hein. Vor allem aber ist »Knietief im Dispo« gar kein Comeback – vielmehr waren alle Protagonisten allzeit präsent auf der musikalischen Landkarte. Peter Hein veröffentlichte mit Family 5 regelmäßig Platten, deren Qualität stets zwischen formidabel, passabel und blamabel schwankte, und auch Fehlfarben brachten nach der zu Recht als Meilenstein geltenden Großtat »Monarchie und Alltag« einige Alben heraus, die, ob mit oder ohne Hein, allesamt ziemlich grauenhaft waren. Und nun dies: Trotz des, man verzeihe mir die Vokabel, fortgeschrittenen Alters der Bandmitglieder und trotz des dauernd zur Schau gestellten Desinteresses Heins an Musik, die nach 1980 aufgenommen wurde, ist Fehlfarben eine ausgesprochen zeitgemäße Platte gelungen. Sie zeigt, daß es möglich ist, moderne Einflüsse zu verarbeiten, ohne sich Anbiederung an aktuelle Trends – wie beispielsweise die fast schon zur Alltäglichkeit verkommene Verknüpfung elektronischer und rockiger Klänge – vorwerfen lassen zu müssen. Herausragend sind nach wie vor die Texte Heins, die er, wie er nicht ohne Stolz berichtet, oftmals nur Stunden vor der Aufnahme zu Papier gebracht hat. Perspektivlosigkeit und Alltagsekel sind die Kernthemen der Platte, und im Gegensatz zu früheren Aufnahmen bemüht sich Hein diesmal zu singen – das abgehackte Gebell, das vor allem die Live-Aufnahmen unerträglich macht, ist offenbar Geschichte.

Obschon dies eine im hierzulande ach so faden Rockgeschäft herausragende, ernsthafte Platte ist, bleibt abschließend nur zu sagen, daß die beste Veröffentlichung, an der einige Mitglieder von Fehlfarben teilhatten, die 1979 erschienene Doppelsingle von der Band Mittagspause ist, die gefälligst wiederveröffentlicht werden sollte, damit die verrauschten Kassetten endlich in die Vitrine können.

Konkret 11/02, S. 64

Michael Saager

Melodie & Rhythmus

Sigur Rós: ( ). Fat Cat/Pias

Es wurde angekündigt und verschoben, abermals angekündigt, um wiederum verschoben zu werden. Kurz vor seinem Erscheinungsdatum Ende Oktober, halte ich immerhin eine Kassette in der einen und den dazugehörigen Waschzettel in der anderen Hand. Dort steht: »Dies ist leider nur ein Vorab-Tape. Die Tracklist wird noch geändert und das Album noch einmal neu gemastert.« Hätte man eigentlich wissen müssen, daß Sigur Rós, die vier isländischen Perfektionisten, bei der Aufnahme ihres neuen Albums nicht eben schnell zur Sache gehen würden: Hinein ins Studio, auf die richtige Stimmung warten. Hm. Nachhausegehen. Wiederkommen. Musizieren. Anhören. Kopfschütteln ... Hat sich das Warten gelohnt? Nein. Ihre Fans dürften natürlich anderer Meinung sein.

Der Zeitschrift »Intro« erzählten Sigur Rós von einem massiven, aber nicht vernehmbaren Baßfundament, im Mix eng nebeneinander liegenden Instrumenten, klanglicher Intimität und schließlich davon, daß auf dem neuen Album jedes Stück für sich selbst stünde. Gerade letzteres ist kaum zu glauben, klingt doch jeder der acht meist violinenschweren Songs wie der jeweils zuvor abgespielte. Ganz ähnlich verhielt es sich ja schon auf »Agaetis Byrjun«, dem so umjubelten Vorgänger des Jahres 2000. Auch dort realisierten Sigur Rós kaum mehr als ein bis zwei musikalische Ideen, schwebten aber dennoch, vier oder fünf Mollharmonien unterm Arm, auf melancholischen Knüpfteppichen mitten hinein in abertausend blutende Teenagerherzen. Der Trick, der ihnen damals half und auch diesmal funktionieren dürfte, hört auf den Namen Jon Thor Birgisson und ist ihr Sänger. Er weiht(e) den Sound der Band mit weltentfernt klingender Falsettstimme, deren Reinheit und salbungsvolle Leere sich kein katholischer Priester besser hätte ausdenken können, und – ach, süße Einbildungskraft! – einer Fantasiesprache namens Hopelandish. Zu verstehen gibt es also nichts bei Sigur Rós, um so besser läßt es sich träumen – von den saftigen Wiesen Islands oder der großen Liebe.

Der Schritt von »Agaetis Byrjun« zu »( )« ist ein sehr kleiner Hüpfer. Noch ätherischer als das alte wirkt das neue Album; es steht, bei kaum mehr wahrnehmbaren Tempo, nahezu auf der Stelle. Wären da nicht jene beinahe impulsiv zu nennenden Steigerungen am Ende von zwei oder drei Songs, man könnte »( )« glatt für Kammermusik halten. Die ungezählten Stunden, die Sigur Rós in ihrem neuen, übrigens in einem Swimmingpool eingelassenen Studio verbracht haben, um angesammeltes Livematerial auf Albumgröße zu tunen – nun, vielleicht hätten sie in dieser Zeit besser Zwerge gejagt.

Konkret 11/02, S. 65

Alexander Kasbohm

Platte des Monats

The Devils: Dark Circles. Artful rec./Zomba

Nach ein paar Auftritten vor verständnislosen aber wohlmeinenden Punks in Birmingham verläßt der introvertierte Sänger Stephen Duffy 1979 seine Schülerband, um Bob Dylan zu werden. Zunächst wird er jedoch eher Pete Best. Die Schülerband heißt Duran Duran und erobert ohne ihn die Welt, Duffy hat zwei kleine Pophits, wird Designer-Beatnik, rettet den Britpop vor der Verblödung und spielt jetzt, 2002, mit dem Duran-Duran-Keyboarder Nick Rhodes als The Devils das Album ein, das es nie gab. Ein Album, das zwei Geschichten an ihrem Ausgangspunkt wieder zusammenführt.

Die beiden haben sich in einer Zeitkapsel eingeschlossen und auf den Weg ins Birmingham von 1979 gemacht. Neon, Stahl und Schwarzlicht. Distanzierte Coolness. Computer stehen noch nicht in jedem Zimmer, sondern sind Botschafter einer neuen Welt nicht absehbarer Möglichkeiten.

Wir begeben uns in eine Zeit, in der das Make-up in Nick Rhodes' Gesicht expressiv, aber unbeholfen und Duffy noch der komische Schuljunge ist, der mit seinem Spirographen Spiralnebel in seine Hefte malt, C. G. Jung liest und eigentlich ein Mädchen ist. Eine Zeit, in der der nächtliche Besuch im Club Barbarella's obligatorisch und die Aussicht, eine der unterkühlten jungen Damen kennenzulernen, noch eine Verheißung ist. Eine Zeit, in der Futurismus noch was bedeutet, und wenn es nur die neonbunte Pappversion von Metropolis ist, von Julien Temple gefilmt, wie sie aus den Kunstnebelschwaden auftaucht.

Nach einigen auf Kassette mitgeschnittenen Duran-Auftritten steigt Duffy aus der Band aus, die sowieso nie zu ihm paßte, liest Gedichtbände, schreibt den Song »Kiss me« in sein Notizbuch und versucht, sich als Bohemien zu etablieren. Die Kassette mit dem Live-Mitschnitt landet in einer Schreibtischschublade, irgendwo zwischen Dias und dem Spirographen.

Duran Duran finden in dem etwas linkischen Simon LeBon einen neuen Sänger. Alle anderen Positionen in der Band werden mit Leuten besetzt, die mit Nachnamen Taylor heißen. 1981 veröffentlichen sie ihre erste Platte. Rhodes will mit »atmosphärischen« Keyboardklängen Mystik und Tiefe suggerieren, LeBon will hinter kryptischen Texten seine Flachköpfigkeit und eingeschränkte lyrische Begabung verbergen, und wir kaufen es ihnen ab. Wir kaufen ihnen ja auch ab, daß Stiefelturnschuhe und Schweißbänder cool seien. Obwohl sie in Wirklichkeit ziemlich daneben aussehen. An uns noch mehr als an ihnen. Da steht man dann irgendwann da, älter und weiser, und fragt sich, ob man ihnen das nie verzeihen oder es als Teil der eigenen Geschichte akzeptieren sollte.

»Girls on Film« wird ihr erster Top-Ten-Hit, sie drehen Videos mit halbnackten Frauen in kunstnebelverhangenen futuristischen Kulissen. Stephen Duffy trennt sich inzwischen von seiner zweiten Band und beschließt, solo weiterzumachen.

1982 nutzen LeBon, Rhodes und die drei Taylors die Gunst der Stunde, um ihre Yacht-phase einzuläuten. Dazu leiern sie eine Menge Geld aus der Plattenfirma heraus, indem sie plausibel darlegen, daß ein in der Südsee gedrehtes Video viel mehr Platten verkauft als eins aus Brighton. Damals ging das, die alten Firmenbosse hatten von Videos so viel Ahnung wie heute vom Internet, wollten aber auf jeden Fall mitmachen. Jede Band hatte damals eine Yachtphase, und meistens war es ihre beste. Duran Duran also melken ihr Label und drehen wieder Videos mit leichtbekleideten Mädchen, diesmal allerdings auf Antigua und Sri Lanka. Aus Dankbarkeit dafür, daß sie nicht in Brighton drehten, machen ihre Fans sie auch in Amerika zu Superstars und die Singles ihres zweiten Albums »Rio« zu Welthits.

Stephen Duffy indessen schlendert durch Birmingham, spart sich 24 Stunden Studiozeit zusammen und nimmt »Kiss Me« auf. Es erreicht Platz 155 in Britannien.

1983 ziehen Duran Duran ihr Superstar-Ding durch. Autos crashen, Supermodels heiraten, in der Sonne herumlümmeln, Cocktails trinken und Club Tropicana hören. Das dritte Album verkauft sich wie von selbst. »The Reflex« wird ihr weltweit größter Hit und ihre erste US-Nummer eins.

Stephen Duffy veröffentlicht »Kiss Me« in den USA und freut sich über den moderaten Erfolg, den die Single dort in den Dance-Charts hat.

Duran Duran stehen in den nächsten zwei Jahren vor Luxusproblemen. Sie haben alles und sind nicht mehr so richtig zufrieden. Sie wollen anders werden. Sie wollen härter werden. Optisch geht das gnadenlos in die Hose. Geschminkte Männer in Nietenlederjacken sehen einfach nicht gut aus. Sonst läuft aber alles nach Plan: »Wild Boys« wird trotz der optischen Defizite ein Riesenhit. Sie schreiben den Song zum letzten Roger-Moore-Bond »A View to a Kill«, hängen auf Premieren und Empfängen ab und sind die erklärte Lieblingsband von Lady Di.

Stephen Duffy veröffentlicht derweil »Kiss Me«. Exklusiv in den West-Midlands. Es scheitert knapp an den Top 100.

1985 fällt Duran Duran langsam auseinander. Pfund-Millionäre unter 25 sind auch nur noch schwer zu motivieren. LeBon und Rhodes betreiben ihr Kunstpopprojekt Arcadia, John und Andy Taylor machen mit Robert Palmer Schweinerock in der Band Power Station.

Stephen Duffy veröffentlicht »Kiss Me« im Vereinigten Königreich. Diesmal klettert es innerhalb einer Woche bis auf Platz 22, nach drei Wochen gibt es Silber.

Die weitere Geschichte von Duran Duran ist traurig und lang. Sie veröffentlichen weiterhin regelmäßig Platten, die zum Teil in tiefste Tiefen hinabführen, von der alten Besetzung sind nur noch Rhodes und LeBon übrig. Stephen Duffys Geschichte fing jetzt erst an. Er verweigerte der Plattenfirma die erwarteten eingängigen Pophits, kaufte sich von den »Kiss Me«-Tantiemen ein Cottage in Great Malvern und quartierte sich dort mit seiner Folkband »Lilac Time« ein. Nebenbei veröffentlicht er unter eigenem Namen die einzigen Brit-Pop LPs mit Geist und Gefühl.

Letztes Jahr fand Stephen Duffy beim Aufräumen in seiner Schreibtischschublade, zwischen Spirograph und Diakiste, das Tape von 1979. Ob das nun noch Sentimentalität ist oder schon schwere Midlife Crisis spielt kaum eine Rolle; auf jeden Fall setzten er und Rhodes sich zusammen, umgaben sich mit ein paar alten, analogen Synthesizern, der Lektüre von damals und dem Glauben an die Zukunft, den sie damals hatten, und nahmen eine Platte auf, die genau so klingt. Und dadurch, daß sie ihr persönliches 1979 rekonstruierten und versuchten, die Zukunft zu betrachten, wie man es mit 18 Jahren eben tut, ist eine Platte entstanden, die spielerisch ist wie eine Platte von jungen Revivalisten. Nur wissender. Die zeitgemäßer ist als alles, was Duran Duran in den letzten 20 Jahren aufgenommen haben.

Duffy und Rhodes konstruierten aus Schnipseln der Vergangenheit neue Songs, die zum Teil wirken, wie eine Verlängerung des Duran-Duran-Sounds auf der Zeitachse über die erste noch düster verblasene Platte hinaus. Versponnener, von Bowie und Roxy Music inspirierter New-Wave-Kram. Aus einer Zeit, in der es den Begriff »New Romantic« noch nicht gab. Duran Duran hingegen haben nur noch den Glauben an ihre Vergangenheit. Und so wird auch die anstehende Wiedervereinigung von Rhodes, LeBon, Taylor, Taylor und Taylor weniger mit Duran Duran zu tun haben als dieser zukunftsweisende Nostalgietrip.

Konkret 11/02, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Die "Süddeutsche Zeitung" beschäftigt einen Leitartikler, dessen Name die Pausenglocken aller humanistischen Gymnasien zwischen Flensburg und Salem schrillen läßt: Tomas Avenarius. Beim Schreiben aber zieht er den freien Stil dem griechisch-römischen vor:

Charmanter läßt sich das Moskauer Säbelrasseln gegenüber dem kleinen südlichen Nachbarstaat kaum beschreiben. Wobei das Wort Säbelrasseln wörtlich zu nehmen ist. Die russische Luftwaffe hat in den vergangenen Tagen gleich zweimal georgisches Territorium bombardiert.

Zurücklassend, von rasselnden Säbeln durchbohrt, Edward ("Schaschlik") Schewardnadse.

Cäsar, wenn er töten will, hält stumm den Daumen nach unten. Wer Macht hat, faßt sich kurz. Das Zentralorgan der deutschen Kommunisten redet wie ein Wasserfall:

Heute ist es kaum mehr zu glauben, daß kurz vor Ende des Nazi-Krieges um Seelow noch 30.000 tote Rotarmisten, 20.000 tote Deutsche und 5.000 tote Polen sinnlos sterben mußten.

Dreierlei Tote müssen sinnlos sterben. So redet, wer nichts zu sagen hat.

Um mitzuteilen, er finde das gut, kommentierte der Bundeskanzler den Amtsverzicht seiner Justimnisterin Herta Däubler-Gmelin so:

Die Entscheidung, die getroffen worden ist, liegt in der Konsequenz dessen, was ich für richtig halte.

Statt der erforderlichen vier Worte hat Schröder sechzehn zu sagen. Viel ist das auch nicht.

Der Chefredakteur der "Wirtschaftswoche" heißt Stefan Baron, ohne von und zu, aber mit immer feste druff:

Die Symptome unserer, der deutschen Krankheit, sind seit Jahren unübersehbar. Auch die Ursache der Krankheit ist klar: Es ist das schleichende Gift der Leistungsverweigerung, das die so genannten 68er diesem Gemeinwesen vor über 30 Jahren in die Muttermilch eingeträufelt haben. Dieses Gift hat die Kräfte unseres Landes im Laufe der zurückliegenden Jahrzehnte zersetzt ... Am Sonntag wird sich zeigen, ob die Deutschen noch ein großes Volk sind und bleiben wollen, ein Volk, das nach über einem Jahrzehnt der Verdrängung endlich die Kraft findet, seinen Problemen ins Auge zu sehen und sie zu lösen, oder ob wir ein Volk von Memmen geworden sind.

Baron erinnert mich an meinen katholischen Religionslehrer, Vikar Figl, der uns gewarnt hat, daß, wer Unkeuschheit treibe mit sich, an Rückenmarkschwund erkranke. Und an die Geschichte von dem preußischen Leutnant, der sich in ein Gespräch am Nebentisch mit den Worten einmischt: "Höre, die Herren reden von Okkultismus. Also wir, als Kadetten, mußten immer mit den Händen über der Decke schlafen." Hundert Jahre später erteilt der Seelsorger Baron seinem kranken Kapitalismus den nämlichen Rat.

Günter Grass hat angekündigt, er werde

den außer Kontrolle geratenen Kapitalismus

bändigen helfen. Noch einmal: Was für ein Arschloch!

Der Träger meines Karl-Kraus-Preises 1987, der dessen Bestimmung, nichts mehr zu schreiben, 15 Jahre lang getreulich erfüllt hat, ist nun auf einer CD als Vorleser aus älteren Büchern, die unter seinem Namen erschienen sind, zu hören. Unter dem schönen Titel:

Günter Wallraff: Ich - der andere.

Der andere - ich.

Reinhard Müller, Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, will in russischen Archiven Dokumente gefunden haben, aus denen hervorgehe, daß Herbert Wehner im Moskauer Exil einige seiner trotzkistischen Genossen an Stalin verraten habe. Nachdem der Wehner-Biograf Hartmut Soell Müller Unseriosität vorgeworfen hatte, berief der sich auf wieder einen anderen Historiker, der ihm bescheinigt habe,

daß ich mich durch intime Kenntnis zum stalinistischen Terror auszeichne.

Ich kenne den Müller aus der Zeit, in der er die intime Kenntnis erwarb: als Leiter der von der DKP unterhaltenen Ernst Thälmann-Gedenkstätte in Hamburg-Eimsbüttel, der schon vor den Kadern kommunistischer Parteien, die dort ihr Sträußchen niederlegten, mit jener Servilität dienerte, die ihn später als Kellner in Reemtsmas Stimmungslokal "Zum stalinistischen Terror" bringen sollte.

Die Volkshochschule des Kreises Osterode am Harz kündigt eine Veranstaltung zu ihren "Interkulturellen Wochen" an:

Genozide, Massaker und was Menschen in den Blutrausch treibt. Massaker in Ruanda, Beirut, Kalavrita, Treblinka, Distomo, Dschenin, Khalabscha, Gardelegen oder Srebrenica, unabhängig von ethnischer, sprachlicher, religiöser, politischer oder kultureller Zurechenbarkeit zeigen die Abgründe des (Un-)Menschseins auf. Fallbeispiele sollen in Kurzbeiträgen aufgezeigt und den Ursachen kollektiver Triebmomente nachgespürt werden. In Kooperation mit der Gesellschaft für bedrohte Völker.

Treblinka und Djenin - in dieser Reihe fehlen zwei Abgründe des (Un-)Menschseins, deren kollektiven Triebmomenten unbedingt nachgespürt gehört: erstens der Genozid an der sudetendeutschen Landsmannschaft; und zweitens das Massaker an Jürgen Möllemann oder Westerwelles Blutrausch.

Im Gesellschaftsteil der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" - Savoir vivre n'est pas savoir écrire - schreibt einer über ein neues Restaurant, es sei

kulinarisch am vielversprechendsten

Seine Gerichte sind gewiß die gutgemachtesten, feingewürzter, frischgekochter und kaltgestellter als sonstwo.

Die "FAZ" besteht auf vorreformatorischer Rechtschreibung, weshalb ihr Redakteur Volker Zastrow tippt, es gebe

ein Ansinnen, daß sich durch seinen Edelmut rechtfertigt.

Der Säzzer der Berliner Kinder-"FAZ" hätte *daß* in *dass* korrigiert.

Was aus Osama Bin Laden werden könnte, wenn er eines Tages geschnappt würde?

Es war eine seltsame Veranstaltung, bei der Ulrich Albrecht vom Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin seinen Fund vorstellte. Eine Overheadprojektion wurde gezeigt, auf der ein Flugzeug zu erkennen war. Dieses Flugzeug, so Albrecht, sei eine Konstruktion des Ingenieurs Fritz Nallinger, der im Auftrag von Daimler-Benz im Frühjahr 1944 den "Amerikabomber" entwarf, ein gigantisches Flugzeug, das einen kleineren Bomber bis kurz vor die amerikanische Ostküste transportieren sollte. Der kleinere Bomber sollte dann, gesteuert vom Piloten eines Selbstaufopferungskommandos, in die Hochhäuser von New York rasen.

Was wohl aus dem Ingenieur, nachdem Deutschland besiegt war, geworden sein mag? Hat er sich mit seiner Bande in den unzugänglichen Kalksteinhöhlen der Schwäbischen Alb versteckt? Konnte er zusammen mit Eichmann über die nach Papst Pius benannte Rattenlinie entkommen? Wurde er in Nürnberg am Halse aufgehängt, bis daß der Tod eintrat? Nicht ganz. Was ihm zehn Jahre nach der geplanten Tat um den Hals gelegt wurde, war kein Strick, sondern die Kette eines Ehrensenators der Technischen Hochschule Stuttgart, die den Chefkonstrukteur und Vorstand der Daimler Benz AG auch - ehrenhalber - zum Professor ernannte. Wosama? In Deutschland.

Hans Magnus Enzensberger möchte noch mal zwanzig sein und so verwegen wie damals:

Über den alten Marx mag man denken, was man will, aber seine Analyse, seine Prognose der Globalisierung war genial ... Daß es heute niemanden zu geben scheint, der uns neu zu denken gibt, ist sehr schade. Ich spüre eine intellektuelle Lücke.

Die intellektuelle Lücke spüren und sie mit einer genialen Analyse der Globalisierungsprobleme füllen war eines:

Daß es bittere Armut in weiten Teilen der Welt gibt, liegt zum Teil daran, daß es in vielen Ländern keine Rechtsstaatlichkeit gibt.

Man mag über den alten Enzensberger denken wie man will, aber gerade das wird er nie lernen.

Unter dem Titel "Deutschland packt's" packt Kai Diekmann, Chefredakteur der "Bild-Zeitung", seine Meinung aus, was Deutschland nach der Wahl "am dringendsten braucht":

Mut zum Handeln statt quälendem Stillstand, frische Ideen statt einfallsloser Sparlisten, Optimismus statt Depression.

Fortschritt statt Rückschritt und Gutes statt Schlechtes hat er vergessen. Ob vielleicht auch Diekmann nicht der Mann ist, der uns neu zu denken gibt? Wäre sehr schade.